G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Wilfrid Schilling
Helmut Schmidt und die italienische Regierungsbildung

Heinz-Jürgen Axt
Das „Europa der Bürger" — Ideologie und Wirklichkeit
Zur gegenwärtigen Lage der EG

Jerzy Prokopczuk
Die Entwicklung der Dritten Welt
Hauptaspekte, Theorie und Praxis

Bernd Greiner
Zweihundertjahrfeier und soziale Realität der USA
Ein notwendiger Nachtrag

Doris Basten
Ich, die „Verfassungsfeindin"
Lebenslauf einer vom Berufsverbot Betroffenen

Florence Hervé und Renate Wisbar
Rückwirkungen der Wirtschaftskrise
auf die Situation der Frauen in der BRD

8'76

August 1976 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Inanspruchnahme demokratischer Freiheiten – Ernstfall des Systems?

Zur „Extremismusstudie" des Innenministeriums

Ohne Interesse an einer ausführlichen öffentlichen Diskussion legte der Bundesinnenminister Ende Juli die Ergebnisse einer Untersuchung vor, die, von „Infratest" in Maihofers Auftrag Ende 1975 durch Befragung eines repräsentativen Querschnitts der Bevölkerung zwischen 16 und 50 Jahren durchgeführt, die „Gründe für das Entstehen extremistischer Einstellungen" aufzeigen soll. Die weitere Frage war, wie groß das „Extremismuspotential" der Bevölkerung sei und durch welche Eigenschaften es sich auszeichnet.

Dies wurde mit einem „Protest-Kontinuum" erfragt, das aus zehn „unkonventionellen Verhaltensweisen" zusammengesetzt ist:

„— Beteiligung an einer Unterschriftensammlung

— Teilnahme an einer Bürgerinitiative

— Teilnahme an einer genehmigten politischen Demonstration

— Beteiligung an einem Boykott

— Weigerung, Mieten, Raten oder Steuern zu bezahlen

— Blockieren des Verkehrs mit einer Demonstration

— Beteiligung an einem wilden Streik

— Besetzung von Fabriken, Ämtern und Gebäuden

— Anwendung von Gewalt gegen Personen

— Beschädigung fremden Eigentums."

Diese Verhaltensweisen werden in der angegebenen Reihenfolge als kontinuierliche Steigerung der Intensität des Protestes aufgefaßt. Dabei wird als Vorteil der Methode angesehen, nicht vom Legalitäts-, sondern vom Legitimitätsprinzip auszugehen, d. h. die Kriterien für „Extremismus" werden nicht aus Verfassung und Gesetz abgeleitet, sondern nach einer diffusen Annahme dessen, was Teile der Bevölkerung nicht mehr als „konventionell", sondern als „unkonventionell" und damit als nicht mehr legitim auffassen. Hier wird also das „gesunde Volksempfinden", von der Regierung definiert, zum Kriterium gegenüber Legalität und Verfassung, hier wird ein gleitender Übergang von der Bürgerinitiative zur Gewaltanwendung, von verfassungsmäßigen zu kriminellen, von gewaltlosen zu terroristischen Handlungen vorausgesetzt. Sie werden dabei z. T. in ihrem politischen und rechtlichen Charakter so vage gefaßt, daß das „gesunde Volksempfinden" bzw. seine ministerielle Interpretation sich in einer breiten, flexiblen Grauzone bewegen kann, je nach Bedarf.

Es ist kaum erstaunlich, daß auf diese Weise „5 % der erwachsenen Bevölkerung zwischen 16 und 50 Jahren (also etwa 1,5 Millionen Personen) ... bereits als Extremismuspotential" angesehen werden, „da sie alle zur Besetzung von Ämtern und Fabriken bereit wären (also die beiden letztgenannten Gewaltformen der Skala noch gar nicht mitmachen würden, d. Verf.) und sich auch an den übrigen unkonventionellen politischen Maßnahmen beteiligen würden". „Unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls noch zu politischem Protest mit unkonventionellen Mitteln bereit sind weitere ca. 13 % der Personen zwischen 16 und 50 Jahren. Überhaupt keine der angebotenen

Protestaktionen würden 9 % aller Befragten unterstützen." Nimmt man hinzu, daß „gegebenenfalls" folgender Prozentsatz der Bevölkerung zu unkonventionellen Mitteln greifen *würde:* Unterschriftensammlung 89 %, Bürgerinitiative 88 %, genehmigte politische Demonstration 59 %, Boykott 25 %, Miet- usw.-Verweigerung 14 %, Verkehrsblockade 12 %, wilder Streik 8 %, Besetzung 7 %, Gewalt gegen Personen 3 %, Eigentumsbeschädigung 1 %, dann kann man getrost fragen: Wer ist eigentlich kein potentieller Extremist? Soll man lachen oder weinen über diese Logik?

Über die wissenschaftliche Solidität der Untersuchung kann hier nichts weiter gesagt werden, aber doch sehr viel über die Sichtweite des Auftraggebers. Wem bisher die Tatsache, daß allein über 800 000 Bürger zum Zweck der Fernhaltung von „Radikalen" oder „Extremisten" aus dem öffentlichen Dienst in den letzten Jahren geheimdienstlich überprüft wurden, als kaum glaubhaft oder als Propaganda eben dieser „Extremisten" selbst erschien, der wird hier eines Besseren darüber belehrt, wie viele Bürger prognostisch als potentielle Extremisten, folglich wohl auch als durch den Verfassungsschutz zu überwachende angesehen werden (es ist nicht bekannt geworden, daß sich der Innenminister von den Ergebnissen distanziert hätte).

Wenn die Verantwortlichen für die allgemeine Extremistenhetze damit argumentieren, es gelte, den „Extremismus von links wie von rechts" zu bekämpfen, so belegt die Studie eindeutig, daß der Stoß nur nach links geht. Die Fragen auf dem Protest-Kontinuum sind eindeutig an den demokratischen Bewegungen der letzten Jahre orientiert, wenn auch ihres Inhalts entleert und z. T. ins Aktivistische verzerrt. Die Linke wird eingehend untersucht und kriminalisiert, die Rechte bleibt unangetastet, im theoretischen Konzept wie in der politischen Praxis.

Die Verantwortlichen wissen es besser als in ihren Argumenten gegenüber der breiten Öffentlichkeit: sie gehen von der gewiß richtigen Annahme aus, daß die Gründe für politische Unzufriedenheit und Protest sozialer Natur sind. So werden auf die entsprechenden, sehr differenzierten Fragen hin z. B. der Unterschied zwischen arm und reich, die steigenden Preise, die Umweltverschmutzung und die Kriminalität in dieser Reihenfolge als die Aufgaben angesehen, die der Staat, von dem man dies erwartet, am schlechtesten löst; ausführlich werden die Voraussetzungen erfragt, bei denen die Unzufriedenheit in politische Aktivität umschlagen kann. In diesem Zusammenhang stimmen z. B. 18,5 % der Befragten der (wohl aus einschlägigem Wissen gestellten) Frage zu, daß „die Bundesrepublik nur zum Wohle einiger weniger Interessengruppen regiert wird". Lohnabhängige, vor allem Arbeitslose, weiterhin Landwirte und kleine Selbständige und vor allem die noch in Ausbildung befindliche bzw. ohne Ausbildung gelassene Jugend werden als extremismusanfällig ausgemacht. Hier schimmert die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln durch, wenn auch unscharf gefaßt; dies verweist auf die bei den genannten Gruppen vorgehenden ökonomischen und sozialen Prozesse wie Gefährdung des Arbeits- und Ausbildungsplatzes, Verarmung und Enteignung. Wenn schließlich herausgefunden wird, daß 46,7 % aller Befragten „unserem politischen System gegenüber sehr kritisch eingestellt" sind, wobei der Anteil der 16—25jährigen mit höherer Bildung sogar bei 62,7 % liegt, dann decken sich diese Ergebnisse größenordnungsmäßig und vom gesellschaftspolitischen Gehalt her weithin mit den Ergebnissen der in der letzten Zeit von Unternehmerseite durchgeführten Untersuchungen, etwa der Shell-Studie von 1975 oder der Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft vom Juli 1976, wo

insbesondere ein erheblicher Image-Verfall der Unternehmer in der Öffentlichkeit konstatiert wird.

Nimmt man die Extremismusstudie als geprägt von den politischen und ideologischen Voraussetzungen, von denen sich die gegenwärtige Bundesregierung in ihrer Bekämpfung des „Extremismus" leiten läßt — und nichts spricht gegen diese Annahme —, dann bestätigt sie, wenn auch gegen die Absicht des Auftraggebers, aufs eindringlichste die Warnungen, die die demokratischen Kräfte von Anfang an der Extremistenhetze, dem „Extremistenerlaß" und all den damit begründeten Gesetzes- und „Sicherheits"-Maßnahmen entgegengesetzt haben: Berufsverbot und Anti-Terrorgesetz, innere Aufrüstung der staatlichen Gewaltorgane und Gesinnungsschnüffelei richten sich in Wirklichkeit nur zum allergeringsten Teil gegen den immer wieder beschworenen „harten Extremismus", der laut Studie „in der Bundesrepublik nicht oder fast nicht vorkommt", sondern gegen die Masse derer, die ihre selbstverständlichen verfassungsmäßigen Rechte wahrnehmen und mit demokratischem Gehalt erfüllen. Die gesellschaftliche Aktivität der Vielen, die in Bewegung geraten und dabei sind, ihre Kritik und ihre Forderungen zum großen Teil erst im vorpolitischen Raum und unsicher zu artikulieren: sie sind den gegenwärtig Regierenden und den Besitzern des großen Eigentums schon systemgefährlich. Die Demokratie, sobald sie zur realen Betätigung von Vielen, noch nicht einmal der Mehrheit wird, wird zum Ernstfall des politischen Systems, das von seinen Verantwortlichen und Meinungsmachern so gern als das einzig demokratische bezeichnet wird.

Werner Rügemer

Helmut Schmidt und die italienische Regierungsbildung

Bundeskanzler Schmidts Einstellung zu den Problemen des NATO- und EWG-Partners Italien läßt schon seit langem keine Zweifel offen. Seine gezielt vor der amerikanischen Kulisse gemachte Feststellung, Italien im Falle einer kommunistischen Regierungsbeteiligung die Wirtschaftshilfe zu sperren, ist nur als letzte Konsequenz einer auf Druck und Einmischung abgestellten Politik zu werten. Mindestens so amerikanisch wie die US-Politik selbst, ließ er die Katze endlich ganz aus dem Sack, um den von ihm bekanntlich so sehr geschätzten Miteuropäern im Süden naßforsch klarzumachen, was sie zu tun haben. (Das Wochenmagazin „L'Europeo" schrieb dazu, Washington und Bonn wollten Italien daran hindern, eine seinen Interessen konforme Wirtschafts- und Handelspolitik zu betreiben, so, wie man das eben mit einer Kolonie mache.)

Wo noch vor den italienischen Wahlen Schmidts Außenminister Genscher „diplomatisch" an Wirtschaftshilfsplänen herumbosselte, deren Vaterschaft etwas verschwommen ist, und diese andauernd wie die berühmte Wurst hochhält, zog Bundeskanzler Schmidt gleich die Nagelschuhe an. Beides entspringt demselben Konzept: dem in der BRD allseits gepflegten antikommunistischen Komplex, in dem man sich grundsätzlich einig ist und Divergenzen lediglich dadurch entstehen, daß man sich gegenseitig zu beweisen versucht, noch intransingenter zu sein als der andere. Das Recht, sich in anderer Staaten Angelegenheiten einzumischen, wird zudem davon abgeleitet, daß man als stärkste Wirtschaftsmacht der EWG sowieso nur „für die anderen" zu zahlen habe. Daß solche Auffassungen in ein grobschlächtiges und unangenehme

Reminiszenzen weckendes Gouvernantentum münden müssen, ist nur natürlich. Freilich, wie man sieht, kann „europäische" Politik auch so betrieben werden, simpel und linear, nach dem Prinzip „Wer zahlt, schafft an", wozu anzumerken wäre, daß der letzte von der BRD Italien gewährte Kredit durch die italienischen Goldreserven gedeckt wurde und nicht ganz gratis war.

Die schöne Offenheit des Bonner Bundeskanzlers ohne Hand vor dem Mund wirkte in Italien bestürzend und auf die übrigen europäischen Partnerländer abstoßend oder zumindest verwirrend und peinlich. Für Schmidt mit dem Herrenstandpunkt „Was Demokratie ist, bestimme ich", für den Linksverdächtige im eigenen Land Bürger zweiter Klasse sind (auch von der bürgerlichen Presse in Italien werden die Berufsverbote lange schon als Hexenjagd qualifiziert), muß es unverständlich sein und bleiben, daß in Italien mit seinen 12,6 Millionen kommunistischer Wählerstimmen Kommunisten gleichberechtigte Staatsbürger sind. Mag sich sein Ultimatum — und um ein solches handelte es sich angesichts der Bemühungen um eine Regierungsneubildung in Rom — bezüglich der Bundestagswahlen vom 3. Oktober bei der starken antikommunistischen Konkurrenz als irrelevant erweisen, so war es sicher dazu angetan, bei den nächsten Wahlen in Italien den Kommunisten einen neuen Stimmenzuwachs zu verschaffen.

Selbst die Christdemokraten in ihrer wenig beneidenswerten Lage waren über Schmidt aufgebracht. Ihr Parteiorgan „Il Popolo" meinte, diese mehr oder weniger erpresserischen Formen zeigten ein offensichtliches Fehlen von Fair play gegenüber Italien, wovon Schmidt in letzter Zeit mehrmals Proben abgelegt habe. Ganz abgesehen davon, was in Puerto Rico hinter dem Rücken der italienischen Delegation gesprochen oder beschlossen wurde, wirkte die Einmischung Schmidts geradezu wie ein Appell an die nationale Würde der Italiener. Nicht jedes Übel gereicht zum Schaden, besagt ein italienisches Sprichwort, und die Sozialisten unter ihrem neuen Parteisekretär Craxi sind fest entschlossen, den Fall des Genossen Schmidt vor die Sozialistische Internationale zu bringen.

Was es mit dem Schmidtschen Ultimatum weiter auf sich hat, zeigt das plötzliche Fallen der Goldpreise von 149 auf 110 Dollar pro Unze. Nach dem amerikanischen „Journal of Commerce" soll dieses Manöver von Verkaufsoperationen der Deutschen Bundesbank eingeleitet worden sein, um auf Italien Druck auszuüben, wenn es um neue deutsche oder amerikanische Kredite einkommen sollte. Der Preissturz des Goldes führt dazu, daß Italien seine Goldreserven angreifen muß, um die Golddeckung zu erhöhen, womit es noch mehr in eine Zwangslage gerät. Auch dies mag zu dem politisch-wirtschaftlichen „Überzeugungsprogramm" gehören, mit dem Ziel, Italien noch kreditabhängiger zu machen. Gewünscht wird Ergebenheit, nicht Demokratie, auch wenn man diese noch so viel im Munde führt.

Die Verteilung des Kräfteverhältnisses nach den italienischen Juniwahlen ist andererseits ein Beweis dafür, wie wenig „realpolitisch" doch Schmidtsche und ähnliche Interventionen sind. Hier ist nicht mehr zu übersehen, daß die Schlüsselrolle für das innenpolitische Geschehen der KPI zugefallen ist. Erstmals hing die Regierungsbildung vom Veto oder der Zustimmung der Kommunisten ab. Der mit der Regierungsbildung beauftragte Christdemokrat Giulio Andreotti sah sich nach dem Verstummen des voreiligen Siegesgeschreies in seiner Partei als erster mit dieser Tatsache konfrontiert. Dennoch lehnten die Christdemokraten ein nationales Notstandskabinett unter kommunistischer Beteiligung ab, mit

der von ihnen zahm aber standhaft vorgebrachten Schutzbehauptung, Mehrheit und Opposition dürften nicht vermischt werden. Der einzige Ausweg, heiß ersehnt, blieb jedoch verschlossen, weil die Sozialisten Nein sagten und auf einer kommunistischen Regierungsmitverantwortung beharrten. Eine Koalition der Christdemokraten mit den Republikanern und den sozialdemokratischen Überresten erschien schon rein kräftemäßig ungenügend. Zudem hatte Saragat für die Sozialdemokraten dazu die Zustimmung verweigert und Stimmenthaltung angekündigt. Die Republikaner ihrerseits weigerten sich, auch nur Techniker für eine christdemokratische Einparteienregierung abzustellen, und entschieden sich ebenfalls für Stimmenthaltung.

Eine DC-Einparteienregierung steht daher auf sehr schwachen Füßen und könnte einer entschlossenen kommunistischen Opposition nicht lange widerstehen. Die Kommunisten, nicht gesonnen, eine Stimmenthaltung gegen „eine Handvoll Reis" zu geben, konnten also die Bemühungen der Christdemokraten in ruhiger Zurückhaltung aus einer Position selbstbewußter Stärke verfolgen. Was sie verlangen, sind wirksame Wirtschafts- und Reformprogramme und Garantien für deren Durchführung, ein Mitspracherecht und einen Abbau aller diskriminierenden Schranken. Daß nun die neue christdemokratische Minderheitsregierung, obwohl — ganz kraß gesagt — vom kommunistischen Wohlwollen abhängig, einen entsprechenden Kurs längerfristig durchhalten könnte, erscheint schon aus wohlbekannten Gründen außenpolitischer Rücksichtnahmen als wenig wahrscheinlich, wenngleich die Übernahme des Kammerpräsidiums und des Vorsitzes in 7 einflußreichen Ausschüssen beider Häuser durch kommunistische Abgeordnete ein — über Italien hinaus — folgenreiches Novum darstellt.

Was nun die Sozialisten betrifft, die unter dem Eindruck ihres bei den Wahlen erlittenen Debakels das ganze Parteidirektorium unter De Martino abgelöst und neubesetzt haben, und die um eine neue „Autonomie" bemüht sind, so wollen sie in dieser Krise ihre Position an der Seite der Kommunisten nicht verlassen. Die Hypothese, daß sie in absehbarer Zeit den Schalmeienklängen (nicht nur) der Democrazia Cristiana folgen könnten, erscheint schon deshalb schwer denkbar, weil sie dann bei den nächsten Wahlen das gefährliche Risiko eingingen, wie Saragats Sozialdemokraten eine Halbierung ihrer Wählerstimmen zu erleiden und zur Bedeutungslosigkeit abzusinken, nachdem sich die Linke immer mehr in der KPI konzentriert.

Die einzige Möglichkeit, eine neue Regierung auf breiter Basis zu errichten, wäre tatsächlich das von Kommunisten und Sozialisten angestrebte nationale Notstandskabinett, worauf aber die zwischen Szylla und Charybdis segelnde DC nicht eingehen kann, selbst wenn sie es wollte. Andererseits hat auch die kommunistische Stimmenthaltung, wie gesagt, ihren Preis.

Andreotti, einer der geschicktesten Routiniers unter den Christdemokraten, hat nun auf der Basis einer rein technischen Übereinstimmung aller Parteien und der Gewerkschaften, unter Hintanstellung alles Trennenden (und natürlich auch einer echten kommunistischen Beteiligung), zunächst einmal eine DC-Einparteienregierung zustandegebracht. Ob es ihm gelingen wird, auf diese Weise um die harten politischen und wirtschaftlichen Kernfragen herumzukommen, ist mehr als zweifelhaft.

Wilfrid Schilling, Gonte di Oggebbio

Das „Europa der Bürger" – Ideologie und Wirklichkeit

Zum Tindemans-Bericht über die „Europäische Union" und zur gegenwärtigen Lage der EG

Von Heinz-Jürgen Axt

Auf der Ratstagung vom 12. und 13. Juli 1976 haben sich die Staats- und Regierungschefs der EWG-Länder grundsätzlich über die Zusammensetzung und die Direktwahl des Europäischen Parlaments geeinigt. Im Frühjahr 1978 sollen danach in allen EWG-Ländern die Abgeordneten zum Straßburger Parlament in direkter Wahl von der Bevölkerung bestimmt werden, soll also der bisherige Modus, wonach die nationalen Parlamente aus ihren Reihen die Abgeordneten delegierten, abgelöst werden. Hinsichtlich der seit über einem Jahr umstrittenen Sitzverteilung wurde vereinbart, daß von den 410 Parlamentssitzen auf Großbritannien, Italien, Frankreich und die Bundesrepublik je 81 Sitze entfallen, sowie auf die Niederlande 25, auf Belgien 24, Dänemark 16, Irland 15 und Luxemburg 6. Damit verfügen die großen EWG-Länder über mehr als drei Viertel aller Sitze. Selbst ein geschlossenes Vorgehen der kleineren Länder erbringt nur einen Anteil von 86 Stimmen. Waren die Regierungschefs erleichtert, daß der Rat überhaupt eine Einigung zustande brachte und sie nach der bisherigen Stagnation zumindest ihre Entscheidungsfähigkeit nachweisen konnten [1]), so war das Echo auf die Brüsseler Entscheidung vor allem in der BRD geradezu euphorisch. Bundeskanzler H. Schmidt sprach von einem „Durchbruch mit noch nicht abzuschätzender, aber tiefgehender Wirkung" [2]). Für den CDU-Vorsitzenden, H. Kohl, ist mit dem Ratsbeschluß die Hoffnung auf Überwindung der „langjährige(n) Krise der Europäischen Einigung" verbunden [3]). Und nach Ansicht des EWG-Kommissars, G. Brunner, wird schließlich der „Einigungsprozeß Europas in die Hände der Bürger zurückgegeben" [4]). Die Realitäten sehen freilich anders aus. Weder entfaltet die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft „eine neue politische Qualität", wie die Europa-Union meint [5]), noch entspricht die Ratsentscheidung dem „Völkerwillen" [6]). Auch die direkte Wahl der Abgeordneten ändert nichts daran, daß das Europäische Parlament nicht in der Lage ist, die EWG-Kommission und -Verwaltung sowie den Ministerrat zu kontrollieren. Die Parlamentarier können zwar Stellungnahmen abgeben, „aber eigentlich zu bestimmen haben sie nichts. Die Entscheidungsgewalt in Gemeinschaftsangelegenheiten bleibt vorerst bei den Regierungsvertretern im Ministerrat" [7]), die auch im nationalen Rahmen kaum mehr zur Verantwortung zu ziehen sind. Es trifft durchaus zu, was der frühere EWG-Kommissar Ralf Dahrendorf schreibt: „So wie das Europäische Parlament gegenwärtig konstruiert ist, kann es selbst nach direkter Wahl der Demokratisierung Europas nur begrenzte Impulse geben. Direkt gewählte euro-

1) „Mit der Einigung über die direkten Wahlen durch einen Kompromiß in der Frage der Sitzverteilung sollte dem Eindruck vorgebeugt werden, die 1975 eingeführten regelmäßigen Konferenzen der Regierungschefs seien nur eine Bestätigung der Entscheidungs-Unfähigkeit aller EG-Gremien." So die „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 13. 7. 1976. Auch nach der Einigung von Brüssel sind die Direktwahlen keineswegs zum vorgesehenen Zeitpunkt sichergestellt. Harte Auseinandersetzungen um die Gestaltung der erforderlichen nationalen Wahlgesetze sind vor allem in Großbritannien, Frankreich und Dänemark zu erwarten.
2) FR v. 14. 7. 1976.
3) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 14. 7. 1976.
4) FR v. 13. 7. 1976.
5) Vgl. FAZ v. 14. 7. 1976.
6) So E. Kobbert ebd.
7) E. Hauser in FR v. 14. 7. 1976.

päische Abgeordnete, deren Rechte sich nicht von denen der Abgeordneten von heute unterscheiden und die zugleich ihren nationalen Einfluß verlieren, weil sie nationalen Parlamenten nicht mehr angehören, gleichen das demokratische Defizit der Europäischen Gemeinschaft sicher nicht aus. Direktwahl und Stärkung der Rechte des Parlaments müssen also Hand in Hand gehen" [8]). Aber selbst eine Erweiterung der Kompetenzen und Kontrollbefugnisse des Parlaments, die freilich von den nationalen Regierungen kaum zugestanden werden wird, ist solange nicht mit einer Demokratisierung der EWG gleichzusetzen, wie sie nicht die Überwindung der alles beherrschenden Stellung des zunehmend international operierenden Kapitals in Angriff nimmt und die Interessen der lohnabhängig Beschäftigten durchsetzt. Demokratisierung bedeutet aber auch, daß die Hegemonialansprüche der stärkeren EWG-Länder zurückgewiesen werden, daß die nationale Autonomie als Voraussetzung dafür, daß die Völker selbst, ohne Einmischung von außen, ihre Entwicklung bestimmen können, geschützt wird. Diese Ziele werden jedoch gerade nicht mit der jetzt erreichten Einigung zur Direktwahl verfolgt. Im Gegenteil zeigt die jüngste Entwicklung, daß die kleineren Länder sich der Dominanz der großen EWG-Staaten zu erwehren haben.

Das Wirtschaftsgipfeltreffen mit den USA in Puerto Rico im Juni 1976 fand ohne Beteiligung der fünf kleineren EWG-Länder statt. Damit wiederholte sich wie schon beim Gipfeltreffen von Rambouillet Ende letzten Jahres die Mißachtung dieser Staaten. In welchem Maß im Rahmen der EWG versucht wird, Lohnabhängige und Gewerkschaften an ein sozialpartnerschaftliches Konzept zu binden, zeigte die sogenannte Dreierkonferenz, eine Art Konzertierte Aktion auf EWG-Ebene, mit den Vertretern der Regierungen, Unternehmer und Gewerkschaften. Letztere sollten dazu verpflichtet werden, ihren Widerstand gegen eine Abwälzung der Krisenlasten auf die Beschäftigten aufzugeben und sich „bei ihren Lohnforderungen Mäßigung" aufzuerlegen [9]). Gerade zu dem Zeitpunkt, da mit reger Betriebsamkeit die Direktwahl zum Europäischen Parlament und der Ausbau der Wirtschaftsgemeinschaft zur „Europäischen Union" propagiert wird, wurde deutlich, daß der äußere Druck auf die innenpolitische Entwicklung einiger EWG-Staaten weiter zunimmt, daß die führenden EWG-Länder mit der BRD an der Spitze unter dem Stichwort einer „europäischen Innenpolitik" ihre Führungsrolle ausbauen, die nationale Souveränität einschränken und die Linksentwicklung in einigen Mitgliedsländern umzukehren versuchen. Wie Bundeskanzler Schmidt in einem „Hintergrundgespräch" vor amerikanischen Journalisten enthüllte, wurde auf der Konferenz von Puerto Rico zwischen den Vertretern der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der BRD „Einvernehmen" hergestellt, Italien wirtschaftliche und finanzielle Hilfe nur dann zukommen zu lassen, wenn die Kommunisten trotz ihres hohen Stimmenanteils bei der letzten Wahl weiterhin von der Regierungsbeteiligung ausgeschlossen bleiben. Nach Berichten der „Washington Post" ist diese Übereinkunft der „wahre Grund für das Treffen der Regierungschefs sieben großer westlicher Industrienationen in Puerto Rico gewesen" [10]). Die permanenten und massiven Einwirkungen von außen während

8) R. Dahrendorf, Plädoyer für die Europäische Union, München/Zürich 1973, S. 220.

9) So das von der EWG-Kommission vorgelegte Grundsatzpapier, zit. nach FAZ v. 26. 6. 1976. Auf Protest der Gewerkschaften wurde diese Forderung schließlich dahingehend abgewandelt, daß die „Entwicklung der Einkommen aller Art den objektiven Wirtschaftsdaten anzupassen" sei. Wurde diese Formulierung von einer Mehrheit des Europäischen Gewerkschaftsbundes akzeptiert — die französischen und belgischen Gewerkschaften im DGB stimmten nicht zu —, so verließen die französische Gewerkschaft CGT und die italienische Gewerkschaft CGIL die Konferenz schon vor der Schlußabstimmung. Vgl. auch „Welt der Arbeit" v. 25. 6. und 2. 7. 1976.

10) FR v. 19. 7. 1976. Als Grund für das öffentliche Vorpreschen von Bundeskanzler Schmidt wird, wie die italienische Presse verlautbarte, angegeben, Schmidt wolle „sich selbst im Wahlkampf als Vorkämpfer des Antikommunismus" profilieren (FR v. 19. 7. 1976. Vgl. auch FAZ v. 20. 7. 1976). Daß dies die Mißachtung der Souveränität Italiens und auch die Bloßstellung der italienischen Regierung einschließt, ist sicher ebenso bemerkenswert wie die Tatsache, daß die italienische Regierung der äußeren Einmischung keinen entschiedenen Widerstand entgegensetzte. Nach amerikanischen Quellen sollen die italienischen Vertreter auf der Kon-

des italienischen Wahlkampfs werden nun also fortgesetzt und auf die Regierungsbildung ausgedehnt. Dieses Vorgehen ist aufschlußreich für das Demokratieverständnis der einflußreichsten Kräfte in Westeuropa: Nicht nur die Souveränität und die Wahlentscheidung des italienischen Volkes werden mißachtet, auch in bezug auf die Direktwahlen zum Europäischen Parlament ist zu erwarten, daß weder demokratische Voraussetzungen für die Wahl geschaffen, noch deren Ergebnisse respektiert werden, wenn sie den Interessen der herrschenden Kreise zuwiderlaufen. Vor diesem Hintergrund sind die Direktwahlen zum Straßburger Parlament und die Bestrebungen, die EWG zu einer Politischen Union weiterzuentwickeln, zu betrachten, soll doch das neugewählte Parlament, wie der Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) am 14. Juli 1976 schrieb, „so etwas wie eine verfassungsgebende Versammlung (West-)Europas" sein.

Der Bericht des belgischen Premierministers und Präsidenten der „Europäischen Volkspartei — Föderation der christlich-demokratischen Parteien in der EG", Leo Tindemans [11]), stellt den bisherigen Abschluß einer Reihe von derartigen Konzeptionen zur politischen Integration dar, die von einer Zusammenfassung wirtschaftspolitischer Kompetenzen, außenpolitischer Instrumente und Strategien sowie von einer gemeinsamen Militärorganisation, etwa in Form der Neuauflage der Anfang der 50er Jahre gescheiterten „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft", ausgehen und bei denen ein vorrangiges Bestreben darin besteht, die „Bereitschaft des Bürgers" zu gewinnen, „sich mit der Europäischen Union als seiner Schicksalsgemeinschaft zu identifizieren und für ihren Aufbau mitverantwortlich zu fühlen" [12]). Geht es also bei der Diskussion um die Europäische Union auch darum, das Interesse der Öffentlichkeit von den immensen sozialen und ökonomischen Problemen, von Massenarbeitslosigkeit, Inflation, „Nullwachstum" u. a. abzulenken, um so zur Gewinnung eines neuen — integrationistischen — ideologischen Leitbildes beizutragen, so stellt sich doch auch die Frage, welche Parallelen und Unterschiede zu den Plänen einer Politischen Union, wie sie in den frühen 50er Jahren verbreitet wurden, bestehen. Dazu ist die Untersuchung des Schicksals solcher Projekte wie der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" oder der „Europäischen Politischen Gemeinschaft" notwendig. Um Möglichkeiten und Grenzen einer Europäischen Union beim derzeitigen Entwicklungsstand der EWG angeben zu können, ist wiederum die Analyse ihrer Triebkräfte und Hemmnisse erforderlich.

I

Waren die Konzepte für eine politische Gemeinschaft in der unmittelbaren Folgezeit nach 1945 vor allem dadurch gekennzeichnet, daß sie über außenpolitische Aktivitäten zur Stabilisierung der inneren Lage, der Sicherung des Restaurationsprozesses in allen westeuropäischen Ländern beitragen und die von einer gestärkten Arbeiterbewegung errungenen Erfolge rückgängig machen sollten, so lassen sich heute z. T. ähnliche Motive erkennen, wobei es aber vor allem darum geht, daß die politisch „stabileren" Länder Westeuropas auf einige besonders „anfällige" Staaten, vor allem Frankreich und Italien, zur Festigung des „sozialen Friedens", d. h. zur Erhaltung bestehender Machtstrukturen, einwirken. Bundeskanzler Schmidt: „Die Schwäche ... Europas ist gegenwärtig die innenpolitische

ferenz von Puerto Rico von dem „Einvernehmen" der übrigen Staaten informiert worden sein. Zur Permanenz der äußeren Einmischung gegenüber Italien vgl. H.-J. Axt, Aktuelle Tendenzen der Bonner Westeuropa-Politik, in: „Blätter", 9/1975, S. 992 ff., bes. S. 996—998.

11) Vgl. L. Tindemans, Die Europäische Union, „Bulletin der Europäischen Gemeinschaften", Beilage 1/1976 (zit.: Tindemans-Bericht).

12) Th. M. Loch, Ergebnisse einer europäischen Mission: der Tindemans-Bericht, in: „Europa-Archiv", 3/1976, S. 67 ff., hier S. 74.

Schwäche von mehreren Regierungen" [13]). Die Absicht, mittels eines politischen Zusammenschlusses offensiver den sozialistischen Staaten entgegentreten zu können, bestimmt das Streben nach einer politischen Union heute wie damals. Dabei erweist sich jedoch gegenwärtig angesichts der seit den 70er Jahren in Europa zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen bestehenden Vertragswerke und der mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit eingeleiteten, prinzipiell auch von den westlichen Staaten anerkannten Geltung friedlich-koexistentieller Beziehungen der besonders reaktionäre, nach rückwärts, d. h. auf Konfrontation gerichtete Charakter des Strebens nach einer verschärften Blockbildung in Europa durch die Schaffung einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft". Versuche zur politischen Vergemeinschaftung in Westeuropa sind von den USA — nicht zuletzt wegen ihrer antisozialistischen Stoßrichtung und der Sicherung der ökonomischen Expansion von US-Unternehmen — stets unterstützt worden [14]). Auch heute stehen die USA derartigen Bestrebungen prinzipiell positiv gegenüber, wenngleich eine ökonomisch-politische Stärkung Westeuropas angesichts der zunehmenden Rivalitäten zwischen den USA, Japan und Westeuropa ernste Gefahren für die USA beinhalten kann. Daß eine Europäische Union keinen „antiamerikanischen Charakter" erhält, sehen die USA vor allem im „Sonderverhältnis" zwischen den USA und der Bundesrepublik gewährleistet. Auch die Länder der Dritten Welt spielen in bezug auf die Politische Union eine wichtige Rolle. Während es aber früher darum ging, die durch den Prozeß der Entkolonisierung eingetretene Schwächung der westeuropäischen Länder durch einen Zusammenschluß wettzumachen [15]), soll heute vor allem über Assoziationsverträge u. ä. versucht werden, einen gewissen Einfluß gegenüber den immer selbständiger auftretenden Entwicklungsländern zu bewahren. Dabei sind die EWG-Staaten zu weitgehenden Konzessionen gezwungen, wie das Abkommen von Lomé mit den „AKP-Staaten" zeigt [16]). In den gegenwärtigen Konzepten für eine Europäische Union kommt aber auch ein spezifisches Moment zum Ausdruck, das aus dem bisherigen Verlauf des westeuropäischen Integrationsprozesses resultiert. Hat sich einerseits das Versagen der „funktionalistischen" Integrationsmethode erwiesen, hat sich also die Hoffnung nicht erfüllt, die ökonomische Integration werde aufgrund einer ihr immanenten Sachlogik voranschreiten, immer weitere Bereiche vergemeinschaften und zur Politischen Union vorstoßen [17]), so hat sich andererseits in dem von Krisen gezeichneten Prozeß der Integration gezeigt, daß bereits erreichte Integrationsfortschritte gefährdet sind, wenn der Integrationsprozeß stagniert. In diesem Sinne ist es durchaus zutreffend, wenn Th. M. Loch meint: „Die stetige Gangart darf nicht unterbrochen werden" [18]). Eine fehlende Abstimmung der Währungspolitik in der EWG ge-

13) FAZ v. 22. 4. 1976.

14) Die SPD bezeichnete 1951 das Projekt der Montanunion noch als „kapitalistisch, kartellistisch, konservativ und klerikal". Vgl. R. Hrbek, Die SPD — Deutschland und Europa, Bonn 1972, S. 102 ff. Zu den Interessen der USA vgl. G. Ziebura, Europaidee und Supranationalität in der westdeutschen Außenpolitik, in: H. Steffen (Hrsg.), Die Gesellschaft in der Bundesrepublik, 2. Teil, Göttingen 1971, S. 153 ff.

15) Zu den „Dekolonisierungsbestrebungen" nach 1945 vgl. W. Lipgens, Die Bundesrepublik Deutschland und der Zusammenschluß Westeuropas, in: H. P. Schwarz (Hrsg.), Handbuch der deutschen Außenpolitik, München 1975, S. 680 ff., bes. S. 681.

16) Als „AKP-Staaten" werden die 46 Entwicklungsländer in Afrika, der Karibik und des Pazifik bezeichnet, die mit der EWG am 28. 2. 1975 in Lomé ein Handelsabkommen, das den AKP-Staaten u. a. freien Zugang zum EWG-Markt sichern soll, abgeschlossen haben. Vom Europäischen Sekretariat der französischen Gewerkschaft CGT wurde das Abkommen als „entwicklungsfähiger Ansatz" eingeschätzt: „Das Abkommen ist zum Teil das Spiegelbild einer im Wandel begriffenen internationalen Lage. Es stützt sich auf die legitimen Bestrebungen der betreffenden Völker, insbesondere der Völker der AKP-Staaten. Die Mitgliedstaaten der EWG und die Entwicklungspolitik der Kommission mußten dieser Tatsache Rechnung tragen" (Dokument des Europäischen Sekretariats der CGT über das Abkommen von Lomé, in: „Europäische Gemeinschaften", Gewerkschaftsinformationen, 3/1976, S. 25 ff., hier S. 25). — Andererseits hofft die EWG „zweifellos, daß das Lomé-Abkommen einen allgemeinen Rahmen der wirtschaftlichen Interdependenz und des gegenseitigen Vertrauens schafft, der Lieferboykott und auch Enteignung von europäischen Kapitalbeteiligungen ohne Entschädigung schwieriger oder gar unmöglich macht" (E. Rhein, Die Europäische Gemeinschaft auf der Suche nach einer gemeinsamen Außenpolitik, in: „Europa-Archiv", 6/1976, S. 171, hier S. 177).

17) Zum „qualitativen Fehler" des Funktionalismus: G. Ziebura, Nationales Interesse und übernationale Ordnung, in: Nationale Souveränität oder übernationale Ordnung, Berlin (West) 1966, S. 151 ff., bes. S. 169.

fährdet z. B. angesichts permanenter Währungsunruhen ständig die gemeinsame Preisbasis des EWG-Agrarmarktes. Die Vorschläge zur Europäischen Union stellen in diesem Zusammenhang also auch den Versuch dar, einen neuen Ansatz, ein neues Gesamtkonzept zu finden, um die Stagnation und „Dauerkrise" [19]) der EWG zu überwinden. Dabei zeichnet sich der Tindemans-Bericht einmal durch seinen „Rückzug auf pragmatische Politik" [20]), durch seinen „realistischen Beitrag" [21]) und zum anderen durch seinen betont konservativen bis reaktionären Charakter aus [22]). „Denn einer der wichtigsten Punkte ist gerade, daß der Demokratie mit dem Tindemans-Bericht nicht gedient ist ... Der Bericht gibt ... keine Auskunft darüber, wie dem Volk eine bessere Kontrolle, eine Mitarbeit und eine parlamentarische Mitbestimmung in der Gesetzgebung gegeben werden können" [23]).

Pläne für eine Europäische Union zeichnen sich von Anfang an aber auch dadurch aus, daß jeder Mitgliedstaat der EWG versuchte, über diesen Weg spezifisch nationale Interessen durchzusetzen und den Ausbau supranationaler Organe sowie die Ausweitung entsprechender Kompetenzen bei Beschränkung nationalstaatlicher Souveränitätsrechte als Instrument zur Erreichung einer hegemonialen Stellung gegenüber den „Partnerstaaten" zu nutzen. Deutlich wird dies an den Auseinandersetzungen zwischen der französischen Regierung und der erstarkenden Bundesrepublik. Supranationalitätsbestrebungen schwankten stets zwischen der Absicherung des westdeutschen Restaurationsprozesses und der Durchsetzung hegemonialer Ansprüche Frankreichs einerseits und dem Versuch der BRD, ihre ökonomische Kraft in eine politische Dominanz umzusetzen, sowie der französischen Abwehr dieses Streben andererseits. Mit dem Ziel der Vereinigung der westeuropäischen Staaten in einer politischen Union verbanden die herrschenden Kräfte in Westdeutschland eine doppelte Zielsetzung. Einerseits sollte in einer engen Bindung an die westlichen Alliierten die Rekonstruktion eines privatkapitalistischen Gesellschaftssystems zumindest in einem Teil Deutschlands ermöglicht werden. Dafür war man bereit, die Spaltung Deutschlands als Preis zu zahlen. Schon im Oktober 1945 sprach Adenauer von der Teilung Deutschlands: „Der nicht von Rußland besetzte Teil Deutschlands ist ein integrierender Teil Westeuropas", wobei es darauf ankomme, „den nicht russisch besetzten Teil politisch und wirtschaftlich zu beruhigen (!) und wieder gesund zu machen ... Dem Verlangen Frankreichs und Belgiens nach Sicherheit kann auf die Dauer nur durch wirtschaftliche Verflechtung von Westdeutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Holland wirklich Genüge geschehen" [24]). Andererseits sollte unter dem Vorzeichen des Verzichts auf einen Teil nationaler Souveränität der Wiederaufstieg des westdeutschen Kapitalismus durch Beseitigung der von den Alliierten gesetzten Restriktionen und die Wiedergewinnung außenpolitischer Handlungsfreiheit gesichert werden. Die Forderung nach einer supranationalen politischen Gemeinschaft mit deutlich „antisowjetische(r) Spitze" [25]) war in diesem Konzept der Bundesregierung eingeschlossen: „Angesichts der eigenen nationalen Schwäche lag es nahe, die Überwindung des Nationalen überhaupt zu verlangen" [26]). So wurde der „Weg nicht nur zur In-

18) Th. M. Loch, Ergebnisse . . ., a.a.O., S. 69.
19) So U. Everling, Die Europäische Gemeinschaft nach der zweiten Pariser Konferenz, in: „Europa-Archiv", 3/1975, S. 59 ff.
20) Th. M. Loch, Ergebnisse . . ., a.a.O., S. 68.
21) CDU-Pressemitteilung v. 12. 1. 1976, in: „Informationsdienst", Beilage der „Europa-Union", Februar 1976, S. 2.
22) Vgl. u. a. auch die Zustimmung von W. Hallstein, Die Forderungen verdienen Unterstützung, in: „Wirtschaftsdienst", 3/1976, S. 122.
23) S. Mansholt, Eine widersinnige Politik ohne Zielsetzung, in: ebd., S. 117.
24) K. Adenauer, Erinnerungen 1945—1953, Frankfurt/M.-Hamburg 1967, S. 35.
25) W. Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, München 1970, S. 188.
26) Ebd., S. 92.

stallierung der ‚Sozialen Marktwirtschaft' (geöffnet), sondern, Hand in Hand damit, zu einem mächtigen ‚Wiederverbürgerlichungsprozeß', der fraglos die politische und ökonomische Macht auf die konservativen Kräfte verlagerte" [27]).

Das Ziel der bundesdeutschen „Europapolitik" bestand nach Adenauer darin, „Schritt für Schritt unsere Gleichberechtigung unter den freien Völkern der Welt zurückzuerlangen" [28]). Ging es zunächst darum, Beschränkungen durch die Alliierten abzubauen, so wuchs mit zunehmender Eigenständigkeit der BRD die Bedeutung eines zweiten Motivs der Forderung nach einem westeuropäischen Bundesstaat: „Der Kanzler spielte das europäische Spiel mit dem höchsten Einsatz, den er sich innenpolitisch leisten konnte, weil er klarer als die meisten Deutschen erkannte, daß Deutschland innerhalb eines geeinigten Europas früher oder später nicht nur die uneingeschränkte Gleichberechtigung, sondern sogar eine *führende Rolle* zufallen mußte — selbst dann, wenn der Grundriß dieses Europas durch französische Architekten im französischen Hegemonialstil entworfen war" [29]). Der Vorschlag des französischen Außenministers R. Schuman, „die Gesamtheit der französisch-deutschen Produktion von Kohle und Stahl unter eine gemeinsame oberste Autorität innerhalb einer Organisation zu stellen, die der Mitwirkung anderer Staaten Europas offensteht" [30]), also eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) zu gründen, wurde von der Bundesregierung sofort positiv aufgenommen. Sie verband damit das Ziel, die Souveränitätsbeschränkungen durch die Alliierten zu vermindern, was schließlich auch u. a. hinsichtlich der Abschaffung der Produktionsbegrenzungen, der Aufhebung der Stahlquote, der Auflösung der internationalen Ruhrbehörde, der Wiedereinführung der Verbundwirtschaft von Kohle- und Stahlindustrie gelang. Mit der Verwirklichung des „Schuman-Plans" in der Montanunion war die BRD gleichberechtigter Partner der anderen kapitalistischen Staaten Europas geworden [31]).

Die Tatsache, daß sich im Rahmen der EGKS eine relativ weitgehende supranationale Struktur durchsetzen konnte, so daß von der „Ausstattung der Gemeinschaft mit den Präorganen eines Bundesstaates" die Rede ist [32]), beruhte vor allem darauf, daß sich Frankreich vor die Aufgabe gestellt sah, den Wiederaufstieg der BRD, der nicht nur durch die USA massiv unterstützt wurde, sondern bei dem auch die Remilitarisierung Westdeutschlands im Interesse der antisozialistischen Roll-back-Strategie vorauszusehen war [33]), zumindest teilweise unter französischer Kontrolle halten zu können. Dies erhoffte sich die französische Regierung durch die Zusammenlegung der Montanindustrie und durch einen dominierenden Einfluß Frankreichs im supranationalen Entscheidungsmechanismus der EGKS. Mit der Montanunion sollte eine „Art Ersatz für die schwindenden Kontrollrechte in der BRD" seitens Frankreichs geschaffen werden [34]). Die französische Strategie des begrenzten Souveränitätsverzichts zur Kontrolle des Hauptkonkurrenten, der Bundesrepublik, hat sich jedoch als wenig erfolgreich erwiesen. Der ökonomische Aufstieg und die Wiederaufrüstung der BRD konnten weder verhindert noch unter französischer Aufsicht gehalten werden. In der Folge war Frankreich daher auch nicht mehr bereit, auf Teile natio-

27) G. Ziebura, Europaidee . . ., a.a.O., S. 159.
28) K. Adenauer, Erinnerungen . . ., a.a.O., S. 235.
29) F. R. Allemann, Bonn ist nicht Weimar, Köln/Berlin (West) 1956, S. 174, Hervorhebung v. Verf.
30) Vgl. H. Siegler, Dokumentation der europäischen Integration 1946—1961 unter besonderer Beachtung der Verhältnisse EWG-EFTA, Bonn/Wien/Zürich 1961, S. 41.
31) Vgl. dazu S. Thomas, Der Schumanplan in der „Europapolitik" der BRD (1949—1952), in: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft", 3/1976, S. 275—291.
32) W. Lipgens, Die Bundesrepublik . . ., a.a.O., S. 683. Vgl. hierzu auch A. Statz, Zur Geschichte der westeuropäischen Integration bis zur Gründung der EWG, in: F. Deppe (Hrsg.), Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Reinbek 1975, S. 110—174.
33) Im „Monnet-Memorandum" von 1950 hatte es bereits geheißen, daß die westdeutsche „Aufrüstung nicht zu verhindern" sei. Vgl. Abdruck in: G. Ziebura, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Pfullingen 1970, S. 199.
34) S. Thomas, Der Schumanplan . . ., a.a.O., S. 283.

nalstaatlicher Souveränität zu verzichten. Dies zeigte sich deutlich beim Scheitern der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" (EVG) im Jahre 1954. Die Ablehnung im französischen Parlament wurde gerade mit den für Frankreich entstehenden Gefahren des supranationalen Charakters der EVG begründet [35]). Für die BRD war dagegen die EVG „das ideale Vehikel zum politischen Wiederaufstieg, der nur auf Kosten Frankreichs zustande kommen konnte" [36]). An diesen grundsätzlichen Gegensätzen scheiterten nachfolgend sämtliche Pläne einer Zusammenfassung der westeuropäischen Länder unter einem betont supranationalen institutionellen Aufbau. So die „Europäische Politische Gemeinschaft" (EPG), die mit der Ablehnung der EVG ebenfalls aufgegeben werden mußte [37]). Zwar konnte mit der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" (EWG) und der „Europäischen Atomgemeinschaft" (Euratom) die umfassendere Integration von sechs westeuropäischen Ländern eingeleitet werden, doch mußte diese sich von vornherein mit dem ökonomischen Bereich, vor allem mit dem freien Warenverkehr bescheiden.

Aber auch in der Bundesrepublik „begann sich eine gewisse Distanz gegenüber der Supranationalität durchzusetzen . . . eine ganze Reihe von Erfahrungen zeigte, daß die Entwicklung ökonomischer Macht auch ohne Supranationalität möglich war" [39]). Zusätzlich machte sich Ende der 60er Jahre in der BRD eine gewisse Differenzierung der außenpolitischen Strategie geltend, die (vereinfacht) darin besteht, daß die Kräfte um CDU/CSU vorrangig und direkt die politische Union unter der Hegemonie der BRD [40]) und unter Einschluß einer „gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik" [41]) anstreben, während die sozialdemokratisch geführten Regierungen bei grundsätzlicher Übereinstimmung mit den Christdemokraten größeren Wert darauf legen, über die Propagierung einer gemeinschaftlichen Sozialpolitik und einer „Demokratisierung" der EWG-Institutionen die Lohnabhängigen und die Gewerkschaften stärker ideologisch und politisch an das bestehende gesellschaftliche System und an die EWG-Integration zu binden. Der grundlegende Konsens mit den Positionen von CDU/CSU zeigt sich gegenwärtig gerade darin, daß die sozialliberale Regierung immer offener eine Führungsrolle der BRD in der Gemeinschaft beansprucht und mit ökonomischen und politischen Mitteln durchsetzt [42]). Mit der Aktivierung der „Ostpolitik" durch die sozialliberalen Bundesregierungen war zwar „keine radikale Infragestellung der traditionellen Prioritäten der bundesrepublikanischen Außenpolitik verbunden" [43]), doch gewann die BRD jetzt eine umfassendere Handlungsfreiheit, die Frankreich mit seiner gegenüber den USA unabhängigeren Politik zu den sozialistischen Staaten bereits früher erreicht hatte. Damit ergab sich aber auch eine neue Triebkraft für eine intensivere — gleichwohl zwischenstaatliche und nicht supranationale — politische Zusammenarbeit der EWG-Staaten: „Die Partner gewannen jetzt ein verstärktes Interesse daran, die Bundesrepublik, die sich damit (mit der „Ostpolitik", d. Verf.) erst einmal größere Handlungsfreiheit verschaffte, in eine gemeinsame westliche Außenpolitik einzubinden, um Alleingänge zu verhindern und die nun möglich gewordene gemeinsame, multilaterale Entspannungspolitik insgesamt besser zu harmonisieren" [44]).

35) Vgl. G. Ziebura, Europaidee . . ., a.a.O., S. 166.
36) G. Ziebura, Die deutsch-französischen Beziehungen . . ., a.a.O., S. 73.
37) Vgl. zu folgendem H. Siegler, Europäische politische Einigung. Dokumentation von Vorschlägen und Stellungnahmen 1949—1968, Bonn/Wien/Zürich 1968, S. 14 f., 114.
38) Entfällt.
39) G. Ziebura, Europaidee . . ., a.a.O, S 171.
40) Für F. J. Strauß geht es z. B. darum, daß die „politische Einheit" der EWG der bundesdeutschen „wirtschaftlichen Stärke einen politischen Einfluß" verschaffen soll. F. J. Strauß, Herausforderung und Antwort. Ein Programm für Europa, Stuttgart 1968, S. 138. Ders., Entwurf für Europa, Stuttgart 1968, S. 149.
41) F.J.Strauß, Entwurf . . .,a.a.O.,S.22.
42) Vgl. H.-J. Axt, Aktuelle Tendenzen . . ., a.a.O.
43) G. Ziebura, Europaidee . . ., a.a.O, S 174.
44) W. Lipgens, Die Bundesrepublik . . ., a.a.O., S. 687.

II

Vor diesem Hintergrund ist die gegenwärtige Diskussion um die Europäische Union und den Tindemans-Bericht einzuschätzen. Wenn dabei von „Europäischer Union" die Rede ist, wird darunter ein Organismus verstanden, der auf übernationaler Ebene „über ein Ausmaß an Vollmachten verfügt, wie sie normalerweise einer Regierung zustehen, die ihre Tätigkeiten unter der Kontrolle eines Parlaments ausübt, dem sie verantwortlich ist" [45]), so daß „in dem institutionellen System der Union die Grundfunktionen einer staatlichen politischen Organisation vorgesehen werden müssen ..." [46]). Auf ihrer Gipfelkonferenz vom Oktober 1972 in Paris haben die Staats- und Regierungschefs der EWG-Länder beschlossen, „als vornehmstes Ziel ... die Gesamtheit der Beziehungen der Mitgliedstaaten in absoluter Einhaltung der geschlossenen Verträge vor dem Ende dieses Jahrzehnts in eine Europäische Union umzuwandeln ..." [47]). Die Organe der Gemeinschaft sollten dazu bis Ende 1975 Berichte ausarbeiten, die mittlerweile von der Kommission, dem Europäischen Parlament, dem Gerichtshof und dem Wirtschafts- und Sozialausschuß vorgelegt wurden [48]). Auf der Gipfelkonferenz 1974 in Paris wurde schließlich der belgische Premierminister, Leo Tindemans, beauftragt, auf der Grundlage der vorgelegten Berichte und nach Konsultation mit den „Regierungen und repräsentativen Kreisen der Öffentlichkeit in der Gemeinschaft" einen Gesamtbericht zu erstellen [49]). Dabei fällt auf, daß zunächst ein wenig verbindlicher Beschluß des Rates zur Europäischen Union vorlag, der nachträglich definitorisch gefüllt werden mußte, was nicht nur den desolaten Zustand der EWG erkennen, sondern auch künftige Auseinandersetzungen um die Bestimmung einer Europäischen Union erwarten läßt. Aufgrund der durchaus realitätskonformen Einschätzung, daß die „Krise in (West-) Europa ... jedoch so tiefgreifend (ist), daß wir zunächst das bisher Erreichte retten und hiervon ausgehend einen energischen Versuch machen müssen, einen bedeutenden Sprung nach vorn zu tun" [50]), formuliert der Tindemans-Bericht einige Grundgedanken, die dem Krisenzustand der EWG und der ihr zugrundeliegenden Gesellschaftsordnungen Rechnung tragen sollen.

Erstens: Um die Integration voranzubringen, sollen die Aktivitäten vom ökonomischen Bereich stärker auf das Gebiet der politischen Beziehungen verlagert werden: „Will man die Verträge retten und Neues schaffen, so müssen sich die Mitgliedstaaten über neue Ziele einigen. Es steht außer Frage, daß dies im wesentlichen ein politisches Problem ist" [51]). Die Krise der EWG und die Unmöglichkeit, die Zollunion und den Gemeinsamen Markt zu einer Wirtschafts- und Währungsunion weiterzuentwickeln, werden im „fehlenden politischen Willen" und in der nicht vorhandenen „echte(n) politische(n) Übereinstimmung" gesehen [52]). Will man also mittels politischer Impulse die stagnierende Integration voranbringen, so kommt darin einerseits das Scheitern des bisherigen Integrationsansatzes zum Ausdruck, wie andererseits aufgrund der bisherigen Erfahrungen die Grenzen des neuen Versuchs bereits auszumachen sind. Die „expansive Logik des Funktionalismus ..., die einen gemeinsamen Markt und die wirtschaftliche Interdependenz als Mittel ... (einsetzt), um eine politische

45) EG-Kommission, Bericht der Kommission über die Europäische Union, „Bulletin der Europäischen Gemeinschaften", Beilage 5/1975, S. 34 (zit.: Bericht der Kommission).
46) Ebd., S. 31.
47) Vgl. Schlußerklärung der Gipfelkonferenz von Paris, „Bulletin der Europäischen Gemeinschaften", 10/1972, S. 15 ff.
48) Vgl. Bericht der Kommission. Die Berichte der übrigen EWG-Organe befinden sich in: „Bulletin der Europäischen Gemeinschaften", Beilage 9/1975.
49) Vgl. Kommuniqué in „Bulletin der Gemeinschaften", 12/1974, S. 7 ff.
50) Tindemans-Bericht, S. 6.
51) Ebd., S. 5.
52) Ebd., S. 21.

Einigung zu erreichen" [53]), hat sich im Rahmen der EWG nicht durchsetzen können, vielmehr haben selbst die fortgeschritteneren Integrationsbereiche den Verbund von Ökonomie und nationalem Staat nicht aufheben können. Mit der internationalen Expansion des Kapitals nimmt gerade die Notwendigkeit zu, daß die Staaten zur Sicherung der Verwertungsbedingungen und der Konkurrenzsituation des heimischen Kapitals intervenieren. Eine Vergemeinschaftung solcher „empfindlichen Politikbereiche" bleibt ausgeschlossen, weil sie die Wettbewerbsfähigkeit der auch in der EWG in Konkurrenz zueinander stehenden Kapitale beeinträchtigen würde [54]). Hier liegen die Grenzen des jetzt von Tindemans vorgeschlagenen Integrationsansatzes: Eine Intensivierung politischer Beziehungen zur Stimulierung des Integrationsprozesses läßt sich im Rahmen der EWG nur unter dem Verzicht auf umfassendere supranationale Organisation durch den *Ausbau zwischenstaatlicher Mechanismen* erreichen. Damit wird jedoch die Distanz zur angestrebten Politischen Union noch größer.

Zweitens: Die von Tindemans skizzierte Europäische Union reflektiert insofern die der kapitalistischen Integration immanenten desintegrativen Tendenzen, als sie weniger die anspruchsvolle Zielsetzung supranationaler EWG-Strukturen als vielmehr die Erweiterung intergouvernementaler Beziehungen anstrebt und diese in eine gewisse „Kohärenz" bringen will. Tindemans „entscheidet sich für den Integrationsfortschritt durch die nationalen Regierungschefs und gibt dem Europäischen Parlament eine ausschließliche Beratungsfunktion, die der Europäische Rat gnädigst berücksichtigen wird" [55]). Das dem Rat gegenüber verminderte Gewicht der Kommission, die nach Hallstein das „reine Gemeinschaftsinteresse" verkörpern soll [56]), wird festgeschrieben. Wegen des „überall spürbar werdenden Wiedererstarkens eng nationaler Belange" [57]) schlägt Tindemans vor, „daß die Mitgliedstaaten (!) in der Lage sein müssen, gemeinsam eine Politik zu erarbeiten und im Rahmen der Europäischen Union gemeinsam zu handeln" [58]). „Tindemans leugnet die realpolitische Chance des großen qualitativen Sprungs vom Nationalstaat zu einer europäischen Föderation ... In dieser Sicht signalisiert Tindemans das Ende von Hoffnungen und Illusionen" [59]).

Drittens: Analog zur vorrangig „politischen" Orientierung sieht Tindemans die Prioritäten der Europäischen Union in der Koordinierung der Außen- und Verteidigungspolitik, der Wirtschafts- und Währungspolitik sowie verschiedener Bereiche der Innenpolitik. „Die Europäische Union wird auf dem rechten Weg sein, wenn den Politikern unserer Staaten ständig die europäische Dimension bewußt bleibt, wenn niemand mehr die europäische Politik als die beiläufige nebensächliche Verlängerung der nationalen Politik sieht ..." [60]) Auf welche Weise jedoch die nationalen ökonomischen Regulierungssysteme gemeinschaftlich koordiniert bzw. zusammengefaßt werden sollen, darauf gibt der Tindemans-Bericht keine Antwort, kann er auch keine geben, will er nicht die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß nicht die Nationalstaatlichkeit „überholt" ist, sondern das zugrundeliegende Gesellschaftssystem, welches den ständigen Einsatz staatlicher, auf *gesellschaftlicher* Ebene mobilisierter Mittel zur Erhaltung eines

53) E. B. Haas, Die Einigung Europas, in: D. Sidjanski u. a., Erfolge und Krisen der Integration, Köln 1970, S. 39 ff., hier S. 48.
54) Vgl. die bisher unveröffentlichte Dissertation des Verfassers: Staat — multinationale Konzerne — Europäische Wirtschaftsgemeinschaft: Voraussetzungen und Hindernisse einer Politischen Union in Westeuropa, Marburg 1976.
55) C. Schöndube, Gibt es einen „königlichen Weg" zur europäischen Demokratie?, in: „Europa-Union", Februar 1976, S. 6.
56) W. Hallstein, Der unvollendete Bundesstaat, Düsseldorf/Wien 1969, S. 57.
57) Tindemans-Bericht, S. 11.
58) Ebd., S. 16.
59) Th. M. Loch, Ergebnisse . . ., a.a.O., S. 67.
60) Tindemans-Bericht, S. 28.

Systems von *privater* Kapitalverwertung erfordert. Ebensowenig gibt Tindemans darüber Auskunft, wie die politisch vermittelten Konkurrenzbeziehungen zwischen den EWG-Staaten, die immer wieder nationale Protektionsmaßnahmen fördern, zu Handels- und „Weinkriegen" führen, mit den Partnerstaaten nicht abgestimmte währungspolitische Alleingänge u. a. m. hervorbringen, überwunden werden sollen. Der Appell, daß jetzt die „geistigen Schranken" fallen müssen [61]), hilft ebensowenig wie das Vertrauen auf „einen politischen Odem", der den „Institutionen . . . Seele und Kraft" verleihen soll [62]). Wenn davon die Rede ist, daß die „europäische Idee eine Krise durchmacht" [63]), dann ist dies zu allererst die Krise der in Westeuropa erstarrten ökonomischen und politischen Systeme.

Viertens: Hat es die bisherige Entwicklung der EWG in keiner Weise vermocht, die erheblichen strukturellen und regionalen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten auch nur zu verringern, so zieht der Tindemans-Bericht daraus nun die Konsequenzen und befürwortet ein abgestuftes Integrationsverfahren, womit im Rahmen der EWG zumindest zwei Kategorien von Mitgliedsländern geschaffen und die Diskrepanzen zwischen „armen" und „reichen" Regionen und Staaten verfestigt werden. Tindemans greift dabei auf einen Vorschlag des ehemaligen Bundeskanzlers Brandt zurück, der bereits im November 1974 unter dem Begriff eines „Notprogramms" geäußert hatte: „Jetzt geht es ums Überleben, das heißt, um die Erhaltung der Substanz der Gemeinschaft, auch wenn dies bedeutet, daß der Vertrag an einigen Stellen vorübergehend nicht angewandt wird" [64]). Im Rahmen einer abgestuften Integration sollten Länder wie die BRD, Frankreich und die Beneluxstaaten die Integration vorantreiben, während die schwächeren Länder wie Italien und England in Abstufungen folgen. Reichte der Protest gegen diese Vorstellungen damals von der EWG-Kommission über die FDP bis zu CDU/CSU [65]), so wird heute das ähnliche Konzept des Christdemokraten Tindemans auch von Vertretern des konservativen Lagers unterstützt. W. Hallstein hat sich bereits ebenso zustimmend geäußert [66]) wie die CDU: „Der Tindemans-Bericht weist den Weg, trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten das Ziel der europäischen Einigung weiter zu verfolgen" [67]). Für die Bundesregierung ist der Bericht ein „konstruktives und realistisches Konzept" [68]). Unter dem Titel „Ein neuer Lösungsansatz" schlägt Tindemans für die Weiterführung des Rest-EWG-Währungsverbandes im einzelnen vor: „Es ist unmöglich, heute ein glaubwürdiges Aktionsprogramm zu entwickeln, wenn man davon ausgeht, daß es absolut erforderlich ist, daß in allen Fällen alle Etappen von allen Staaten zum gleichen Zeitpunkt zurückgelegt sein müssen. Objektiv gesehen, bestehen in der Wirtschafts- und Finanzlage derart große Unterschiede, daß mit dieser Forderung jeder Fortschritt unmöglich wird und Europa weiter zerfällt" [69]). Die ökonomisch potenteren Staaten sollen hinsichtlich der Integrationsverflechtung voranschreiten, während „die Staaten, welche vom Rat auf Vorschlag der Kommission als objektiv anerkannte Gründe haben, nicht weiter vorzurücken, dies nicht tun" [70]). Auch wenn Tindemans meint, „das gemeinschaftlich zu erreichende Endziel bindet jeden, nur die Durchführung ist zeitlich auseinandergezogen" [71]), handelt es sich hier freilich um weit mehr als nur um eine „Tempoverschiebung" [72]).

61) Ebd., S. 28.
62) Vgl. ebd., S. 37.
63) Ebd., S. 5.
64) So in FR v. 21. 11. 1974.
65) Vgl. FR v. 25. 11. 1974 und FAZ v. 21. 11. 1974.
66) Vgl. W. Hallstein, Die Forderungen . . ., a.a.O., S. 122.
67) Presse-Erklärung der CDU v. 12. 1. 1976, a.a.O.
68) So Regierungssprecher Grünewald in FR v. 8. 1. 1976.
69) Tindemans-Bericht, S. 22.
70) Ebd.
71) Ebd.
72) So Th. M. Loch, Ergebnisse . . ., a.a.O., S. 73.

Vielmehr wird hiermit, auch verbal, der Anspruch aufgegeben, Entwicklungsunterschiede in der Gemeinschaft zu harmonisieren, denn, wenn die zurückgebliebenen Länder bis jetzt noch nicht zu den stärkeren Ländern haben aufschließen können, wie sollen sie das im Rahmen einer abgestuften Integration, bei der die wohlhabenderen Staaten sich noch stärker verflechten und entwikkeln, erreichen? Wenn der Wachstumsverzicht „gleichsam der Preis (ist), den die weiterentwickelten Staaten für die Vorteile zahlen, die sie auf Grund ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit aus der gegenseitigen Öffnung der Grenzen erlangen" [73]), dann zeigt das abgestufte Integrationskonzept einmal mehr, daß die starken EWG-Staaten keineswegs zu diesem Verzicht bereit sind, sondern sich auf die nicht nur währungspolitische Absicherung ihrer internationalen ökonomischen Expansion konzentrieren und die EWG diesem Ziel unterordnen. Tindemans' Konzept wird in diesem Punkt aber auch von Anhängern der „Europa-Idee" kritisiert, weil, so der Vizepräsident der „Union Europäischer Föderalisten", C. Schöndube, die Gefahr naheliegt, daß dieser Vorschlag zur Verschärfung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen beitrage. „Hat Tindemans nicht bedacht, zu welchen innenpolitischen Erschütterungen es dann in den abgekoppelten Staaten kommen kann — ja früher oder später kommen muß? Dieses Verfahren könnte zum Ende der Gemeinschaft in ihrer heutigen Form führen" [74]). Derartige „innenpolitische Erschütterungen" in gewissen, für den Bestand der derzeitigen Machtverhältnisse ungefährlichen Grenzen zu halten, ist aber gerade ein vorrangiges Anliegen der Vorschläge zur Europäischen Union wie auch des Tindemans-Berichts.

Fünftens: Der Prozeß der westeuropäischen Integration hat sich bisher unter Bedingungen vollzogen, die in keiner Weise einer wirksamen demokratischen Kontrolle entsprechen. Der bereits auf nationaler Ebene festzustellende Abbau demokratischer Rechte ist im Rahmen der EWG durch die Dominanz unkontrollierter Räte und Verwaltungen noch verstärkt worden. An diesem Zustand will auch der Tindemans-Bericht nichts Grundsätzliches ändern. Es geht vielmehr darum, wie der Prozeß der weiteren Integration ohne größeren Widerstand durchzusetzen ist, weshalb gleichsam zur „Beruhigung" Forderungen wie die nach einem „sozialen Dialog" mit einbezogen werden. Die gesellschaftliche Stabilisierung der EWG-Länder mittels einiger begrenzter Zugeständnisse ist das Ziel von Tindemans, wenn er ausführt: „Europa muß bürgernah sein" [75]). In dieses Konzept ist auch die Forderung nach einer Direktwahl des Europäischen Parlaments eingeordnet. Auch wenn in einigen Bereichen Zugeständnisse gemacht werden müssen — Tindemans sieht sich z. B. gezwungen, zumindest das Problem der „Beteiligung der Arbeitnehmer an dem Entscheidungsprozeß, der Kontrolle und den Gewinnen der Unternehmen" anzusprechen [76]), ohne aber auch nur einen konkreten Vorschlag zur Verwirklichung zu machen —, so dominieren doch bei den Plänen zur Europäischen Union die Überlegungen, wie die bestehenden Verhältnisse gesichert, wie sich die Exekutiven der Forderung nach Kontrolle entziehen können. In ihrem Bericht zur Europäischen Union spricht die EWG-Kommission daher davon, daß die „Gefahr einer ständigen Spannung zwischen der Notwendigkeit, die gemeinsamen Regeln zu beachten, und der politischen Verantwortung der einzelstaatlichen Regierungen (bestehe), die sich sehr rasch wandelnden Wirtschaftssituationen, von Land zu Land verschiedenen politischen Gleichgewichten (!) und manchmal einander zuwiderlaufenden sozialen Pressionen (!) gegenübersehen" [77]).

73) K. Boeck, Regionalpolitik — eine Aufgabe für die Gemeinschaft, in: H. E. Scharrer (Hrsg.), Europäische Wirtschaftspolitik — Programm und Realität, Köln 1973, S. 213 ff., hier S. 252.
74) C. Schöndube, Gibt es . . ., a.a.O., S. 6.
75) Tindemans-Bericht, S. 29.
76) Ebd., S. 12.

III

In die Kompetenz der Europäischen Union soll nach Tindemans eine *gemeinsame Außenpolitik* fallen. „Die Gründe, die für ein gemeinsames Auftreten unserer Staaten in der Welt sprechen, ... ergeben sich aus dem Kräfteverhältnis" [78]). Um die Außenpolitik koordinieren zu können, soll ein „einziges Entscheidungszentrum" geschaffen werden, d. h., daß die jetzt bestehende Trennung von „Europäischer Politischer Zusammenarbeit" außerhalb der EWG und der Koordination im Rahmen der EWG aufgehoben werden soll. Die „Organe der Union (sollen) über alle Probleme beraten können, sofern sie die Belange (West-)Europas berühren ..." [79]) Dabei fällt bei der Tindemansschen Bevorzugung intergouvernementaler Beziehungen „dem Europäischen Rat eine wesentliche Aufgabe bei der Festlegung der allgemeinen Richtlinien" zu [80]). Die „großen Linien ihrer Politik" legen die Mitgliedstaaten im Europäischen Rat fest, wobei sich die „Minderheit nach Abschluß der Beratungen der Mehrheit" anzuschließen hat [81]). Diese Einführung der Mehrheitsregel ist aber äußerst problematisch, hat doch die bisherige Entwicklung der EWG gezeigt, daß entgegen den Bestimmungen der Römischen Verträge [82]) die Mitgliedsländer selbst bei weniger wichtigen Entscheidungen vor der Anwendung der Mehrheitsentscheidung im Rat zurückweichen. „Wird den Beteiligten die gemeinsame Haltung wichtiger sein als die Richtigkeit der definierten Politik, wenn einmal existentiell grundlegende Fragen im Spiel sind?" [83]) Keineswegs, die Furcht vor der hegemonialen Stellung eines Mitgliedslandes, vor allem der BRD, war schon immer so groß, „daß für die übrigen Partner die Bewahrung ihrer Souveränität immer noch eine bessere Chance der Selbstbehauptung (bietet) ... als jede institutionelle Absicherung innerhalb einer ‚politischen Union' " [84]). Dies schließt aber keineswegs aus, daß die Gemeinschaftsländer bei entsprechender Übereinstimmung ihrer Interessen gemeinsam gegenüber Drittländern auftreten [85]). Dies dürfte gerade im Verhältnis zu den Staaten der Dritten Welt von Bedeutung sein, wo die EWG-Staaten nach entsprechender zwischenstaatlicher Abstimmung „wirksamer, nachhaltiger und freier handeln können, wenn sie gemeinsam vorgehen" [86]). „Der Anspruch der Entwicklungsländer, in stärkerem Umfang am Wohlstand der Welt zu partizipieren, und ihre Forderung, die weltwirtschaftliche Ordnung entsprechend zu reformieren, wurde in Europa als mögliche Bedrohung der herrschenden Wirtschaftsordnung, d. h. der privilegierten wirtschaftlichen Lage der Industriestaaten angesehen" [87]). Liegt hierin eine gewisse Gefahr für das Unabhängigkeitsstreben gerade der afrikanischen Staaten — in Afrika schickt sich die EWG an, anstelle der USA die Rolle eines „Gendarmen" zu übernehmen [88]) —, so hat jedoch z. B. die Erdölkrise deutlich gemacht, daß die Front der EWG-Staaten zerbricht, daß die EWG-Länder bilateralen Beziehungen zu Entwicklungsländern den Vorzug

---

77) Bericht der Kommission, S. 18.
78) Tindemans-Bericht, S. 15.
79) Ebd.
80) Ebd.
81) Ebd.
82) Vgl. Art. 148 EWG-Vertrag.
83) H. Schneider, Tindemans — Fortschritte bei neuer Ausgangslage suchen, in: „Europa-Union", Februar 1976, S. 6.
84) E. Häckel, Theoretische Aspekte der regionalen Verflechtung, in: Regionale Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland, München/Wien 1973, S. 15 ff., hier S. 29.
85) Vgl. hierzu die allerdings unkritische Studie von E. Rhein, Die Europäische Gemeinschaft ..., a.a.O.
86) Bericht der Kommission, S. 26.
87) E. Rhein, Die Europäische Gemeinschaft ..., a.a.O., S. 175.
88) Zu den Widersprüchen westeuropäischer Politik gegenüber den Entwicklungsländern gehört es z. B., einerseits die „Verurteilung der Apartheid-Politik Südafrikas" auszusprechen (Erklärung der EWG-Außenminister; FR v. 25. 2. 1976), andererseits das Apartheid-Regime massiv wirtschaftlich zu unterstützen — entgegen eindeutigen UNO-Beschlüssen: 1974 entfielen z. B. von den bundesdeutschen Kapitalexporten 2247 Mio. DM auf Afrika, davon allein auf Südafrika 419 Mio. DM (vgl. H. Krägenau, Internationale Direktinvestitionen 1950—1974, Hamburg 1975, S. 125).

geben, sobald die Energie- und Rohstoffversorgung des eigenen Kapitals gefährdet ist. Die EWG-Politik im Rahmen der Verhandlungen über eine neue Weltwirtschaftsordnung schwankt also zwischen dem Streben nach einem kollektiven Neokolonialismus und der Ausweitung bilateraler, auf die nationalen Vorteile der Mitgliedsländer orientierter Beziehungen.

Ähnlich stellt sich die Situation im Verhältnis zu den sozialistischen Staaten dar. Einerseits hofft man, durch gemeinsames Vorgehen auf diese Staaten einwirken zu können — die Ergebnisse der Konferenz von Helsinki werden in der Regel einseitig, d. h. in bezug auf die Verstärkung des ideologischen Einflusses auf die sozialistischen Staaten ausgelegt —, andererseits wird die geschlossene Haltung ständig dadurch relativiert und beeinträchtigt, daß die einzelnen EWG-Staaten vor allem ihren ökonomischen Vorteil in der Umgehung der Partnerstaaten suchen. Außenpolitische Aktivitäten dienen hier als Instrumente des nationalen wirtschaftlichen Vorteils. Gerade die unabhängigere französische „Ostpolitik" hat seit den 50er Jahren die gegenüber der BRD unterlegene Konkurrenzposition zumindest teilweise wettmachen wollen. Tindemans beschränkt sich angesichts dieser Sachlage darauf, die Mechanismen der gemeinsamen Außenpolitik zu bestimmen, ohne auf die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten inhaltlich einzugehen. Wenn dieser Bereich „weitgehend ausgespart" wurde [89]), andererseits jedoch die Rolle Chinas, das dem „Einigungswerk eine wachsende Sympathie" entgegenbringt, hervorgehoben wird [90]), so zeigt dies, daß Tindemans weder Konsequenzen aus der in Europa eingeleiteten Entspannungspolitik ziehen will und dieser Entwicklung auffallend fremd gegenübersteht, noch die Chancen einer verstärkten Kooperation zwischen der EWG und dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe auch nur auszuloten bereit ist. „Für Leo Tindemans liegt das Ferne nah, die Beziehungen zu den USA, Japan, China und Kanada, und das Nahe fern: auf der europäischen Landkarte gibt es erstaunlich viele weiße Flecken. Skandinavien, Österreich, die Schweiz und die osteuropäischen Staaten passen anscheinend nicht in das christdemokratisch begrenzte Weltbild" [91]). Daß dies eine „gefährliche Politik" ist, wie Sicco Mansholt schreibt [92]), kann nicht deutlich genug hervorgehoben werden. Tindemans' Europäische Union ist auf Blockbildung, Konfrontation und Verstärkung der Rüstungspotentiale in Europa abgestellt.

Die ganze Widersprüchlichkeit der Koordination der außenpolitischen Beziehungen der EWG-Länder kommt im Verhältnis zu den USA zum Ausdruck. „Das europäisch-amerikanische Verhältnis wird stets durch eine gewisse Ambivalenz gekennzeichnet sein. Zwar decken sich langfristig die fundamentalen Sicherheitsinteressen der Partner; aber auf den ‚Nebenschauplätzen' der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zeigen sich Nuancen beziehungsweise Divergenzen in den Interessen. Hier liegt ein Freiheitsspielraum für gemeinschaftliche Außenpolitik, sofern eine gewisse Konfliktschwelle nicht überschritten wird: Die Vereinigten Staaten billigen der Gemeinschaft eine begrenzte Führungsrolle im Verhältnis zu Entwicklungs- und arabischen Ländern zu, bestehen aber zugleich mit Nachdruck darauf, daß die europäische Eigenpolitik nicht wesentliche amerikanische Wirtschaftsinteressen verletzt" [93]). Wegen der uneinheitlichen Hal-

89) Th. M. Loch, Ergebnisse . . ., a.a.O., S. 71.
90) Tindemans-Bericht, S. 19.
91) So die Stellungnahme des belgischen sozialistischen Politikers Lucien Radoux, Links um, Herr Tindemans!, in: „Neue Gesellschaft", 3/1976, S. 254. Wenn die SPD-Führung allerdings das Programm von Tindemans zu dem ihrigen macht, zeigt dies, daß sie nicht bereit ist, Konsequenzen aus der Ostpolitik hinsichtlich der Gestaltung der Westeuropa-Politik zu ziehen.
92) S. Mansholt, Eine widersinnige Politik . . ., a.a.O., S. 120.
93) E. Rhein, Die Europäische Gemeinschaft . . ., a.a.O., S. 176.

tung der EWG-Länder verzichtet der Tindemans-Bericht hier auf eingehendere Ausführungen und schlägt vor, „daß der Europäische Rat die Initiative ergreift, eines seiner Mitglieder damit zu beauftragen, mit den Vereinigten Staaten Gespräche zu führen, um zwischen dieser Großmacht und der Europäischen Union den Anstoß zu gemeinsamen Überlegungen über Natur und Inhalt ihrer Beziehungen zu geben" [94]). Daß Tindemans diesem Dialog nur begrenzte Chancen einräumt, macht er freilich selbst deutlich: „Es ist zweifelhaft, daß die europäischen Staaten zu einer völlig identischen Beurteilung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa gelangen . . ." [95])

Über die Forderung nach einer gemeinschaftlichen Außenpolitik geht Tindemans hinaus, indem er eine „gemeinsame Verteidigungspolitik" verlangt. Die Europäische Union soll gewissermaßen die ökonomisch-politische Grundlage eines eigenständigen westeuropäischen Zweigs der NATO darstellen. Tindemans: „Die Europäische Union bleibt solange unvollständig, wie sie keine gemeinsame Verteidigungspolitik besitzt . . . Die Sicherheit darf daher nicht aus der Europäischen Union ausgeklammert werden" [96]). Tindemans kommt damit Forderungen entgegen, wie sie bisher vor allem von konservativ-reaktionären Kreisen, insbesondere der CDU/CSU, gestellt wurden. F. J. Strauß hat dies z. B. folgendermaßen formuliert: „Je eher die freien Länder unseres Kontinents, besonders aber die sechs, sich in einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik zusammenfinden und damit auch das innere Wachstum der Wirtschaftsunion abschirmen, desto klarer werden wir die Konturen eines zukünftigen großen Europas erkennen können" [97]). Soll das vereinigte Westeuropa als ein „Gravitationszentrum auf die Länder Osteuropas" wirken [98]), so soll andererseits der BRD der Weg zur Teilhabe am Atomwaffenpotential Frankreichs und Großbritanniens eröffnet werden. „Die Bundesrepublik nämlich und — wie ich glaube — auch Italien würden sich auf dem Gebiet der atomaren Verteidigung nicht mehr zurückgesetzt fühlen, wenn in Gestalt eines britisch-französischen Atomarsenals schon einmal der Ansatz (!) für eine europäische Atomstreitmacht geschaffen wäre, an deren Aufbau und Fortentwicklung sie sich in geeigneter Form beteiligen könnten" [99]). Noch kürzlich hat A. Dregger diese Forderung unterstützt und „jeder Denuklearisierung des freien Europas eine entschiedene Absage" erteilt [100]). Indem Tindemans also diese Forderungen unterstützt, macht er dennoch zugleich auf die Differenzen zwischen den EWG-Ländern aufmerksam, die einer Einigung auf diesem Gebiet entgegenstehen. „So ist zum Beispiel Irland weder Mitglied der NATO noch der WEU. Dänemark ist nicht Mitglied der WEU. Frankreich ist zwar Mitglied der NATO, nimmt aber nicht mehr an deren Militärorganisation teil" [101]). Tindemans schlägt deshalb vor, sich zunächst darauf zu beschränken, „regelmäßig einen Meinungsaustausch über unsere spezifischen Verteidigungsprobleme" durchzuführen und „eines Tages zu einer gemeinsamen Analyse der Verteidigungsprobleme zu gelangen" [102]). Andererseits sollen die EWG-Staaten „in der Rüstungsproduktion zusammenarbeiten, um die Verteidigungskosten zu senken und die Autonomie Europas sowie die Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrie zu vergrößern . . . In Betracht käme hier die Gründung einer europäischen

94) Tindemans-Bericht, S. 18.
95) Ebd.
96) Ebd.
97) F. J. Strauß, Herausforderung . . ., a.a.O., S. 115.
98) Ebd., S. 147.
99) Ebd., S. 211.
100) FAZ v. 29. 7. 1975. In einem Interview äußerte A. Dregger: „Wir müssen endlich Europa politisch, ökonomisch und militärisch zu einem Bundesstaat zusammenschließen." Frage: „Mit eigener atomarer Bewaffnung?" Dregger: „Selbstverständlich" („Der Spiegel" v. 25. 11. 1474, S. 44).
101) Bericht der Kommission, S. 27.
102) Tindemans-Bericht, S. 18.

Rüstungsagentur" [103]). Auch wenn das Streben nach einer gemeinsamen Rüstungsproduktion wie bisher immer wieder durch nationale Prioritäten einerseits und die Dominanz der USA andererseits massiv behindert wird [104]), so können diese gefährlichen Aspekte der Tindemansschen Sicht einer Europäischen Union der demokratischen und an der Stabilisierung des Friedens interessierten Öffentlichkeit nicht gleichgültig bleiben. Sie fordern Widerstand heraus.

Die in einer Europäischen Union zusammengefaßte Außen- und Verteidigungspolitik richtet sich jedoch nicht nur auf die Beziehungen zu den Staaten außerhalb der EWG, sie weist auch eine bedeutsame innenpolitische Komponente auf, sollen doch die Regierungen gemeinsam eher den „sozialen Pressionen" ausweichen können. Da die Politische Union auf diese Weise zur Stabilisierung der politischen Systeme beitragen soll, heißt es in der Stellungnahme der CSU zum Tindemans-Bericht: „Gegenüber der Gefahr des Sozialismus kann unsere Freiheit nur gesichert werden, wenn das freie Europa unverzüglich seine Einigung vollendet" [105]). Der Kern derartiger Bestrebungen, über die Zusammenfassung der Außenpolitik auf die innere Entwicklung der EWG-Staaten einwirken zu können, liegt in der Befürchtung konservativer Kreise begründet, die Entspannung in Europa könne dazu führen, daß auch im inneren Gefüge der Staaten Verschiebungen des politischen Kräfteverhältnisses eintreten, der massiven Aufrüstung verstärkt Widerstand entgegengebracht werden könne und die Kräfte auf der Linken an Einfluß gewinnen. Einerseits soll der „außenpolitische Pluralismus" nach Möglichkeit gedämpft werden, andererseits soll, wie U. Nerlich in einer aufschlußreichen Studie schreibt, die „innere Stabilität" Westeuropas durch die zur Europäischen Union ausgebaute EWG garantiert werden. „Die Zeit, in der die NATO in den meisten westeuropäischen Ländern innenpolitisch (!) Entwicklungen in beträchtlichem Ausmaß kanalisieren konnte, ist vorbei" [106]). Also soll die EWG, die über „geeignete Mittel — wie etwa die Verweigerung oder das Angebot wirtschaftlicher Hilfe — (verfügt), mit denen innere Entwicklungen in anderen Ländern, wie (nicht nur) das Beispiel Portugal zeigt, durchaus beeinflußt werden können" [107]), zunehmend diese Aufgabe übernehmen. Diese Funktion der Gemeinschaft wächst angesichts der Tatsache, „daß in einigen wichtigen Staaten der Gemeinschaft die Linke des politischen Spektrums — bis hin zu den kommunistischen Parteien — stärkeren Einfluß gewinnt." Weil die „Gefahren, denen das westliche Europa in den kommenden Jahren ausgesetzt sein wird, aller Voraussicht nach aus der innenpolitischen Instabilität in westeuropäischen Ländern hervorgehen werden", soll „die künftige Politik hauptsächlich darauf gerichtet" werden, „die Fähigkeit zur Anpassung an gesellschaftliche und politische Veränderungen in den Mitgliedstaaten zu vergrößern. Das Schwergewicht wird weniger auf der Unabhängigkeit liegen müssen als vielmehr auf der Entwicklung einer immer größeren wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit unter den Mitgliedstaaten, damit die Bedeutung der Gemeinschaft als bindender Rahmen wächst und das Opfer, das ein Ausscheiden bedeuten würde, schließlich als untragbar erscheint" [108]).

Gegenüber diesem Ziel „innerer Stabilisierung Westeuropas" im Interesse der privilegierten gesellschaftlichen Kräfte und dem Streben, „der Stimme (West-) Europas Gehör" zu verschaffen, um „unsere berechtigten Interessen wirksam"

103) Ebd., S. 19.
104) Zu denken wäre u. a. an den Streit um die Einführung des westdeutschen „Leopard" als NATO-Panzer. Ebenso an die Entscheidung Hollands, Dänemarks, Norwegens und Belgiens gegen den französischen „Mirage"-Jagdbomber und für amerikanische Flugzeuge des Typs F-16 (vgl. FAZ v. 9. 6. 1975).
105) CSU-Pressemitteilung v. 7. 1. 1976, in: „Informationsdienst", 2/1976, a.a.O., S. 2.
106) U. Nerlich, Détente und Westpolitik, in: „Europa-Archiv", 4/1976, S. 105 ff., hier S. 110.
107) Ebd., S. 111.
108) Ebd., S. 111 f.

zur Geltung zu bringen [109]), sind die Vorschläge von Tindemans zur *Wirtschafts- und Währungspolitik* von untergeordneter Bedeutung. Sie sind auch nicht geeignet, die Stagnation der EWG in diesem Bereich zu überwinden. Im einzelnen befürwortet Tindemans die Anwendung des bereits erwähnten abgestuften Integrationsverfahrens als neuen Lösungsansatz für die Stabilisierung des Währungsverbundes, den einige Mitgliedsländer mit Drittstaaten eingegangen sind. Die „Währungsschlange" soll stärker an die Gemeinschaft angebunden werden, indem der „Rahmen der Gemeinschaftsorgane eine gemeinsame Entscheidungsfindung" ermöglicht [110]). Der Austritt aus der „Gemeinschaftsschlange" soll nur möglich sein, wenn dies gemeinsam beschlossen wird. Als Gegenleistung soll der währungspolitische „Beistand unter den Teilnehmerländern automatisch und in wesentlich größerem Umfang gewährt werden" [111]). Kommt Tindemans damit einer vor allem von Frankreich erhobenen Forderung entgegen, so verzichtet er aber insgesamt darauf, einen Weg anzugeben, wie die scharfen Gegensätze zwischen Frankreich und der BRD gerade in dieser Frage überwunden werden sollen. Seit der Vorlage des „Werner-Berichtes" zur Wirtschafts- und Währungsunion treffen immer wieder die unterschiedlichen, einander ausschließenden Auffassungen der beiden Staaten aufeinander. Frankreich ist wegen seiner Agrarinteressen vorrangig an der gemeinsamen Währungspolitik interessiert, während die BRD danach strebt, zunächst die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu koordinieren. An diesen Widersprüchen ist bisher auch die Vollendung der ersten Stufe und der Übergang zur zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion gescheitert. Indem mit dem währungspolitischen Beistandsmechanismus eine „Übernahme der mit der Union verbundenen Verpflichtungen" gekoppelt ist, wird zwar ein gewichtiges Anliegen der BRD berücksichtigt, doch wird nicht zu verhindern sein, daß sich Mitgliedsländer den Verpflichtungen entziehen, Abwertungen zur Verbesserung der Exportaussichten durchführen und Kapitalverkehrskontrollen einführen.

Was die von Tindemans vorgeschlagene „Politik auf bestimmten Gebieten" betrifft, so sind seine Vorschläge weder originell zu nennen, noch lassen sie eine Überwindung der Hemmnisse und desintegrativen Tendenzen erwarten.

Das Ziel, „die Randgebiete mit neuem Leben zu erfüllen", eine „wirksame Regionalpolitik" [114]) zu betreiben, hat Tindemans mit seinem Integrationskonzept der Abkoppelung der „fußkranken" Gemeinschaftsländer bereits selbst verbaut. Die bestehenden regionalen Ungleichgewichte werden verfestigt. Die „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" scheint Tindemans entweder so aussichtlos oder so wenig lohnend und notwendig, daß er sich mit Lösungsmöglichkeiten erst gar nicht auseinandersetzt. Sein „Europa der Bürger" ist exklusiven Kreisen gewidmet. „Auf die täglichen Fragen der Menschen, auf die Arbeitslosigkeit und Inflation, auf die Vereinsamung des Menschen, die Jugendfrage, den Städtebau, den Umweltschutz" [115]) kann Tindemans keine Antwort geben. „Vor allem im sozialpolitischen Teil haben Leo Tindemans' politische Freunde ihm die Feder geführt: über Gemeinplätze geht er nicht hinaus ... Zu einer ‚neuen Gesellschaftsordnung' gehören vor allem die Gewerkschaften. Im Tindemans-Bericht sucht man sie vergebens. Kein Wort sagt er über die multinationalen Unternehmen, die wie kaum ein anderer Faktor unser Wirtschaftsleben bestimmen" [116]). Auch auf die alte

109) Tindemans-Bericht, S. 12.
110) Ebd., S. 23.
111) Ebd.
112) Entfällt.
113) Entfällt.
114) Ebd., S. 27.
115) S. Mansholt, Eine widersinnige Politik . . ., a.a.O., S. 121.
116) L. Radoux, Links um . . ., a.a.O.

Forderung der Gewerkschaften, das Übergewicht der der Kapitalseite nahestehenden Vertreter im Wirtschafts- und Sozialausschuß zu beseitigen, geht Tindemans erst gar nicht ein.

IV

Die Vorstellungen von Tindemans zur Europäischen Union, die ja nicht nur seine persönliche Meinung, sondern die „maßgebender Kräfte" in den Ländern Westeuropas darstellen, bedeuten in gewisser Weise eine Renaissance von Denkschablonen der frühen 50er Jahre. Die zur Politischen Union ausgebaute EWG soll außen- wie innenpolitisch einen Block kapitalistischer Länder in Europa bilden. Doch die Gegebenheiten in Europa haben sich gewandelt. Dies erklärt das Streben konservativer Kreise, diese Entwicklung rückgängig machen zu wollen, ebenso, wie es demokratischen Kräften neue Möglichkeiten eröffnet, die Sicherung des Friedens, die Durchsetzung gesellschaftlichen Fortschritts und demokratischer Rechte zu erlangen. Wenn die SPD aber zum Tindemans-Bericht erklärte, dieser stelle „einen wichtigen und vorwärtstreibenden Beitrag für die Gestaltung der europäischen Zukunft dar ... Die SPD macht sich dieses Konzept für ihre grundsätzliche und praktische Europa-Politik zu eigen, wird es unterstützen und in Aktivitäten für die gemeinsame Zukunft Europas umsetzen helfen" [122]), dann setzt sich die Führung der SPD nicht nur in Gegensatz zu den übrigen westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien. S. Mansholt: „Es wundert mich eigentlich, daß die Sozialdemokraten in Deutschland den Bericht so positiv beurteilen" [123]). Die positive Beurteilung demonstriert zugleich, wie sehr der von W. Brandt formulierte Anspruch, in Westeuropa den „sozial fortschrittlichsten Großraum der Erde" schaffen zu wollen [124]), in ideologischer Absicht geprägt wurde. Immer stärker wird das Bemühen des wirtschaftlich stärksten EWG-Staates sichtbar, auf die innenpolitische Entwicklung der übrigen Mitgliedsländer Einfluß zu nehmen, die BRD als „Modell" für andere Staaten darzustellen und die kapitalistische Gesellschaftsordnung in Westeuropa abzusichern. Zu der Situation in Italien erklärte Bundeskanzler Schmidt z. B. vor Unternehmern: „Nur eine konservative Politik, die in 30 Jahren nichts bewegt hat, muß nun im Lande mit 20, 30 Prozent Kommunisten fertig werden und mit ihnen einen historischen Kompromiß schließen" [125]). Für die weitere Entwicklung Westeuropas „sei es notwendig, daß weniger in der Bundesrepublik, in der vom klassischen Kapitalismus nicht mehr die Rede sein könne, als in anderen Teilen der EG auf dem Felde der Sozialordnungen aufgeholt werden müsse" [126]). Es gebe überall dort „kommunistische Parteien von Gewicht, wo mit Gewalt und Kraft auf Jahrzehnte hinaus die alten Verhältnisse festgeschrieben worden sind: in Portugal, in Spanien, in Italien, in einem gewissen Maße in Frankreich, das durch den Gaullismus geprägt war" [127]). Antikapitalistische Tendenzen sollen also nicht nur durch Härte, sondern auch durch gewisse, dosierte Zugeständnisse abgewehrt, die bestehenden sozialökonomischen Verhältnisse konserviert

117) Entfällt.
118) Entfällt.
119) Entfällt.
120) Entfällt.
121) Entfällt.
122) Presseerklärung der SPD v. 7. 1. 1976, in: „Informationsdienst", Februar 1976, a.a.O., S. 1.
123) S. Mansholt, Eine widersinnige Politik . . ., a.a.O., S. 117.
124) So in der „Welt der Arbeit" v. 16. 7. 1971. Der Tindemans-Bericht wird ebensowenig den von der „Europakommission" der SPD erhobenen Forderungen gerecht, „die unmittelbare demokratische Mitwirkung der Bevölkerung" und den ständigen „Ausbau sozialer und rechtsstaatlicher Grundsätze" zu gewährleisten. Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), Sozialdemokratische Europapolitik, Bonn o. J. (1975), S. 5.
125) FR v. 19. 3. 1976.
126) FAZ v. 26. 4. 1975.
127) H. Schmidt in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk, zit. nach „Die Zeit" v. 14. 5. 1976.

werden. Darin liegt die Übereinstimmung mit den im Tindemans-Bericht festgehaltenen Gedanken und Anliegen. Daß aber in Westeuropa die politischen Verhältnisse in Bewegung geraten sind, daß die Wirksamkeit der zur Politischen Union auszubauenden EWG als Instrument gegen die politische Linke nachläßt, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, daß Altiero Spinelli, der ehemalige Vizepräsident der EWG-Kommission, als unabhängiger Bewerber auf der Liste der Kommunistischen Partei bei den letzten italienischen Wahlen kandidiert hat [128]).

Das italienische Wahlergebnis hat zudem die Grenzen ausländischer Einmischung, vor allem durch die USA und die Bundesrepublik, deutlich gemacht: trotz massiver Interventionen und der Drohung, wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen zurückzuhalten, hat die KPI ihren Stimmenanteil erheblich vergrößert. Daß die führenden westlichen Staaten auf der Konferenz von Puerto Rico „einvernehmlich geregelt" haben, die Vergabe von Finanzhilfen an Italien nicht nur vom Ausschluß der Kommunisten von der Regierung abhängig zu machen, sondern Kredite künftig nur noch multilateral und nicht mehr, wie die BRD, bilateral zu vergeben, reflektiert eben auch, daß, wie italienische Zeitungen angemerkt haben, „die deutsche Kredithilfe den Vormarsch der Kommunisten nicht gebremst" hat [129]). Der Widerstand gegen ein „Europa der Geschäfte" wächst. Konzeptionen wie die von Tindemans können diesen Prozeß zwar hemmen, doch nicht mehr rückgängig machen.

Die Entwicklung der Dritten Welt

Hauptaspekte, Theorie und Praxis

Von Jerzy Prokopczuk

In diesem Monat findet in Colombo, der Hauptstadt der Republik Sri Lanka, die fünfte Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Länder statt, fünfzehn Jahre nach dem ersten Gipfeltreffen der Blockfreien in Belgrad. Die Teilnehmer kommen fast ausnahmslos aus Staaten der Dritten Welt, deren Gewicht in den internationalen Beziehungen stetig gewachsen ist und mit deren Entwicklung sich die nachstehend abgedruckte Studie des Professors für internationale Angelegeheiten an der Universität Warschau, Jerzy Prokopczuk, unter grundsätzlichen Gesichtspunkten beschäftigt. D. Red.

128) Der Entschluß von Spinelli hätte in der BRD sicherlich die Anwendung des „Radikalenerlasses" zur Folge gehabt. Versucht die Bundesregierung in zunehmendem Maße unter dem Begriff der „Europäischen Innenpolitik" andere EWG-Länder zu bevormunden, so wächst in den betroffenen Ländern der Widerstand, zumal immer mehr auch in diesen Staaten die Aushöhlung von Grundrechten in der BRD mit Besorgnis registriert wird. „Französische Zeitungsleser", so berichtete „Die Zeit" am 14. 5. 1976, „bekommen in letzter Zeit regelrechten Deutsch-Unterricht. ‚Berufsverbot' und ‚Radikalenerlaß', ‚Schmidt-Schnauze' und ‚Schulmeister', ‚Konzern' und ‚Realpolitik' — das sind Begriffe, die von den Journalisten heute ungeniert in der Sprache des Nachbarn benutzt werden."
129) FR v. 19. 7. 1976.

Die Startbedingungen für eine beschleunigte Entwicklung

Die unabhängigen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas stehen zur Zeit vor einer entscheidenden Wahl. Sie müssen über den einzuschlagenden Weg entscheiden, um die sie von den hochentwickelten Industriestaaten trennende Kluft in der kürzest möglichen Zeit und unter optimalen Bedingungen zu überwinden, eine nationale ökonomische Grundlage herzustellen und neue gesellschaftliche Beziehungen zu schaffen. Unterentwicklung und ein großer Kontrast im Wohlstand haben immer soziale und politische Konflikte hervorgerufen. Wenn solche Konflikte vermieden werden sollen, dann müssen entschlossene Anstrengungen gemacht werden, um die Entwicklung zu beschleunigen.

Können die bestehenden Mißverhältnisse im Stand der Entwicklung überwunden werden? Diese Frage läßt sich nicht einfach beantworten. Bekanntlich sind diese Mißverhältnisse das Ergebnis eines langen historischen Prozesses. Der Kolonialismus spielte bei ihrer Vertiefung und Konsolidierung eine besondere Rolle. Unser Planet wurde dadurch in zwei Teile geteilt. In dem einen leben ungefähr 31 % der Weltbevölkerung, die 86,4 % aller Industriegüter produzieren, in dem anderen 69 % der Weltbevölkerung, die 13,6 % der gesamten Industriegüter herstellen. Zu der ersten Gruppe gehören, allgemein gesprochen, die europäischen Länder, die Vereinigten Staaten, Kanada, Neuseeland, Australien, Japan und die Republik Südafrika, während die zweite die übrigen Staaten der drei Kontinente umfaßt.

Dieser Stand der Dinge kommt zum Beispiel in den Lebensbedingungen, der Ernährung, den Wohn- und Arbeitsbedingungen, der Freizeit, der Erziehung und der Kultur der Bewohner in den weniger entwickelten Gebieten zum Ausdruck. Obgleich wir keinen objektiven wissenschaftlichen Maßstab haben, mit dessen Hilfe wir den Abstand zwischen verschiedenen Ländern auf dem Wege der historischen Entwicklung genau messen können, genügt es, eine Analyse der geographischen Verteilung des Pro-Kopf-Nationalprodukts durchzuführen, um zu sehen, wie sehr die Länder der Dritten Welt nachhinken und welche ungeheuren Aufgaben vor ihnen stehen.

Die Tabelle auf S. 868 zeigt die Unterschiede zwischen den Ländern in dieser Hinsicht.

Die Situation der Dritten Welt wird im weiteren noch durch die Bevölkerungsexplosion kompliziert. Die im Pearson-Bericht und in anderen Dokumenten enthaltenen Prognosen lassen bei weitem keinen Optimismus zu.

Alle diese Faktoren beeinflussen den Grad der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Staaten und bestimmen die Möglichkeiten ihrer Beschleunigung. Der Großteil der in den Ländern der Dritten Welt lebenden Menschen hat die verschiedenen Stadien der vorkapitalistischen Entwicklung noch nicht durchgemacht. Dies gilt vor allem für die Mehrheit der Gesellschaften in Schwarzafrika und in vielen asiatischen Ländern.

In stärker entwickelten Ländern wie Indien, Brasilien, Argentinien, Mexiko oder in der Türkei überschneiden sich die kapitalistischen Klassenverhältnisse mit den sozialen Strukturen der vorkapitalistischen Etappe, was zu einem komplizierten Wechselspiel der sozialen Kräfte führt. Wir erleben in diesen Ländern stärker als in anderen Teilen der Dritten Welt Klassenkonflikte, die nicht nur gegen den Neokolonialismus, sondern auch gegen die einheimischen Ausbeuterklassen gerichtet sind.

Tabelle 1
Zusammenstellung von Ländern nach ihrem Pro-Kopf-Bruttonationalprodukt 1970, in US-Dollar

Pro-Kopf BNP	Länder
Weniger als 300	*Afghanistan, Burma, Bolivien, Burundi, Ceylon, Volksrepublik China, Tschad, Dahomey, Demokratische Republik Kongo, Demokratische Republik Vietnam, Ekuador, Äthiopien, Philippinen, Obervolta, Guinea, Haiti, Honduras, Indien, Indonesien, Jemen, Jordanien, Kamerun, Kambodscha, Kenya, Südkorea, Demokratische Volksrepublik Korea, Laos, Liberia, Volksrepublik Südjemen, Malawi, Mali, Mauretanien, Nepal, Niger, Pakistan, Paraguay, Malagassische Republik, Zentralafrikanische Republik, Rwanda, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Syrien, Togo, Tunesien, Thailand, Uganda, Südvietnam, Ägypten, Vereinigte Republik Tansania.*
300—500	*Algerien, Saudi-Arabien, Brasilien, Dominikanische Republik, Ghana, Guatemala, Irak, Iran, Kolumbien, Malaysia, Mongolei, Nikaragua, Peru, El Salvador, Türkei, Elfenbeinküste, Sambia.*
500—750	*Albanien, Chile, Jamaika, Jugoslawien, Costa Rica, Kuba, Libanon, Mexiko, Panama, Portugal.*
750—1000	*Bulgarien, Rumänien, Südafrikanische Republik, Singapur, Trinidad und Tobago, Uruguay, Venezuela.*
1000—1500	*Argentinien, Griechenland, Spanien, Irland, Polen.*
1500—2000	*Israel, Japan, Libyen, Puertorico, Italien, Ungarn, UdSSR.*
2000 und darüber	*Australien, Österreich, Belgien, Tschechoslowakei, Dänemark, Finnland, Frankreich, Niederlande, Kanada, Norwegen, Deutsche Demokratische Republik, Bundesrepublik Deutschland, Neuseeland, Vereinigte Staaten von Amerika, Schweden, Schweiz, Großbritannien.*

Quelle: Weltbank-Atlas, IBRD, 1972.

Alle diese Erscheinungen ergeben sich aus der geringen Entwicklung der Produktivkräfte und den sie begleitenden sozialen Bedingungen, aus einem Mangel an starken nationalen wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Bindungen. Die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt den Prozeß der inneren Konsolidierung, verringert nach und nach die bestehenden Stammesgegensätze und begünstigt die Entstehung eines Nationalbewußtseins. Dies ist aber ein langsamer und vielschichtiger Prozeß. Seine Ausrichtung wird die Geschwindigkeit der Umwandlungen in der Dritten Welt in großem Maße bestimmen. Es muß daher gesagt werden, daß die Länder der Dritten Welt bei aller Entschlossenheit, ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu beschleunigen, ernste objektive Schwierigkeiten überwinden müssen, die ein Überbleibsel aus der Vergangenheit sind.

Aber dies ist nicht alles. Die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind trotz ihrer politischen Unabhängigkeit bis auf den heutigen Tag ein Interessens- und Tätigkeitsgebiet der imperialistischen Mächte geblieben.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen Ländern und den imperialistischen Mächten sind immer noch durch die Ausbeutung der Rohstoffe gekenn-

zeichnet, welche die Zeit des klassischen Kolonialismus beherrschte. Die Ausbeutung der Rohstoffe wird durch das Wechselspiel aller Faktoren erleichtert, welche diese Gebiete in einem Zustand der wirtschaftlichen Unterentwicklung halten.

Unter diesen Umständen muß der Kampf der Länder der Dritten Welt auf eine neue Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen ohne neokolonialistische Fesseln gerichtet sein. So gibt es zum Beispiel unter den unterentwickelten Ländern keinen Staat, der gegen ausländische Investitionen wäre. Die jungen unabhängigen Staaten sind vielmehr sehr stark daran interessiert, ausländische Investoren zu gewinnen, da sie hoffen, auf diese Weise ihre wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen. Investitionen dieser Art können nutzbringend sein, vorausgesetzt, daß sie die Industrialisierung fördern, die Landwirtschaft modernisieren, die Energieproduktion ausweiten usw. Vom streng wirtschaftlichen wie auch vom politischen Standpunkt sind solche Investitionen für das ausländische Kapital nicht immer gewinnbringend. Daraus erklärt sich, warum die unterentwickelten Länder so wenig Bewegungsfreiheit auf dem Gebiet der Planung und Durchführung neuer Investitionsprojekte haben.

Letzten Endes werden die Entwicklungsbedingungen auch durch die strategischen und militärischen Interessen der imperialistischen Mächte beeinflußt. Es besteht wenig Zweifel, daß die militärische Anwesenheit der Vereinigten Staaten in der Türkei, in Südkorea und in anderen Staaten die dort herrschende Wirtschaftssituation beeinflußt. Diese Anwesenheit ist jedoch von sehr begrenzter Tragweite und dient im allgemeinen den Interessen und dem Wohl des herrschenden Establishments, den oberen Klassen und dem korrumpierten Staatsapparat. Es läßt sich durch nichts beweisen, daß die für die Militärhilfe aufgewendeten Tausende Millionen Dollar das Wachstum der Produktivkräfte in den Empfängerstaaten gefördert oder den Prozeß des sozialen Fortschritts der breiten Massen beschleunigt haben. Ganz im Gegenteil. Diese Tausende Millionen dienen dazu, alle revolutionären Kräfte zu unterdrücken und reaktionäre soziale und wirtschaftliche Beziehungen zu verewigen.

Man kann noch hinzufügen, daß eine so orientierte und von den imperialistischen Mächten gegebene Militärhilfe eine wichtige Profitquelle für die großen Rüstungsmonopole geworden ist, während die Militärausgaben der Länder der Dritten Welt aufgebläht werden.

Die Länder der Dritten Welt, die vor der Notwendigkeit stehen, ihren Weg zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu wählen, müssen a) die Überreste der Vergangenheit und b) den neokolonialistischen Druck überwinden. Sie versuchen, dies durch den Einsatz ihrer eigenen Mittel und ausländische Hilfe zu erreichen, ziehen aber gleichzeitig Nutzen aus internationalen Entwicklungen wie dem sich ändernden Kräfteverhältnis zwischen der kapitalistischen und sozialistischen Welt und der wissenschaftlichen und technischen Revolution.

Unter Berücksichtigung aller inneren und äußeren Faktoren versuchen die Länder der Dritten Welt konkrete Aktionsprogramme zur Überwindung ihrer Rückständigkeit zu entwickeln. Diese Versuche sind ziemlich oft von ideologischen Untersuchungen und einer theoretischen Rechtfertigung der gewählten Entwicklungspolitik begleitet. Es kann sogar der Fall eintreten, daß sie der wirtschaftlichen und politischen Aktion der betreffenden Regierungen vorangehen. In den Gebieten Schwarzafrikas, südlich der Sahara, werden Versuche unternommen, ein Aktionsprogramm mit der dazugehörigen ideologischen Rechtfertigung unter spezifischen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen zu erarbei-

ten. Hier geht es um eine Politik, die auf die Errichtung einer stabilen wirtschaftlichen Basis ausgerichtet wird und über die Schranken der Stammesgegensätze, sprachlicher und religiöser Unterschiede, traditionelle Stammesfehden und den wirtschaftlichen Entwicklungsgrad hinausgeht. Die neuen Ideen sollen die zerfallenen afrikanischen Gesellschaften zusammenführen, ihre Kräfte für die schöpferische Arbeit mobilisieren und den Kolonialismus bekämpfen. Auf diese Art und Weise standen die in Afrika vorherrschenden Bedingungen an der Wiege vieler Ideologien wie Pan-Afrikanismus, Négritude, verschiedene Variationen des afrikanischen Sozialismus und viele andere.

Allgemein gesprochen, ist die Idee des Sozialismus in ganz Afrika sehr populär, obwohl das Wort für verschiedene Regierungen und politische Parteien verschiedene Bedeutungen hat. In dieser Hinsicht sind die entscheidenden Faktoren äußerer Natur: zum Beispiel die Popularität der Idee des Sozialismus in der Welt, das rasche Wachstum der Bedeutung der UdSSR und anderer Länder der sozialistischen Gemeinschaft und schließlich die Identifizierung des Sozialismus mit Allgemeinwohl, Gerechtigkeit und sozialer Gleichberechtigung. Für die Popularität des Sozialismus gibt es aber auch rein afrikanische Faktoren, wie die Traditionen der Stammesgemeinschaft und das Fehlen großer und weittragender Klassenunterschiede.

Viele Länder Schwarzafrikas stellen derzeit allerdings unterschiedlich konzipierte Programme des sozialistischen Aufbaus vor. Der Inhalt der verschiedenen Versionen des afrikanischen Sozialismus unterscheidet sich im wesentlichen in Hinsicht auf das gegebene Aktionsprogramm. Sie haben verschiedene politische Bedeutung, heben aber alle die historischen und geistigen Bande der gebürtigen Afrikaner hervor. Manchmal stützen sie sich auf bestimmte Elemente der marxistisch-leninistischen Philosophie, sehr oft folgen sie der Gedankenrichtung vieler fortschrittlicher europäischer Philosophen. Sie stellen einen eigenartigen ideologischen Überbau für Regierungen in Gesellschaften dar, die auf einem sehr niedrigen Entwicklungsniveau leben. Allgemein gesprochen, haben diese Programme fortschrittlichen Charakter und sind von den edlen menschlichen Ideen des Fortschritts und der sozialen Gleichberechtigung getragen. Die praktischen Aktionsprogramme stellen Ziele auf, welche die Länder Schwarzafrikas in den meisten Fällen und bei dem gegenwärtigen Stand ihrer geschichtlichen Entwicklung nicht erreichen können.

Ein Vergleich der Einstellungen von Guinea, Tansania, Kongo-Brazzaville zeigt gewisse Parallelen in der Erstellung revolutionärer Programme für die Länder Schwarzafrikas; neben den revolutionären sozialistischen Ideen in den Programmen verschiedener nationaler Befreiungsorganisationen und der herrschenden Parteien gibt es andere Entwicklungstheorien mit einer Unzahl progressiver Zielsetzungen, die aber von geringer praktischer Bedeutung sind.

Die Suche nach einer neuen Ideologie geht schon seit langem vor sich. Sie zeitigte einige Ergebnisse in der Form allgemein formulierter ideologischer Konzepte. Die historisch ausgerichteten ideologischen Bewegungen wie die Présence Africaine (zusammen mit Négritude) und die pan-afrikanische Bewegung (in ihrer klassischen Form in den 30er Jahren) werden langsam in Tradition und Geschichte des afrikanischen politischen Denkens verlegt. An ihre Stelle traten Ideologien wie die von Nkrumah, der afrikanische Sozialismus (in seinen verschiedenen Spielarten), die zwar viele Konzepte von ihren Archetypen ableiten, aber versuchen, die Analyse des heutigen Afrika mit der afrikanischen Tradition, dem Marxismus und bürgerlichen Konzepten der sozialen Entwicklung zu verbinden.

Die Suche nach einer neuen Ideologie ist immer der Ausdruck einer politischen Wahl. Die Ideologie von Staaten, die den Weg der nichtkapitalistischen Entwicklung genommen haben, ist sehr oft reich an Versuchen einer sozialen und ökonomischen Analyse. Dies ist verständlich, da die herrschenden Parteien in diesen Staaten glauben, daß sie durch die Lösung der vielen schwierigen Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung die nationale Souveränität stärken und die Lebensbedingungen der Massen verbessern werden. Sie scheiden in ihrer Entwicklungspolitik Lösungen aus, die zur neokolonialistischen Abhängigkeit führen könnten. Die Ideologie dieser Staaten richtet sich gegen Kolonialismus und Imperialismus und tritt für wirtschaftliche und soziale Reformen ein. Verschiedenen Konzepten des afrikanischen Sozialismus (zum Beispiel in Senegal) fehlt es oft an einer tiefen wirtschaftlichen oder sozialen Analyse. Sie verkünden wohl ihre Bindung an die großen Ideen der Menschlichkeit und Brüderlichkeit, sie verkünden ihren Stolz über ihren afrikanischen Ursprung (africanté), bieten aber kein konkretes Aktionsprogramm an, das zur Umwandlung der bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Ordnung führen würde. In der Praxis werden Länder, in denen derartig verallgemeinerte Ideologien die Grundlage der Landespolitik bilden, Opfer des Eindringens von Auslandskapital, oder sie stellen neokolonialistische Verbindungen mit der früheren Kolonialmacht her.

Die ideologische Plattform des antiimperialistischen Kampfes der arabischen Länder ist immer eine panarabische, eine nationalistische Ideologie gewesen, die sich aus der historischen Tradition ableitet und die Einheit der arabischen Welt verkündet. Die kapitalistischen Mächte haben wiederholt die nationalistischen Konzepte der panarabischen Einstellung mißbraucht, um den Arabern verschiedene, den ausländischen Interessen günstige politische Lösungen wie die Pläne für ein Groß-Maghreb, Groß-Syrien, einen Fruchtbaren Halbmond usw. aufzuzwingen.

Die Stärke der panarabischen Idee wurde durch ideologische und ethnische Faktoren sehr beeinflußt. Der erste zur Verwirklichung der panarabischen Idee führende Schritt war die Gründung der Arabischen Liga nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Auswirkung dieses Ereignisses war jedoch sehr begrenzt. Es förderte keinerlei Integrationsprozesse zwischen den arabischen Ländern.

Die Ausrufung der Vereinigten Arabischen Republik (Syrien und Ägypten) am 1. Februar 1958 gab dem panarabischen Gedanken neuen Auftrieb. Obwohl damals die ersten Versuche fehlschlugen, die Prinzipien der arabischen Einheit in die Praxis umzusetzen, blieb der Gedanke selbst im Vordergrund der arabischen Welt.

Ähnlich wie der afrikanische Sozialismus und andere Ideologien der weniger entwickelten Länder ist der arabische Sozialismus in seiner ägyptischen Form kein zusammenhängendes philosophisches System. Er ist eine bloße Sammlung von pragmatischen Lösungen und Konzepten, die Präsident Nasser und seinen engsten Beratern zuzuschreiben sind. Es handelt sich um eine ganze Reihe politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen, die dazu ausersehen sind, ein rasches Wachstum des staatlichen Wirtschaftspotentials zu garantieren.

Im Programm der in Algerien herrschenden Partei (Algerische nationale Befreiungsfront) kann man viele fortschrittliche Ziele des sozialistischen Aufbaus finden. Die Suche Algeriens nach Wegen der Entwicklung ist von besonderem Interesse, erfolgt sie doch unter Bedingungen der sehr engen wirtschaftlichen Beziehungen mit Frankreich, im ständigen Kampf für die Gleichberechtigung die-

ser Beziehungen und gegen jeden Versuch, Algerien neokolonialistische Bindungen aufzuzwingen. Trotz aller Schwierigkeiten hat die algerische Regierung eine Teilverstaatlichung der Produktionsmittel durchgeführt und keine Mühe gescheut, die Massen in die Verwaltung des Landes einzubeziehen. In seiner Außenpolitik bleibt Algerien den Prinzipien des Antiimperialismus und Antikolonialismus treu. Die algerische Form des arabischen Sozialismus wird durch innere Konflikte und den Druck Frankreichs bestimmt. Schließlich hat in den letzten Jahren die syrische Baath-Partei der Ideologie des arabischen Sozialismus einige interessante Elemente hinzugefügt.

Alle oben beschriebenen Formen des arabischen Sozialismus haben folgendes gemeinsam: Sie sind auf der Suche nach nichtkapitalistischen Wegen der Entwicklung in der Innenpolitik. In der Außenpolitik treten sie für den unnachgiebigen Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus ein. Andere Länder im Raum betreiben trotz ihres Bekenntnisses zum Sozialismus keine Politik für die Festigung ihrer eigenen politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Dies ergibt sich aus sehr komplexen Beziehungen, Entwicklungsbedingungen und vor allem aus der Offensive der neokolonialistischen Kräfte. Wichtig ist letzten Endes, wer das Steuer in der Hand hat. In einigen Ländern verbirgt sich die Realität der reaktionären Politik der herrschenden Kreise hinter sozialistischen Losungen.

In Asien haben die Lösungen, mit denen in verschiedenen Ländern experimentiert wird, verschiedene Merkmale. Ihr vorherrschender Zug zeigt sich in dem Versuch, kapitalistische Produktionsbeziehungen zu formen, wenn sie auch nach außen hin vielleicht ein „sozialistisches" Etikett tragen. Besonders typisch in dieser Hinsicht ist die in Indien von der herrschenden Partei, dem Indischen Nationalkongreß, durchgeführte Politik.

Die Probleme, vor denen alle Länder der Dritten Welt stehen — Beschleunigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung —, können ähnlich sein, aber die ins Auge gefaßten Lösungen sind nicht die gleichen. Dies läßt sich durch den unterschiedlichen Entwicklungsgrad, die geographische Lage und durch die internationale politische und strategische Situation erklären. Außer einigen asiatischen Ländern wurde das höchste Entwicklungsniveau natürlich in den Ländern Lateinamerikas erreicht.

Die meisten Feststellungen zum Entwicklungsprozeß in Asien und Afrika gelten auch für den lateinamerikanischen Raum. Die Kluft zwischen Lateinamerika und der Dritten Welt zu den industrialisierten Ländern hat sich in den letzten Jahrzehnten weiter vertieft. Die nachstehende Tabelle beleuchtet das zunehmende Mißverhältnis:

Tabelle 2
Das Bruttonationalprodukt aufgrund der Preise 1963 (in 1000 Mio. Dollar)

	1950	*1960*	*1969*
Entwickelte Länder	*617,0*	*911,4*	*1413,3*
USA	*349,5*	*467,3*	*714,8*
Westeuropa	*207,1*	*324,2*	*493,0*
Japan	*20,0*	*45,4*	*114,6*
Entwicklungsländer	*120,4*	*193,6*	*297,8*
Asien	*57,9*	*91,9*	*143,4*
Afrika	*22,2*	*35,8*	*52,9*
Lateinamerika	*40,3*	*65,9*	*101,5*

Quelle: Bitva za vtoroye osvobozhdenie. Prag 1971, S. 114—115.

Hinter diesen globalen Kennziffern verbergen sich die großen Unterschiede auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Diese Unterschiede beziehen sich nicht nur auf den Index des Bruttonationalprodukts, sondern zeigen auch die Mißverhältnisse in der Menge an Erzvorkommen, in der industriellen Entwicklung, im Ausmaß des Städtebaus usw. Es gibt reiche Länder wie Venezuela mit großen Erdöl- und Eisenerzvorkommen; Kolumbien mit Erdöl; Bolivien mit Zinn und Erdöl; Chile mit Kupfer. Dies führt zu einer erheblichen Beeinflussung der Entwicklung des Bergbaus, der Urbanisierungsprozesse, der sozialen Umwandlungen usw. Es gibt bei den vorhandenen Ressourcen Unterschiede in den Abbau- und Produktionsmethoden, aber auch Unterschiede zwischen verschiedenen Provinzen im gleichen Land.

Durchschnittliche Indexzahlen haben eine Sache gemeinsam: sie verhüllen die bestehende Realität, die ungeheuren Unterschiede in der Einkommensverteilung zwischen verschiedenen sozialen Klassen. In den lateinamerikanischen Ländern spielen die Bergbau- und Verarbeitungsindustrien bei der Schaffung des Nationaleinkommens eine wichtige Rolle. So ist zum Beispiel ihr Anteil in Argentinien 53 %, in Venezuela 52 %, in Chile 50 %, in Peru 43 %, in Mexiko 41 %, in Brasilien 36 %, in Bolivien 32 %, in Ecuador 29 %, in Paraguay 24 % und in Haiti 12 %.

Lateinamerika blieb jahrzehntelang ein Gebiet des wirtschaftlichen, politischen und militärischen Vordringens der Vereinigten Staaten, die ihre Positionen in diesem Raum äußerst sorgsam schützten. Jede Bedrohung wurde mit bewaffneter Gewalt beantwortet. In den Jahren 1964 und 1965 wurden besondere Anstrengungen unternommen, die Opposition und die revolutionären Bestrebungen in Lateinamerika zu unterdrücken.

Die Vereinigten Staaten übten einen beträchtlichen Einfluß auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder und ihre Politik aus. Obwohl amerikanische Investitionen in Lateinamerika 1968 nur ungefähr 20 % aller amerikanischen Auslandsinvestitionen betrugen (im Vergleich zu 39 % in 1950), lagen hinsichtlich amerikanischer privatkapitalistischer Auslandsinvestitionen nur Kanada und Westeuropa vor ihnen.

Unter diesen Umständen wird es klar, warum alle von den herrschenden bürgerlichen Kreisen dieser Länder wie auch die von den revolutionären Kräften ausgearbeiteten Aktionsprogramme jenen Maßnahmen höchste Priorität geben, die darauf ausgerichtet sind, den Einfluß der großen amerikanischen Monopole einzuschränken und ihre Position zu schwächen. Die Aktivitäten des amerikanischen Großkapitals in Lateinamerika waren in der Vergangenheit und sind auch heute das Haupthindernis auf dem Weg zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum sozialen Fortschritt. In den meisten lateinamerikanischen Programmen kann man das Problem der Gleichberechtigung in den Beziehungen mit den Vereinigten Staaten finden. Der Wunsch nach Gleichberechtigung findet Ausdruck in den Verstaatlichungsgesetzen für ausländische Bergbauunternehmen: 1952 in Bolivien, 1969 in Peru und vor 1973 in Chile. Die versuchten Lösungen und die ausgearbeiteten Aktionsprogramme in Lateinamerika werden von der sozialen Struktur des Raumes beeinflußt.

Die Entwicklung des Bergbaus und der Veredelungsindustrien und die damit verbundenen sozialen Veränderungen haben zu der Entstehung einer städtischen Bourgeoisie und eines städtischen Proletariats geführt. Im Vergleich zu anderen Ländern der Dritten Welt gehört Lateinamerika zu den am stärksten entwickelten Regionen mit gut etablierten kapitalistischen Produktionsverhältnissen, insbesondere in den industriellen und städtischen Räumen. In einigen Ländern

wie Argentinien, Brasilien und Venezuela spielen diese Beziehungen bereits eine entscheidende Rolle in der Wirtschafts- und Sozialstruktur.

Die in Lateinamerika verschieden vorherrschenden sozialen Strukturen und Klassenunterschiede kommen in dem Entwicklungsniveau der Arbeiterklasse, in ihrem ideologischen Bewußtsein und ihrer Fähigkeit zum Ausdruck, politische Kämpfe zu führen. Den größten Teil der Arbeiterklasse bildet das Landproletariat, das in den großen kapitalistischen Plantagen arbeitet. Das Landproletariat ist das direkte Ergebnis der Proletarisierung des ländlichen Sektors, dessen charakteristisches Merkmal die organisatorische Schwäche und das niedrige Niveau des ideologischen Bewußtseins ist. Dies erklärt auch, warum die Massen des Landproletariats nach wie vor außerhalb der großen politischen Bewegungen in den Städten und vor allem außerhalb des Einflusses der kommunistischen Bewegung bleiben. Es gibt auch noch einen anderen Faktor, der die organisatorische Stärke der fortschrittlichen und revolutionären Kräfte schwächt, und zwar sind dies die bestehenden ethnischen und sprachlichen Unterschiede in den Ländern des Raumes. Dies erklärt auch, warum die ersten Zentren des revolutionären Denkens und Handelns in den Städten lagen. Sie wurzelten im städtischen Proletariat, in der fortschrittlichen Intelligenz, in den Studenten und in der nationalen Bourgeoisie.

Bei dem noch in Gang befindlichen Prozeß der sozialen Veränderung und Klassenbildung zeigen viele politische Bewegungen in Lateinamerika Zeichen der Schwäche und Unreife. In einigen Ländern gibt es eine große Zahl von Menschen, die Volksparteien, anarchistischen, trotzkistischen, maoistischen oder anderen linksgerichteten Parteien angehören. Wenn auch der Wunsch nach Änderung und Beschleunigung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und für eine größere Unabhängigkeit in Lateinamerika allgemein verbreitet ist, sind die Mittel und Wege zur Erreichung dieses Zieles sehr verschieden. Dies resultiert aus einem Mangel an Aktionseinheit der antiimperialistischen Kräfte. Ihr Kampf wird nicht nur durch die Aktivitäten jener bürgerlichen Kreise geschwächt, die mit dem amerikanischen Kapital verbunden sind, sondern auch durch die zunehmenden spalterischen Tendenzen in der Linken.

In Lateinamerika ist die Linke in zwei Strömungen gespalten. Die erste tritt für den Weg zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg ein, die zweite ist für den bewaffneten Kampf mit Hilfe einer städtischen und ländlichen Guerillatätigkeit. Die Position der lateinamerikanischen Kommunisten zur Nützlichkeit dieser beiden Aktionsformen ist unterschiedlich und hängt von den in den verschiedenen Ländern herrschenden objektiven Bedingungen und der konkreten Situation ab. Dies bedeutet, daß die Kommunisten an zwei Fronten kämpfen, und zwar gegen die ultralinken und maoistischen Gruppen wie auch gegen die Rechte, wobei sie die bestehenden sozialen Beziehungen berücksichtigen.

Die Suche nach Lösungen und die oben erwähnten Experimente zeigen, daß die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bei der Erstellung von Aktionsprogrammen für die Zukunft Schwierigkeiten begegnen. Einerseits wollen sie sich die technische und organisatorische Erfahrung der hochentwickelten kapitalistischen Staaten zunutze machen, andererseits streben sie unter Umgehung des Kapitalismus eine sozialistische Gesellschaft höherer Ordnung an. Die herrschenden Kreise in diesen Ländern können aber dem Dilemma Sozialismus oder Kapitalismus nicht entgehen. Der von den stärker entwickelten Ländern der Dritten Welt wie Indien, Argentinien oder Brasilien gewählte Weg der Entwicklung zeigt, daß unter spezifischen Bedingungen wie z. B. einem relativ hoch ent-

wickelten Niveau der Produktivkräfte auch in der Dritten Welt Beziehungen kapitalistischer Natur mit den sie begleitenden Widersprüchen und sozialen Konflikten geschaffen werden können. Im Gegensatz dazu zeigt die Erfahrung der asiatischen Sowjetrepubliken, der Mongolei und anderer Länder, daß die Entwicklung mit dem Übergang zum Sozialismus und unter Umgehung des Kapitalismus und seiner Nachteile beschleunigt werden kann. Die Möglichkeiten eines schnelleren Wachstums werden nicht nur durch Aktionsprogramme, sondern auch durch viele andere Faktoren bestimmt wie z. B.: reiche Bodenschätze, die sich aus der geographischen Lage, den klimatischen Bedingungen usw. ergebende strategische und militärische Bedeutung eines gegebenen Landes. Unter bestimmten Bedingungen kann dies den politischen und wirtschaftlichen Wert eines bestimmten Territoriums erhöhen, die notwendigen finanziellen Mittel aus dem Ausland anziehen oder die Verhandlungsposition des betreffenden Landes in seinem Verkehr mit ausländischen Mächten festigen.

In den Ländern der Dritten Welt gibt es eine wachsende Zahl verschiedener sozialer Konflikte. Sie finden Ausdruck im Kampf um die Wahl einer Entwicklungspolitik. In vielen Ländern hat die Bourgeoisie ihren Halt gefestigt und die Bürokratie sich zusammen mit parasitären sozialen Gruppen ausgebreitet. Sie eignen sich den Löwenanteil des Nationaleinkommens an, was oft im geheimen Einverständnis mit dem ausländischen Kapital geschieht. Es ist daher kein Wunder, daß die breite Masse der Bevölkerung sich weigert, solche Zustände hinzunehmen, und nach sozialen Reformen drängt.

So geht in der Dritten Welt ein Kampf vor sich, der die Entwicklungspolitik vieler Länder bestimmen wird. Viele bürgerliche Theoretiker vertreten die Auffassung, daß sich die Dritte Welt bereits für den Kapitalismus entschieden hat. Die Wirklichkeit sieht aber ganz anders aus. Überall gewinnen antiimperialistische und antikapitalistische Strömungen an Einfluß. Der Kampf der gegeneinanderstehenden Tendenzen für oder wider den Kapitalismus und der hinter ihnen stehenden sozialen Kräfte wird letzten Endes die Wahl der Entwicklungsländer bestimmen. Die innere Situation vieler neu gegründeter Staaten trägt den Stempel dieses Kampfes. Wenn man den Inhalt der Hauptprogramme und ihre Durchführung studiert, kann man zwei grundlegende Entwicklungswege unterscheiden.

Der erste Weg, der für den Aufbau des Sozialismus eintritt, betont die Rolle des Staates als Besitzer der Produktionsmittel. Es ist der Staat, der den Entwicklungsplan im Namen der ganzen Gesellschaft und in ihrem Interesse durchführt. Aufgrund dieser Ansichten kann nur eine vom Staat gut geplante Aktion die beste Verwertung der vorhandenen Mittel im allgemeinen Interesse gewährleisten und die Massen zu konstruktivem Handeln mobilisieren. Die Länder, die einen solchen Weg gewählt haben, sind entschlossen, die Umwandlungen ihrer Basis und ihres Überbaus zu beschleunigen. Sie haben keine Bedenken, ihre Bindungen mit den Westmächten zu lockern. Sie streben nach Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten und rechnen mit der Solidarität und Unterstützung anderer, für die gleichen Ziele kämpfender Nationen. Wir sagen, daß diese Länder den Weg der nichtkapitalistischen Entwicklung gewählt haben. Dies gilt an erster Stelle für solche Länder wie Algerien, Ägypten, Guinea, Irak, Kongo-Brazzaville, Somalia, Syrien, Tansania, Burma und einige andere.

Der zweite Weg zielt auf die Verbesserung der aus der Kolonialperiode ererbten Wirtschaftsstruktur ab. Allgemein gesprochen, begünstigt die post-koloniale Struktur die Errichtung und Entwicklung des Kapitalismus. Sicherlich versuchen die Länder, die diesen Weg gewählt haben, die Gewähr zu finden, daß sich ihre Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Mächten auf eine gleichberechtigte

Behandlung stützt und wirtschaftlichen Nutzen bringt. Es gibt hier außerdem noch Tendenzen, die wirtschaftliche Rolle des Staates zu erweitern. Diese Tendenzen werden aber durch die bestehenden politischen, wissenschaftlichen und militärischen Bindungen mit dem internationalen Kapital gebremst. Die Zustimmung zum kapitalistischen Weg löst in Wirklichkeit keines der Probleme in den Ländern der Dritten Welt. Sie schafft vielmehr Bedingungen, die ihre Abhängigkeit von den hoch entwickelten kapitalistischen Mächten noch weiter vertiefen. Illusorische Errungenschaften in verschiedenen Gebieten und engere politische und wirtschaftliche Bindungen werden es für diese Länder nur schwieriger machen, aus der Knechtschaft des internationalen Kapitals auszubrechen.

Manche Theoretiker sehen die Zukunft der Entwicklungsländer nicht von der Alternative Kapitalismus-Sozialismus her. Sie neigen dazu, den nichtkapitalistischen Weg zur Entwicklung als dritten Weg mit ständigen Merkmalen zu sehen. Sie scheinen die Vermutung zu hegen, daß das in einigen Ländern der Dritten Welt vorherrschende Zwischensystem sich unter den bestehenden Bedingungen und in der unbestimmten Zukunft entwickeln und soziale und wirtschaftliche Strukturen vertiefen kann, deren genauer Charakter noch nicht ermessen werden kann. Das von verschiedenen Ländern angestrebte Ziel der Entwicklung ist nicht nur etwas, das durch wirtschaftliche und soziale Faktoren allgemein bestimmt wird. Es trägt immer ein deutliches Klassenmerkmal. Der zur Entwicklung gewählte Weg kann von seinem Klasseninhalt nicht losgelöst werden. Das Problem läßt sich auf folgendes reduzieren: Welches endgültige Ziel will die Gesellschaft oder ihre herrschende Partei erreichen? Die Geschichte der industrialisierten Gesellschaften kennt zwei sozialwirtschaftliche Formen: Kapitalismus mit dem Privatbesitz der Produktionsmittel und Sozialismus mit dem öffentlichen Besitz der Produktionsmittel. Die Länder der Dritten Welt können sich unter den Bedingungen der zeitgenössischen wissenschaftlichen und technischen Revolution unter entsprechender Berücksichtigung der spezifischen Merkmale der verschiedenen Regionen entweder durch die Errichtung von für die kapitalistische Ordnung typischen Strukturen oder durch eine Evolution zum Sozialismus ententwickeln. Der nichtkapitalistische Weg ist ein Weg des Übergangs zum Sozialismus.

(Zweiter Teil folgt)

In diesem Monat erscheinen

Jörg Huffschmid/Herbert Schui (Hrsg.)
Gesellschaft im Konkurs?
Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973–1976 in der BRD
Sammelband
Kleine Bibliothek Bd. 72
540 Seiten, DM 12,80

Dagmar Louran/Siegfried Schönle
Unterrichtsmodell: Die Auseinandersetzung um die staatliche Neuordnung in der Novemberrevolution 1918/19
Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht 12
80 Seiten, Doppelheft DM 7,80

Hans-Jürgen Schulke (Hrsg.)
Die Zukunft der olympischen Spiele
Die olympische Idee zwischen Moskau und Montreal
Reihe Sport – Arbeit – Gesellschaft Bd. 7
216 Seiten, ca. DM 12,80

Pahl-Rugenstein

Zweihundertjahrfeier und soziale Realität der USA

Ein notwendiger Nachtrag

Von Bernd Greiner

I

Die Bundesrepublik gehört zu den Ländern, in denen dem Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 kaum minder breite Aufmerksamkeit eingeräumt wurde als in den USA selbst. Fernsehsendungen, Zeitungsbeilagen und kulturelle Veranstaltungen würdigten den „Bündnispartner". Nicht zu übersehen war, daß der nach den politischen Skandalen der letzten Jahre erschütterte Glaube an die westliche Führungsmacht wiederbelebt werden sollte. Watergate, CIA, FBI und Lockheed wurden als zwar ernste und bedenkliche Entwicklungen, aber dennoch reparierbare Ausnahmeerscheinungen dargestellt. Kritik am sozialen und politischen Leben der USA war wegen der täglich offener zutage tretenden Schwierigkeiten dieses Landes auch für Apologeten unumgänglich geworden. Freilich wurde Amerika zugleich wieder entlastet — die USA seien so vielschichtig, daß Positives wie Negatives sich gleichsam aufheben. These und Antithese, Vorbild und Menetekel — die Vereinigten Staaten bleiben das Land der noch immer größeren, wenn auch nicht mehr unbegrenzten Möglichkeiten und trotz (oder besser: gerade wegen) aller „Belastungsproben" nach wie vor „eines der freiesten Länder dieser Welt" [1].

„American Way of Life", höchster Lebensstandard der Welt, Aufstieg und Wohlstand für den Tüchtigen — die traditionellen Klischees wurden unbefragt übernommen: Ehrenrettung für Uncle Sam. „Und wenn wir uns zum Bicentennial vom großen Bruder etwas wünschen dürfen, dann vielleicht, daß er künftig getreu seiner revolutionären Herkunft häufiger auf der Seite der Unterdrückten, Benachteiligten, Hoffnungslosen in aller Welt auftauchen möge" [2].

Alternative Ansätze zur Analyse der amerikanischen Gesellschaft der 70er Jahre befaßten sich unter dem Eindruck von Watergate vorrangig mit der Krise der bürgerlichen Demokratie und ihrem Abgleiten in Formen autoritärer Machtausübung. Verfassungsanspruch und -wirklichkeit wurden konfrontiert. Zum anderen konzentrierten sich kritische Beobachter auf die Entwicklung amerikanischer Außenpolitik. Im folgenden wird versucht werden, diese Ansätze um Betrachtungen zur sozialen Realität der USA zu ergänzen:

Wie steht es im Jubiläumsjahr 1976 um die soziale Sicherung der arbeitenden Bevölkerung in den USA? Welche Entwicklungstendenzen sind festzustellen? Was steckt hinter den Slogans vom „Wohlfahrtsstaat" bzw. der „Gesellschaft im Überfluß".

Diese Fragen sollen durch eine Analyse repräsentativer, in der öffentlichen Diskussion innerhalb der BRD bisher aber vernachlässigter Bereiche geklärt werden.

---

1) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ), Länderbericht 1976: USA '76: „Der Markt Amerika", in: FAZ v. 18. 5. 1976, S. B 1.
2) 200 Jahre USA, Sonderteil zu „stern" v. 8. 4. 1976, S. 38.

II

In den USA zeigt sich der Charakter der Weltwirtschaftskrise des Kapitals als die Gleichzeitigkeit von Rezession, Inflation, Strukturkrisen, langfristig wirkenden allgemeinen Krisenerscheinungen des Kapitalismus und chronischen Haushaltsdefiziten am deutlichsten. Die Krise der Jahre 1974/75 entwickelte sich zur umfassendsten und längsten seit den 30er Jahren, wobei die Inflation seit dem Ersten Weltkrieg ungekannte Ausmaße annahm.

Depressionen und Rezessionen in den USA seit 1929

		Dauer in Monaten	*Rückgang der industriellen Produktion (in %)*	*Arbeitslosigkeit (in %)*	*Rückgang des Bruttosozialprodukts in % unter Berücksichtigung der inflationären Entwicklung*
Depression	*1929—33*	*43*	*52,2*	*25,4*	*34,1*
Rezesison	*1948/49*	*11*	*9,6*	*7,9*	*1,6*
	1953/54	*13*	*9,1*	*6,1*	*3,4*
	1957/58	*9*	*12,6*	*7,5*	*3,9*
	1960/61	*9*	*8,6*	*7,1*	*1,6*
	1969/70	*12*	*8,1*	*6,0*	*1,4*
	1973/75	*16*	*13,5*	*8,2*	*7,4 [8])*

Hatte die Kapazitätsauslastung der verarbeitenden Industrie auf dem Höhepunkt des zyklischen Aufschwungs der 60er Jahre noch 92 % betragen (1966), so war sie im Januar 1974 auf 85 %, im vierten Quartal des gleichen Jahres auf 78 % und im Januar 1975 gar auf 69 % gesunken [4]). Die Reallöhne in der verarbeitenden Industrie gingen 1974 (gemessen am Vorjahresstand) um 4,1 % zurück und erreichten damit den Stand von 1965; gleichzeitig waren dies die im Vergleich mit der Reallohnentwicklung in Japan, der BRD, Großbritannien, Frankreich und Italien größten Einbußen [5]). Die Reallohnsenkung ist hauptsächlich auf Inflation sowie den Wegfall von Überstunden und die Einführung von Kurzarbeit zurückzuführen. Die Inflationsrate lag von Anfang 1974 bis in das erste Quartal 1975 beständig über 11 %, und die Lebenshaltungskosten insgesamt stiegen von November 1973 (der als Beginn der Rezession angesetzt wird) bis Mai 1975 um 15,8 % [6]); diese Entwicklung wurde in hohem Maße von den um über 20 % (!) verteuerten Nahrungsmitteln mitgetragen und traf gerade Arbeitslose, Kinderreiche, Rentner und Minoritäten besonders hart.

Die Arbeitslosigkeit war und bleibt der gravierendste Indikator der zunehmenden Widersprüchlichkeit der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung. Die hohe Arbeitslosenquote von 11,5 % (10 786 000 Arbeitskräfte) im Jahr 1975 [7])

3) Aus: „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", 6/1975, S. 29. — Die Arbeitslosenrate entspricht regierungsoffiziellen Angaben.
4) Angaben aus: Helga Will, USA-Haushalt 1975/76, Ein Krisenbudget, in: „IPW-Berichte", 5/1975, S. 51. — Ernest Mandel, Weltwirtschaftsrezession und die gesellschaftliche Krise des Kapitalismus 1974/75, in: „Internationale Sozialistische Publikationen", Rote Hefte 9, Frankfurt/M. 1975, S. 11.
5) Aus: „IPW-Berichte", 9/1975, S. 76, Daten zur Wirtschaftsentwicklung kapitalistischer Hauptländer. Vgl. Helga Will, Zur Entwicklung der USA-Wirtschaft 1975, in: „IPW-Berichte", 12/1974, S. 49.
6) Aus: „Nachrichten zur Wirtschafts und Sozialpolitik', 1/1976, S. 33.
7) Diese Angaben des US-Gewerkschaftsbundes AFL-CIO (in: „AFL-CIO-News", Vol. XXI, No. 9, Februarv 28, 1976, Washington, D.C.) schließen die „discouraged Workers" ein, die die Suche nach einem Arbeitsplatz aufgegeben haben und daher offiziell nicht mehr als arbeitslos registriert sind. Darüber hinaus rechnet der AFL-CIO die von extremer Kurzarbeit Betroffenen (ca. 50 % aller Kurzarbeiter) ebenfalls zu den Arbeitslosen. Unberücksichtigt bleibt die numerisch nicht zu erfassende „versteckte" Arbeitslosigkeit, die gerade in den Gettos besonders hoch liegt. — Zu den monatlichen Schwankungen der Arbeitslosenzahlen vgl.: „Economic Notes" (Published monthly by Labor Research Association), Vol. 42—44. — „IPW-Berichte", 4/1973, S. 73—76 (Statistische Kurzbiographie: USA); 9/1975, S. 75/76 (Daten zur Wirtschaftsentwicklung kapitalistischer Hauptländer); 1/1976, S. 73—75 (Daten zur Wirtschaftslage imperialistischer Länder).

kommt durch ein Zusammenfallen zyklischer mit struktureller, im wesentlichen durch Automation, Rationalisierung und Standortverlagerung verursachter Arbeitslosigkeit zustande. Diese strukturelle, mit den traditionellen Mitteln der Konjunkturregulierung nicht reduzierbare Arbeitslosigkeit kennzeichnet nicht nur die Großstädte, sondern auch die immer weiter mechanisierte und konzentrierte Landwirtschaft des Südens, Südwestens und Kaliforniens sowie die ehemaligen Bergbaugebiete der Appalachen. Erst eine Aufschlüsselung der Arbeitslosenrate nach Frauen, Jugendlichen und Minoritäten (die entweder erst in den Arbeitsprozeß eintreten oder als Ungelernte und Angelernte besonders stark von zyklischen und strukturellen Schwankungen betroffen sind) ergibt ein ungefähres Bild vom Ausmaß gerade der strukturellen Arbeitslosigkeit:

Offiziellen, d. h. vom Arbeitsministerium ermittelten Angaben zufolge betrug die Arbeitslosenquote im November 1975 bei „Weißen" 7,5 %, bei „Farbigen" 13,7 %, bei „farbigen Jugendlichen" (16—19 Jahre) 33,8 % und bei gleichaltrigen „Weißen" 16,8 %. Bei Frauen über 20 Jahren liegt im Vergleichszeitraum die durchschnittliche Arbeitslosenrate 1—2 % höher als bei Männern über 20 Jahren, d. h. schwankt um die 8-%-Grenze [8]).

Von Kanada abgesehen, ist die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in den USA damit doppelt bis dreifach so hoch wie in anderen führenden kapitalistischen Ländern [9]). Selbst im Februar 1976 — als allgemein von einer sich durchsetzenden Belebung der Konjunktur gesprochen wurde — bezifferte der amerikanische Gewerkschaftsbund AFL-CIO die Arbeitslosenrate noch mit 10,5 % [10]).

Auf welche sozialpolitischen Voraussetzungen trifft eine solche Krise in den USA? Wie ist die soziale Infrastruktur beschaffen? Die Beantwortung dieser Fragen nach den Möglichkeiten und Grenzen sozialer Sicherung trägt wesentlich zur Beurteilung des immer wieder gepriesenen amerikanischen Lebensstandards bei.

III

In keiner entwickelten kapitalistischen Gesellschaft waren und sind die Widerstände gegen staatliche Sozialversicherungsprogramme, gegen jede Form der Sozialgesetzgebung überhaupt so stark wie in den USA. Verarmung und Verelendung infolge Krankheit, Unfall, Invalidität und Arbeitslosigkeit begegnet das „veröffentlichte" Bewußtsein traditionsgemäß mit der variationsfähigen Standardargumentation, jeder sei seines Glückes Schmied und müsse für sich selbst sorgen. Jegliche Vorsorge wird demnach der Privatinitiative des in der Nachfolge eines Benjamin Franklin begriffenen bürgerlichen Individuums überlassen, das sich in der tagtäglichen Auseinandersetzung, in der Konkurrenz aller gegen alle beweisen müsse. Sozialdarwinistische Vorstellungen vom „Recht des Stärkeren" und dem „Überleben der Geeignetsten" spielten dabei von jeher eine große Rolle. Andere, insbesondere auf staatliche Initiative rekurrierende Zielsetzungen galten als „unamerikanisch", sprich sozialistisch-kommunistisch.

Sozialpolitisches Entwicklungsland

Phasen relativer ökonomischer Stabilität — wie z. B. nach dem Ersten Weltkrieg — verliehen der Tellerwäscherideologie des ungehinderten sozialen Aufstiegs aus eigener Kraft scheinbare Glaubwürdigkeit. Die bisher schwerste ökonomische

8) Aus: „Economic Notes", Vol. 43, 12/1975; Vol. 44, 1/1976.
9) Siehe „IPW-Berichte", 1/1976, S. 74, Daten zur Wirtschaftslage imperialistischer Länder.
10) „AFL-CIO-News", Vol. XXI, No. 11, March 13, 1976.

und politische Krise des amerikanischen Kapitalismus während der 30er Jahre — die die Ersparnisse von Millionen zunichte machte und zu Massenarbeitslosigkeit nie gekannten Ausmaßes führte — zerstörte freilich die Integrationskraft dieser Ideologie nachhaltig und erforderte im Rahmen des Rooseveltschen „New Deal" materiell-soziale Zugeständnisse an eine erstarkende und zunehmend politisierte Arbeiterbewegung. Diese neue Entwicklung schlug sich in der Verabschiedung des „Social Security Act" — des ersten für alle Bundesstaaten verbindlichen Sozialgesetzes — am 14. August 1935 nieder. Fast fünf Jahrzehnte waren seit der Einführung der Unfall-, Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung im Deutschen Reich vergangen, 24 Jahre seit der Durchsetzung der Arbeitslosenversicherung in England 1911.

Im „Social Security Act" von 1935 waren ebenfalls staatliche Unterstützungen für bedürftige Kinder vorgesehen. Dieser Ansatz wurde zu dem heutigen „Hilfsprogramm für Familien mit abhängigen Kindern" (AFDC) ausgebaut, das mittlerweile den wichtigsten Posten innerhalb der öffentlichen Wohlfahrtsprogramme stellt. Davon zu unterscheiden sind die staatlichen Versicherungsprogramme, die sich im wesentlichen auf drei Bereiche stützen:

— die aus der ursprünglichen Altersversicherung hervorgegangene Alters-, Hinterbliebenen-, Invaliditäts und (Alters-)Krankenversicherung (OASDHI) (die gemeinhin als „Social Security" bezeichnet wird und als Grundlage des staatlichen Versicherungswesens angesehen werden muß),
— die Arbeitslosenversicherung und eine
— Versicherung gegen Unfälle am Arbeitsplatz („Workmen's Compensation").

Eine genauere Betrachtung wird zeigen, daß auch in den 40 Jahren seit der „Großen Depression" die USA sozialpolitisches Entwicklungsland geblieben sind.

Gesundheitswesen

Als es 1966 nach über 30jährigen Auseinandersetzungen gelungen war, gegen die erzreaktionäre Lobby der Ärztekammer (American Medical Association) und diverser privater Versicherungsgesellschaften das „Medicare"-Gesetz — d. h. eine staatliche Pflichtkrankenversicherung für Bürger über 65 Jahre [12]) — durchzusetzen, bedeutete dies eine wichtige Erweiterung der bereits bestehenden Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsversicherung. Mit der (wenngleich unvollständigen) Übernahme der Arzt- und Krankenhauskosten begegnete „Medicare" dem finanziellen Ruin vieler alter, kranker Menschen, die die ständig steigenden Aufwendungen für medizinische Versorgung nicht mehr begleichen konnten. Damit war auch zugleich der einzig nennenswerte Erfolg in dem von Präsident Johnson proklamierten „Feldzug gegen die Armut" errungen. Gleichwohl bleibt kritisch anzumerken:

Bis zum heutigen Tag fehlt (und das ist für hochindustrialisierte kapitalistische Länder einmalig) eine allgemeine staatliche Krankenversicherung — Präsident Ford hatte diese zwar nach seiner Amtsübernahme angekündigt, aber im Zuge seines „Spar"programms, d. h. mit der Reduzierung der Sozialausgaben, wieder fallengelassen. Erst kürzlich wurde bei verschiedenen Kongressen noch einmal die dringende Notwendigkeit einer staatlichen Krankenversicherung (die ja bis heute auf Rentner beschränkt ist) aus dem katastrophalen Zustand des amerikanischen Gesundheitswesens hergeleitet. Nach Angaben des Gewerkschaftsbundes AFL-CIO kennzeichnen folgende sechs Punkte die Gesundheitsversorgung der amerikanischen Bevölkerung:

[11]) Entfällt.
[12]) Seit Juli 1973 wurden auch Schwerbeschädigte unter 65 Jahren mit diesem Gesetz erfaßt.

1. 40 Millionen Amerikaner genießen im Falle eines Krankenhausaufenthaltes keinen Versicherungsschutz;

2. sechs Millionen unter der Armutsgrenze Lebende erhalten noch nicht einmal Unterstützung durch „Medicaid" (im Unterschied zu „Medicare" fällt „Medicaid" unter die Wohlfahrtsprogramme);

3. weniger als 30 % der in der Krise entlassenen Arbeiter können ihre private Krankenversicherung weiterhin finanziell tragen;

4. nur 41 % der in den untersten Lohngruppen beschäftigten Arbeiter sind gegen Krankheit versichert, und weniger als 10 % können Privatärzte in Anspruch nehmen;

5. von allen Arbeitslosen haben nur 27 % irgendeinen Krankenversicherungsschutz;

6. „Medicare" kommt real nur für 40 % der Arztkosten auf [13]).

Betriebliche Krankenversicherungen, die bei weitem nicht alle Arbeiter erfassen, können diese Mängel nicht ausgleichen. Darüber hinaus sind sie für die Millionen von Arbeitslosen bedeutungslos. Die minimalen Sätze der Arbeitslosenunterstützung wiederum lassen die hohen Ausgaben für eine private Krankenversicherung nicht zu.

Das amerikanische Gesundheitswesen kann den wichtigsten und grundlegendsten Erfordernissen nicht gerecht werden; die materielle Fundierung solcher Reformprogramme wie „Medicare" blieb aus.

Bereits 1966 war in einem sogenannten „Freedom Budget" [14]) demokratischer Wissenschaftler, fortschrittlicher Politiker und Publizisten festgestellt worden, daß ungefähr 40 % der Bevölkerung medizinisch unterversorgt sind — d. h. für damalige Verhältnisse ca. 80 Millionen Amerikaner, die z. B. von der in jeder Hinsicht feststellbaren Unterausstattung der Krankenhäuser und einer Kostenexplosion im Gesundheitswesen betroffen waren. An dieser Situation hat sich qualitativ nichts geändert. Spitzenleistungen der medizinischen Forschung können weiterhin im Kliniksalltag (die Privatkliniken sind wie Privatschulen und -universitäten Wohlhabenden vorbehalten und daher nicht repräsentativ) fehlender Mittel wegen nicht umgesetzt werden, die Bevölkerung-Ärzte-Relation verschlechtert sich tendenziell:

Kamen 1965 auf je 100 000 Einwohner 131 praktizierende Ärzte, so waren es 1971 141, 1972 schließlich 146. Insgesamt hatte sich 1972 die Zahl der Ärzte gegenüber 1950 bei einem Bevölkerungszuwachs von ca. 35 % um knapp 17 % erhöht. Der Anteil der Zahnärzte ist seit 1950 proportional wie absolut rückgängig und sank von 50 je 100 000 Einwohner auf 47 im Jahre 1972 [15]).

1973 nahmen die USA im internationalen Vergleich bei der Kindersterblichkeit den 18. Rang und bei der Lebenserwartung von Männern den 21. Rang ein [16]). Krankheit und Existenzgefährdung gehen in den USA Hand in Hand. Nur Reiche dürfen sich in „Gottes eigenem Land" den Luxus erlauben, ihre Krankheiten angemessen behandeln zu lassen.

---

13) „AFL-CIO-News", Vol. XXI, No. 14, April 3, 1976, S. 1 und 6.
14) A. Philip Randolph Institute, A „Freedom Budget" for All Americans, Budgeting Our Ressources, 1966—1975, To Achieve „Freedom from Want", New York 1966, S. 58.
15) U. S. Bureau of the Census, Statistical Abstract of the United States: 1974 (95th Edition), Washington, D.C., 1974, S. 73, Tab. 107.
16) „AFL-CIO-News", Vol. XXI, No. 14, April 3, 1976, S. 6.

Die Steigerung der staatlichen Haushaltsausgaben für das Gesundheitswesen kann schwerlich als Indiz realer Verbesserungen herangezogen werden: „Die 1966 eingeführten staatlichen Gesundheitsprogramme führten dazu, daß im Bereich der medizinischen Betreuung ein ungezügelter Preisboom einsetzte und die entstehende „Gesundheitsindustrie" in der Rangfolge der profitabelsten Wirtschaftszweige nach der Rüstungsindustrie auf den zweiten Platz rückte" [17]).

Neben der Aufnahme von „Medicare" als zusätzlicher Versicherung wurde die Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsversicherung in den 50er und 60er Jahren hauptsächlich durch die Einbeziehung weiterer Beschäftigtengruppen modifiziert, so daß 1971 von 79,3 Millionen Beschäftigten 68,8 Millionen unter OASDHI („Old-Age, Survivors, Diability and Health Insurance") fielen, 5,5 Millionen unter berufsständische Versicherungen [18]). Farmarbeiter dagegen sind noch immer mehrheitlich ausgeschlossen — unregelmäßige Beschäftigung und niedrige Löhne standen von jeher einem Versicherungsschutz im Wege.

Altersversorgung

Um OASDHI angemessen beurteilen zu können, muß weiterhin vorausgeschickt werden:

— OASDHI ist das in jeder Hinsicht umfassendste, am weitesten differenzierte staatliche Versicherungsprogramm der USA.

— 1971 beanspruchten z. B. 86,1 % der Altersgruppe über 65 Jahre, insgesamt 18 Millionen Amerikaner, die Leistungen gemäß OASDHI (heute sind es über 90 %). Diese Bezüge waren 1967 für 25 % der empfangsberechtigten Rentnerehepaare und für 40 % der alleinstehenden, versicherten Rentner die *alleinige* Einkommensquelle [19]).

Daraus folgt, daß OASDHI als repräsentativ für die Qualität des gesamten US-amerikanischen Sozialversicherungswesens angesehen werden kann. Innerhalb dieses Programms wiederum erbringen die Alters- und Invaliditätsversicherung die höchsten Leistungen. Eine Analyse der Altersversicherung — die 1972 mit 14,5 Millionen [20]) den größten Personenkreis erfaßte — zeigt folgendes Bild:

Den 1973er Dollar als Berechnungsbasis vorausgesetzt, beliefen sich 1965 die durchschnittlichen monatlichen Zahlungen für Altersrentner auf 120 $; das entspricht einem Jahresbetrag von ca. 1450 $ [21]). Um künftig einen ausreichenden Lebensunterhalt zu gewährleisten, wurde damals im „Freedom Budget" eine Verdoppelung der Leistungen innerhalb von fünf Jahren gefordert [22]). Zehn Jahre später ist man nicht nur weit von diesem Ziel entfernt, sondern zwischenzeitlich waren auch reale Verschlechterungen und Einbußen zu verzeichnen. 1972 lebten nach regierungsoffiziellen Daten ca. 3,8 Millionen oder knapp 19 % der über 65jährigen unter dem amtlichen Armutsniveau [23]); dieser Tatbestand ist auch den zu geringen Unterstützungssätzen der Altersversicherung zuzuschreiben. Gemessen am 1973er Dollar erhielten Altersrentner 1971 im Monatsdurchschnitt knapp 149 $; 1972 waren es 176 $, 1973 dagegen 166 $, d. h. 5,5 % weniger als im Vorjahr [24]). Dies entspricht einem Jahresdurchschnitt von knapp 2000 $, einer realen Erhöhung gegenüber 1965 von nur 27,5 %.

17) Horst Hanke, USA-Haushalt 1973/74: „Wieder Priorität der Rüstung vor Sozialprogrammen", in: „IPW-Berichte", 5/1973, S. 40—43, hier S. 42.
18) U.S. Department of Health, Education and Welfare (Social Security Administration), Social Security Programs in the United States, Washington, D.C., 1973, S. 15.
19) Ebd., S. 15, 20, 22.
20) Ebd., S. 37.
21) Statistical Abstract, a.a.O., S. 281, Tab. 443.
22) „Freedom Budget", a.a.O., S. 60.
23) Statistical Abstract, a.a.O., S. 393, Tab. 637.
24) Ebd., S. 281, Tab. 443.

Die sich hinter diesen Zahlen verbergende gesellschaftliche Realität wird in ihrer ganzen Tragweite erst deutlich, wenn man die offizielle (jedoch rein monetär fixierte) Armutsgrenze als Vergleichsbasis heranzieht und dabei noch berücksichtigt, daß die für ein „bescheidenes, aber ausreichendes" Budget angesetzten Einkommensquoten um ca. 100 % über dieser „Armutsgrenze" liegen [25]):

1972 lag das Armutsniveau für alleinstehende Rentner bei jährlich 2005 $ [26]), d. h. die durchschnittlichen Altersrenten reichten knapp an diese noch zu niedrig bemessene Grenze heran. Von den 50 Einzelstaaten lagen 1973 30 (!) Staaten und der District of Columbia unter dem nationalen Monatsdurchschnitt von 166 $. In Mississippi wurden z. B. nur 128 $ Altersrente gezahlt, in Arkansas 138, in Missouri knapp 140 $ [27]).

Schließlich waren und sind gerade mit der seit 1973 spürbaren Kürzung der Sozialausgaben auch die verschiedenen Rentenzahlungen betroffen. Zwar steigen im Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 1976/77 die Ausgaben für das Gesundheitswesen und für „Income Security" nominell weiter an, aber die Zuwachsrate ist zu gering, um selbst die minimalen Leistungen laufender Programme aufrechterhalten zu können. Weitere Verschlechterungen sind also bereits absehbar [28]). Gleichzeitig steht wegen des relativ verlangsamten Bevölkerungswachstums zu erwarten, daß sich der Bevölkerungsanteil der alten Menschen in den nächsten 20 Jahren beständig vergrößern wird.

Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß die Altersversicherung vollkommen unzureichend ist, daß Alter in den Vereinigten Staaten in der Regel gleichbedeutend ist mit sozialem Abstieg, oft mit Verelendung. Jedoch sind nicht allein die äußerst mangelhaften monetären Leistungen ein Indiz für die Unzulänglichkeiten der Altersversicherung. Von den 3,8 Millionen verarmten Alten waren 1972 die Hälfte Wohlfahrtsempfänger [29]), Bezieher staatlicher Almosen, der „Old Age Assistance", d. h. knapp zwei Millionen Bedürftige oder ca. 10 % aller alten Menschen in den USA waren entweder überhaupt nicht oder nur ungenügend von der Alters- bzw. Hinterbliebenen- bzw. Invaliditätsversicherung erfaßt.

Der Zustand der Altersversicherung ist, wie bereits erwähnt, repräsentativ für das gesamte OASDHI-Programm. Die Leistungen der Hinterbliebenen , Invaliditäts- und Alterskrankenversicherung liegen weder relativ noch absolut über dem Niveau der Altersversicherung. Daher überrascht die 1966 im „Freedom Budget" gemachte Feststellung nicht, daß bei Berücksichtigung aller Einkommen Ende 1966 zwischen 40—60 % aller unter OASDHI versicherten über 65jährigen in Armut lebten, einige Millionen davon unter der offiziellen Armutsgrenze [30]).

Diese Fakten decken auch den bloßen Rechtfertigungscharakter der zur Verteidigung der Mängel staatlicher (Zwangs-)Versicherungen vorgebrachten Argumente auf, die besagen, staatliche Versicherungsprogramme seien lediglich eine Ergänzung, kein Ersatz für andere finanzielle Quellen. „Dadurch ist das Individuum gehalten, diese Leistungen zu ergänzen und sich zusätzlichen Schutz zu schaffen durch Eigeninitiative, Sparsamkeit und persönliche Anstrengung. Darüber hinaus orientieren sich die Geldleistungen an den vormaligen Löhnen und der Beschäftigungsdauer, so daß dadurch ein zusätzlicher Anstoß gegeben ist, einer regelmäßigen, gut bezahlten Arbeit nachzugehen" [31]).

25) Siehe „Freedom Budget", a.a.O., S. 36.
26) Statistical Abstract, a.a.O., S. 390, Tab. 632.
27) Ebd., S. 282, Tab. 444.
28) Vgl. Michael E. Levy, The 1977 Federal Budget: Strategy for Containment, in: The Conference Board RECORD (Reporting to Management on Business Affairs), Vol. XIII, No. 4, April 1976, S. 13—18, hier S. 15.
29) Vgl. Statistical Abstract, a.a.O., S. 298, Tab. 472.
30) „Freedom Budget", a.a.O., S. 59.
31) Social Security Programs in the U.S., a.a.O., S. 17.

Es sei in diesem Zusammenhang nur noch einmal auf die oben genannte Zahl derer verwiesen, für die die Zahlungen aus dem OASDHI-Programm die alleinige Finanzierungsquelle sind. Schließlich ist es blanker Zynismus — der gleichwohl in der „amerikanischen Arbeitsethik" tief verwurzelt ist —, einen Arbeiter im Kapitalismus für die Dauer seiner Anstellung und die Höhe des Lohnes verantwortlich zu machen.

Ferner wird argumentiert, neben individuellen Ersparnissen besorgten betriebliche Sozialleistungen zusätzliche soziale Sicherung. Es ist zwar richtig, daß in den USA betriebliche Sozialleistungen in wesentlich größerem Maße als in Europa in die Tarifverträge eingehen. Jedoch verweist dies einzig und allein auf das Fehlen bzw. die Schwäche staatlicher Sozialpolitik, insbesondere des Sozialversicherungswesens. Aus der Not wird also eine Tugend gemacht. Zweitens sind die vorteilhaftesten Vereinbarungen — und hier insbesondere die betriebliche Altersversicherung, die „Private Pension Plans" — an das „Seniority System" gekoppelt, d. h. setzen eine längere Betriebszugehörigkeit voraus. Scheidet ein Arbeiter vor Erreichen dieser Frist aus dem Betrieb aus (Massenkündigungen in Zeiten ökonomischer Rezession!) bzw. geht eine Firma bankrott, verfallen auch alle Ansprüche — hinsichtlich der Altersversorgung mit der Konsequenz, daß Millionen ihren Lebensabend in Armut verbringen müssen.

Ungeachtet aller Unterschiede der von Betrieb zu Betrieb, von Branche zu Branche, von Industrie zu Industrie voneinander abweichenden „Pension Plans" und ungeachtet aller sie betreffenden Reformgesetzgebungen, die die gröbsten Mängel der betrieblichen Vereinbarungen beseitigen sollen [32]), ist nach wie vor von folgender allgemeiner Situation auszugehen:

— Nur ein Drittel der gegenwärtig unter OASDHI versicherten Altersrentner verfügt über zusätzliche (nicht auf Ersparnissen beruhende) Altershilfen. Für 1980 wird, bei optimistischen Rechnungen, mit einem Anteil von 40 % gerechnet.

— Betriebliche Altersversicherung ist charakteristisch für industrielle Großunternehmen, wo starke Gewerkschaften die Tarifverhandlungen führen. Im gesamten tertiären Sektor der Distribution und Dienstleistungen sind „Private Pension Plans" die Ausnahme. Schwache Gewerkschaften und Kleinunternehmen mit hoher Arbeitskräftefluktuation kennzeichnen die dortigen Verhältnisse. Gerade die Arbeitskräftefluktuation wirkt in allen Bereichen der Wirtschaft einer Ausweitung der „Private Pension Plans" entgegen.

— Schätzungsweise waren im April 1972 23 Millionen Vollzeit-Beschäftigte der Privatindustrie in „Private Pensions Plans" einbezogen — das sind ca. 50 % aller Arbeitskräfte in der privaten Industrie. 1973 beliefen sich die durchschnittlichen jährlichen Leistungen auf ca. 2000 $.

— Eine Ausdehnung der betrieblichen Altersversicherung auf kleinere Unternehmen zeichnet sich wegen finanzieller Belastungen und fehlenden gewerkschaftlichen Drucks nicht ab. Darüber hinaus sind die Farmarbeiter ausgeschlossen [33]).

Daraus folgt: Betriebliche Altersversicherung ist eine ungenügende Zusatzleistung für eine Minderheit der amerikanischen Arbeiterklasse. Bereits die Zahl

[32]) Vgl. Lawrence T. Smedley, Pensions a Year Later, in: AFL-CIO: „American Federationist", October 1975. — Jedoch stellt der Autor einschränkend fest, daß erst die Zukunft die Wirksamkeit des 1974 in Kraft gesetzten Rahmengesetzes für „Private Pension Plans" wird zeigen können und gegenwärtig noch nicht einmal ein Tendenzurteil gefällt werden kann.

[33]) Die Angaben sind entnommen: Bert Seidmann, Future Structure of Social Security System and Interrelation with Private Pension Plans, in: „National Tax Journal", Vol. XXVII, No. 3, September 1974, S. 473 bis 478, bes. S. 476/77. — In diesem Aufsatz wird auch ein kurzer Überblick zur historischen Entwicklung der „Private Pensions Plans" gegeben sowie auf deren unterschiedliche inhaltliche Gestaltung aufmerksam gemacht. Die Mängel der staatlichen Altersversicherung werden ebenfalls angesprochen.

der Leistungsempfänger aus der Alters-, Hinterbliebenen-, Invaliditäts- und Alterskrankenversicherung wird 1977 mit 33,3 Millionen [34]) die Gesamtsumme der zusätzlich über „Private Pension Plans" Versicherten bei weitem übersteigen. Social Security-Einkünfte sind keine Ergänzung zu „privaten", betrieblichen Vereinbarungen, sondern umgekehrt. Die Mehrheit der aus dem Arbeitsprozeß Ausscheidenden war, ist und bleibt in hohem Maße von den Zahlungen der staatlichen Altersversicherung abhängig. Für etliche Millionen ist es die einzige Einkommensquelle. Daher lag 1970 das Durchschnittseinkommen eines Rentnerhaushalts um mehr als die Hälfte niedriger als das jüngerer Familien; daher verfügten 1970 25 % dieser Haushalte über ein jährliches Einkommen von weniger als 3000 $, d. h. blieben hart an der amtlichen Armutsgrenze [35]).

Auch diese Zustände zeigen unmißverständlich die gesellschaftlichen Grenzen individuellen Sparens, das immer wieder als dritte Quelle der Altersfinanzierung genannt wird.

Frühzeitige Pensionierungen aus Gesundheitsgründen (Arbeitshetze!) und die augenblicklich selbst für amerikanische Verhältnisse hohe Arbeitslosenquote gebieten eine nähere Betrachtung der Unterstützungen und Hilfen bei Arbeitsunfällen und Arbeitslosigkeit.

Arbeitslosigkeit

Die — auch unabhängig von den Konjunkturzyklen — ständig hohen Arbeitslosenzahlen in den USA fanden Eingang in die sozialwissenschaftliche Theoriebildung: eine Arbeitslosenrate von 5 % wird von amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlern mit Vollbeschäftigung gleichgesetzt! 5 % wären im Durchschnitt der 70er Jahre und in Zeiten der Hochkonjunktur über vier Millionen Menschen ohne Arbeit, ohne regelmäßiges Einkommen. Zu Beginn des Jahres 1976 belief sich (wie bereits erwähnt) die Zahl der Arbeitslosen auf ca. 9,9 Millionen.

Das System der Arbeitslosenversicherung ist diesen Dimensionen nicht gewachsen und in jeder Hinsicht — da seit Inkrafttreten 1935 im wesentlichen unverändert — unzulänglich. So waren 1971 von knapp 80 Millionen Beschäftigten lediglich 57 Millionen von der Arbeitslosenversicherung abgedeckt [37]). An dieser Relation hat sich bis heute nichts geändert. Farmarbeiter sowie Beschäftigte in Kleinstbetrieben und im öffentlichen Dienst fallen nicht unter die Arbeitslosenversicherung. Zusammen mit den verschiedensten Berechtigungskriterien — z. B. bestimmte Beschäftigungsdauer — hat dies dazu geführt, daß heute nur 75—80 % der Arbeitslosen Versicherungsschutz in Anspruch nehmen können [38]).

Im nationalen Durchschnitt beträgt die wöchentliche Unterstützung 65 $ und liegt damit beträchtlich unter dem offiziellen Armutsniveau von 82,69 $ (für eine vierköpfige Familie mit nichtlandwirtschaftlichem Einkommen). Sämtliche Ausführungsbestimmungen (von der Höhe der Leistungen über die Förderungsdauer bis hin zur Beitragshöhe) obliegen den Einzelstaaten; dies führte zu beträchtlichen Unterschieden, besonders zu einem auch im gesamten übrigen sozialen Bereich zu beobachtenden Nord-Süd-Gefälle.

34) U.S. Department of Health, Education, and Welfare, The Fiscal Year 1977 Budget, Washington, D.C., 1976, S. 33.
35) Seidmann, a.a.O., S. 477. — Trotz aller statistischen Verzerrungen sei zum Vergleich das jährliche Durchschnittseinkommen einer weißen Familie genannt: 12 595 Dollar (1973). Aus: Statistical Abstract, a.a.O., S. 383, Tab. 617.
36) Entfällt.
37) Social Security Programs in the U.S., a.a.O., S. 15.
38) Zahlenangaben nach: Armanski/Schulze/Tergeist, Ökonomische und soziale Krise in den USA, in: „Links", 67/1975, S. 14. — Vgl. auch: Amerikanische Sozialpolitik — Die von der Wohlfahrt leben, in: „Die Zeit" v. 15. 8. 1975, S. 20. — Vgl. auch: Social Security Programs, a.a.O., S. 55—72. — Noch niedrigere Angaben macht James R. O'Brien, Unemployment Insurance — The Urgency for Reform, in: AFL-CIO: „American Federationist", April 1974: Er spricht von 11 Millionen nicht versicherten Arbeitern und beziffert die versicherten Arbeitslosen mit knapp 40 %!

Die Rezession 1975/75 brachte nicht nur die höchste Arbeitslosenzahl seit der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren, sondern war gleichzeitig durch chronische, also Dauerarbeitslosigkeit gekennzeichnet. Dies machte u. a. eine Verlängerung der Zahlungsfristen, eine „Notversicherung" bisher nicht in das System eingegliederter Arbeitsloser und eine teilweise Erhöhung der Unterstützungssätze erforderlich. Darüber hinaus erhielten auch die Farmarbeiter in Kalifornien Versicherungsschutz — unzweifelhaft Ausdruck des erfolgreichen Kampfes der bei den United Farm Workers (UFW) organisierten Landarbeiter gegen die Willkür der Plantagenbesitzer, die jahrelang die Arbeiter in „halbfeudaler" Abhängigkeit gehalten hatten und teilweise noch immer halten.

Zieht man alle diese Verbesserungen in Betracht und setzt man die in einzelnen Staaten angehobenen Maximalunterstützungssätze als wöchentliche Durchschnittsleistung an, so bleibt das Gesamtbild dennoch erschreckend: Demnach lagen während der Krise 1974/75 21 (!) Einzelstaaten mit ihren wöchentlichen Leistungen unter der amtlichen Armutsgrenze von 82,69 $. Bei 7 Staaten war nicht genau zu ermitteln, ob die Erhöhung ihrer Unterstützungen dieses Niveau zu überschreiten half. Auch die verbleibenden 22 Staaten zahlen in keinem Fall mehr als 100 $ pro Woche, sondern mehrheitlich zwischen 85 und 95 $. Die einzige Ausnahme bildet der District of Columbia [39]). Selbst bei diesen minimalen, bestenfalls 15 Monate zahlbaren Leistungen geraten die Budgets der Einzelstaaten in Schwierigkeiten; es wird erwartet, daß bis Ende dieses Jahres 30 Staaten bei der Bundesregierung in Washington Anleihen aufnehmen werden, um weiterhin zahlungsfähig zu sein.

Nicht allein das Einpendeln auf die „Armutsgrenze" macht die Arbeitslosenversicherung der Altersversicherung vergleichbar. Auch für betriebliche Hilfsfonds und -leistungen („fringe benefits") gilt das gleiche: sie fallen genausowenig wie bei der Kranken- und Altersversicherung ins Gewicht [40]).

Somit sind die 1935 verabschiedeten Sozialreformen das geblieben, was sie ursprünglich waren: rein defensive Notprogramme zur Linderung der gröbsten aktuellen Mißstände, ungeeignet, vorsorgend abzusichern und sozialen Abstieg zu verhindern. Als Notprogramme können sie nur minimalsten Anforderungen genügen. Alter, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität sind in den USA in den meisten Fällen Synonyma für Armut, Wohlfahrtsempfänger, physische und psychische Verelendung.

Arbeitsunfälle

Dieser Zustand wird im Negativen ergänzt durch die „Worker's Compensation" oder „Industrial Accident Insurance", eine durch Unternehmerbeiträge finanzierte staatliche Versicherung gegen Unfälle am Arbeitsplatz, die (auch bei Berufskrankheiten) für Krankenkosten, Invaliditäts- und Hinterbliebenenunterstützung aufkommen und zugleich einen Beitrag zur Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß leisten soll. Der extrem hohen Zahl an industriellen Arbeitsunfällen in den USA — für 1976 rechnet man mit ca. sechs Millionen Unfällen, davon 14 000 tödlich [41]) — steht ein wiederum einzelstaatlich reguliertes, von privaten Versicherungsgesellschaften organisiertes Versicherungssystem gegenüber, das in seiner Ineffektivität kaum mehr zu überbieten ist. Nicht nur liegen die zeitlich ebenfalls sehr beschränkten Zahlungen noch unter der Arbeitslosenunterstüt-

39) Diese Angaben ergeben sich aus dem Vergleich zweier Publikationen: James O'Brien, Unemployment Insurance . . ., a.a.O. — Joseph A. Hickey, Unemployment Insurance — State Changes in 1975, in: U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics, Monthly Labor Review, Vol. 99, No. 1, January 1976, S. 37—41.

40) Vgl. Armanski u. a., a.a.O., S. 14.

41) Reforming a Cruel System, in: The Machinist, Published by International Association of Machinists and Aerospace Workers, AFL-CIO/CLC, Washington, D.C., Vol. XXX, No. 24, April 1976, S. 3.

zung, „Worker's Compensation" wird auch äußerst willkürlich gehandhabt, und die Bestimmungen werden restriktiv ausgelegt. Im Januar 1976 war die arbeitende Bevölkerung in 20 Staaten noch nicht einmal zwangsversichert. Dies verwundert nicht, denn „die Unternehmer ziehen die gegenwärtige jeder anderen Regelung vor, die mehr kosten könnte" [42]). Auch hier sind in erster Linie Farmarbeiter und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ausgenommen; insgesamt haben ca. 15 Millionen Arbeiter keinen Versicherungsschutz [43]). Hunderttausende von Arbeitern sind daher auf Wohlfahrtsunterstützung angewiesen, weil sie nach absehbarer Zeit die Krankenkosten nicht mehr aufbringen können.

Auch blieben die Gesetze zur Arbeitsplatzsicherheit („Occupational Safety Health Act" 1970) bis heute Papier, und die gegenwärtigen Debatten im Kongreß zu dieser Frage sind eher Kulissenschieberei als ernsthafte Versuche, Reformen durchzusetzen.

Sozialkosten: „Nullwert"

Bundesrepublikanische Kapitalvertreter in den USA können befriedigt auf die Entwicklung ihrer Investitionen blicken, die sich eben auch deshalb lohnen, „weil die Sozialkosten von einem Nullwert ausgehen wie bei uns vor dem Ersten Weltkrieg" [44]) (Dieter Ambros, BASF-Manager in den USA). Grund genug für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" festzustellen, Amerika sei immer noch das „Land der fast unbegrenzten Möglichkeiten" (für wen eigentlich?): „Amerika wird am längsten ein kapitalistisches Land bleiben" [45]).

Das Versagen aller staatlichen Versicherungsprogramme drückt sich direkt auch in der Aufblähung der öffentlichen Wohlfahrt aus. Die Frage nach dem Zustandekommen dieser Wohlfahrtsprogramme und ihrem Beitrag zur Bekämpfung der Armut wirft ein gleichermaßen bezeichnendes Schlaglicht auf die USA.

IV

Michael Harringtons 1962 veröffentlichtes Buch „The Other America — Poverty in the United States" und die 1968er Studie des „Bürgerkomitees zur Untersuchung von Hunger und Unterernährung in den Vereinigten Staaten" sind zu Klassikern einer in den letzten Jahren in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion vernachlässigten Fragestellung geworden: der *strukturellen Armut* in den USA.

Strukturelle Armut

Eine der wichtigsten Erkenntnisse gerade der Arbeit Harringtons ist eine doppelte: Es handelt sich deshalb um eine strukturelle Armut, weil sie erstens relativ unabhängig von ökonomischen Entwicklungen sich reproduziert, d. h. zyklische Aufschwünge tangieren das Wesen dieser Armut nicht, während Depressionen und Rezessionen deren Auswirkungen und Erscheinungsformen nur noch verstärken. Die Wiedereingliederung der arbeitsfähigen Armen in den Arbeitsprozeß ist allein durch politisch bewußtes und zielgerichtetes Handeln möglich und kann

42) Ebd.
43) James R. O'Brien, Workers' Compensation Leaves Lots of Hardships, in: „Viewpoint", An IUD Quarterly, Vol. 4, No. 4, 1974.
44) „stern", a.a.O., S. 73.
45) FAZ, a.a.O., S. B 1, B 26. „Die Produktivität der amerikanischen Wirtschaft ist höher als die der deutschen Unternehmen. Das hat die Ursache in dem höheren Leistungsdruck, in weniger Urlaub und weniger Feiertagen . . . Die Sozialkosten sind in Amerika weitaus niedriger als in der Bundesrepublik" (S. B 26).

von den Gesetzen des „freien Arbeitsmarktes" nicht geleistet werden. Die strukturelle Armut ist Ergebnis des uneingeschränkten Wirkens von Kapitalverwertungsinteressen auf dem Arbeitsmarkt. Zweitens ist die Gruppe der Armen sozial derart heterogen — ungelernte Arbeiter, die rassischen Minoritäten, die Landarmen und Landarbeiter, die Alten, die Dauerarbeitslosen und Slumbewohner, die temporär freigesetzten Arbeiter, die Kranken und Invaliden, die vom Land vertriebenen bankrotten Farmer —, daß sie keine einheitliche politische Bewegung bilden und nicht selbst aktiv für die Verbesserung ihrer Lage kämpfen kann. Bei einer Spannbreite von Lumpenproletariat bis hin zu verarmten Farmern fehlen die materiellen wie subjektiv-ideologischen Voraussetzungen einer Vereinheitlichung (daher hat sich auch der Begriff der „neuen", der „unsichtbaren" Armen eingebürgert). Schließlich werden die verschiedenen Gruppen durch eine auf Rassismus aufbauende „Divide-et-impera-Politik" gegeneinander ausgespielt.

Harrington behält diesen soziologisch-analytischen Ansatz bei und bestimmt auch die alltäglichen Erscheinungsformen der Armut gesellschaftlich: entscheidend ist nicht ein bestimmtes Einkommensniveau und dessen Vergleich mit einem offiziell angesetzten Existenzminimum, sondern die Tatsache, daß zwischen 40 und 50 Millionen Amerikanern (ca. 1960) die minimalste Gesundheitsversorgung versagt bleibt, daß sie in heruntergekommenen Wohnungen leben, nicht ausreichend ernährt, teilweise sogar unterernährt sind und keine schulische bzw. sonstige Ausbildung hatten. Der Armutsbegriff ist dabei — ähnlich wie der Marxsche Lohnbegriff — auch von einer „moralischen", aus dem historisch-gesellschaftlichen Entwicklungsniveau abgeleiteten Komponente bestimmt [46]). Wegen des unterschiedlichen Stands der gesellschaftlichen Entwicklung ist Armut in den USA daher z. B. prinzipiell nicht vergleichbar mit Armut in der Dritten Welt.

Nach offiziellen Angaben lebten 1959 ca. 40 Millionen Amerikaner unter dem Armutsniveau, davon 29 Millionen Weiße und 11 Millionen Farbige [47]). Zentren der Armut waren die Agrarzonen der Südstaaten, die ehemaligen Bergbaugebiete in den Appalachen, die Indianerreservate (vorwiegend des Südwestens) und schließlich die Großstädte, insbesondere die der Nordstaaten. Die nach 1945 rapide fortschreitende Mechanisierung der Landwirtschaft hatte eine rasche Konzentration des landwirtschaftlichen Kapitals nach sich gezogen, Großfarmen hervorgebracht, Hunderttausende kleinerer Farmen zerstört bzw. konkurrenzunfähig gemacht. Mechanisierung und Automation waren gleichbedeutend mit Freisetzung von Arbeitskräften. Gerade die schwarzen Landarbeiter des Südens — ökonomisch am meisten ausgebeutet, rassisch diskriminiert und politisch entrechtet — zogen jetzt in einer dritten großen Binnenwanderung (die sich denen nach dem Ersten Weltkrieg und während des Zweiten Weltkriegs anschloß) in die Industriestädte des Nordens: zwischen 1940 und 1959 insgesamt drei Millionen [48]).

Protestbewegung und „Feldzug gegen die Armut" — versandet

So gesehen, waren die 50er Jahre eine Periode folgenschwerer sozio-ökonomischer Umwälzungen und Strukturverschiebungen, die zusammen mit der politischen Diskriminierung der Neger — die im Süden faktisch noch immer kein Wahl-

46) Michael Harrington, The Other America, Poverty in the United States, Baltimore 51968, S. 9, 175.
47) Statistical Abstract, a.a.O., S. 389, Tab. 631.
48) Sidney Lens, Poverty: America's Enduring Paradox, A History of the Richest Nation's Unwon War, New York 1969, S. 303. — Vgl. Bernd Rüster, Rassenbeziehungen in den USA, Darmstadt/Neuwied 1973. — Vgl. F. F. Piven/R. A. Cloward, Regulating the Poor; The Functions of Public Welfare, New York 1971, S. 200—211, 214.

recht besaßen und denen einfachste staatsbürgerliche Rechte wie freier Schulbesuch u. ä. vorenthalten blieben — den Boden für die Bürgerrechtsbewegung bereiteten. Damit hatte sich eine relevante Gruppe innerhalb der Armen zu einer politisch bewußten Protestbewegung formiert, die trotz aller anfänglichen Schwierigkeiten auf ein gewaltiges Potential zurückgreifen konnte: denn gerade in den Städten verbreitete sich Unruhe unter den Negern — Resultat des Lebens im Getto, der Ausbeutung zu Niedrigstlöhnen und der weitverbreiteten Arbeitslosigkeit. Die Negerbewegung der späten 50er und frühen 60er Jahre (untrennbar verbunden mit den Anfängen der amerikanischen Studentenbewegung) war — ähnlich wie die organisierte Arbeiterbewegung während der „Great Depression" — der als Katalysator sozialer Reformprogramme wirkende subjektive Faktor. Sie gab der aus ökonomischer und politischer Unterdrückung resultierenden Unzufriedenheit politische Orientierung. Armut war damit bewußtseinsmäßig aus Apathie und Resignation in politisches Handeln transformiert worden.

Gleichzeitig befanden sich die USA zu Beginn der 60er Jahre in der Anfangsphase eines acht Jahre ungebrochenen zyklischen Aufschwungs. D. h., die materielle Basis integrationistischer, auf „Ausgleich" durch Zugeständnisse basierender Politik, die prinzipiell auf die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung abzielt, war gegeben. Ein solcher Kurs empfahl sich der herrschenden Klasse auch wegen des sich abzeichnenden Vietnam-Krieges, der nicht von innenpolitischen Krisen begleitet sein sollte.

Aus dieser Konstellation heraus entwarf die Kennedy/Johnson-Administration 1963/64 den „Feldzug gegen die Armut" zum Aufbau der „Great Society" — ein Programm, das sich zum Ziel setzte, die Armut in den USA abzuschaffen (!). Freilich war bereits die Anlage des Konzepts dazu ungeeignet — allzu deutlich trug es den Stempel seines ursächlichen, durch politische Bewegung erzwungenen Zustandekommens: die eigentliche Zielgruppe waren die zu pazifizierenden, nach Möglichkeit zu integrierenden Neger der Großstädte (1965 waren 80 % der Neger urbanisiert gegenüber 50 % im Jahre 1940) [49]).

Die Einführung von „Medical Assistance (Medicaid)" (1965), „Medicare" (1966) sowie die finanzielle Unterstützung bisher benachteiligter Schulbezirke („Elementary and Secondary Education Act") (1965) waren lediglich begleitende Maßnahmen. Im Mittelpunkt der Sozialgesetzgebung der Regierung Johnson stand das „Economic Opportunity Act" von 1964, das zwar auch Hilfen für ländliche Gebiete vorsah, schwerpunktmäßig jedoch städtische Gettos („Community Action Program") berücksichtigte und die aktive Einbeziehung der Armen in die Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen beabsichtigte.

Abgesehen davon, daß sie sich zu sehr auf Einzelphänomene konzentrierten, daher der Gesamtstruktur der Armut nicht gerecht werden konnten, waren ausnahmslos alle Hilfsprogramme — angefangen bei der kompensatorischen Vorschulerziehung für schwarze Kinder (Head-Start) bis hin zu Arbeitsbeschaffungs- und (Um-)Schulungsplänen — von Anfang an unterfinanziert und mit Fortdauer des Vietnam-Krieges immer stärkeren Restriktionen unterworfen. Keiner der im „Economic Opportunity Act" formulierten Ansprüche wurde eingelöst [50]), d. h. die Integrationskraft des Modells blieb auf einen kurzfristigen propagandistischen Effekt beschränkt. Allein die Zahl der Wohlfahrtsempfänger war aufgrund gezielter Aufklärung angestiegen.

49) Piven/Cloward, a.a.O., S. 214; vgl. S. 196—200, 211—221, 330—338. — Zur politischen Funktionsbestimmung des „War on Poverty" vgl. ebenfalls: Ben B. Seligman, Poverty and Power, in: Ders. (Hrsg.), Aspects of Poverty; Selected Studies in Social Problems, New York 1968, S. 288—324.

50) Vgl. Joseph A. Kershaw, Government Against Poverty, Chicago 1970, S. 148/49, 161 ff. — Vgl. Seligman, a.a.O., S. 295 ff.

Die Lebensverhältnisse gerade in den Gettos verschlechterten sich dagegen weiter. Diese Entwicklung fand ihren politischen Ausdruck in den „heißen Sommern" der Jahre 1965—1968. Der spürbare materielle Erfolg blieb aber versagt:

1968 stellte das „Bürgerkomitee zur Untersuchung von Hunger und Unterernährung in den Vereinigten Staaten" fest, daß ca. 10 Millionen Amerikaner — mehrheitlich nach wie vor in den Südstaaten, die eine systematische Obstruktionspolitik gegen den „Feldzug gegen die Armut" betrieben hatten — unterernährt waren und Hunger litten und sich eine weitere Verschlechterung der Situation abzeichne. Der Report sprach von 29 Millionen Armen [51]). Zu dieser Zeit war der „Feldzug gegen die Armut" unwiderruflich ein finanzielles Opfer des Vietnam-Krieges geworden. Unter der Nixon-Regierung wurde schließlich auch das frühere Koordinationszentrum im Kampf gegen die Armut, das „Office of Economic Opportunity" (OEO), aufgelöst.

Seit Nixons Amtsantritt 1969 dominierte die repressive Variante bürgerlicher Innenpolitik. Dies war in erster Linie Resultat der zunehmenden Krisenhaftigkeit der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung. Bei ständig steigender Inflation wurden die Abstände zwischen den Rezessionsphasen immer kürzer, die Arbeitslosigkeit nahm zu. Auch fehlte der politische Druck einer dem „Civil Rights Movement" vergleichbaren Bewegung, die in den frühen 70er Jahren einer solchen Politik erfolgreich hätte Widerstand leisten können bzw. die Orientierung des Massenprotestes war eine andere: bis 1971 stand der Vietnam-Krieg im Mittelpunkt. Zugleich verstärkten sich die gezielten Repressionsmaßnahmen gegen die Studenten- und Negerbewegung [52]), um quasi präventiv die Wiederbelebung eines organisierten Protestes der Armen zu verhindern: schließlich hatte sich an deren Lebens- und Arbeitssituation nichts geändert.

Staatlich garantierte Armut: SSI, AEDC und „General Assistance"

Forderungen nach einem garantierten Mindesteinkommen fanden einzig und allein in einer Reform der Wohlfahrtsunterstützug für Rentner, Blinde und Schwerbeschädigte ihren Niederschlag: die bisher einzelstaatlich durchgeführten Programme wurden ab 1. Januar 1974 durch ein bundeseinheitlich geregeltes und auch finanziertes Unterstützungswesen („Supplement Security Income" — SSI) abgelöst, das jedem Geförderten ein monatliches Mindesteinkommen von 130 $, für Ehepaare von 195 $ sichert. Ab Juli 1975 lagen die höchsten Zuwendungen für Alleinstehende bei 158 $, für Ehepaare bei 230 $ [53]). Das entspricht einem lächerlich geringen Jahreseinkommen von 1600 $ bzw. 1900 $ (für Alleinstehende) — die Staatshilfe liegt somit in jedem Fall unter der staatlich festgesetzten Armutsgrenze (die für alleinstehende Rentner bei 2005 $ angesetzt ist). Es handelt sich also um nicht mehr als um staatlich garantierte Armut. 1975 waren 53 % der über vier Millionen SSI-Bezieher deshalb auf diese Unterstützung angewiesen, weil die Bezüge aus dem OASDHI-Programm (bei 70 % oder 1,6 Millionen waren es die Altersrenten) nicht ausreichten [54]).

Der Kernpunkt des Wohlfahrtssystems — die Hilfsprogramme für Familien mit bedürftigen Kindern (AFDC: „Aid to Families with Dependent Children") —

51) Zit. nach Lens, a.a.O., S. 317/18.
52) Vgl. die sehr anschaulichen Darstellungen in der Autobiogrphie von Angela Davis, Mein Herz wollte Freiheit, München/Wien 1975. — Vgl. Reinhard Lettau, Täglicher Faschismus, Reinbek 21973. — Vgl. „Der Spiegel", 46/1971: Faschismus in Amerika?
53) U.S. Department of Health, Education and Welfare, Public Assistance Statistics, April 1975, Washington. D.C., S. 6. — Vgl. Social Security in the U.S., a.a.O., S. 97/98.
54) Public Assistance Statistics, a.a.O., S. 6.

blieb mit allen Mängeln unangetastet. An diesem Beispiel zeigt sich exemplarisch die Krise der (in der Öffentlichkeit hoffnungslos diskreditierten) öffentlichen Wohlfahrt [55]):

1. Die Auswahlkriterien sowie die Höhe der Leistungen bleiben den Einzelstaaten überlassen. Dies führte gerade in den Südstaaten zu bewußter Disziplinierung der Armen durch minimalste Unterstützung. Sie werden dadurch gezwungen, jede niedrigst bezahlte Arbeit und jede Form der Repression hinzunehmen, da sie bei Verlust des Arbeitsplatzes von den staatlichen Almosen leben müssen, was zusätzlichen Einschränkungen gleichkommt.

Ab April 1975 wurden an AFDC-Geldern monatlich gezahlt:

In Alabama: 97 $. — In Georgia: 102 $. — In Louisiana: 118 $. — In Mississippi: 50 (!) $.

Dagegen in: Kalifornien: 237 $. — Connecticut: 274 $. — Illinois: 284 $. — Staat New York: 344 $ [56]).

Innerhalb des *gleichen* Programms treten also Unterschiede bis zu 300 Dollar monatlich auf! Dies ist nach wie vor der Anlaß für eine fortgesetzte Binnenwanderung, die folglich zur Herausbildung neuer Armutszentren gerade in den Großstädten der Staaten mit den höchsten Unterstützungssätzen führt. Die überproportionale Belastung von New York City mit Wohlfahrtsausgaben ist dafür ein hervorragendes Beispiel.

2. Mit AFDC wird die soziale und familiäre Zerrüttung als Normalzustand vorausgesetzt, da nur „vaterlose" Familien unterstützungsberechtigt sind. Nur die Hälfte aller Bundesstaaten gewährt auch dann Hilfe, wenn beide Elternteile arbeitslos sind.

3. Die Zahlungen werden sofort eingestellt, wenn der „Familienvorstand" Arbeit annimmt — unabhängig von der Entlohnung.

4. Kinderlose Arme werden nicht unterstützt, wie überhaupt nur eine starke Minderheit der Bedürftigen (1970 ca. 40 %) durch öffentliche Wohlfahrtsprogramme finanziert wird [57]). Darüber hinaus lagen 1975 die jährlichen Durchschnittszahlungen aller Einzelstaaten pro Familie gemäß AFDC mit ca. 2600 $ unter dem offiziellen Armutsniveau.

5. Die Auswahl- und Überprüfungsverfahren sind persönlich entwürdigend.

6. Wegen korrupter Verwaltungspraktiken und einer wuchernden Bürokratie erreichen große Summen an Unterstützungsgeldern nicht ihre eigentlichen Adressaten.

Nach offiziellen Angaben [58]) lebten 1975 16,5 Millionen Amerikaner von den drei wichtigsten Wohlfahrtsprogrammen AFDC, „General Assistance" und SSI. Dies waren 2,5 Millionen oder 15 % mehr als 1970 [59]). Das gesamte vorliegende Zahlenmaterial und die Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung geben keinerlei Hinweise auf einen Rückgang der oben genannten Dunkelziffer derer, die zwar in Armut leben, aber keine Wohlfahrtsunterstützung erhalten. Man kann also nach wie vor von ca. 40 Millionen verarmten, bedürftigen Menschen in den

55) Vgl. Kershaw, a.a.O., S. 100—105. — Vgl. „Die Zeit", a.a.O.
56) Public Assistance Statistics, a.a.O., S. 1/2.
57) Angabe nach Kershaw, a.a.O., S. 104/05, 162. — Vgl. Lens, a.a.O., S. 315. — Vgl. Norman L. Wyers, Underutilization in Income Maintenance Programs, in: „Public Welfare", Vol. 34, No. 1, Washington, D.C., 1976, S. 41—47.
58) Siehe Public Assistance Statistics, a.a.O.
59) Social Security Programs in the U.S., a.a.O., S. 109.

USA ausgehen [60]), deren Not durch die Krise 1974/75 unzweifelhaft noch vergrößert wurde. Da verwertbares Zahlenmaterial aus dieser Zeit noch nicht vorliegt, sei folgender Bericht zur Illustration der verheerenden Lage eines Fünftels der Bevölkerung angeführt: „... Zeitschriften bieten Rezepte zur Umwandlung von Tierfutter in genießbare Mahlzeiten feil; wie die Food and Drug Administration berichtet, werden 30 % des produzierten Hundefutters von den Amerikanern selbst gegessen" [61]). Dies ist das Land, „wo Milch und Honig fließen"!

Während die Disproportionen in der Einkommensverteilung weiter wachsen, erhielten 1975 ca. 20 Millionen Bürger [63]) Lebensmittelmarken („Food Stamps"), um angesichts der disproportional steigenden Nahrungsmittelpreise — jährliche Preissteigerungen bis zu 25 %! — und bei Einkommensausfällen weiterhin ihre Familien mit Grundnahrungsmitteln versorgen zu können. Der Erklärung eines Polizeioffiziers in Los Angeles bleibt nichts mehr hinzuzufügen: „Ich weiß nicht, ob wir Hungerunruhen erleben werden oder nicht, aber das Potential ist da ... Die Polizei muß Vorbereitungen treffen ..." [64]).

Neger, Chicanos, Puertoricaner

Eine Gruppe innerhalb der Armen verdient besondere Beachtung: die Neger. Offiziellen Angaben zufolge sind weit über 30 % der Neger verarmt, während ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung bei etwas über 10 % liegt, d. h., prozentual gesehen sind sie zusammen mit den Indianern, Chicanos und Puertoricanern die von Armut und Verelendung am stärksten betroffene Bevölkerungsgruppe. In den letzten Jahren war immer wieder die These der angeblichen Angleichung des ökonomischen Status der schwarzen Bevölkerung an den der Weißen vertreten worden. Der Begriff vom „schwarzen Mittelstand" machte die Runde. Die reale Entwicklung seit 1970 hingegen war gegenläufig:

Die geringfügige Verbesserung der Einkommensverhältnisse schwarzer Familien ab 1965 war in erster Linie einer relativ stabilen Wirtschaftsentwicklung (Vietnam-Boom) zuzuschreiben. Damals wurden verstärkt ungelernte und angelernte Arbeitskräfte sowie Frauen eingestellt, d. h. die Beschäftigtenzahl in den unteren, für zyklische Schwankungen besonders anfälligen Lohngruppen stieg. Es sind nach wie vor die Neger und andere Minoritäten, die gezwungen sind, solche Arbeiten anzunehmen. An ihrer Stellung als industrielle Reservearmee ändert sich dadurch nichts. Bei den ersten Anzeichen einer Krise werden sie sofort wieder entlassen. Das war seit 1970 der Fall, mit dem Ergebnis, daß die durchschnittliche Arbeitslosenrate bei Negern mit über 14 % ca. sechs Punkte höher liegt als bei Weißen!

Insgesamt tendiert die Entwicklung zu einer stets geringeren Einbeziehung von „Nichtweißen" in den Arbeitsprozeß: gehörten 1960 noch 63 % der „Nichtweißen" zur Arbeitsbevölkerung, so waren es 1971 nur noch 60,2 %, 1973 noch 59,6 % [65]). Auch bei den Einkommen zeigt sich die zunehmende Rassenpolarisierung, die Herausbildung zweier getrennter „Nationen" innerhalb einer Gesellschaft:

1973 pendelte sich das mittlere Einkommen schwarzer Familien im Vergleich mit weißen Einkommen wieder auf das Niveau von 1966 — ca. 58 % [66]) — ein. Die

[60]) Die „Süddeutsche Zeitung" ging 1972 von einem ähnlichen Niveau aus: 35 Millionen; vgl. „Süddeutsche Zeitung" v. 7. 3. 1972: „Strukturdefekte der Wohlstandsgesellschaft".
[61]) Armanski u. a., a.a.O., S. 14.
[62]) Entfällt.
[63]) Nach „Die Zeit", a.a.O.
[64]) „Newsweek" v. 3. 2. 1975, S. 27, zit. nach: Armanski u.a., a.a.O., S. 13.
[65]) Statistical Abstract, a.a.O., S. 337, Tab. 543.
[66]) David H. Swinton, The Black-White Income Gap: New Trend for the Worse, in: „Business and Society

Rezession der letzten beiden Jahre warf die Proportionen wahrscheinlich wieder auf den Stand der frühen 50er Jahre zurück. Die Krise macht also nicht nur die während des zyklischen Aufschwungs erzielten relativen Verbesserungen zunichte, sondern bewirkt einen Rückfall hinter bereits vor Ausbruch der Rezession erreichte Positionen.

Besonders schwerwiegend ist jedoch die Tatsache, daß sich die Arbeitsmarktlage für schwarze Arbeiter — die in den Großstädten konzentriert sind — mit der allgemeinen Krise der Städte, d. h. in diesem Fall wegen des Abwanderns der Industrie (Detroit), verschärft. Es zeichnet sich also ein weiterer Rückgang des relativen Einkommens der schwarzen Bevölkerung ab. Die Rassen- und Klassenpolarisierung nimmt objektiv zu [67]).

Großstädte als Zentren der Verelendung

Auch bezüglich der Großstädte trat die von Harrington prognostizierte Entwicklung ein: als eines der Armutszentren hat sich ihre Situation so weit verschlechtert, daß sie heute zu den schwerwiegendsten Problemen der amerikanischen Innenpolitik gehören und dies auch auf lange Sicht bleiben werden. Die in den letzten Monaten heftig diskutierte Finanzkrise New York Citys ist nur Symptom einer längerfristigen Entwicklung, die sich folgendermaßen zusammenfassen läßt:

Seit dem Ersten Weltkrieg verließen in mehreren Wellen Millionen farbiger Landarbeiter den Süden der USA, um in den Großstädten des Nordens Arbeit zu finden. Die mit der Großen Depression einhergehende Arbeitslosigkeit und Verelendung beschleunigte die Verslumung ihrer Wohngebiete: Gettos entstanden. Im Nordosten waren und sind es in der Regel Farbigengettos, im Mittleren Westen (z. B. St. Louis) Gettos verarmter weißer Farmer, die wegen der Mechanisierung der Landwirtschaft in die Städte zogen, im Westen teilen sich Neger und Chicanos (Mexiko-Amerikaner) die städtischen Elendsviertel.

Mit dem Autoboom nach 1945 entstanden riesige Autobahnnetze, die zusammen mit der rücksichtslosen Anlage von Verwaltungs-, Bank- und Industrievierteln die städtische Infrastruktur zerstörten. Umweltverschmutzung, Kriminalität und nicht zuletzt rassische Vorurteile und Diskriminierungen — der Wert eines Wohngebiets sank, sobald Farbige zuwanderten — veranlaßten seit den 50er Jahren immer größere Teile der ökonomisch bessergestellten Weißen, die Städte zu verlassen und sich mit Hilfe günstiger Kredite in den verwaltungs- und steuerrechtlich selbständigen Vorstädten, in Suburbs, anzusiedeln. Die Armen, insbesondere die Schwarzen, blieben zurück, die Rassentrennung wurde immer ausgeprägter. Die 1954er Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zur Aufhebung der Segregation in Schulen scheiterte in den Großstädten an der sozialen Realität. Großstädte mit schwarzer Bevölkerungsmehrheit wie z. B. Washington sind inzwischen keine Seltenheit mehr.

Die Entwicklung der letzten Jahre war schließlich durch die Abwanderung von Industrie aus den Städten gekennzeichnet — Neuansiedlungen entstanden entweder im sozialpolitisch rückständigen, steuerlich vorteilhaften und über billigste, gewerkschaftlich nicht organisierte Arbeitskräfte verfügenden Süden oder

Reviews", Spring 1975, No. 13, N.Y., N.Y., 1975, S. 72—75. — Vgl. Lester C. Thurow, The Economic Progress of Minority Groups, in: „Challenge", The Magazine of Economic Affairs, Vol. 19, No. 1, March/April 1976, S. 20—30. — Vgl. Levitan/Johnson/Taggart, Still A Dream: The Changing Status of Blacks Since 1960, Cambridge/Mass., 1975.

67) Vgl. Rüster, a.a.O.

in den subventionierten Gebieten weit außerhalb der Städte, wo Bodenpreise und Steuern gleichermaßen niedrig sind. Die alten Industrieanlagen verfallen — manche Beobachter vergleichen amerikanische Innenstädte der 70er Jahre mit den nach Bombenangriffen zerstörten Städten Europas im Zweiten Weltkrieg.

Da die Innenstädte somit nicht mehr profitträchtig sind, verweigern die Banken Kredite und Hypotheken und leisten dem Verfall weiterer Stadtviertel Vorschub. All dies hatte schwerwiegende soziale Konsequenzen:

Erstens: die Steuereinnahmen (Gewerbesteuern, Lohnsteuern) der Städte sinken. Zweitens: es gehen Tausende von Arbeitsplätzen verloren. Damit verringern sich die Chancen der ständig anwachsenden Gettobevölkerung, jemals einen Arbeitsplatz zu erhalten, immer mehr. Die Verelendung nimmt zu, und damit steigen drittens die Versorgungssätze der Großstädte. Die hohen Belastungen der Stadtbudgets durch Wohlfahrtsausgaben werden mittels innerer Umverteilung zu Lasten des Gesundheits- und Erziehungswesens, der städtischen Dienstleistungen insgesamt, finanziert. Der katastrophale Zustand der städtischen Nahverkehrssysteme ist beredter Ausdruck dieser Tendenzen. So verfügen z. B. lediglich Chicago, New York und San Francisco über funktionierende Massenverkehrsmittel.

Schließlich sind amerikanische Großstädte in der Regel den Profitinteressen großer Banken ausgeliefert, da sie ihre Budgets durch Schuldverschreibungen an diese aufbringen. Ihr finanzieller Spielraum wird dadurch zusätzlich eingeengt [68]).

Die fortschreitende Verrottung veranlaßt immer mehr Weiße, die Großstädte zu verlassen. Es bleiben völlig verarmte und verslumte Stadtzentren zurück. Die Slums und Gettos sind also in erster Linie nicht verfallene Wohngebiete, sondern sozial wie politisch chronische Krisenherde, deren Bewohner außerhalb des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses stehen. Die Gettos sind der pointierteste und extremste Ausdruck der Krise der amerikanischen Gesellschaft: hohe Arbeitslosigkeit, niedrigste Einkommen, überproportional hohe Kindersterblichkeit, katastrophale Wohn- und Gesundheitsverhältnisse, Zentren des Verbrechens und der Rauschgiftsucht. Es sind in jeder Beziehung Elendsviertel.

In Los Angeles und New York City leben je über eine Million Menschen von der Wohlfahrt. Allein in New York City gibt es 12 (!) Slums, von Brownsville/Brooklyn über Bedford-Stuyvesant bis Harlem. In Detroit, der fünftgrößten Stadt der USA, leben 20 % aller Familien von weniger als 3000 $ Einkommen im Jahr, fast ein Drittel der Bevölkerung ist von der Wohlfahrt abhängig (insgesamt 100 000 Familien), bei den rassischen Minoritäten liegt die Arbeitslosenrate nahe 50 % [69]).

Seit den 50er Jahren setzt sich die genannte Entwicklung der Städte immer stärker durch, entfalten sich die Antagonismen in stets schärferer Ausprägung. Zukünftige Klassen- und Rassenauseinandersetzungen sind somit vorprogrammiert. Noch fehlt den Gettos allerdings nach der Zerschlagung der Black Panther Party der politisch bewußte Kern einer organisierten Bewegung.

V

Zugleich beweist sich an der fortschreitenden Verelendung der Großstädte die Unfähigkeit der Bundes- wie der Staatenregierungen, der objektiven Zuspitzung

[68]) Vgl. „Alptraum New York — Krise einer kapitalistischen Stadt", in: „Links", 70/1975, S. 8/9.
[69]) Angaben nach: „USA 200, Detroit, Autos und Elend am Fließband", Bericht von Dieter Gütt, ARD, 21. 4. 1976.

der sozialen Gegensätze, sprich der sozialen Krise der gesamten amerikanischen Gesellschaft, entgegenzuwirken. Die Ford-Administration z. B. vernachlässigt die früheren Stadtentwicklungspläne völlig und vertraut auf den „freien Markt". Hatte sich die Ausweglosigkeit und Ratlosigkeit der US-Regierung angesichts der ökonomischen Krise bereits Ende 1974 in aller Offenheit dokumentiert [70]), so ist auch der Haushaltsentwurf 1977 von dem Zwiespalt geprägt, kurzfristig soziale Widersprüche in einer Art und Weise angehen zu wollen, die unweigerlich noch umfassendere Konflikte provozieren wird: ein für bürgerliche Regierungen unauflösbarer Ziel-Mittel-Konflikt. Wie in den Jahren zuvor wurde auch für das Finanzjahr 1976/77 ein Krisenbudget vorgelegt, in dem der Rüstungshaushalt mit der Rekordhöhe von über 100 Mrd. $ wiederum den größten Einzelausgabeposten darstellt. Die Aufwendungen für den sozialen Bereich — angefangen bei Mitteln für das Gesundheitswesen bis hin zu den Unterstützungen der Kriegsveteranen — sollen real gesenkt werden; dies würde bedeuten, daß das gegenwärtige Versorgungsniveau noch weiter gedrückt wird. So sinken die Subventionen für Landwirtschaft, Stadtentwicklung (!) und Wohnungswesen, sowie die Ausgaben für Bildung und Ausbildung — in diesem Bereich z. B. von 18,9 Mrd (1976) auf 16,6 Mrd (1977) — auch nominal, während die Aufstockungen für den Gesundheitsbereich noch nicht einmal die Inflationsrate ausgleichen können. Schließlich sind Kürzungen bei den Lebensmittelmarken vorgesehen [71]), die inzwischen für viele Millionen lebensnotwendig geworden sind.

Gleichzeitig versuchen die führenden US-Politiker den Abbau sozialer Leistungen ideologisch zu verschleiern, indem sie das Wohlfahrtssystem als Mittel der Finanzierung sozialer Parasiten mit dem Steuerdollar des hart arbeitenden Bürgers darstellen. Die Unzufriedenheit der „schweigenden Mehrheit" soll dadurch gegen soziale und rassische Minderheiten gelenkt, also kanalisiert werden. Als Identifikationsobjekt und positiver Bezugspunkt wird erneut das für sich selbst sorgende Individuum herausgestellt. Die Vorwahlerfolge eines Ronald Reagan beweisen die noch immer vorhandene Zugkraft solcher Demagogie einerseits, signalisieren andererseits die Rechtsentwicklung relevanter Teile der amerikanischen Bevölkerung.

VI

Im Unterschied zu den zyklischen Aufschwüngen der 50er und 60er Jahre steht für absehbare Zeit zu erwarten, daß einige Erscheinungsformen der gerade überwundenen Krise chronisch werden:

So rechnet man weiterhin mit außerordentlich hoher Arbeitslosigkeit und Inflationsrate und verlangsamtem industriellen Wachstum. Die schwersten Folgen wird wohl die Arbeitslosigkeit mit sich bringen: die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" geht von einem realen Wirtschaftswachstum von unter 3 % in den nächsten zehn Jahren aus und stellt dann fest: „Eine Schätzung besagt, daß das wirtschaftliche Wachstum im Jahr drei Prozent erreichen muß, um die Arbeitsplätze zu ersetzen, die allein durch Produktivitätsfortschritte frei werden. . . . außergewöhnlich hoch ist die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen mit 19 %, der jungen Schwarzen sogar mit 35 %; oder auch in einigen besonders hart betroffenen Städten wie Detroit mit 18 % und New York mit 10 % der Arbeitsbevölkerung" [72]).

[70]) Vgl. Kade/Ipsen, Die Inflations- und Krisendebatte in den USA, in: „Blätter", 11/1974, S. 1132 ff.
[71]) Levy, a.a.O. — Vgl. Helga Will, USA-Haushalt 1975/76, ein Krisenbudget, in: „IPW-Berichte", 5/1975, S. 51—55. — Vgl. Bringing the Budget Under Control, in: Business in Brief, Issued bi-monthly by the Economics Group of the Chase Manhattan Bank, No. 125, December 1975, N.Y., N.Y.
[72]) FAZ, a.a.O., S. B 7. — Vgl. Jürgen Kuczynski, Wirtschaftsperspektiven des Kapitals, in: „IPW-Berichte", 12/1975, S. 2—7: „. . . der gegenwärtigen Krise wird ein Aufschwung folgen, der in vielem einer Depression ähnlich sieht."

VII

Zusammenfassend kann man also feststellen: Die USA präsentieren sich 1976 als krisengeschüttelte Gesellschaft, deren Strukturdefekte langfristige Instabilität nach sich ziehen werden. Nicht nur außen-, sondern gerade innenpolitisch stoßen die Vereinigten Staaten auf ihre unüberwindbaren Schranken. Zwar sind die USA immer noch die stärkste Macht innerhalb des kapitalistischen Lagers, jedoch konzentrieren sich in dieser Gesellschaft alle der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Antagonismen am ausgeprägtesten. Die USA stehen in jeder Hinsicht stellvertretend für die Systemkrise des Kapitalismus. Die Rezession 1974/75 brachte dies besonders deutlich zum Ausdruck.

Die in der bürgerlichen Presse immer wieder beklagte „Identitätskrise" des amerikanischen Bewußtseins ist Reflex dieser umfassenden Gesellschaftskrise, die auch ihre Wirkungen auf die 200-Jahr-Feier nicht verfehlte: nostalgisch wandte man sich der eigenen Vergangenheit zu, die nicht kritisch aufgearbeitet, sondern heroisiert und tabuisiert wurde: Geschichte als Trost für eine triste Gegenwart und unsichere Zukunft.

Ich, die „Verfassungsfeindin"

Lebenslauf einer vom Berufsverbot Betroffenen

Von Doris Basten

In unserem nachstehenden Beitrag berichtet eine vom Berufsverbot betroffene junge Lehramtsanwärterin über ihren Werdegang. In einer sehr persönlichen, dadurch zugleich anschaulichen und nachvollziehbaren Weise schildert die Autorin Stationen der menschlichen und politischen Bewußtwerdung, die für eine ganze Generation, die die gleichen politischen Schlüsselereignisse und vergleichbare Konflikte erfahren hat, in hohem Maße repräsentativ erscheinen. Der Bericht der jungen, an der Ausübung ihres Berufs gehinderten Lehrerin ist ein bewegendes persönliches Dokument jenes grotesken, bisher im Ausland offenbar mehr als in der Bundesrepublik selbst in seiner Tragweite erfaßten Widerspruchs, daß in diesem Lande heute als „Verfassungsfeind" diskriminiert werden kann, wer die europäischen Lehren von 1945 ernstnimmt, wer die politische Wirklichkeit an den Postulaten der demokratisch-antifaschistisch geprägten Verfassung zu messen und die Erkenntnis zu praktizieren wagt, daß das Grundgesetz nur durch eigenes, durch gewerkschaftlich bzw. politisch organisiertes Handeln verwirklicht werden kann. Der Versuch, das Bewußtwerden gesellschaftlicher Konflikte und Alternativen durch Berufsverbote zu stoppen, war von Anfang an gewiß kein Zeichen von Stärke. Daß diese Politik unhaltbar wird, erweist sich in dem Maße, in dem immer breitere Kreise erfassen, was der nachstehende Bericht authentisch doku-

VII

Zusammenfassend kann man also feststellen: Die USA präsentieren sich 1976 als krisengeschüttelte Gesellschaft, deren Strukturdefekte langfristige Instabilität nach sich ziehen werden. Nicht nur außen-, sondern gerade innenpolitisch stoßen die Vereinigten Staaten auf ihre unüberwindbaren Schranken. Zwar sind die USA immer noch die stärkste Macht innerhalb des kapitalistischen Lagers, jedoch konzentrieren sich in dieser Gesellschaft alle der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Antagonismen am ausgeprägtesten. Die USA stehen in jeder Hinsicht stellvertretend für die Systemkrise des Kapitalismus. Die Rezession 1974/75 brachte dies besonders deutlich zum Ausdruck.

Die in der bürgerlichen Presse immer wieder beklagte „Identitätskrise" des amerikanischen Bewußtseins ist Reflex dieser umfassenden Gesellschaftskrise, die auch ihre Wirkungen auf die 200-Jahr-Feier nicht verfehlte: nostalgisch wandte man sich der eigenen Vergangenheit zu, die nicht kritisch aufgearbeitet, sondern heroisiert und tabuisiert wurde: Geschichte als Trost für eine triste Gegenwart und unsichere Zukunft.

Ich, die „Verfassungsfeindin"

Lebenslauf einer vom Berufsverbot Betroffenen

Von Doris Basten

In unserem nachstehenden Beitrag berichtet eine vom Berufsverbot betroffene junge Lehramtsanwärterin über ihren Werdegang. In einer sehr persönlichen, dadurch zugleich anschaulichen und nachvollziehbaren Weise schildert die Autorin Stationen der menschlichen und politischen Bewußtwerdung, die für eine ganze Generation, die die gleichen politischen Schlüsselereignisse und vergleichbare Konflikte erfahren hat, in hohem Maße repräsentativ erscheinen. Der Bericht der jungen, an der Ausübung ihres Berufs gehinderten Lehrerin ist ein bewegendes persönliches Dokument jenes grotesken, bisher im Ausland offenbar mehr als in der Bundesrepublik selbst in seiner Tragweite erfaßten Widerspruchs, daß in diesem Lande heute als „Verfassungsfeind" diskriminiert werden kann, wer die europäischen Lehren von 1945 ernstnimmt, wer die politische Wirklichkeit an den Postulaten der demokratisch-antifaschistisch geprägten Verfassung zu messen und die Erkenntnis zu praktizieren wagt, daß das Grundgesetz nur durch eigenes, durch gewerkschaftlich bzw. politisch organisiertes Handeln verwirklicht werden kann. Der Versuch, das Bewußtwerden gesellschaftlicher Konflikte und Alternativen durch Berufsverbote zu stoppen, war von Anfang an gewiß kein Zeichen von Stärke. Daß diese Politik unhaltbar wird, erweist sich in dem Maße, in dem immer breitere Kreise erfassen, was der nachstehende Bericht authentisch doku-

mentiert: Die Berufsverbote richten sich in Wahrheit nicht gegen „Verfassungsfeinde", sondern gegen potentiell jeden, der — ob in dieser oder jener demokratischen Partei oder Vereinigung organisiert oder nicht — aktiv für seine Interessen, für mehr Demokratie und sozialen Fortschritt eintritt; die Berufsverbote müssen fallen, weil sie Verfassung und Demokratie zu zerstören drohen.
Aus naheliegenden Gründen hat uns die Autorin gebeten, ihren Bericht unter Pseudonym zu veröffentlichen. Dementsprechend wurden Orts- und Datenangaben geändert. D. Red.

Eigentlich geht es mir „gut". Ich habe jeden Tag zu essen. Mein Mann zahlt mir ein Taschengeld. Trotzdem will ich mehr. Ist das vermessen?

1. Die bessere Herkunft

Bei mir war das so: Alles stank mich an. Ich roch förmlich die Fäulnis. Ich wünschte mir, über Nacht Kommunist zu sein. Doch daraus wurde nichts.

Als ich mit 6 in die Schule kam, kauften sich meine Eltern das erste Nachkriegsradio. Das war 1956. Trotzdem gingen die politischen Ereignisse an mir vorbei. Ich konnte zwar schon bald die Zeitung lesen, doch interessierten mich nur die Todesanzeigen.

1956 — Das war die Zeit der Suezkrise. Die USA lehnten unter Außenminister Dulles die Finanzhilfe für den Bau des Assuan-Staudamms ab. Ägypten nationalisierte den Suezkanal, der bis dahin britischen und französischen Aktionären gehörte — die wollen den Kanal mit Waffengewalt verteidigen, scheitern aber.

Im Oktober greift Israel Ägypten an. „Verbindung zum Suezkanal-Konflikt nicht geklärt", schreibt mein DTV-Geschichtsatlas dazu. Ich bekam ihn zum Abitur geschenkt, eine alte Ausgabe also. Mühsam entnehme ich daraus einen Teil meiner Lebensgeschichte.

Die Zeit, in der ich schreiben, lesen und die Grundbegriffe des Rechnens lernte, wird hier unter anderem auch aufgeführt unter „Die Emanzipation der farbigen Völker", wobei zwischen „äußerer" und „innerer" unterschieden wird.

Die äußere, so kann ich entnehmen, „wird nach 1945 mit der politischen Unabhängigkeit nahezu aller Kolonialvölker erreicht, und zwar durch
— Ausbreitung europäischer Freiheits- und Gleichheitslehren . . .
— Wandlung der Kolonialpolitik zum ‚ethischen Imperialismus' . . .
— Schwächung der europäischen Großmächte (Weltkriege);
— die angelsächsische Idee einer demokratischen Zusammenarbeit aller Völker . . ."

Mit der „inneren Emanzipation" ist die „Überwindung rückständiger Lebensformen" gemeint.

Meine Eltern hatten wenig Geld und sechs Kinder großzuziehen. Trotzdem wurden unsere Kinderzeichnungen, gemalt auf alten Entschuldigungszetteln und Kalenderblattrückseiten, sorgfältig gesammelt, wir liebevoll erzogen.

Als ich in die Schule kam, unterhielt die VR China noch freundschaftliche Beziehungen zur UdSSR und zu Indien. Das nahm gerade den 2. Fünfjahrplan zur Erschließung von Rohstoffen und den Ausbau der Industrie in Angriff.

In Afrika wird die „Union Afrikanischer Arbeiter" von Sekou Touré gegründet, Marokko wird unabhängig, in Panama beginnen Unruhen, und auf Kuba der Kampf gegen die Batista-Diktatur.

„In aller Welt nimmt die Bewegung der Atomgegner zu." 1956 wurde die Kommunistische Partei Deutschlands verboten. Ich merkte nichts davon. Aus meiner Familie ging keiner ins Gefängnis. Ich kam nach vier Jahren „Volksschule" auf das Gymnasium — für Mädchen.

War es der Standesdünkel, was „Besseres" zu sein? Oder einfach eine Art pädagogischer Aufgeklärtheit? Jedenfalls hatte das goldene Schild an der Wohnungstür mit dem Namen meines Vaters und darunter die geheimnisvolle und vielversprechende Bezeichnung — Studienrat — eine große Ausstrahlungskraft.

Immer, wenn meine Versetzung gefährdet war, ging mein Vater zur Schule. Es zeigte sich, daß er stets mit der einen oder anderen Lehrerin zusammen studiert hatte — so wurde ich jedesmal versetzt. Als ich 10 war, wurde die Mauer in Berlin gebaut. Wir hörten stündlich Nachrichten und empörten uns. Mehr wußte keiner.

Als ich zwölf war, wurde Kennedy erschossen. Wir heulten alle.

Von anderen politischen Ereignissen wurde nichts bekannt. Ich erinnere mich nur noch an die „Kuba-Krise". Da saßen wir mit Dorf-Freunden im Wald und dachten auf einem umgestürzten Baumstamm darüber nach, wie der Krieg sein würde. Und hatten uns alle besonders gern.

Ich sollte dann nach der 10. Klasse von der Schule gehen — für einen Frauenberuf reichte es ja, und geheiratet wird sowieso; da wollte ich aber gerade bleiben, und das ging dann auch.

Von da an hat mir die Schule Spaß gemacht. Ich erlebte, wie nützlich es ist, Fremdsprachen zu können, die Welt in chemische Formeln zu zerlegen oder literarisch zu erklären.

Wir lasen die Stücke von Bertolt Brecht und stellten uns auf die Seite der Unterdrückten. Wir ahnten die Ursachen der Unterdrückung. Wir verachteten die Spießer und wollten ganz anders werden.

Manche in unserem Alter gingen schon gammeln. Wir schrieben darüber Aufsätze, die zensiert wurden. Und machten nun bald das Abitur. Gelernt hatten wir viel von Bundestag und Bundesrat, von den „deutschen Ostgebieten" und „wie ein Gesetz entsteht". Am 17. Juni legten wir als Vertreter der SMV einen Kranz am Mahnmal nieder. Warum eigentlich? Um Antikommunisten zu sein, wußten wir zu wenig. Wir hatten noch nie einen Kommunisten gesehen.

Um mitdiskutieren zu können, durften wir Klaus Mehnert lesen. Weil es aber so kompliziert zu verstehen war und keiner uns das erklären konnte, was das nun genau war, Kommunismus, ließen wir es bald. Trotzdem war kaum einer da, der nicht in sein Tagebuch geschrieben hätte: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert. Es kommt darauf an, sie zu verändern" (Karl Marx). Irgendwie — aber wie?

Über Faschismus hatten wir nichts gelernt.

Der Geschichtslehrerin war das Thema sichtlich peinlich. Sagte aber: Wir kommen mit dem Stoff nicht hin. Wir beschwerten uns bei der Direktorin, ahnten, daß es um Wichtiges ging. Heraus kam dann irgendeine Kurzfassung über Hitler, den Krieg und die Judenvergasung. Den meisten genügte das. Andere wurden hellhörig.

Mit meiner Freundin ging ich regelmäßig in die Stadtbibliothek. Wir liehen uns stapelweise Bücher. Wochen- und monatelang studierten wir Auschwitz, den „SS-Staat" von Eugen Kogon und Geschichtsbücher. Wir lebten wie im Alptraum. In einer Welt von Stacheldraht, Verbrennungsöfen und Haufen ausgemergelter, übereinandergestapelter Leichen. Wir weinten und wußten wenigstens soviel: Auschwitz durfte sich nicht wiederholen. Was Auschwitz wirklich war, konnte uns keiner erklären, und wir kamen auch nicht darauf, zu fragen. Wie für Millionen deutscher Schulkinder blieb der Faschismus für uns ein grauenvoller Schauer, moralische Erschütterung — nicht aber Einsicht.

Und dieses Grauen verhindern zu wollen — das war schon schwer genug. Die meisten in der Klasse blieben gleichgültig, wenn wir darüber sprachen. „Wenn die Untat kommt, wie der Regen fällt, dann ruft niemand mehr halt. Wenn die Verbrechen sich häufen, werden sie unsichtbar. Auch die Schreie fallen wie der Sommerregen."

Auch unsere Eltern mahnten. Mit der Vergangenheit muß man sich abfinden. Quält euch nicht. Das war alles.

Nur über die „Flucht" und die „Russen" konnte man mehr erfahren, die hatten unsere Mütter vergewaltigt.

In diese Zeit fiel noch ein Ereignis.

Im Auschwitz-Prozeß wurde ein Mann vernommen. Den kannte ich. Nicht als Massenmörder, sondern als freundlichen Onkel, den mein Bruder und ich öfter im Wald trafen, wo er grün gekleidet auf Jagd ging. Wir durften mit auf den Hochsitz — Tiere beobachten.

Als wir einmal eine Panzerfaust aus dem letzten Krieg fanden, hatten wir ihn auch gerufen.

Er war Arzt in Auschwitz gewesen. Hatte auf der Rampe gestanden und die einen gleich ins Gas geschickt, die anderen erst nach 3 Monaten Qual-Arbeit. Für IG Farben. Ja, den kannten wir gut. Vielleicht hatte er uns wegen Blondhaar und Blauäugigkeit gemocht?

Mir graute — und Dr. N. wurde freigesprochen.

Es sollte noch weitere 5 Jahre dauern, bis ich wußte, was Faschismus ist.

Aber dieses feine Gefühl, hellhörig bleiben zu müssen, nachzubohren, und die Ahnung, daß sich hinter der grellen Fassade mehr verbarg, blieb.

Auch hatten wir gelernt, den Krieg zu hassen. Wir hatten Brieffreunde in aller Welt und schrieben ihnen das:

Daß wir uns versöhnen wollten, nach dem Krieg, daß nie wieder einer kommen sollte und daß wir mehr wissen wollten über sie.

Als wir kurz vor dem Abitur standen, wurde am 2. Juni 1967 in Berlin der Student Benno Ohnesorg erschossen. Wir diskutierten darüber, ohne zu wissen, um was es ging. Denn noch ging die Studentenbewegung am Mädchengymnasium vorbei.

Eine ungewisse Angst und Bestürzung blieb.
Wir bestanden alle das Abitur.

Natürlich nicht alle gleich gut.

Ein Teil begann mit dem Studium. Manche sagten, sie hätten keine Lust. Tatsächlich war es das Geld, das zu Hause fehlte.

Sie fingen an, bei der Behörde zu arbeiten. Manchmal waren auch die Väter dagegen: Du lernst was Praktisches.

Ich hätte gern Psychologie studiert oder Sozialarbeit.

2. Freie Marktwirtschaft

Gegen das erste war mein Vater. Er hatte sich bei Kollegen erkundigt. Psychologen? Das sind doch die, die jetzt alle arbeitslos sind. Gegen Sozialarbeit hatte mein Freund etwas. Ich hätte dann in das der Schule angeschlossene Internat gemußt.

Ich folgte den guten Ratschlägen und beschloß, ganz was anderes zu machen. Ich ging als Lehrling in den Buchhandel.

Ich glaubte tatsächlich ans Bücherlesen und an meine zukünftige Unabhängigkeit. Als ich dann ein Jahr in der Buchhaltung sitzen mußte und nur Rechnungen schrieb, sortierte und Kunden „mahnte", spürte ich mit Verbitterung, was es heißt, Lehrling zu sein. Nein, Herrenjahre waren das nicht. 180,— DM im ersten Lehrjahr — davon konnte man sich noch nicht mal die gute Kleidung kaufen, die man anzuziehen gezwungen war. Besonders bei „Publikumsverkehr". Dazu das Meckern gratis — und gelernt nur dies: hier raus zu wollen, die Privilegien eines Studenten zu genießen. Und raus wollen, bedeutete kuschen. Wenn ich weiter so brav und fleißig war, wollten mir die Bosse die Lehrzeit um ein halbes Jahr verkürzen.

So wurde ich von der Solidarität mit den Kollegen abgehalten. Die hatten nichts zu verlieren — ich ein halbes Jahr.

Wer 1969 als Buchhändler in die HBV eintrat, hatte es schwer. Gewerkschaft im Buchhandel — das war schon fast identisch mit kommunistischer Unterwanderung. Und wer sowieso unbeliebt war beim Chef, und nun noch dies — der flog nicht selten.

Ich ging also nicht in die Gewerkschaft und glaubte daran, mal was Besseres zu werden und dann auf alles pfeifen zu können. Ich sagte nichts, als ein Lehrling gefeuert wurde. Er hatte gegen die Fahrpreiserhöhung im Nahverkehr demonstriert und sich in der Firma mit einem gestauchten Fuß entschuldigt.

Das genügte.

So habe ich es dann erreicht:

Als ich alle Zahlungsarten beherrschte und auch über Wechsel Bescheid wußte, als ich in Soll und Haben richtig verbuchen konnte und „kaufmännisch rechnen", als ich die Geschichte des Buchhandels zu wissen glaubte und die verschiedenen Einbandarten daherbeten konnte und weil auch mein Berichtsheft stets ordentlich geführt war — wurde ich zugelassen: zur Kaufmannsgehilfenprüfung — 6 Monate vor geplantem Termin. Die Bosse erlaubten es mir!

Ein Prüfungsteil war ein Aufsatz in Gemeinschaftskunde. Über das Treffen von Willy Brandt und Willi Stoph in Erfurt — und was ich davon erwarte. Wir schrieben das in der Industrie- und Handelskammer. Ich erwartete Erleichterungen, und weil ich gut sülzen konnte, bekam ich eine Eins.

Was ich nicht bekam, war der Studienplatz für Psychologie. Ich wechselte die Stadt und arbeitete wieder im Buchhandel. Für 650,— DM brutto im Monat. Das war Ende 1970! Ich blieb ein halbes Jahr. Im April 1971 erhielt ich einen Studienplatz an der PH. Den Plan, Psychologie zu studieren, gab ich auf.

3. Das neue Leben beginnt

a) Das Warenhaus

Unvergeßlich schön: mein erster Tag an der Pädagogischen Hochschule. Ich fühlte mich wie ein trockener Schwamm im Wasser, wie vor einem großen Torbogen, hinter dem sich das weite Feld der Erkenntnisse auftat. Ich verbrachte Stunden mit dem Studium des Vorlesungsverzeichnisses und wählte genüßlich aus. Ich kam mir vor wie in einem großen Warenhaus — alles war zu haben, und hier brauchte ich nicht mal extra zu bezahlen.

Ich hatte mich für den Studiengang des Diplompädagogen entschieden — Lehrer werden wollte ich zunächst nicht. Das erschien mir zu schmalbrüstig, engstirnig. Im Sommersemester 1971 gab es für Diplomstudenten noch so gut wie keine Vorschriften und nur ungenaue Vorstellungen über sinnvollen Studiengang und Berufsperspektive.

Meine freie Wahl fiel entsprechend vielseitig aus. Ich studierte die Grundfragen der Sozialisation, Möglichkeiten emanzipatorischer Erziehung, Einheitsschulpläne von der Französischen Revolution bis heute, saß in einer Vorlesung über Organisationsformen der Sozialarbeit sowie einer Übung zur „spezifischen Intelligenz von Arbeiterkindern" — um nur einiges zu nennen.

Mein Vater überwies mir monatlich 350,— DM, das Mensaessen schmeckte zunächst vorzüglich; kurz: ich war überglücklich, zufrieden, wißbegierig.

b) Wie kann ein so gutmütiger Mensch so radikal werden?

Eins war mir auch aufgefallen: Die Seminare waren einfach zu voll. Von meinen hatte keins unter 200 Teilnehmer. Fragen stellen konnte man da nicht. Das war die Lehre — Forschung fand gar nicht statt. Und in noch einem glichen sich alle Veranstaltungen:

In der ersten Sitzung stöhnte der Prof über die vielen Teilnehmer und gab eine Seminargliederung aus. Zu jedem Gliederungspunkt wurde Literatur genannt — und dann sollten Arbeitsgruppen gebildet werden. Zur Besprechung trafen sich die Gruppen und Grüppchen in allen Ecken und markanten Punkten des Raumes und vereinbarten Termine — der Prof organisierte das über Mikrofon. Und weil es in der PH keine Räume dafür gab, mußte man eben die größte Wohnung wählen, sich bei demjenigen treffen, der die meisten Stühle hat. Um so zu einem Ort zu kommen, brauchte man nicht selten 1½ Stunden.

Nun gut, zunächst ist das interessant. Man lernt die Gegend und viele neue Leute kennen. Und was lernt man sonst?

Zunächst wurde bewußt, was man schon lange geahnt hatte. Es sind nicht alle Menschen gleich. Die Unterschiede begannen schon beim Erlernen der Sprache — oder schon während der Schwangerschaft? Wir diskutierten bis in die Nächte. Jeder hatte seine Erfahrungen gemacht: Vater, Mutter, früheste Kindheit . . .

Zum Beispiel bei uns im Dorf: *Wir* gingen untergehakt mit allen in den Wald, spielten den ganzen Nachmittag Indianer, rauchten heimlich und träumten von

geklauten Pferden — aber *sie* wurden abends mit zum Schlag erhobener Hand empfangen; bei uns wurde nur nach den Hausaufgaben gefragt. Mit 10 verließen wir die Dorfschule. Das war selbstverständlich. Wenn auch der Weg weit war — wir fuhren jeden Morgen mit dem Fahrrad zum Gymnasium. Wir lernten Englisch, Französisch und Mathematik. Die anderen nur Schreiben und Rechnen.

Zur Konfirmation standen wir noch einmal am gleichen Altar. Als die ersten Pickel kamen, mußten die Dorfjungen schon arbeiten gehen. Landarbeiter- und Handwerkerkinder. Jetzt grüßten wir uns nur noch auf der Straße — und hatten doch im gleichen Erdloch gesessen und geraucht. Später sahen wir ganz weg. Als ich mein Abitur machte, waren die Mädchen schon fast alle schwanger. Das Seminar über emanzipatorische Erziehung schien mir besonders wichtig. Aufklärung gab es in den 60er Jahren noch nicht im bundesdeutschen Dorf.

Ja — und wieviel Bücher standen bei uns im Regal. Und bei euch? Ich lernte viel. Noch in der Buchhandlung hatte ich Neills Buch über Summerhill gelesen und war begeistert: Welche Freiheit — und was für ein großartiger Mann! „Kinder brauchen Liebe und Verständnis nötiger als Unterricht. Sie brauchen Anerkennung und Freiheit, um ihrer Natur entsprechend gut zu sein." Genau.

Enttäuschend war das schon, als es dann hieß: Über Summerhill sollte hier nicht gesprochen werden. Wir wollten vielmehr Grundlagen emanzipatorischer Erziehung erarbeiten und begannen — mit Karl Marx. Ich mußte 21 werden, um zum erstenmal in meinem Leben Marx zu lesen!

Was hatten wir nicht alles für Freiheiten gehabt!

Stadtbibliotheken mit mehreren tausend Bänden standen uns offen, wir hatten gelernt, schnell und viel zu lesen, 20 Kinos in der Stadt, stets drei Aufsatzthemen zur Wahl, Dash, Omo, Persil, Konzert, Theater — ich erinnere mich z. B. deutlich an eine Aufführung von Tolstois „Und das Licht scheint in der Finsternis". Am nächsten Tag kaufte ich mir die Reclam-Ausgabe: *Und das Licht scheint in der Finsternis!* Ich unterstrich mit Lineal, in Rot und Grün. „Vielleicht bin ich verrückt; jedenfalls kann ich so nicht weiterleben." Rot unterstrichen. Ja, viel Freiheit hatten wir gehabt.

Tanzstunde, Hemingway, Auslandsreisen im Schüleraustausch, bis zehn abends wegbleiben und dann auch länger, mindestens bis zum letzten Bus, mit dem ersten Freund sogar zusammen verreisen, auch schlafen, wenn sich Gelegenheit bot...

Aber Marx — den lernte ich erst mit 21 kennen; ich verstand auch bald, warum. Hatte man erst mal angefangen, gab es nur noch: weglegen oder weiterlesen und handeln.

Erst „Von der Menschwerdung des Affen", dann „Lohn, Preis und Profit" und schon im nächsten Semester „Das Kapital".

Es gibt kein Buch, das einschneidender wirkte.

Diese Worte — über 100 Jahre alt —, sie stießen in brillianter Schärfe auf eine Realität, wie ich sie jetzt und heute erlebte, zerteilten die Wirklichkeit in faszinierender Logik in Erscheinung und Wesen und enthüllten einen Kern, den ich millionenfach bestätigt fand: Das kapitalistische Profitsystem — nicht als Worthülse, sondern der empirischen Prüfung standhaltende Gesetzmäßigkeit, der sich kein denkender Mensch ernsthaft verschließen kann.

So kam zu dem unbestimmten Gefühl, daß irgend etwas faul ist, zu dem Haß auf den Lügendreck der Massenmedien, zu dem Ekel vor Leuchtreklame und Werbemillionen bei Elend und Hunger, zu der Abneigung, dem Klischee von Mensch zu folgen, das einem allenthalben grell, lachend, charmant und gutaussehend, zigarettenrauchend oder im Schaumbad liegend, bei der Waschmittelprobe oder mit Sekt präsentiert wurde, zu dem Abscheu vor einer so menschenfeindlichen Welt, der leeren Fassade — kam eine Theorie, die unsentimental, wissenschaftlich und nachvollziehbar ist, die aufdeckt und schonungslos erklärt. Die nicht stehenbleibt bei rührender Elendsbeschreibung und der hilflosen Bitte, doch zu helfen —, sondern klar den einzig gangbaren Weg aufzeigt, jedem einen Platz zuweist und die Schritte zur Lösung, die nie eine endgültige ist.

Kommunist wird man nicht auf persönlichen Wunsch und nicht über Nacht. Es ist die gesellschaftliche Wirklichkeit und die Theorie, die befähigt, diese zu durchschauen und zu verändern, die Radikale erzeugt. Kommunist wird man im Ergebnis persönlicher Erfahrungen im gewöhnlichen Kapitalismus, die eingeordnet werden durch das langwierige Studium der Theorien Marx', Engels' und Lenins.

Ich lernte, Partei ergreifen, Klassenkampf verstehen, den Graben sehen: der lief nicht zwischen mir und dem Arbeiterkind, das in der Schule nicht mitkommt, sondern zwischen den Millionen, die teils in psychisch-physischem Elend, teils scheinbar glücklich und zufrieden lebten, zwischen den Menschen, die ich täglich auf der Straße sehe, und den Millionären, die nur selten in den Zeitungen erscheinen, hinter deren Privatleben nur so geschickte Journalisten wie Engelmann und Wallraff kommen, diese Superreichen, die über Millionen Menschen verfügen und bestimmen können, die Regierungen stürzen und ganze Heere bewaffnen können, die der Presse diktieren, Gerichte kaufen, Abgeordnete bestechen . . . Diese hauchdünne Schicht ist der Gegner.

Gegner der Demokratie, Gegner der Mehrheit der Bevölkerung, die schwitzend, denkend und handelnd ihr Geld verdienen muß.

Die herrschende Bildungsmisere, die Häufung psychischer Krankheiten, der ständig steigende Anteil der Sonderschüler an der Gesamtschülerzahl, die mangelnde Vorschulerziehung, verbunden mit extremer Chancenungleichheit trotz anderslautender Sonntagsreden, die Überforderung der Lehrer durch übergroße Klassen und erschreckend schlecht ausgestattete Schulen — ist nicht mehr allein die Sorge von Eltern und Lehrern.

Es gibt keine anerkannte pädagogische Meinungsäußerung oder Theorie, die nicht hierauf eingehen würde, die nicht versuchen würde, Lösungsmöglichkeiten — und mögen sie falsch sein — anzubieten.

Es gibt auch keinen Pädagogik-Studenten, der sich nicht Gedanken darüber macht, wie er lehren wird: sei es 5jährige Kinder oder junge Arbeitslose: wie wird er sein Wissen vermitteln, was wird er beibringen und wozu?

Die schulischen Bedingungen sind der Rahmen, mit dem sich jeder Student beschäftigen muß: Auslese und Zensuren, veraltete Inhalte, autoritäre Strukturen, zu große Klassen, keine Mitbestimmung?

Mag der eine oder andere noch von seiner eigenen Privatschule träumen oder hoffen, den Lehrerberuf aufs Geldverdienen und Ferienmachen reduzieren zu können — wer realitätsbezogen bleibt, für den drängt sich die Frage auf: Verändern — wie und mit wem zusammen?

Das war mein erster politischer Schritt: der Eintritt in die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Mit meiner Mitarbeit tritt sie ein für mich selbst und die, die doch auf meiner Seite stehen: Schüler und Eltern.

Es kämpfte sich gut in der Gewerkschaft. Eben erst als Studentengruppe gegründet, wurde sie bald zur Massenorganisation an der Pädagogischen Hochschule. Doch konnte man den bis an die Zähne bewaffneten Gegner allein in einem so lockeren, in sich uneinheitlichen Zusammenschluß wie der Gewerkschaft schlagen?

Im Juni 1972 trat ich in die kommunistische Partei ein. An der Seite von Arbeitern, bewaffnet mit den Erfahrungen der Arbeiterbewegung aus vielen Jahrzehnten, geleitet von einem klaren Programm und durch den gemeinsamen Kampf der Genossen in allen gesellschaftlichen Bereichen, wurde mir Bedeutung und Notwendigkeit dieses Schrittes immer wieder bestätigt.

Konsequente Parteilichkeit, das bedeutet, immer einen Standpunkt zu haben — und damit auf einmal Feinde. Das bedeutet, Mut zu bekommen, einstehen für etwas, Argumente zu sammeln und Beispiele, das bedeutet, täglich dazulernen, oft von vorn anfangen, die Kraft in sich zu erneuern, weiterzumachen. Kommunist sein, das bedeutet vor allem, nie allein zu sein, nie ohne die Erfahrung und das Wissen der Genossen, immer gemeinsam kämpfen, geschlagen werden und siegen.

„. . . es sind einige Jahre vergangen, seit ich in die Partei eingetreten bin . . . Ich bin zufrieden . . . Die Kommunisten sind eine gute Familie . . . Sie haben ein dikkes Fell und ein gestähltes Herz . . . Überall beziehen sie Prügel . . . Trotzdem gibt es Menschen, die an Veränderung glauben, die Veränderung praktiziert haben, die der Veränderung zum Triumph, zur Blüte verholfen haben . . . Carambal . . . Der Frühling ist unerbittlich!" (Pablo Neruda)

c) Gemeinsam kämpfen — organisiert handeln

Die Zustände an der Pädagogischen Hochschule, die mir im ersten Semester noch erträglich vorgekommen waren, entpuppten sich zusehends als Chaos, dem dann von staatlicher Seite mit formalem Druck und reaktionärer Einflußnahme begegnet werden sollte:

Gegen die hoffnungslose Überfüllung, gegen Raumnot, Dozentenmangel, überfüllte Mensa und Zwergen-Bibliothek hatten sie nicht etwa den Ausbau der PH, entschiedene Vergrößerung der Bücherei und Einrichtung weiterer Mensen zu bieten, sondern lediglich den Numerus clausus. Nicht einmal ihre Wahlfächer konnten sich die durch den NC geschlüpften zukünftigen Lehrer mehr wählen. Statt Einflußnahme im Interesse und unter Mitbestimmung der Betroffenen: Reglementierung, Ausrichtung des Studiums gegen die Forderungen der Gewerkschaften und demokratischen Hochschulorganisationen. Gegen die Interessen der Kinder, die wir einmal unterrichten sollten und die dringend mehr Lehrer brauchten.

Doch nicht nur der Zugang zur Hochschule wurde erschwert. Auch die Abgänge in Form der Prüfungen mußten die staatlichen Handlanger der Monopolinteressen in den Griff bekommen. Monopolinteressen?

Wer anders als die großen Konzerne konnte ein Interesse daran haben, daß so wenig Lehrer, wie gerade nötig, im Schnellkursverfahren gerade soviel mitbekamen, daß sie später die geplante Zahl von 30 % Haupt- und Sonderschülern ohne Schulabschluß als billige ungelernte Arbeitskräfte produzieren konnten?

Mit der absurden Behauptung, die Prüfungsergebnisse der PH-Absolventen seien überdurchschnittlich gut — und damit also schlecht — wurde die Kampagne zur Verschärfung der Prüfungspraxis eingeleitet. Statt Zweien sollten jetzt mehr Vieren und Fünfen auf den Zeugnissen erscheinen und die Durchfallquote wieder auf den „Normalwert" ansteigen. Doch verband sich mit den Zensuren noch mehr. Das Prüfungssieb sollte gleichzeitig unliebsame Themen ausschalten und damit erschweren, daß solche Inhalte überhaupt noch gelehrt würden. Denn welcher Student wird schon ein Seminar über materialistische Philosophie oder sowjetische Pädagogik belegen, wenn er in diesem Gebiet nicht geprüft werden kann?

Gegen den Plan, daß die Studenten sich künftig nur noch einen von vier Prüfern wählen konnten, daß von diesen 4 zwei (und darunter der Vorsitzende mit ausschlaggebender Stimme) von Staatsseite gestellt und weder wissenschaftlich noch demokratisch legitimiert sind, wehrte sich 1972/73 eine große Mehrheit von Studenten, Assistenten und Hochschullehrern.

Trotzdem wurde der Plan verabschiedet. Der Mittelteil, das eigentliche Studium, wurde dann von der PH-Leitung selber „reformiert" — gegen den Willen der Beteiligten auch hier. Wo inhaltliche Ratlosigkeit herrscht, wird formale Straffung, strenge Ordnung und inhaltsleere Verschulung eingeführt. „Rahmenrichtlinien" nannte sich das, was in den folgenden Semestern Hochschullehrer und Studenten in einen Rahmen pressen soll, in dem weder die Freiheit von Forschung noch von Lehre Platz hat.

Die Jagd nach Scheinen und einem Platz im Seminar, das nur 30 Teilnehmer haben darf, aber 150 Studenten interessiert, soll nun wieder das Streben nach Erkenntnis ersetzen.

Das waren Schläge.

Semester für Semester hielten uns die reaktionären Maßnahmen agil. Unzählige Wochenenden und jede Ferien wurden zur Planung von Gegenmaßnahmen genutzt. Wie oft haben wir nach Worten gerungen, die das verdeutlichen sollten, was so offen auf der Hand liegt, doch so schwer zu vermitteln ist.

Hatten wir nicht allen Grund zur Resignation, als wir weder Ministerpräsidentenbeschluß noch Hochschulrahmengesetz abwehren konnten? Das Bewußtsein, das durchschaut, um was es hier geht, entsteht nicht spontan.

Man muß Lenin studiert haben, um zu wissen, daß „Reaktion auf der ganzen Linie" auch „sterbender Kapitalismus" bedeutet, man muß eine wissenschaftliche Weltanschauung haben, um zu begreifen: der Fortschritt ist unaufhaltsam.

Was sich vor unseren Augen und gegen unser Handeln abspielt, ist Reaktion, Reaktion auf unsere Stärke, Reaktion auf unser Wissen und unseren Einfluß. Ich war aktives Mitglied der GEW-Studentengruppe, ich kandidierte mehrmals für eine politische Hochschulgruppe mit gewerkschaftlicher Orientierung, deren Ziel es ist, die Ausbildungssituation an der PH zu verbessern, für mehr Demokratie, d. h. für Mitbestimmung aller Beteiligten und Zurückdrängung der Macht des Monopolkapitals, gegen Faschismus und Reaktion zu kämpfen. Dabei waren wir keine isolierte Minderheit, sondern stets die erfolgreichste politische Organisation an der PH. Wir kämpften gegen den Krieg in Vietnam, gegen reaktionäre Schulbuchinhalte genauso wie für eine demokratische Lehrerausbildung, die sich an den Interessen der Beteiligten, vor allem der Arbeiterklasse, orientiert. Ist es denn so schwer zu begreifen, daß wir statt Subventionen für das Großkapital lieber Schulen bauen und Lehrer ausbilden wollen? Daß wir von den

zig Milliarden für Militär, Bundesgrenzschutz usw. lieber Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit realisieren wollen? Konnte es uns denn gleichgültig sein, daß die gewerkschaftlichen Forderungen die Regierung einen Dreck angingen?

Kann es ein Demokrat hinnehmen, daß die Millionenorganisation der Werktätigen, der DGB, keinerlei Mitbestimmungsrecht in Hochschulfragen hat?

Als die Faschisten im September 1973 die gewählte Regierung Allende stürzten, wurde ich in den AStA gewählt und übernahm das Internationalismus-Referat. Viel konnten wir nicht tun.

Wir haben weder Militär noch Geld noch politische Macht.

Wir haben nur das bißchen Verstand, das Privileg, noch lernen zu können, und die Wahrheit auf unserer Seite. Was macht uns so gefährlich?

Die Flugblätter, die mühsam erstellten und handgedruckten, die oft ungelesen blieben und nie jeden erreichten?

Die Wandzeitungen, die leicht verständlich zusammenfassen wollten, was das heißt: Imperialismus?

Die Reden auf den Versammlungen der Studenten — zuweilen von Pfiffen unterbrochen, aber oft durch Beifall?

Unsere — fast lächerlich einflußlose — Mitarbeit als studentische Vertreter in den Hochschulgremien?

Da ist auch noch unser Studienführer, der jedes Semester erscheint und massenhaft gekauft wird — der einzige überhaupt, der nicht nur hilft, das Chaos des Studiums zu durchschauen, sondern auch politische Wege zeigt: Zum AStA, zur Gewerkschaft, zu demokratischen Hochschulgruppen, die nach jahrelangen Erfahrungen jetzt auch in der Lage sind, die Studiengänge der einzelnen Wahlfächer kritisch zu durchleuchten und echte Hilfestellung für ein sinnvolles Studium zu bieten. Das wurde sogar in einer Rundfunksendung bestätigt. Für seine Qualität bürgen ferner die regelmäßig wiederholten Kleinen CDU-Anfragen im Landtag — seinetwegen.

Sind wir wirklich so gefährlich?

Auf mein persönliches Konto geht noch dies: Kontaktadresse in der Hochschulgruppenzeitung gewesen zu sein, eine öffentliche Chile-Spende, einige Artikel in der AStA-Zeitung, lay-out von diversen Publikationen — wobei nicht selten „verfassungsfeindliche Karikaturen" benutzt wurden.

Im übrigen bin ich Abonnent der Zeitungen DVZ, „ran", UZ . . . und ich lese sie auch.

d) Sie haben Gesetzbücher und Verordnungen . . .

Im Juni 1975 bestand ich das „Erste Staatsexamen für das Amt des Lehrers mit 1 Wahlfach".

Nach der Vordiplomprüfung hatte ich mich für das Lehrerstudium entschieden — schon allein wegen der sichereren Berufsperspektive. Auch fand ich die Freiheit des Studienganges unerträglich, solange man gar nicht ahnen konnte, in welchem Bereich man später tätig würde. Mir war klar geworden, daß die Vorurteile dem

Lehrerberuf gegenüber — idealer Frauenberuf, Hauptsache die Ferien, unwissenschaftliches Studium — mit der Wirklichkeit wenig und mit unseren Vorstellungen vom Lehrer gar nichts zu tun hatten.

Ich will unterrichten und weiß, daß ich etwas beizubringen habe. Mein Wahlfach ist Geschichte. Ich kann aber auch Musik, Deutsch und Englisch unterrichten.

Die Prüfung also bestanden. Unbändiger Stolz, befreites Gefühl, Glückwünsche ... Zwei Tage später bewerbe ich mich als Lehrer zur Anstellung. Ich fülle Personalbögen aus, zähle meine Wohnsitze der letzten zehn Jahre auf, lasse mich ablichten und einheften ...

Leichter zu ertragen wäre dies: Man bewirbt sich und erfährt sehr bald: „brauchbar" oder „unbrauchbar: Verfassungsfeind".

Doch nichts dergleichen geschieht.

Das gute Zeugnis in der Tasche, die Freude noch im Gesicht, langsam entspannt vom Prüfungsstreß ... Dann beginnt das Nagen.

Vier Wochen vergehen. Was ist los? Nichts.

Auf Anruf immer nur das eine: Geduld! Sie werden gerade überprüft! Überprüft! Als ob man ein Verbrecher wäre. Dabei bin ich noch nie mit dem Gesetz in Konflikt gekommen, noch nicht mal in einen Verkehrsunfall war ich verwickelt. Sehen Sie mich an. Bin ich nicht einmalig harmlos?

Oder zeigen die Leute bald mit den Fingern? Kann man es schon an der Haltung erkennen, am Gesichtsausdruck? Aufrechter Gang?

Wird es heißen: Überprüft und für schlecht befunden — abtreten? Dabei bin ich sogar Tierfreund. „Bild" würde jubeln. Sind meine Gedanken gefährlich? Das Aufgeschriebene, was nicht mal Literatur ist, sondern nur Meinungsfreiheit?

Wir haben das alles diskutiert. Wir blicken durch. Und doch wird man die Gedanken nicht los. Müll, gesellschaftlicher Abfall, werde ich weggeworfen?

Nach 8 Wochen werde ich immer noch nicht gebraucht. Dabei kann ich doch was. Dann ein Anruf! Der Rektor einer Schule. Herzklopfen. Er braucht mich. Gerade mich, mein Fach, meine Zensuren, meine Lust, Lehrer zu werden.

Ich kann sogar zum Amtsarzt gehen. Diesmal wird meine Gesundheit geprüft. Kniereflex und so. Mein Blutdruck ist normal, das Herz gesund, ich brauche keine Brille und höre auch gut.

Tauglich!

Der Rektor zuckt nur die Achseln. Was soll man da machen. Wir müssen die Überprüfung abwarten!

Dabei bin ich sogar gesund.

Ich stelle mir vor, wie sie über mich nachforschen.

Abwarten. Warten, erwarten, darauf warten, zwei Tage warten, noch etwas gedulden, erst mal abwarten und warten.

Fotos von Demonstrationen. Es waren fast alles große Demonstrationen gewesen, starke. Mal Regen, mal Sonne — einmal auch klirrender Frost. Sie finden mich heraus — neben wem? In welcher Reihe?

Auf einmal bin ich interessant. Sie umkreisen meinen Kopf rot. Herausgegriffen, abgestempelt.

Ob sie auch Briefe aufmachen? Liebesbriefe lesen? Zärtlichkeiten, über Telefon abgehört? Muß auf die Dauer ja auch langweilig werden.

Ob sie das gar nicht überzeugt, ob sie nicht mal in Versuchung kommen? Zum Beispiel, was ich geschrieben habe: das liest sich doch gut, ist doch einleuchtend? Ich möchte mal mit meinem Überprüfer Kaffee trinken. Davor werden sie Angst haben. Uns als Menschen zu sehen. Daß ihnen die Argumente ausgehen. Das haben wir übrigens schon in der Schule gelernt. Die Kommunisten haben immer Argumente — darum Vorsicht! Die sind so geschult, die sacken euch ein, da kommt ihr gar nicht mehr mit... Zur Zeit sind wir wohl auch nicht mit Argumenten zu schlagen. Selbst mit den Gesetzen haben sie Schwierigkeiten.

Ich will nämlich nur die Verfassung verwirklichen. Dazu reicht mein Leben vielleicht gerade — ich bin jetzt schließlich 26.

Was halten Sie davon: Recht auf Arbeit zum Beispiel?

Verbot des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht. Warum ängstigt Sie das? Ich will Ihnen weder Ihre Sonntagshose noch Ihren Beamtenstatus wegnehmen.

Mein Vater hatte auch immer Angst, daß die Kommunisten ihm seinen Schrebergarten wegnehmen. Heute gibt es keine Bürgerinitiative, die sich für den Erhalt der Grünanlagen einsetzt, wo nicht Kommunisten mitarbeiten. Wir werden für den Erhalt deines Schrebergartens kämpfen, Väterchen.

Was befürchtet man zum Beispiel, was ich den Kindern antue? Indoktrination? Das fällt ihnen immer ein, wenn die Argumente sonst knapp sind. Moskau denkt, Moskau lenkt.

Die Wahrheit scheint doch gefährlicher zu sein, als man gemeinhin annimmt.

Sie besitzen Millionen, ganze Zeitungsheere sind ihnen untertan. Was sie ausspucken, wird millionenfach gedruckt. Sogar Kotze. Die dümmsten Sachen — alles wird gedruckt. Es kommt auch auf Plakate, wir hören es im Radio, wir sehen sie im Fernsehen sprechen. Wir sehen ihre Reklame, ihre Lügen, die als Wahrheit gelten: Sie sind wirklich mächtig.

Und trotzdem sind *wir* es, die indoktrinieren? Wir die Gefahr für dies Ausbeutersystem?

Kompliment. Ich muß es ernst nehmen.

Meiner Herkunft nach bin ich Kleinbürger. Mein Vater ein ratloser Halbintellektueller, er hatte der „Schlechtigkeit" der Menschen nichts entgegenzusetzen.

Unsere Schicht neigt zum Jammern.

Das, was wir haben, wurde mühsam erspart, erarbeitet, erbettelt. Wir aßen oft Pellkartoffeln mit Quark — alles, damit 6 Kinder studieren konnten, sich zu was Besserem aufschwingen.

Mein Vater hatte sich sein Studium selbst mühsam erarbeitet: mit Gartenarbeit und Orgelspielen für andere... Und dann 1926 arbeitslos — als Lehrer.

Ja, wir hatten was zu verlieren!

Die Hoffnung auf ein sicheres Gehalt. Die spätere Pension. Die Bestätigung durch weitgehend selbstbestimmte Arbeit. Das Gefühl, es zu etwas gebracht zu haben.

Einen Beruf nach Wunsch, der sorgenfreie Blick in die Zukunft, die Gewißheit, gebraucht zu werden — — —

Dahin.

Freiwillig hatten wir uns auf die Seite der Arbeiter gestellt, auf die Seite des Fortschritts.

Allein aus unserer Überzeugung, unserem Wissen hatten wir uns am Kampf um Verbesserungen beteiligt.

Und doch: Zunächst haut es dich um. Du kennst den Gegner lange — und trotzdem.

Jetzt spürst du, daß er hautnah vorhanden ist, schnüffelt in deiner Post herum, fotografiert dich heimlich, fertigt Berichte über dich an, findet „Sachen" heraus, fördert „Erkenntnisse" zutage. Hier liegen Erkenntnisse gegen Sie vor! Äußern Sie sich dazu!

Sie sind wirklich vorhanden — schlafen nicht.

Sie schikanieren dich, brechen Gesetze — ihre eigenen Gesetze. Verstoßen gegen ihre ideologische Hauptwaffe, treten das mit Füßen, was sie selber bis dahin Freiheit genannt haben. Jetzt werden die Fußtritte Freiheit genannt, die Schnüffelagenten, die Beschattungsmänner . . .

Ich bin jetzt im neunten Monat mit dem Warten.

Ein ganzes gesundes Kind hätte man in der Zeit bekommen können.

Doch ein für allemal an alle Schlangen: ich bin kein Kaninchen. Jeder Versuch, uns zu fressen, ist hoffnungslos. Daran sind schon viele gescheitert.

Ich lebe — und lerne: gegen sie.

Und ich werde gebraucht.

Alle meine Fähigkeiten, mein didaktisches Geschick, mein historisches Wissen, meine Kenntnisse — alles werde ich gegen sie einsetzen.

Wir sind keine große Partei. Aber wir erreichen Menschen.

Viele hoffen auf uns.

Ich schreibe Artikel für unsere Zeitung. Sie werden gedruckt — und manchmal auch gelesen. Die Genossen loben mich. Wir sind uns nützlich. Wir schulen uns im Gefährlichsein. Wir sind eine große, gute Familie.

Dichter gehören zu uns, Schauspieler, Sänger, hervorragende Wissenschaftler, ausgezeichnete Forscher, bewährte Kämpfer, Antifaschisten, Millionen Arbeiter in aller Welt — Gefolterte darunter, Gefangene, Arme, Berühmte — und Helden sogar . . .

Dieser Partei anzugehören, die überall kämpft, unterliegt, wieder aufsteht und — immer erfolgreicher — die Volksinteressen verficht, ist ein Glück.

Wellenreiten mit toten Seelen

Zur Rolle von „Radio Liberty" und „Radio Free Europe" im Konzept der Entspannungsgegner

Von Norman R. Wiener

An der vierten Front, wie US-Strategietheoretiker ihr ideologisches Gefechtsfeld zu umschreiben pflegen, scheint man von der KSZE auch ein Jahr danach noch nichts gehört zu haben. Gerade nach Helsinki glaubte ein gewisser Seering betonen zu müssen: „Die Schlachten eines dritten Weltkrieges, ausgekämpft auf der Ebene der vierten Dimension, sind längst im Gange. Es ist der Kampf um die Menschen unserer Welt" [1]).

Zu den Geschwadern, die da rund um die Welt zu täglichem Einsatz starten, gehören die bei uns in München stationierten Rundfunkanstalten „Radio Liberty" und „Radio Free Europe" [2]). Die Tinte war unter dem KSZE-Dokument noch nicht trocken, da verkündete schon der Präsident des US-Amtes für internationale Rundfunksendungen, David Manker Abshire [3]), daß „Radio Free Europe" und „Radio Liberty" ihr antisozialistisches Programm vervielfältigen würden. Détente hin, Détente her — man dachte gar nicht daran, einen nun schon zwanzig Jahre währenden monströsen Hetz- und Verleumdungsfeldzug aufzugeben.

Vor nun bald Jahresfrist war in dieser Zeitschrift darauf hingewiesen worden [4]), daß eine des Kalten Krieges zunehmend müde werdende Öffentlichkeit mit heftigen Protesten gegen die Ausstrahlungen der sich vor allem in der Bundesrepublik besonders bösartig gerierenden US-Sender reagiere. Zugleich wurde jedoch gewarnt, daß man sich von Kongreßinitiativen gegen die Tätigkeit der beiden Radiostationen nicht täuschen lassen sollte. Trotz Beschwichtigungsmanövern und Finassierungen werde am Ende doch alles beim alten bleiben. Was geschah also realiter seitens der angeblich Détente-Willigen?

Dem Zuge der Zeit folgend, wie großsprecherisch verkündet wurde, setzte man zu gewissen Einschränkungen an. Im Juni 1975 wurde die optisch sehr wirksame juristische Vereinigung von „Radio Free Europe" und „Radio Liberty" durchgesetzt, dem folgte später die administrative und technische Zusammenlegung. FRE und RL erhielten eine neue Dachorganisation. Der neue Präsident beider Sender, der frühere Vizepräsident von „Time Inc." und Professor an der North-Western-University Sig Mickelson, verkündete aus dem Fenster eine mögliche Ausdünnung des Sendepersonals. Intern ließ er hingegen verlauten, daß das keinesfalls eine politische, sondern lediglich eine wirtschaftliche Maßnahme sei. Die Einschränkungen waren zudem relativ gering, man sprach über die Entlassung von 160—180 Mitarbeitern, das wären gut 10 % bei etwa 1200 Angestellten beider Sender [5]). Dennoch erhob sich ein Sturm im Wasserglas. Die Mehrheit

---

1) Laut „Radio Liberty" konzentriert man sich vor allem darauf, „alle Mittel der psychologischen Kriegsführung in allen Sphären zum Sturz des politischen Regimes in der Sowjetunion anzuwenden."
2) Mit Ende der Besatzungsrechte 1955 als „Privatsender mit Stiftungscharakter" geführt, anfangs im Besitz einer auf 5 Jahre befristeten Sendelizenz seitens der Bundesregierung, die ab 1960 jährlich verlängert wird. Neben der vom Auswärtigen Amt erteilten Sendelizenz gibt es noch eine von der Bundespost erteilte technische Lizenz, die zugleich die Benutzung der Wellenlänge regelt.
3) Abshire, Hauptmann der US-Army, war früher bezeichnenderweise Direktor des Washington Georgetown Center für Strategische und Internationale Studien.
4) Siehe „Blätter", 10/1975, S. 1116 ff.
5) Ursprünglich war eine viel höhere Zahl genannt worden. Am 14. 5. 1975 meldete die „Süddeutsche Zeitung" noch eine „Entlassungswelle" auf Raten: „Insgesamt 300 Mitarbeiter betroffen."

der organisierten Beschäftigten des Senders „Freies Europa" sprach sich bei einer Urabstimmung für Kampfmaßnahmen gegen die angekündigten Entlassungen aus. Es wurde damit gedroht, den Sender 24 Stunden schweigen zu lassen, wenn die Arbeitsplätze nicht für alle Belegschaftsmitglieder von RFE erhalten blieben. Dem Management wurde außerdem das Fehlen einer überfälligen Reform der Pensionspläne vorgeworfen. Das Ganze erwies sich als ein hervorragender Werbeeinfall cleverer Public-Relations-Matadore. Die entspannungswillige Öffentlichkeit hatte den Eindruck, daß sich im Zeichen der Détente bei den Zentralen der psychologischen Kriegsführung endlich etwas tat. Zugleich reagierte die bundesdeutsche Rechte mit heftigem Abscheu, der in dem dramatischen Klageruf des CSU-Generalsekretärs Tandler gipfelte, „eine personelle Ausdünnung bei diesen Stationen könnte die Vorstufe zur endgültigen Schließung dieser Stützpunkte einer freien Informationsvermittlung gegenüber dem kommunistischen Block in Europa sein" [6]).

Im Hintergrund enthüllte sich mittlerweile dieses Vexierbild in seiner wahren Bedeutung. Nicht weniger, sondern mehr sollte den beiden Präzeptoren des Antikommunismus gewährt werden. Der Ausschuß für Internationale Beziehungen des amerikanischen Repräsentantenhauses bewilligte für den Betrieb der beiden Münchner Sender zum Rechnungsjahr 1976 70 Mio. Dollar, 20 Mio. mehr als 1975 und sogar 5 Mio. über dem Voranschlag des Präsidenten Gerald Ford. Und selbst dieser Rekordetat ließ den bereits erwähnten Präsidenten des US-Amtes für internationale Rundfunksendungen, David Manker Abshire, laut klagen, daß er noch immer um 10 Mio. unter der Summe liege, die für den reibungslosen Zustand der beiden Anstalten nötig wäre [7]). Aus dem Kreis um Abshire kam denn auch der Vorschlag, die europäischen NATO-Länder zur Kasse zu bitten, ihnen zumindest einen Teil der Finanzkosten von RFE und RL aufzubürden. Insgeheim hält man es in diesen Kreisen ohnehin für sinnvoll, der Bundesrepublik überhaupt die Gesamtkosten für die Tätigkeit der beiden Sender anzulasten [8]). Ausgangspunkt solcher Überlegungen ist vielleicht die vielen unverständliche, nichtsdestotrotz seit langem bestehende Bereitschaft der Bundesregierung, ihre Auslandsvertretungen mit dem Manuskriptdienst von RFE beliefern zu lassen. Der Bezugspreis des makabren Materials beträgt wöchentlich 40 DM je Exemplar. Das sind jährlich 150 000 bis 200 000 DM, die dem RFE zufließen. Ein noch weitergehendes Engagement dürfte sich Bundeskanzler Schmidt jedoch wohl überlegen, würde er sich doch mit Sicherheit Scherereien mit der von seinem Parteifreund Willy Brandt kräftig geförderten Sozialistischen Internationale einhandeln. So wurde schon der Vorsitzende Pittermann auf der Tagung des Büros im März 1975 in London heftig kritisiert, weil er an einem von „Radio Free Europe" organisierten Seminar „Entspannung in Europa" teilnahm. Der Vertreter der französischen Sozialisten, Pontillon, verurteilte Pittermann mit scharfen Worten und nannte den Sender „Free Europe" in diesem Zusammenhang eine „semifaschistische Organisation".

So schief im Lichte der Weltöffentlichkeit möchten seither weder „Radio Free Europe" noch „Radio Liberty" stehen. Sie wichen im Zeichen von Helsinki in den

---

6) Der „Bayernkurier" griff in diesem Zusammenhang am 10. 8. 1975 den US-Senator Fulbright, der die Einstellung der Sendetätigkeit überhaupt gefordert hatte, scharf an. Der „Bayernkurier" nannte den Vorschlag als „typisch für die schizophrene Denkungsart westlicher Linksliberaler".

7) Der „Kölner Stadt-Anzeiger" meldete am 9. 7. 1975, daß Abshire erst im Jahre 1980 (!) damit rechne, nur noch mit einem Etat von 65 Mio. Dollar auszukommen.

8) Schon 1974 fanden Gespräche zwischen USA und Bundesrepublik über die weitere Tätigkeit der Sender RFE und RL statt. Dabei machte die amerikanische Seite deutlich, daß eine finanzielle Beteiligung der Bundesrepublik unter dem Gesichtspunkt der westeuropäischen Bereitschaft zum allgemeinen Lastenausgleich gewertet werde. Seitens der Bundesregierung wurde auf die amerikanischen Vorstellungen bisher zurückhaltend reagiert. Inzwischen war jedoch zu hören, daß es auf die Dauer kaum möglich sei, sich den finanziellen Wünschen der Amerikaner „in dieser oder jener Weise" zu verschließen

von Kissinger propagierten Schatten der Détente aus und suchten dort ihre Verleumdungsaktionen zu verschleiern. Seit 1975 liest sich die Grundsatzerklärung der Leitung von „Radio Free Europe" nun so: Es gehe nicht um die Frage, ob Einmischung in Osteuropa, „sondern allein um die Frage, auf welche Weise und in welchem Sinn Einfluß geübt werden soll". Beide Sender dürften „gegenüber den inneren Vorgängen in den osteuropäischen Ländern nicht neutral bleiben. RFE sucht etwa in dem Sinn zu wirken, in dem ein demokratischer, verantwortungsbewußter und unabhängiger Rundfunk in jedem der fünf (sozialistischen, d. Verf.) Länder wirken würde, wenn ihn die Regierungen dort zuließen." RFE müsse für den Hörer nicht mehr als ein ausländischer, sondern bereits als eigener Sender gelten.

Nun ist dieser angestrebte Wunsch, einen Türken zu bauen, nicht eben neu. Ihm verdankte schon „Radio Liberty" vor 25 Jahren seine Existenz, als der amerikanische „Ausschuß für die Befreiung vom Bolschewismus" in den härtesten Tagen des Kalten Krieges eine Beratung der zur damaligen Zeit existierenden Emigrantenorganisationen einberief, um eine „Stimme Rußlands im Äther" zu schaffen. Die einschlägig bekannte Zeitschrift „Possev" [9]) wird bis heute nicht müde zu tönen: „Der Sender Liberty wird gehört als eigener Sender." Doch über die in diesem Zusammenhang zitierten toten Seelen wird im nachfolgenden noch zu reden sein. Tatsache ist jedenfalls, daß hier amerikanisches Wunschdenken schon immer der Vater des propagandistischen Gedankens war. Kelly, leitender Mitarbeiter von „Radio Liberty", beschied schon lange vor „Radio Free Europe", daß die Nutzung von russischen Emigranten die Möglichkeit gibt, im „Namen von Landsleuten zu sprechen, die sich aufrichtig um ihr Vaterland sorgen". Außerdem werde damit der Eindruck erweckt, daß Besitzer der Sender die Emigranten selbst sind.

Obwohl also ganz offensichtlich nach wie vor das alte Brot in den Öfen von RFE und RL gebacken wird, konnte man sich in Bonn nicht genug tun, von einer neuen Linie zu schwätzen, die dem Lauf der Zeiten angepaßt sei. Es kam zu Erklärungen natürlich vorwiegend rechter Politiker, damit seien die Forderungen insbesondere der osteuropäischen Staaten nach Schließung der beiden Sender hinfällig geworden. Mit demonstrativer Geste wurde sogar auf das Abkommen von Helsinki verwiesen und messerscharf geschlossen, es dürfe gerade in Zukunft nicht dazu kommen, den Menschen in Osteuropa Zugang zu jenen Informationen zu verwehren, die ihnen von ihren Regierungen bewußt vorenthalten würden. In diesen Chorus mischte sich allsogleich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) [10]), die nun Wohllöbliches zu berichten wußte: „RL bietet Hochgestochenes und Hochkarätiges: Informationen, die gebildete sowjetische Hörer interessieren und die speziell für sie die Verhältnisse in ihrem Land widerzuspiegeln versuchen ... Vor allem werden in Nachrichtensendungen die sorgfältig eruierten Informationslücken der Hörer in Osteuropa geschlossen ... Dabei ist das Ziel nicht Konterrevolution, nicht einmal ‚schleichende', sondern Gewöhnung an weltoffenes Denken, an Wertschätzung des Pluralismus und der Menschenrechte."

Da ergeht es einem beim Lesen wie dem auch bei uns bekannten finnischen Schriftsteller Marti Larni beim Hören dieses so über den grünen Klee gelobten Senders: „Ich hielt mich immer für einen freien Menschen, der fähig ist, alles zu

[9]) „Possev", deutsch „Die Saat", erscheint im gleichnamigen Verlag der russischen Emigrantenorganisation NTS, seit 1947 mit Lizenz der US-Militärregierung. Juli 1972 wurde in Frankfurt/M. ein modernes Verlagsgebäude eingeweiht. Die Masse der Subsidien dürfte aus dem Reptilienfonds der CIA stammen. Siehe „Berliner Extra-Dienst", 49/1973.

[10]) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 16. 8. 1975.

beurteilen, was rund um mich vorgeht. Plötzlich begann ich aber an gewissen Anzeichen zu merken, daß ich die Welt mit ganz anderen Augen sehe als gewisse Funkstationen mit den hochtrabenden Namen ‚Liberty' und ‚Freies Europa'. So beschloß ich also, mich zu überprüfen, und hörte mir einige Tage nacheinander ihre Sendungen an. Ich hörte bis zum Übelwerden, denn es war kaum zu glauben, in was für Portionen Lüge und Verleumdung fabriziert und in den Äther gesendet werden können, der doch alles aufnimmt. In den Sendungen dieser Stationen wird weiß leicht zu schwarz oder umgekehrt, wird süß zu bitter oder umgekehrt gemacht" [11]).

Aber bleiben wir beim „neuen Kurs" von „Radio Liberty", dem die FAZ ein hochgestochenes und kochkarätiges Styling attestiert. Wer wendet sich da wie ein Juwelenschleifer an das gebildete sowjetische Publikum? Was reitet da neuerdings weltoffen, pluralistisch und auf ganz eigene Weise dem so vorbildlichen American way of life verhaftet über die Ätherwellen? Wer ist da nach dem Bericht des Korrespondenten der britischen Presseagentur Reuter, Vergil Berger, ständig bemüht, „mit der Zeit schrittzuhalten?" [12]).

Aus der Sendezentrale von „Radio Liberty", die wie „Radio Free Europe" durch Abspringer verschiedener Couleur Geheimnisse ihres internen Betriebes preisgeben mußte, wurde bekannt, daß der Ausdünnung längst eine Auffüllung folgte. Vornehmlich wurden dabei ehemalige Sowjetbürger jüdischen Glaubens eingestellt, die im Jahre 1975 die UdSSR via Israel verlassen hatten und nach kurzer Rundreise in München eintrafen. Nach Angaben des sowjetischen Journalisten Juri Marin, der von 1971 bis in die jüngste Zeit bei „Radio Liberty" gearbeitet hatte, dürfte hierbei nicht nur die CIA, sondern auch das Institut der US-Army für Osteuropa-Forschung seine Hand im Spiel gehabt haben [13]). Der Wunsch nach Auffrischung und Regenerierung durch „internationalistisch" angehauchte Personen mag Pate bei diesem Revirement gestanden haben — immerhin wurden die etwa 50 ehemaligen jüdischen Sowjetbürger auf alle wichtigen Redaktionsabteilungen des Senders verteilt und spielen sich als Experten auf.

Über einige der neuen Bediensteten und Mitarbeiter des „Liberty"-Senders ließ der ebenfalls nicht eben feinfühlige Korrespondent des Senders Eduard Ginsburg [15]) verlauten: „Maximow, Galitch, Korshawin sind gierig darauf, ihr Brot durch fanatische Hetze zu verdienen. Sie schlagen sich buchstäblich um jeden Brocken." Nahezu alle großsprecherischen Kämpen für Freiheit und Recht in der Sowjetunion sind nach ihren lautstarken Gastspielreisen durch Westeuropa und Amerika ins Nest von „Radio Liberty" gefallen. Sinjawski spreizt als Abram Terz die Federn. Nekrassow liefert das Hochgestochene für gebildete Leser, wie die FAZ das Wort Verleumdung so feinsinnig zu umschreiben weiß. Sie machen Wirbel auf angeblich neue und moderne Weise und rühren doch nur die alte trübe Soße des Antikommunismus um [16]).

Eine Pointe besonderer Art ist es, daß der Exklusivitätsanspruch der neuen Mitarbeiter die bisher geschlossene Front der Kommunistenfresser bei „Radio Liberty" aufzubrechen beginnt. Es gibt seit einiger Zeit Reibereien und Scherereien zwischen Alten und Neuen. Die Atmosphäre des Mißtrauens im Sender greift längst auch in die Emigrantenzirkel und Organisationen über. Und schon

11) Aus „Freies Wort" v. 11. 8. 1975.
12) Laut Interview von Vergil Berger mit dem Pressechef von „Radio Liberty".
13) Marin war seit 1967 als Dozent am Institut der US-Army für Osteuropa-Forschung tätig.
14) Entfällt.
15) Ehedem Regieassistent bei „Mosfilm".
16) Nahezu alle genannten neuen Mitarbeiter arbeiten an der Zeitschrift „Kontinent" mit. Maximow ist deren Chefredakteur, Nekrassow stellvertretender Chefredakteur.

setzte man aus bisher äußerst wohlgesonnenen Kreisen zu Angriffen auf den Sender an. So klagte Roman Redlich in der Zeitschrift „Possev" [17]), daß es die alte Einigkeit gegen den Feind nicht mehr gebe. „Das Übel liegt begründet in der Atmosphäre, in dem geistigen Klima . . ., das gegenwärtig die Sorge vieler russischer Freunde des Senders Liberty bewirkt."

Im September 1975 protestierte der von diesem Emigrantengremium hochgeschätzte Wiener Bischof Nafanail [18]) „auf Bitte gläubiger Hörer des Senders Liberty" gegen die neuerdings „lästerlichen Ausfälle" des Senders. Zur gleichen Zeit schrieb die langjährige Regisseurin und Sprecherin von „Radio Liberty" Victoria Semjonowa einen offenen Brief an die Redaktionen der Emigrantenzeitschriften, in dem sie ihre Besorgnis über das Treiben der neuen Garde am Sender aussprach. „Possev" kommentierte: „Es geht um die Haltung, die der Sender einnimmt gegenüber dem russischen nationalen Bewußtsein, gegenüber dem russischen Patriotismus und der russischen orthodoxen Kirche."

Orthodoxe und Kosmopoliten gerieten in Streit um das Wellenreiten mit toten Seelen. Die einen zeterten, daß Tradition, Glauben und Liebe zu Mütterchen Rußland mit Füßen getreten würden. Semjonowa: „Viele der Sendungen tragen nicht mehr den russischen Geist in sich." Die anderen mokierten sich über die Rückständigkeit der „Kwaß-Patrioten".

Zur gleichen Zeit dieses Kleinkriegs erlebte der Schwesternsender „Radio Free Europe" weltweiten Ärger. Ein sieben Jahre lang in Vertrauenspositionen tätiger Mitarbeiter namens Pavel Minarik legte in Prag die Karten auf den Tisch und entpuppte sich als Hauptmann des tschechoslowakischen Geheimdienstes. Minarik bestätigte, was in dieser Zeitschrift schon vor Jahresfrist nachgewiesen worden war, daß nämlich „verschiedene formale Veränderungen des Status der Münchener Sender nur Täuschung der amerikanischen und der Weltöffentlichkeit sind". Am Inhalt der Sendungen im Geist des Kalten Krieges — darüber kann also auch der Streit zwischen Orthodoxen und Kosmopoliten bei „Radio Liberty" nicht hinwegtäuschen — habe sich nichts geändert. Und natürlich auch nichts an der Position der CIA in den Sendern. Nach wie vor seien alle CIA-Agenten, die früher in „Radio Free Europe" und „Radio Liberty" arbeiteten, in den leitenden Stellungen [19]). Die CIA kontrolliert und bestimmt vollständig das Sendeprogramm. Während also die USA gezwungen wurden, ihre Stationen im asiatischen Japan und afrikanischen Nigeria zu schließen, setzte sich auf dem geschichtsbewußtesten Kontinent dieser Erde munter das antihumane Treiben fort. Mehr noch, eben beschloß der Kongreß, hier eine Station mit zehnfacher Leistungsstärke aller bisherigen Stationen zu errichten. Man wies den Münchner Sendern darüber hinaus die Funktion eines Leitzentrums für die Emigrantenorganisationen zu, das deren Tätigkeit gegen die sozialistischen Staaten künftighin koordiniert. Und schon gibt es Pläne über Pläne, die der schillernden Détente auch ohne den arroganten Widerruf von Gerald Ford den Boden entziehen. Eine von beiden Sendern in Protektion genommene „tschechoslowakische Beratungskommission für Westeuropa" ließ auf ihrer Vollversammlung in Frankfurt am Main bereits die Katze aus dem Sack: Es geht nach wie vor um Revision der Nachkriegsgrenzen in Europa. Natürlich werden die Ergebnisse von Helsinki

17) „Possev", November 1975.
18) Bischof Nafanail erhielt sofort Unterstützung von dem gleichfalls zum orthodoxen Klüngel gehörenden Bischof Pawel. Und natürlich fehlte Solschenizyn nicht, der heftig die amerikanischen Rundfunksendungen in „neorussischer" Sprache beschoß, geht es doch auch ihm vor allem um „die Wiedergeburt des russischen religiösen Gedankens" („Possev"). Vorgeworfen wird den Sendungen vor allem „Überheblichkeit".
19) Ende Januar 1976 mußte der Direktor von RFE, Richard Cook, die Angaben von Minarik bestätigen. Er selbst, sagte Cook, stamme aus der Forschungsabteilung der CIA.

kategorisch abgelehnt. Und schon plant man aktive Gegenmaßnahmen zur Verhinderung des für 1977 in Belgrad geplanten Treffens zu Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit [20]).

Da all diese Stoßtrupps contra Entspannung sich primär auf dem Boden der Bundesrepublik formieren, bleibt natürlich als Frage mitten im Raum stehen: Was gedenken die sich vorgeblich so um die äußere und innere Sicherheit mühenden Organe des Staates endlich gegen das makabre Treiben zu unternehmen? Mit Piratensendern wird im allgemeinen kurzer Prozeß gemacht. Mit dem Grundgesetz läuft man spätestens seit Höcherl wieder zumindest unterm Arm herum. Wann also ist man in Bonn in diesem Fall auch einmal pingelig? Die Tätigkeit der Sender verstößt nun mal gegen Geist und Buchstaben abgeschlossener Verträge. Sie verstößt ebenso gegen die Abmachungen von Helsinki.

Rückwirkungen der Wirtschaftskrise auf die Situation der Frauen in der BRD

Von Florence Hervé und Renate Wisbar

Schenkt man den Wirtschaftsexperten und der Regierung Glauben, so sieht die Arbeitsmarktlage von Monat zu Monat „rosiger" aus. Es wird von „jahreszeitlichen Auftriebskräften" und von „fortschreitenden konjunkturellen Besserungstendenzen" gesprochen. Diese optimistische Einschätzung machen angesichts der Zahl von annähernd einer Million Arbeitsloser bedenklich — um so bedenklicher, wenn man sich die hohen Arbeitslosenquote der Frauen ansieht.

I. Überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit der Frauen

Im Juni-Bericht der Bundesanstalt für Arbeit wird festgestellt, daß — „im Gegensatz zum überdurchschnittlichen Rückgang der Arbeitslosenzahl auf dem Teilarbeitsmarkt für Männer (⁄ 13 % seit März 1976, d. Verf.) — ... die Zahl der arbeitslosen Frauen im April nur unwesentlich zurück(ging) (⁄ 1,5 % seit März 1976, d. Verf.)" [1]). Bezogen auf die Arbeitslosenquote bedeutet das, daß die Arbeitslosenquote der Frauen um 0,1 % auf 5,9 % zurückging und damit um 1,1 % über dem Gesamtdurchschnitt von 4,8 % und sogar um 1,8 % über der durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 4,1 % für die Männer liegt [2]).

[20]) Philipp Agee, der zwölf Jahre der CIA angehörte, erklärte Ende Januar 1976 auf einer Pressekonferenz in Paris, die US-Geheimdienste unterstützten aktiv die Kräfte der Reaktion.
[1]) Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), 6/1976, S. 575.
[2]) Ebd., S. 575.

Damit sind die Frauen, die einen Anteil von 34,7 % der abhängig Beschäftigten bilden, mit über 45 % überdurchschnittlich von der Arbeitslosigkeit betroffen [3]). Hinzu kommt, daß ein zu beobachtender Rückgang der Frauenarbeitslosigkeit in einigen Bereichen nicht unbedingt durch eine konjunkturelle Besserung zu erklären ist, sondern dadurch, daß sich ehemals berufstätige Frauen nach Erschöpfung ihres Anspruchs auf Arbeitslosengeld in die „stille Reserve" zurückziehen [4]).

II. Was sind die Ursachen für diese Entwicklung?

Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik ist gekennzeichnet durch eine lang anhaltende und tiefgehende Überproduktionskrise, die auf der einen Seite abnehmenden Massenkonsum, wachsenden Lohndruck auf die arbeitende Bevölkerung, Arbeitslosigkeit und hohe Preis- und Inflationsraten mit sich bringt und andererseits Strukturwandel, Konzentration und Rationalisierung in der Produktion sowie Verlagerung von Kapital und Produktion ins Ausland zur Folge hat [5]). Ohne daß in diesem Zusammenhang differenziert auf den gegenwärtigen Krisenzyklus eingegangen werden kann, ist festzustellen, daß offenbar die Überproduktionskrise nicht die einzige Ursache für die überdurchschnittliche Frauenarbeitslosigkeit ist, jedoch erheblich zu ihrer Vergrößerung beigetragen hat. Die Begründung dafür ergibt sich aus der Entwicklung der Frauenarbeitslosigkeit insgesamt, die mit Ausnahme der 60er Jahre ständig um bis zu 2 % über der Arbeitslosenquote der Männer lag [6]).

Weitere Ursachen der Frauenarbeitslosigkeit sind also zweifellos in den strukturellen Gegebenheiten der Frauenarbeit zu suchen. Eine differenzierte Analyse der Frauenarbeitsplätze zeigt, daß sie vor allem in strukturschwachen Industriezweigen zu finden sind, d. h. in der Textil- und Bekleidungs-, der Leder- und Schuhindustrie. Außerdem sind die berufstätigen Frauen seit jeher in sogenannten frauenspezifischen Berufen tätig, wozu außer den oben genannten Bereichen die Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe zählen, die Montierer- und Metallberufe, die Ernährungsberufe, Gesundheitsdienst-, Sozial- und Erzieherberufe, die Warenkaufleute, Reinigungsberufe u.a.m. „Bei den Textil- und Bekleidungsberufen waren 80,7 % der Beschäftigten weiblich, bei den Warenkaufleuten 64,1 % und 52,7 % bei den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen" [7]).

Schließlich sind Frauenarbeitsplätze zu einem nicht geringen Anteil Teilzeitarbeitsplätze. „18 % aller abhängig erwerbstätigen Frauen üben eine Teilzeitbeschäftigung aus" [8]).

Zu dieser Ausgangslage kommt die geringe berufliche Qualifikation eines hohen Anteils der Frauen: Von den 14—16jährigen ohne Lehr- und Anlernverhältnis sind 70 % Mädchen. Bei Anlernberufen sind von 100 Ausbildungsplätzen 91 % mit Mädchen besetzt, bei Lehrberufen aber nur 35 % mit Mädchen (Jungen 65 %). Hinzu kommen die Jungarbeiterinnen: es gibt etwa 240 000 Jungarbeiter zwischen 15 und 18 Jahren in der BRD, davon 60 % Frauen, die nicht im Lehrverhält-

3) Hanna Herzberg, Arbeitschancen der Frauen — Situationsanalyse. Vervielfältigtes Manuskript des DGB-Symposion „Arbeitschancen — Lohngleichheit — Vorurteile" v. 6./7. 11. 1975.
4) Vgl. ANBA, 4/1976, S. 396.
5) Vgl. Jörg Huffschmid, Krisenzyklus in der BRD, in: „Marxistische Blätter", 1/1976, S. 17 ff.
6) Vgl. „IMSF-Informationsbericht" Nr. 19: „Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise in der BRD in den siebziger Jahren" v. Albert J. Probst, Frankfurt/M. 1975, S. 11.
7) Hartmut Seifert, Frauenarbeit — Eine disponible Arbeitskräftereserve?, in: „WSI-Mitteilungen", 1/1976, S. 14/15.
8) „IMSF-Informationsbericht" Nr. 19, a.a.O., S. 12.

nis stehen und als Hilfsarbeiterinnen tätig sind. Sie sind der Nachwuchs der 3,5 Millionen Arbeiterinnen, von denen 94 % eine un- oder angelernte Tätigkeit ausüben [9]).

Geht man von den genannten Faktoren „strukturschwache Industrien, verbunden mit Beschäftigungskonzentration", „Teilzeitarbeit" und „geringe berufliche Qualifikation" aus, so ergeben sich im Hinblick auf die durch die gegenwärtige Krise verursachte Arbeitslosigkeit signifikante Konsequenzen: Im Rahmen eines verstärkten Einsatzes von Wissenschaft und Technik in Produktion und Verwaltung verstärkt sich die Arbeitsplatzunsicherheit in bezug auf solche Arbeitsplätze, die durch Einsatz von Maschinen wegrationalisiert bzw. mit weniger Beschäftigten reorganisiert werden können. Dieser Prozeß verschärft sich in Krisenzeiten mit wachsender nationaler wie internationaler Konzentration und Konkurrenz des Kapitals. „So ist z. B. in den Textil- und Bekleidungsberufen seit 1970 die Zahl der Beschäftigten stärker rückläufig als in der Gesamtindustrie ... Neben dem allgemeinen konjunkturellen Abschwung haben in diesen beiden Industriezweigen mit hoher Frauenerwerbsquote strukturelle Veränderungen im Welthandel zu Schwierigkeiten geführt, die einen schon langanhaltenden Personalabbau zur Folge hatten" [10]).

Ähnlich verläuft die Entwicklung in den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen, die zu einem erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit besonders der weiblichen Angestellten geführt hat. „Von 1968 bis 1974 stieg der Anteil der arbeitslosen weiblichen Angestellten von 46,5 % auf 61,2 %. Offenbar gehören die Arbeitsplätze der weiblichen Angestellten zu den ersten, die wegrationalisiert werden, nicht nur in der Krise, sondern während des gesamten Zyklus" [11]).

Auch die in verschiedenen Bereichen von Industrie und Verwaltung bestehenden Teilzeitarbeitsplätze sind einem verstärkten Rationalisierungsdruck ausgesetzt. „Im September 1974 kamen auf drei teilzeit-arbeitsuchende Frauen eine Teilzeit-Stelle. Mit abnehmender Konjunktur werden offenbar verstärkt Teilzeit-Stellen abgebaut" [12]). Im Zuge des Abbaus der Teilzeitarbeit spielt darüber hinaus die Investitionspolitik der Unternehmen eine wichtige Rolle: „Mit der weiteren Technologisierung der Teilzeitarbeitsplätze wollen die Unternehmer die getätigten Investitionen so effektiv wie möglich nutzen. Neben der Intensität der Arbeit ist das nur über den Weg der maximalen Ausnutzung der Arbeitszeit möglich. Diese maximale Ausnutzung der Arbeitszeit steht jedoch im Widerspruch zur Teilzeitbeschäftigung" [13]).

Am Beispiel der Entwicklung der Beschäftigten-Zahlen in den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen, den Sozial- und Erziehungsberufen sowie den Gesundheitsdienstberufen tritt ein zusätzlicher bestimmender Faktor für die Arbeitslosigkeit allgemein und die Frauenarbeitslosigkeit insbesondere auf: die Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst. „Das Wachstum der Arbeitsplätze im Staatsbereich unterliegt politischen Bestimmungen, insbesondere Einschränkungen angesichts der strukturellen Finanzkrise des kapitalistischen Staates. Und da nicht davon ausgegangen werden kann, daß diese strukturelle Finanzkrise eine kurzfristige Erscheinung sein wird, wird die Arbeitsmarktlage insgesamt, aber

9) Florence Hervé, Berufsausbildung von Mädchen in der Bundesrepublik, in: „Marxistische Blätter", 4/1975, S. 24.
10) Hartmut Seifert, Frauenarbeit . . ., a.a.O., S. 15.
11) „IMSF-Informationsbericht" Nr. 19, a.a.O., S. 13.
12) Ebd., S. 12.
13) Hans Vossen, Probleme der Frauenarbeitsplätze und -arbeitslosigkeit, in: „Marxistische Blätter", 3/1976, S. 41.

auch, was Frauenarbeitsplätze anbetrifft, in der Zukunft weiter verschärft" [14]). Analog dazu entwickelt sich im Bereich der Kommunen im Zuge der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen z. B. für die Reinigungsberufe eine zunehmende Verschlechterung und Unsicherheit der Arbeitsplätze [15]).

Die folgende Tabelle faßt die im Text an einigen Beispielen beschriebene Entwicklung der Frauenarbeitslosigkeit für die wichtigsten Bereiche zusammen [16]):

Zahl der arbeitslosen Frauen in der BRD	*Ende April 1975*	*Ende April 1976*
Insgesamt	*439 441*	*500 671*
Davon:		
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	*93 861*	*128 929*
Warenkaufleute	*53 689*	*66 036*
Montierer und Metallberufe a.n.g.	*49 116*	*37 787*
Reinigungsberufe	*23 709*	*30 325*
Textil- und Bekleidungsberufe	*33 806*	*30 060*
Warenprüfer, Versandfertigmacher	*24 845*	*26 233*
Gesundheitsdienstberufe	*11 200*	*19 484*
Ernährungsberufe	*15 586*	*17 362*
Sozial- und Erziehungsberufe a.n.g., geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	*8 053*	*15 162*
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	*15 962*	*15 126*
Hauswirtschaftliche Berufe	*11 669*	*14 744*

III. Welche Tendenzen ergeben sich aus der dargestellten Entwicklung der Frauenarbeitslosigkeit?

Wie u. a. anhand der Tabelle abzulesen ist, ergibt sich trotz schwacher und schwächster „konjunktureller Erholung" keine wesentliche Tendenz, die auf einen verstärkten Abbau der Frauenarbeitslosigkeit schließen läßt. Dies hat seine Ursache einmal in den ersatzlos wegrationalisierten Frauenarbeitsplätzen; darüber hinaus aber auch in der durch die Rationalisierung in Produktion und Verwaltung bedingten „Umwandlung" von Frauenarbeitsplätzen in Männerarbeitsplätze. Auf dem DGB-Symposion „Arbeitschancen — Lohngleichheit — Vorurteile" wurden drei Gründe dafür hervorgehoben: „Einmal arbeiten Frauen aufgrund ihrer schlechten Vorbildung ... in solchen Tätigkeiten, die auch von weiterentwickelten Maschinen übernommen werden können; zum anderen zwingt das Preisniveau, z. B. in der Elektroindustrie, zu Technologien, die Frauenarbeitsplätze wegfallen lassen und diese durch eine geringe Anzahl von Männern ersetzen, die mit den komplizierten Technologien umgehen können. Zum dritten haben die Arbeitgeber die gute Ertragslage in der Konjunktur genutzt, um Maschinen anzuschaffen, die Frauen ersetzen, um so das ‚Risiko' der Frauenarbeit mit Geburten und Familienpflichten zu verkleinern" [17]). Außerdem soll in diesem Zusammenhang das für die Unternehmer im Sinne einer maximalen Auslastung der Kapazitäten problematische Verbot der Nachtarbeit für Frauen „gelöst" werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß in der gegenwärtigen Entwicklung der Frauenarbeitslosigkeit zwei Tendenzen sichtbar werden:

[14]) Ebd., S. 40.
[15]) Vgl. „ÖTV-Magazin", 5/1976.
[16]) Zusammengestellt nach ANBA, 6/1976, S. 626; ANBA, „Arbeitsstatistik 1975 — Jahreszahlen", Sondernummer v. 15. 6. 1976, S. 58.
[17]) Hanna Herzberg, Arbeitschancen der Frauen . . ., a.a.O.

horizont

sozialistische Wochenzeitung
für internationale Politik und
Wirtschaft aus der DDR

horizont

bringt Informationen,
die Sie brauchen!

horizont

Mit *horizont* bietet sich Ihnen eine interessante Informationsquelle zu Fragen der Außenpolitik der DDR und zum aktuellen Weltgeschehen.

horizont bringt jede Woche auf 32 Seiten Exklusivberichte hervorragender Autoren aus aller Welt, Interviews, Porträts und Memoiren international bekannter Persönlichkeiten, Analysen der internationalen Politik und der Weltwirtschaft, Interessantes aus allen Kontinenten.

horizont erscheint im Berliner Verlag, Berlin, Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik

Bitte Probeexemplar anfordern.
Senden Sie den Kupon an den Berliner Verlag,
DDR — 1056 Berlin, Karl-Liebknecht-Straße 29

Wünschen Sie ein Abonnement, senden Sie den Kupon an

Brücken-Verlag
Literaturvertrieb Export-Import-Barsortiment
Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf 1

☐ Ich möchte *horizont* im Abonnement beziehen.

☐ Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplars.
(Zutreffendes ankreuzen)

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

— Berufstätige Frauen übernehmen — wie bisher — in vielen Bereichen der Wirtschaft die Funktion von Lückenbüßern in der Folge von Konjunkturschwankungen.

— Langfristig deutet sich eine grundlegende Umstrukturierung von traditionell den Frauen vorbehaltenen Arbeitsplätzen in dem Sinne an, daß sie — ausgehend von der gegenwärtigen Qualifikationsstruktur — den Frauen verloren gehen. Beschäftigungen „mit Zukunft" — so stellte es der Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation Ende Juni fest — werden zu einer reinen „Männersache".

IV. Von alten und neuen Ideologien

Im Zusammenhang mit der hohen Arbeitslosenquote bei Frauen sei auf die besondere Rolle von tradierten Ideologien hingewiesen. Zur Vorbereitung, zur Rechtfertigung bzw. Absicherung und Zementierung bestimmter wirtschaftlicher Situationen im Kapitalismus haben die Ideologien zur Rolle der Frau eine ganz besondere Funktion. Dies zeigte sich besonders kraß nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA mit der Propagierung des „Weiblichkeitswahns", der Weiblichkeitsmystik, als es darauf ankam, Millionen von GI's ins zivile Leben wieder einzugliedern. Dies zeigte sich ebenso kraß in der Nazi-Zeit, wo bis etwa 1938 die Mutterschafts- und Weiblichkeitsideologie (die Frau gehört ins Haus — Propaganda gegen das „Doppelverdienertum") eine Begleiterscheinung der hohen Arbeitslosenquoten war und die Funktion hatte, die Frauen zu motivieren, ins Haus zurückzukehren (es gab auch gesetzliche Bestimmungen, welche die Arbeit verheirateter Frauen verboten); diese Ideologie mußte jedoch ab 1938 und mit der Mobilmachung der weiblichen Arbeitskraft aufgegeben werden, als die Anforderungen der Rüstungsindustrie an das Arbeitskräftepotential in der Kriegswirtschaft wuchsen.

Nun ist es so, daß man heute nicht mehr von einem starren Rollenbild der Frau sprechen kann, wie das bis in die 60er Jahre der Fall war. Entsprechend den Wandlungen in der wirtschaftlichen Entwicklung, entsprechend auch dem neuen, wachsenden Bewußtsein bei den Frauen sind die Herrschenden zu einem variablen, raffinierteren Leitbild (nicht ohne Widersprüche) gezwungen, das sich schnell an die jeweilige wirtschaftliche Situation anpassen kann und von den Frauen ohne zu viel Widerstand akzeptiert werden soll. Je nachdem überwiegt dann die eine oder die andere ideologische Variante. Nicht anders verhält es sich heute in der Bundesrepublik, in einer Zeit, wo die Arbeitslosenquoten bei Frauen besonders hoch sind. Vier Thesen sollen diese rechtfertigen: die These des sogenannten Doppel- bzw. Zusatzverdienertums (popularisiert durch den Satz „Frauen nehmen den Männern die Arbeitsplätze weg"), die ergänzt wird durch die Weiblichkeitstheorien (sie äußern sich in einer bestimmten Nostalgie-Welle und in einer „Pseudo-Aufwertung" der Erziehungsfunktionen der Frau); zum dritten gibt es ein regelrechtes Wiederaufblühen von „Begabungstheorien", welche die Eignung, die spezifischen Fähigkeiten der Menschen in den Vordergrund rücken; diese Thesen kumulieren schließlich in der raffinierten Ideologie über die angebliche Wahlfreiheit der Frau, nach der diese völlig frei darüber entscheiden kann, ob sie einen Beruf ausüben oder zu Hause bleiben will.

Zum Doppelverdienertum

Das Wiederaufgreifen und die Verbreitung der „Doppel- und Zusatzverdiener-Theorie" lief sozusagen parallel zur Entwicklung der Krise. Diese Theorie wurde vor allem in Unternehmer-Kreisen und in den bürgerlichen Massenmedien pro-

pagiert— oft nicht ohne Erfolg, wie es die Diskussionen in Betrieben zeigen —, sie wurde aber auch, zumindest in der anfänglichen Phase der Krise, von den bürgerlichen Parteien vertreten. Als Beispiel sei ein Zitat aus dem „Sozialdemokrat Magazin" (1974) angegeben: „Die Zahl der Arbeitslosen selbst muß, bei aller Bedeutung, in der richtigen Dimension gesehen werden. So liegt die Quote der arbeitslosen Männer, der Hauptverdiener also, bei 1,8 %. Bei den stärker von Entlassungen betroffenen Frauen sind ein Großteil Halbtagskräfte, Zusatzverdiener also, von denen nicht die gesamte Familie abhängt."

Solche Auffassungen, die sowohl ein Hohn auf die alleinstehenden wie auf die arbeitenden Mütter sind, deren Verdienst für die Familie meist bitter notwendig ist, wurden von den Parteien dann doch aufgegeben, wohl angesichts der Proteste der betroffenen Frauen selbst. So spielt bei den bürgerlichen Parteien das „Argument" „Frauen nehmen den Männern die Arbeitsplätze weg" eine geringere Rolle (was nicht bedeutet, daß es nicht im Hinterkopf mancher ist), wohl angesichts seiner Lächerlichkeit: Waren etwa die arbeitenden Frauen schuld daran, daß etwa 280 000 Bauarbeiter ihren Arbeitsplatz verloren? In reaktionären Kreisen wird jedoch weiterhin den Frauen — und dies mit moralischen Appellen an ihre Opferbereitschaft und ihre Einsicht in die Lage — empfohlen, auf ihren Arbeitsplatz zu verzichten. So schrieb der Hauptgeschäftsführer einer Industrie- und Handelskammer kürzlich in der „Wirtschaftswoche": „Meines Erachtens gibt es grundsätzlich zwei Ansatzpunkte für eine echte Lösung (der Arbeitslosigkeit), nämlich die teilweise Rückführung der Gastarbeiter und die Reduzierung der Frauenbeschäftigung, beides mit entsprechenden Reizen, aber auf freiwilliger Basis" [18]).

In bestimmten kirchlichen Kreisen wird schließlich an die Opferbereitschaft der Frau appelliert (sie soll einsehen, daß es manchen schlimmer als ihr geht, und ihren Arbeitsplatz „freiwillig" zur Verfügung stellen): „Pfarrfrauen, die als Lehrerinnen tätig sind, sollten angesichts der Arbeitsplatznot für Junglehrer ihre Berufstätigkeit einstellen" [19]).

Heute tun die herrschenden Parteien empört über solche „Theorien" und versuchen gleichzeitig, die Frauen dafür verantwortlich zu machen, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren, weil sie eben solche „Theorien" verinnerlichen. So erklärte der CDU-Vorsitzende Kohl zum Doppelverdienertum auf einer Wahlveranstaltung in Bonn: „Das hat gar nichts mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu tun. Ich erlebe fortdauernd bei Beförderungen: wenn eine Frau und ein verheirateter Mann zur Beförderung anstehen, dann vertritt die Ehefrau dieses Mannes ... ganz selbstverständlich den Standpunkt, daß es nicht in Ordnung ist, wenn die Frau die Stelle bekommt, denn der Mann muß auch noch eine Familie ernähren [20]).

Zur Weiblichkeitsideologie

Man suggeriert den Frauen wichtige Aufgaben zu Hause und in der Erziehung ihrer Kinder, die es zweifelsohne auch sind, da sie auf echten sozialen Problemen, auf Mängeln im Bildungswesen und in der Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche beruhen. So werden die Erziehungsfunktionen der Mütter wieder hoch gelobt, als unersetzlich, und angesichts der miserablen Schulsituation, fehlender Lehrer, überfüllter Klassen sind sie es auch tatsächlich. Hinter solchen Ideologien steht ein ganz konkretes materielles Problem.

18) Zit. in „Brigitte", 15/1976, S. 119.
19) Nachzulesen in der evangelischen Zeitschrift „Aufbruch" für Baden v. 1. 2. 1976.
20) Frauen fragen Politiker, zit. in „Informationen für die Frau", Bad Godesberg, 5/1976, S. 13.

Im Zusammenhang mit der „naturwüchsigen" Funktion der Frau wird eine bestimmte Nostalgie-Welle propagiert und die Hausfrauentätigkeit als Alternative dargestellt („weg vom Leistungsdruck und männlicher Konkurrenz"). „Die Probleme der betroffenen Frauen versucht man — so hat es fast den Anschein — mit Hilfe der Nostalgiewelle vergessen zu machen. Wie sonst könnte erklärt werden, daß Tätigkeiten wie Einwecken, Brotbacken und vieles andere mehr empfohlen werden?" [21]) Wenn solche Empfehlungen an die Frauen auf fruchtbaren Boden stoßen (solche „Aktivitäten" bedeuten z. T. eine ungeheure Zeitverschwendung), so nicht deshalb, weil es spezifische Tätigkeiten der Frauen wären, sondern weil ganz konkrete materielle Zwänge viele Frauen dazu zwingen: „Reallohnabbau und Preistreiberei zwingen so viele Arbeiterfamilien zur Do-it-yourself-Versorgung — Schneidern, Sticken, Häkeln, Tapezieren, Reparieren und viele Tätigkeiten mehr werden zu festen Bestandteilen der arbeitsfreien Zeit" [22]). Solche Aufgaben als „naturwüchsig" zu bezeichnen, als edle Aufgaben der Frauen zu verkaufen, heißt im Grunde genommen nichts anderes als die sozialen Umstände für nichtig und unwichtig zu erklären, als den Status quo aufrechterhalten zu wollen und als den Staat von solchen Aufgaben (Erziehung als öffentliche Aufgabe) zu entbinden. Gleichzeitig erweisen sich solche „Argumente" als ein hervorragendes Mittel, um die Mütter zu motivieren, auf ihren Arbeitsplatz zu verzichten.

Zu den sogenannten Begabungstheorien

Die geringere Qualifikation der Frauen spielt bei Entlassungen — wie oben gesehen wurde — eine entscheidende Rolle. Nun versucht man in diesem Zusammenhang, die Begabung als die Ursache dafür anzuführen (und nicht die Ausbildungsmisere). Wenn also Frauen ihren Arbeitsplatz verlieren, so liegt das daran, daß sie weniger qualifiziert sind, anders ausgedrückt: weniger begabt (man erinnert sich an den Spruch von der sogenannten „lernschwachen Jugend"). Daß die Jugend „lernschwach" gemacht werden soll und daß die Mädchen als weniger „begabt" gelten, zeigt folgende Empfehlung an die Schulleiter im bayerischen Ministerialblatt 1974: „Um den Mangel an Mathematiklehrern nicht weiter zu vergrößern, sollte man Schülerinnen möglichst vom Mathematik-Unterricht fernhalten."

Die Wahlfreiheit der Frau: ein leeres Gerede

Eine raffiniertere und klügere Variante des Versuchs, den Status quo zu rechtfertigen, stellt die Propagierung der sogenannten Wahlfreiheit der Frau dar, die sowohl von Seiten der SPD wie von CDU-Seite betrieben wird.

Ohne ein Wort darüber zu verlieren, wie man konkrete Voraussetzungen und Möglichkeiten für eine echte Wahlfreiheit der Frau schaffen könnte, brüsten sich die herrschenden Parteien mit dem Schlagwort „Wahlfreiheit". So erklärte der CDU-Vorsitzende Kohl auf dem 9. Bundesdelegiertentag der CDU-Frauenvereinigung: „Die CDU bekennt sich zur uneingeschränkten und verwirklichten Wahlfreiheit der Frau zwischen Berufstätigkeit und Hausfrauentätigkeit. Wir lassen uns nicht länger das Vorurteil anhängen, als hinge die Union in Wirklichkeit dem Idealbild der Hausfrau und der Mutter allein und ohne Alternative" nach [23]).

[21]) DGB, „Frauen und Arbeit", 5/1976, S. 10.
[22]) Kapitalistische Frauenleitbilder, in: „Marxistische Blätter", 4/1976, S. 63.
[23]) Zit. in: Partnerschaft in Familie und Gesellschaft, CDU-Argumente, Dokumente, Materialien, Nr. 5339, S. 6.

Auch in Frauenzeitschriften wird dieses „elastische" Leitbild propagiert, als ob es nur auf den Geschmack der einzelnen Frau ankäme. So liest man in „Schöner wohnen extra": „Es kommt nur auf den Standpunkt an: Hausfrau oder Frau im Beruf — beide haben ihre Vorteile" [24]). Daß es sich hierbei um die „Wahlfreiheit" der Herrschenden handelt (der Unternehmer entscheidet frei darüber, ob er lieber seine Profite maximiert durch Unterbezahlung der Frau oder durch Entlassung und Export weiblicher Arbeitsplätze in sogenannte ‚Billiglohnländer') und nicht um die Freiheit der Frau, die entweder arbeiten muß oder keinen Arbeitsplatz findet oder zu Hause bleiben muß, da keine sozialen Einrichtungen für ihre Kinder vorhanden sind, dies wird total verschwiegen. Das Problem der Arbeitslosigkeit der Frauen soll heruntergespielt werden und auf die „freie Entscheidung" der Frau abgewälzt werden.

Insgesamt kann man sagen, daß solche Ideologien nicht nur die Funktion haben, die Arbeitslosigkeit zu rechtfertigen und die Gemüter zu besänftigen, sondern eine wesentliche Rolle darin haben, jedes gemeinsame Handeln, jede Klassensolidarität zwischen Mann und Frau zu verhindern. Dadurch soll abgelenkt werden von den Ursachen der Arbeitslosigkeit, dadurch sollen Mann und Frau, Kollegin und Kollege gegeneinander ausgespielt werden.

V. Alternativen der Regierung und der „Opposition"

Regierungspolitik und Frauenarbeitslosigkeit

Die Bundesregierung nahm insbesondere das „Jahr der Frau" und nimmt auch das Wahljahr zum Anlaß, positive Bilanzen für eine die Interessen der Frauen vertrende Politik zu ziehen. Zu fragen ist, was in diesem Rahmen zur Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit getan wurde.

1. Das Arbeitsförderungsgesetz (AFG)

Die Funktion dieses Gesetzes besteht darin, kurz- und langfristig auf Entwicklungen des Arbeitsmarktes zu reagieren, u. a. in solchen Fällen, wo Beschäftigtengruppen von Arbeitslosigkeit bedroht sind oder z. B. Hausfrauen einen Beruf aufnehmen wollen. Insofern könnte das AFG einen Beitrag dazu leisten, daß der Frauenarbeitslosigkeit entgegengewirkt wird. Greift diese Maßnahme jedoch in der Realität?

Zwei Fakten sind in diesem Zusammenhang zu nennen: — Bisher sind nur rund ein Fünftel des insgesamt durch das AFG geförderten Personenkreises Frauen [25]). — Frauen beteiligen sich in der Hauptsache an kurzfristigen Maßnahmen (z. B. Einarbeitungshilfen), während langfristige Umschulungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten in erster Linie von Männern wahrgenommen werden [26]).

Dazu wird in einer Untersuchung der Auswirkungen des AFG auf die Frauenerwerbstätigkeit festgestellt: „Um die vom Gesetz gebotenen Möglichkeiten entsprechend wahrnehmen zu können, bedarf es nicht nur einer verbesserten Anpassung der einzelnen Bildungsmaßnahmen und -gänge an die spezifischen bildungsmäßigen Ausgangsvoraussetzungen von Arbeitnehmerinnen, sondern die äußeren Rahmenbedingungen müssen vor allem für berufstätige Mütter im Sinne gleichberechtigter Arbeitsmarktchancen flankierend entwickelt werden" [27]).

---

24) „Schöner wohnen extra", Haushalt und Küche '76, S. 5.
25) Vgl. Zwischenbilanz, Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, S. 14.
26) Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, „Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung", 5/1975, S. 2.
27) Hartmut Seifert, Frauenarbeit . . ., a.a.O., S. 18/19.

2. Modellversuche

Der „Sozialbericht 1976" weist in einem Absatz „Frauenpolitik" u. a. zwei Modellprojekte aus, die direkt oder indirekt im Zusammenhang mit der Frauenarbeitslosigkeit gesehen werden können:

— „neue Formen von Bildungsveranstaltungen, die es Frauen mit Kindern erleichtern sollen, sich an der Erwachsenenbildung stärker zu beteiligen", und

— „Ausbildungsprogramme für arbeitslose Frauen zur Verbesserung ihrer benachteiligten Position auf dem Arbeitsmarkt" [28]).

So begrüßenswert diese Modellversuche zur Klärung bestimmter Fragestellungen sein mögen, desto fragwürdiger wird jedoch ihr Stellenwert, wenn nicht zugleich aufgezeigt wird, ob und wie das Modell in die Wirklichkeit umgesetzt werden soll. Dem Leser drängt sich der Verdacht auf, daß hier langfristige Forschungsvorhaben (Modelldauer 1976—78) mit unklarer Perspektive wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit ersetzen sollen.

So kommt denn auch die vermutete Hilflosigkeit der Bundesregierung gegenüber der Frauenarbeitslosigkeit zum Ausdruck, wenn in der „Zwischenbilanz" im Anschluß an die Gründe für eine höhere Arbeitslosenquote der Frauen (unqualifizierte Arbeitsplätze und von der Konjunktur stärker abhängige Teilzeitarbeit) lapidar hinzugefügt wird: „Abgesehen von diesen Gründen, sind die Arbeitsplätze der Frauen generell nicht stärker gefährdet als die der Männer" [29]). Insgesamt kommt in den zwei genannten Beispielen zum Ausdruck, daß die Politik der Bundesregierung bisher nicht der Ausweitung der Frauenarbeitslosigkeit entgegenwirken konnte.

Dies hat seine Ursache in der Herangehensweise an die sozialen Probleme der Frauen in unserer Gesellschaft allgemein. Bei der Lektüre von Reden und anderen Veröffentlichungen kann immer wieder festgestellt werden, daß als Hauptaufgabe im Hinblick auf die Lösung der „Frauenfrage" der Abbau von gesellschaftlichen Rollenfixierungen und -zwängen gesehen wird; bzw. — positiv formuliert — daß den Frauen in erster Linie dazu verholfen werden muß, in allen Bereichen ihrer Tätigkeit mehr Selbstbewußtsein zu entwickeln [30]). Die Notwendigkeit eines solchen Prozesses soll hier nicht bestritten werden. Bezweifelt und kritisiert werden muß jedoch die Tendenz der Versubjektivierung objektiv gesellschaftlicher Gegebenheiten zu Lasten der Frauen, die eine solche Politik impliziert. Sie führt dazu, die Ursachen der sozialen Probleme der Frauen bei diesen selbst oder ihren Familien zu suchen. Ein Beispiel dafür: „Die verhältnismäßig hohe Zahl weiblicher Arbeitsloser hat mehrere Ursachen. ... *Vor allem* (Hervorhebung v. Verf.) Familienbindungen führen oft dazu, daß Frauen weder regional mobil sind, noch für eine Vollzeit zur Verfügung stehen" [31]).

Eine solche Politik führt weiterhin dazu, das Ausmaß der Frauenarbeitslosigkeit zu verharmlosen. So äußerte z. B. Bundeskanzler Helmut Schmidt gegenüber der Zeitschrift „Brigitte": „Jemand, der eine Arbeit sucht, geht der Statistik nicht verloren. Aber es sind in der Statistik manche als Arbeitssuchende enthalten, die

[28]) Sozialbericht 1976, Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/4953, Bonn 1976, S. 53.
[29]) Zwischenbilanz . . ., S. 18.
[30]) Vgl. „Informationen für die Frau", Informationsdienst des „Deutschen Frauenrates. Bundesvereinigung Deutscher Frauenverbände und Frauengruppen gemischter Verbände e. V.", Folge 5, Mai 1976, S. 4; und: „Bulletin", hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, v. 10. 1. 1975, S. 18 ff.
[31]) Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Herrmann Buschfort, zit. in: „Frauen und Arbeit", Mitteilungsblatt der Abt. Frauen im DGB-Bundesvorstand, 11/12 1974.

in Wirklichkeit nur einen Teilzeitarbeitsplatz suchen. Insofern weist die Statistik in einigen Bereichen mehr Arbeitslosigkeit auf, als wirklich da ist" [32]). Dies — so meinen wir — deutet keine konkrete Hilfe für die arbeitslosen Frauen an — seien sie nun angewiesen auf eine Teilzeit- oder Vollzeitstelle.

CDU-Vorschläge zur Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit

Die CDU verpaßt keine Gelegenheit, um ihre moralische Empörung über die Arbeitslosigkeit und die Propagierung der „Doppelverdienertum-Theorie" laut kundzutun. So heißt es: „Die Frauenarbeitslosigkeit darf in unserem Land nicht verniedlicht werden. Es sollte keine Arbeitsbeschaffung durch Entlassung von Frauen geben. Ein solches Verfahren würde jahrzehntelange Bemühungen um die Gleichberechtigung zerstören" [33]). Mit konkreten Vorschlägen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die CDU allerdings sparsam.

In einem verstärkten Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen u. a. sieht die CDU die Lösung [34]); aber gerade diese von den Unternehmern und von den Herrschenden so gepriesenen Teilzeitarbeitsplätze sind die ersten, die vernichtet werden. Heute suchen noch immer 243 100 arbeitslose Frauen aus Büro- und Verwaltungsberufen eine Teilzeitarbeit [35])! Teilzeitarbeit bedeutet bekanntlich Benachteiligungen in der sozialen Sicherung, keine Aufstiegschancen, unqualifizierte und unsichere Arbeitsplätze, abgesehen davon, daß sie meist keine Erleichterung der Doppelrolle der Frau mit sich bringt, wie es die CDU in ihren Leitsätzen zur Familienpolitik behauptet: „Teilzeitarbeit mildert eine physische und psychische Überforderung am Arbeitsplatz. Sie eröffnet den Familienmitgliedern die Möglichkeit, ihren Arbeitsrhythmus auf die Familie einzustellen und wieder mehr am Familienleben teilzunehmen" [36]).

Als weiterer Vorschlag zur Lösung des Problems der Frauenarbeitslosigkeit werden Unternehmer und Öffentlichkeit — vor allem die Frauen — dazu aufgefordert, ihre Vorurteile abzubauen. Daß die Abschaffung von Vorurteilen keine Arbeitsplätze schafft, ist aber eine Tatsache!

Was die CDU von einer besseren Ausbildung — auch eine Voraussetzung für einen sicheren Arbeitsplatz — hält, wurde ungeniert in einem „Welt"-Interview ausgedrückt: „So müssen wir zwei Dinge tun: die Zahl der Abiturienten begrenzen ... und wir müssen die egalisierenden Tendenzen zurückdrängen" [38]). Oder, anders gesagt: Mädchen und Arbeiterkinder sollen bloß nicht eine höhere Bildung erlangen!

VI. Alternativen zur Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit

In diesen „Programmen" wird eines deutlich: Regierung und „Opposition" sind nicht in der Lage, bzw. nicht gewillt, einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzuleiten. Frauen sollen weiterhin als stille industrielle Reservearmee fungieren, also je nach wirtschaftlicher Lage auf den Arbeitsmarkt geholt, bzw. nach Hause geschickt werden. Um das Recht auf Arbeit sowohl für Frauen wie für Männer zu sichern, sind kurz- und langfristige

32) „Brigitte", 16/1976, S. 77.
33) Partnerschaft in Familie und Gesellschaft, a.a.O., S. 14.
34) Gleichberechtigung im Alltag, Das Programm der CDU für die Frau in Familie und Gesellschaft, Argumente, Dokumente, Materialien, Nr. 5365, S. 9.
35) SPD, „intern", v. 16. 6. 1976.
36) Bonn, Mai 1976, S. 15.
37) Entfällt.
38) Hahn in: „Die Welt" v. 6. 11. 1974.

Maßnahmen erforderlich. Es muß einerseits gewährleistet werden, daß die Berufstätigkeit der Frau eine gleichberechtigte und gleichbewertete ist und daß das Grundrecht des Menschen auf Arbeit gesichert wird — andererseits sind Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unerläßlich.

Zur Berufstätigkeit der Frau

Es darf längerfristig nicht bei einer angeblichen, völlig hypothetischen „Wahlfreiheit" der Frau bleiben; auch ist die von Regierung und CDU so gepriesene „Teilzeitarbeit" nur als Notlösung zu sehen (sie zementiert die traditionelle Arbeitsteilung). Die Anerkennung des vollen Rechts auf Arbeit bedeutet konkret, daß die Berufstätigkeit der Frau keine zusätzlichen Benachteiligungen mit sich bringen darf (also gleiche Entlohnung, gleiche Aufstiegschancen usw.): das heißt auch, daß die Kindererziehung nicht mehr als „individuelle" Aufgabe, als „Mutterdienst" angesehen, sondern als gesellschaftliche Aufgabe begriffen wird. Dazu fordert der DGB in seinen Prüfsteinen zur Bundestagswahl 1976: „Es sind alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit die Frauen erwerbstätig sein können. Die Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt ist zu erleichtern durch: ... Bereitstellung von familienergänzenden Erziehungseinrichtungen wie Kindertagesstätten und Ganztagsschulen. — Weitere Verbesserung der Freistellungsmöglichkeiten von Erwerbstätigen zur Pflege erkrankter Kinder. — Anerkennung der Kindererziehung als notwendige gesellschaftliche Aufgabe. Dazu muß Müttern und Vätern zur Betreuung der Kinder nach Ablauf der Mutterschutzfrist ein bezahlter Sonderurlaub gewährt werden.

Außerdem müssen die Zeiten der Kindererziehung in der Rentenversicherung angerechnet werden ... — Verbesserung des Mutterschutzgesetzes" [39]).

Zu einer gleichberechtigten Berufstätigkeit gehören auch gleiche Chancen für Mädchen und Jungen in der schulischen und beruflichen Bildung und ein Unterricht nach gleichen Lehrplänen.

Sofortmaßnahmen

Eine Sicherung der Arbeitsplätze — kurzfristig — erfordert den Kampf gegen Betriebsstillegungen und Verlagerung der Arbeitsplätze ins Ausland, in „Billiglohnländer"; gleichzeitig müssen die Ideologien des Unternehmertums — „Doppel- und Zusatzverdienertum" —, die zum Ziel haben, Frauen und Männer auseinanderzudividieren, entschieden bekämpft werden [40]). Die Forderung der Gewerkschaften nach paritätischer Mitbestimmung, um über Ausweitung oder Einschränkung der Produktion und über die Investitionen mitentscheiden zu können, muß durchgesetzt werden. Investitionszulagen und Subventionen sollten vom Staat nur vergeben werden, um Arbeitsplätze — auch für Frauen — zu schaffen. Weiterhin fordert der DGB eine allgemeine „Arbeitszeitverkürzung für Männer und Frauen" [41]), geeignete Bildungsangebote und Arbeitsbeschaffungsprogramme, um gleiche Arbeitsmarktchancen zu schaffen, sowie die Öffnung von Berufen, die heute den Frauen praktisch verschlossen sind. Angesichts der verschärften Rationalisierung von traditionellen Frauenarbeitsplätzen und der sich abzeichnenden Veränderungen in der Frauenbeschäftigung erscheint die letzte Forderung als besonders wichtig: die Mächen müssen auf neue Berufe orientiert werden, und es sollen mehr Ausbildungsplätze für Mädchen in naturwissenschaftlich-technischen und zukunftsträchtigen Berufen geschaffen werden.

39) Prüfstein 4, zit. in: DGB, „Frauen und Arbeit", 5/1976, S. 3.
40) Hierzu: Hans Vossen, Probleme der Frauenarbeitsplätze, in: „Marxistische Blätter", 3/1976, S. 42.
41) Würde die gesamte Arbeitnehmerschaft der BRD einen Tag mehr Urlaub erhalten, könnten nach Berechnungen des DGB 100 000 Arbeitslose Beschäftigung finden. Die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine Stunde würde sogar 550 000 Arbeitslose von der Straße bringen („Presse- und Funknachrichten", hrsg. von der IG Metall, Frankfurt/M., 17. 7. 1976).

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

98

Sozialismus-Diskussion (I)

Editorial: Warum Sozialismus-Diskussion?

H. Gollwitzer: Studentenbewegung — und was danach?

U. Jaeggi: Taktik, unaufhaltsamer Sozialdemokratisierungsprozeß oder ein „neuer" Kommunismus?

O. Negt: Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie

Kontroverse: Intellektuelle und Arbeiterbewegung

F. Tomberg: Von der „Kritischen Theorie" zur wissenschaftlichen Weltanschauung. Zur Problemlage bei A. Schmidt und W. F. Haug (II)

Tagungsbericht: Bremer Erkenntnistheorie-Tagung

Besprechungsschwerpunkte: Sprachgebrauch, Sozialarbeit, Verwahrlosung und Kriminalität; Sozialisationstheorien; Wirtschaftsinteressen im 19. Jahrhundert; Sozialismus und Demokratie; Jura; Entwicklungshilfe

Zeitschriftenschau

18. Jahrgang, Juli/August 1976, Doppelheft

Einzelpreis 9,— DM, im Abonnement 7,50 DM;
Schüler und Studenten 7,— DM, im Abonnement 6,— DM.

ARGUMENT-SONDERBÄNDE **AS**

Soeben erschien die 2., verbesserte Auflage von

AS 7 Automation in der BRD

Erweitert um ein Literaturverzeichnis und ein Sachwortregister

In Kürze erscheint die 2. Auflage von

AS 2 Gewerkschaften im Klassenkampf

ARGUMENT-VERLAG · Postfach 21 07 30 · 7500 Karlsruhe 21

Verdeckter Rüstungstransfer

Beiträge der BRD zur militärischen Stärkung der Republik Südafrika (II)*)

Von Jens Klopp, Peter Körner, Reinhard Saloch und Hans Walden

Die Zusammenarbeit auf dem nuklearen Sektor

Im Vergleich zum „Projekt Advokaat" scheint das westdeutsche Engagement auf dem südafrikanischen Nuklearsektor zunächst eine weniger deutliche *militärische* Bedeutung zu besitzen. Andererseits wäre eine Verwertung des südafrikanischen Nuklearpotentials zur Konstruktion einer Atombombe von ungleich fundamentalerer Relevanz: Das Apartheidsystem könnte sich aus der Position der atomaren Stärke heraus jeder Verschlechterung seiner strategischen Lage widersetzen und sich somit *langfristig* stabilisieren.

Im November 1975 hat sich die BRD mit sechs weiteren Industriestaaten auf Richtlinien für den Export von Nuklearanlagen und -technologien geeinigt, „mit denen verhindert werden soll, daß international unkontrolliert Kernenergie weitergegeben und möglicherweise für nicht friedliche Zwecke verwendet werden kann" [33]). Zweifel an der Wirksamkeit dieses Abkommens können durch den Nuklearvertrag zwischen der BRD und Brasilien belegt werden [34]); neue Nahrung erhalten sie durch die undurchsichtigere Zusammenarbeit mit der RSA.

Die Diskussion über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Südafrika auf nuklearem Gebiet ist im September 1975 durch eine Dokumentation des African National Congress (ANC) [35]) angefacht worden, die Abdrucke mehrerer geheimer Briefe und sonstiger Unterlagen enthält. Der ANC stellt die Behauptung auf, daß die BRD sich bewiesenermaßen bemühe, der RSA „die Fähigkeit zum Bau von Kernwaffen in die Hände zu legen". Weiteres, nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes Material machten der „stern" und der „Spiegel" publik [36]). Die Bundesregierung und betroffene deutsche Unternehmen wiesen die Anschuldigungen in mehreren Dementis zurück.

Besonderes Aufsehen erregte der im Herbst 1975 bekanntgewordene Besuch von Generalleutnant Günther Rall, Deutscher Militärischer Vertreter beim Militärausschuß der NATO in Brüssel, im Oktober 1974 im südafrikanischen Atomforschungszentrum Pelindaba. Es ergibt sich die Frage: Was hat einer der höchsten Militärs der Bundeswehr und der NATO in den Laboratorien einer Anstalt zu suchen, in der man sich intensiv um ein Urananreicherungsverfahren bemüht? Es bietet sich geradezu an, einen Zusammenhang zwischen den Plänen innerhalb der NATO, die RSA in ihren Bereich zu integrieren, einer möglichen Atombewaffnung der RSA und der Beteiligung westdeutscher Unternehmen am Aufbau einer potenten südafrikanischen Nuklearindustrie zu sehen. Es dürfte allerdings schwer sein, eine solche Beziehung endgültig nachzuweisen.

*) Vgl. Heft 5/1976, S. 502 ff.
33) „Die Welt" v. 29. 1. 1976.
34) Vgl. zu diesem Vertrag: Peter Lock, „Scheinheilige Allianzen" (1. Teil), und „Atom vereint Brasilien und die Bundesrepublik" (2. Teil), in: „3. Welt Magazin", 5/6 1975, S. XII ff., und Nr. 1/2 1976, S. 65 ff. — Zwischen der Kooperation der BRD mit Brasilien und der westdeutschen Zusammenarbeit mit Südafrika gibt es bemerkenswerte Parallelen.
35) African National Congress of South Africa, Information Department, The Nuclear Conspiracy — FRG collaborates to strengthen Apartheid, Lusaka, September 1975 (zit. als ANC, a.a.O.); deutsche Übersetzung in: „Welt Magazin", 3/4 1975.
36) „stern", 41/1975, S. 150 ff.; „Spiegel", 41/1975, S. 27 ff., und 43/1975, S. 23 ff.

Die Haltung Südafrikas zur Frage der atomaren Bewaffnung

Schon im Oktober 1963 konnte man in einer Militärzeitschrift lesen, daß der Direktor des South African Energy Board (AEB) erklärt habe, die RSA habe das Wissen, die Fähigkeit und das industrielle Potential, um Kernwaffen zu produzieren [37]).

Im Februar 1965 forderte Dr. Visser vom AEB, daß „wir eine solche Bombe haben sollten, um Angriffe von großmäuligen afro-asiatischen Staaten zu verhindern ... Geld ist kein Problem, das Kapital für eine solche Bombe ist vorhanden" [38]).

Der damalige Premierminister Verwoerd sagte in demselben Jahr: „Es ist die Pflicht Südafrikas, nicht nur den militärischen Nutzen des Materials (Uran, d. Verf.) zu bedenken, sondern alles in seiner Macht Stehende zu tun, es für friedliche Zwecke nutzbar zu machen" [39]).

Im Mai 1968 weigerte sich die südafrikanische Regierung, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen. Verteidigungsminister Botha erklärte, die RSA würde ihre Uranbergwerke nicht für internationale Inspektionen öffnen [40]).

Im April 1971 erklärte der Präsident des AEB, Roux, daß es zwar die Politik Südafrikas sei, angereichertes Uran für „friedliche Zwecke" zu nutzen, daß es aber mit Hilfe des neuartigen, *selbstentwickelten* Anreicherungsverfahrens möglich sei, Atomwaffen herzustellen [41]).

Im Juli 1974 wiederholte Alberts, Vizepräsident des AEB, noch einmal, daß die RSA die Atombombe bauen könne, falls es notwendig würde. Er fügte hinzu, daß das nukleare Programm seines Landes möglicherweise weiter fortgeschritten sei als das Indiens [42]). Kurz zuvor hatte Indien seinen ersten nuklearen Sprengsatz gezündet. Hier erweist sich die Behauptung des Vorstandsvorsitzenden des in der RSA engagierten westdeutschen STEAG-Konzerns, Schulte: „Die Bombe hat Südafrika frühestens 1995" [43]) als Abwiegelei.

Das Engagement der Steinkohlen-Elektrizitäts AG (STEAG) in der RSA

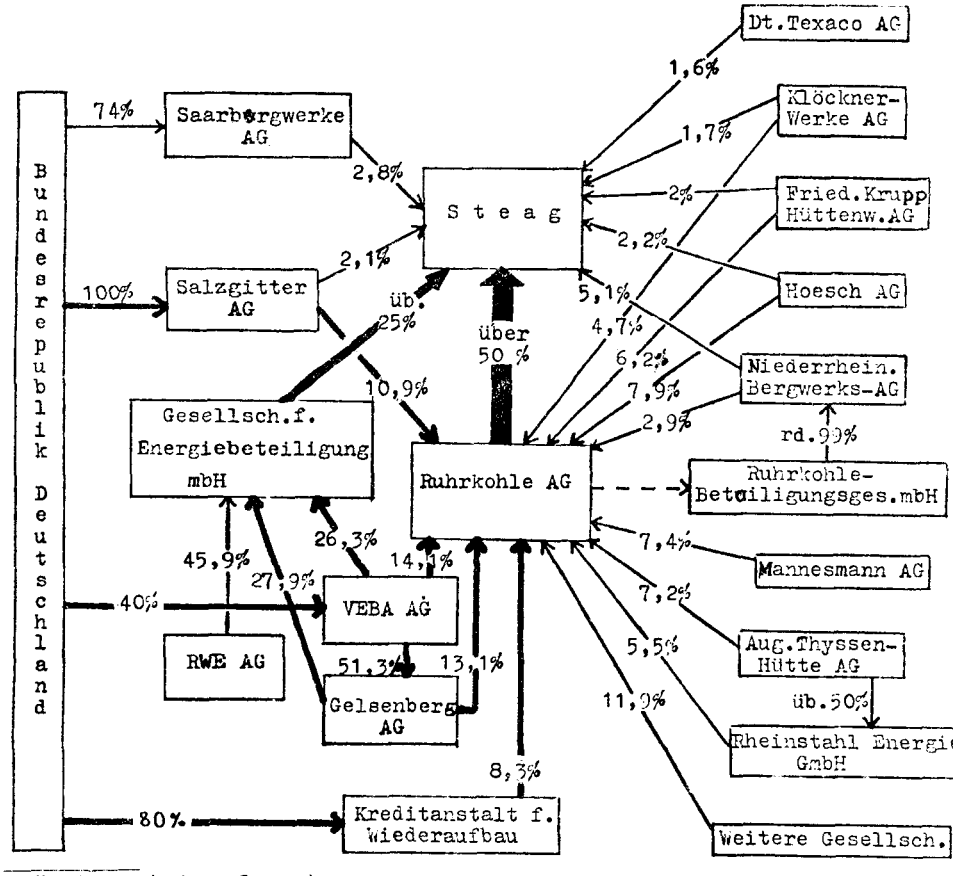
Im folgenden werden die Aktivitäten der STEAG in Südafrika dargestellt, wobei die Verflechtung von privatwirtschaftlichen und staatlichen Interessen seitens der BRD deutlich gemacht werden soll.

An der STEAG partizipiert eine große Anzahl von Unternehmen [44]) (siehe Schaubild auf S. 930). Die mehrheitlichen Anteile (über 50 %) sind in der Hand der Ruhrkohle AG. An dieser haben mit der VEBA (14 %), der Gelsenberg AG (13 %), der Salzgitter AG (10,8 %) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (8,2 %) vier bundeseigene bzw. vom Bund kontrollierte Unternehmen die vier höchsten Anteile.

Als zweitgrößter „Gesellschafter" fungiert die Gesellschaft für Energiebeteiligung (über 25 %), in der wiederum VEBA und Gelsenberg zusammen über mehr als

37) A. Harrigan, The South African Military Establishment, in: „Military Review", Oktober 1963, S. 67.
38) „New York News" v. 28. 2. 1965, zit. nach ANC, a.a.O., S. 14.
39) „South African Digest" v. 13. 8. 1965, zit. nach ANC, a.a.O., S. 14.
40) „Progrom", 3/1970, S. 20.
41) „Die Welt" v. 14. 4. 1971. — Es ist möglicherweise sinnvoll, den Terminus „friedliche Zwecke" von dem Begriff „zivile Zwecke" zu unterscheiden, da es in dem Selbstverständnis der Südafrikaner vielleicht durchaus dem Frieden dient, „abschreckende" Atomwaffen zu besitzen.
42) Vgl. „Marchés tropicaux et méditerranéens" v. 19. 7. 1974.
43) „Der Spiegel", 43/1975, S. 27.
44) Alle Angaben zu den Beteiligungen sind entnommen: Commerzbank, Wer gehört zu wem, 11. Auflage, 1975.

Beteiligungsverhältnisse bei der Steinkohlen-Elektrizitäts AG (STEAG). Die wichtigsten Beziehungen sind hervorgehoben. Links: mehrheitlich vom Bund kontrollierte Anteilseigner, rechts: privates Kapital.



Quelle: Commerzbank, a.a.O., passim.

50 % der Anteile verfügen. Fast 46 % der Anteile an der Gesellschaft für Energiebeteiligung hält das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE), bei dem zwar die kapitalmäßige Mehrheit in privaten Händen liegt, die Stimmenmehrheit sich aber in öffentlicher Hand befindet (Städte, Kreise).

Man kann feststellen, daß an der STEAG sowohl privates Kapital (z. B. Hoesch, Krupp, Thyssen, Klöckner, Mannesmann, Texaco zu jeweils geringen Anteilen) als auch staatliches Kapital partizipieren. Dabei hat sich der Bund ohne Zweifel den entscheidenden Einfluß gesichert. Das bedeutet, daß die Bundesregierung bzw. deren Ministerialbürokratie über alle Schritte der STEAG informiert sein müßte.

1970 schloß die STEAG mit der Gesellschaft für Kernforschung (GfK) in Karlsruhe, die zu 90 % der Bundesrepublik gehört, einen Kooperationsvertrag ab. In diesem wird bestimmt, daß die STEAG das alleinige Recht an der kommerziellen Nutzung des sogenannten *Trenndüsenverfahrens* erhält. Dabei handelt es sich um ein Urananreicherungsverfahren, das von Prof. Becker vom Karlsruher Kern-

forschungszentrum entwickelt worden ist[45]). Diese Neuentwicklung hat aber nicht nur zivile Bedeutung. Genauso wie mit den beiden anderen bekannten Anreicherungsmethoden (Gasdiffusions- und Gaszentrifugenverfahren) ist es auch mit dem Trenndüsenverfahren möglich, sowohl Brennstoff für energieerzeugende Kernkraftwerke zu gewinnen als auch spaltbares Material für Atombomben zu produzieren. Nach übereinstimmender Meinung der Fachleute besteht zwischen einer dreiprozentigen Anreicherung für den Reaktorbetrieb und einer 90prozentigen Anreicherung für die Verwendung in Kernwaffen nur ein gradueller, nicht aber ein prinzipieller Unterschied[46]).

Schon in den 60er Jahren war die STEAG als Mitglied eines westdeutschen Konsortiums, das die Uranversorgung der deutschen Atomindustrie sicherstellen sollte, mit der RSA in Kontakt gekommen[47]). Ab 1972 intensivierten sich die Beziehungen. Nachdem von der STEAG, dem AEB und der im südafrikanischen Staatsbesitz befindlichen Uranium Enrichment Corporation (UCOR) ein gemeinsames Memorandum verfaßt worden war, kam es am 15. August 1973 zu einem Vertrag zwischen STEAG und UCOR. Der Vertrag sah vor, daß die STEAG ihrem Partner eine Sublizenz für Beckers Anreicherungsverfahren überlassen sollte, allerdings nur unter der Bedingung, daß die GfK der Abmachung zustimmen würde. Die STEAG rechnete fest mit dieser Zustimmung und teilte dem Präsidenten von AEB und UCOR, Roux, bereits mit, daß das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) kein Hindernis für die verabredete Zusammenarbeit darstellen würde[48]). Höchstwahrscheinlich bezieht sich diese Mitteilung auf AWG § 7 Abs. 2 Satz 1b und 1c, wonach die Ausfuhr von Gegenständen (auch z. B. Konstruktionszeichnungen) beschränkt werden kann, „die bei der Entwicklung, Erzeugung oder dem Einsatz von Waffen, Munition und Kriegsgerät nützlich sind"[49]).

Staatssekretär Haunschild, gleichzeitig Vorsitzender des Aufsichtsrats der GfK, befürwortete offensichtlich den Vertrag, wollte jedoch für ihn keine Verantwortung übernehmen. Nachdem ein Treffen Haunschilds mit drei anderen Staatssekretären keine Entscheidung brachte, beschäftigte sich am 17. Oktober 1973 das Bundeskabinett mit der Angelegenheit. Die Minister Eppler und Maihofer lehnten das Abkommen ab, so daß auch hier keine Einigkeit erreicht werden konnte. Am 18. Oktober zog die STEAG ihr Zustimmungsbegehren bei der GfK zurück. Die Angelegenheit schien erledigt.

Doch die STEAG rechnete sich nun eine neue Chance aus, mit der UCOR ins Geschäft zu kommen. Die Überprüfung der rechtlichen Situation ergab offenbar, daß erst die kommerzielle Anwendung der Technologie der GfK, nicht aber die Vorarbeiten dazu der Zustimmung dieser Gesellschaft bedürfen, daß das Ja also praktisch erst bei Baubeginn einer Anreicherungsanlage vorliegen müsse. Deswegen kam es im Frühjahr 1974 zu einem neuen Vertrag zwischen STEAG und UCOR. Diesmal vereinbarten beide Partner, eine vergleichende Studie über die Wirtschaftlichkeit von Beckers Trenndüsenverfahren und der südafrikanischen Anreicherungsmethode anzufertigen[50]).

Weiter einigten sich STEAG und UCOR darauf, bei einem „positiven Ergebnis" der Studie den „Bau einer kommerziellen Anreicherungsanlage in Südafrika *unter Verwendung der gemeinsam verfügbaren Technologien*" in Betracht zu

45) Vgl. „Die Welt" v. 26. 11. 1974, Beilage „Energie", S. X.
46) Vgl. „Die Welt" v. 7. 10. 1975; „Der Spiegel", 41/1975, S. 29.
47) „Neues Deutschland" v. 4. 4. 1967.
48) Vgl. zwei Schreiben von STEAG an Roux, wiedergegeben in ANC, a.a.O., S. 14 ff.; „Der Spiegel", 43/1975, S. 26.
49) Außenwirtschaftsgesetz, in: Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze der Bundesrepublik Deutschland, Gesetz 890.
50) Diese Darstellung folgte dem „Spiegel", 43/1975, S. 26; „Die Welt" v. 10. 11. 1975.

ziehen [51]). Hier ist wohl die Vermutung angebracht, daß unter dem Mantel der Bezeichnung „Wirtschaftlichkeitsstudie" die beiden einander sowieso schon ähnlichen Verfahren soweit aneinander angeglichen werden sollten, daß eine rentable Anreicherungsanlage gebaut werden könnte. Um nicht offen mit dem AWG und dem Atomwaffensperrvertrag zu kollidieren, wurde in dem Vertrag auf die „ausschließlich friedliche Nutzung" und die internationale Kontrolle Bezug genommen [52]). Dennoch könnten sich die beiden Vertragsklauseln als unwirksam erweisen. Auf die Zweifelhaftigkeit des Begriffs „friedliche Zwecke" wurde bereits hingewiesen. Außerdem erscheint es sehr fraglich, ob eine internationale Kontrolle der Nuklearaktivitäten angesichts der fortgeschrittenen internationalen Isolierung der RSA zu gewährleisten ist. Und schließlich sind die Klauseln offenbar projektgebunden, d. h. bei Ablaufen des Vertrages mit der STEAG könnte das Regime das ins Land gebrachte Wissen und Gerät für militärische Zwecke verwenden.

Im Mai 1975 wurde offiziell bestätigt, daß das Resultat der STEAG-Wirtschaftlichkeitsstudie positiv sei [53]). Bis vor kurzem sprachen mehrere Anzeichen dafür, daß die STEAG nun auch an der Anreicherungsanlage selbst beteiligt werden sollte. Der Vorstandsvorsitzende Schulte bekundete den „moralischen Anspruch" auf eine solche Beteiligung. Weiterhin soll sich das Unternehmen vertraglich das Recht gesichert haben, nach Fertigstellung der Anlage jährlich 1000 t angereicherten Urans beziehen zu dürfen [54]).

Inzwischen soll jedoch die südafrikanische Regierung beschlossen haben, die Großanlage zur Urananreicherung „nach dem eigenen Trenndüsenverfahren" zu bauen, so daß vermutet wird, daß die STEAG am Bau der Anlage nicht beteiligt wird [55]). Diese Vermutung ist allerdings noch keineswegs abgesichert. Sollte sie sich bestätigen, könnte man die These ableiten, daß der für den Bau nötige Technologietransfer von der BRD über die STEAG in die RSA bereits abgeschlossen ist.

Eine Bewertung des STEAG-Engagements scheint nicht vollständig möglich, solange man nicht die Art und die Einzelheiten des *südafrikanischen Anreicherungsverfahrens* kennt; denn an ihm könnte man vermutlich das Ausmaß der Abhängigkeit der südafrikanischen Nuklearforschung und -industrie von dem Wissen, über das der STEAG-Konzern sowie andere westdeutsche Unternehmen und Institutionen verfügen, ablesen.

Bereits im Juli 1970 behauptete Premierminister Vorster vor seinem Parlament, daß die südafrikanischen Atomwissenschaftler eine neue, besonders kostengünstige Anreicherungsmethode und die zur Ausführung notwendigen Techniken entwickelt hätten [56]). An dieser Behauptung hält die RSA bis heute fest, zuletzt wurde sie im Oktober 1975 von Außenminister Muller wiederholt [57]).

Im Gegensatz dazu ist vielfach die Vermutung geäußert worden, daß das angeblich rein südafrikanische Verfahren eine Version des von Prof. Becker entwikkelten Trenndüsenverfahrens sei. Eine entsprechende Feststellung traf z. B. ein führender Wissenschaftler bei General Electric (USA), K. P. Cohen [58]). Fol-

51) STEAG-Mitteilungen v. 9. 4. 1974, zit. nach AAB, Das Steag-Projekt in Südafrika, Mülheim/Ruhr, März 1975, S. 1.
52) „Die Welt" v. 7. 10. 1975.
53) „Handelsblatt" v. 15. 5. 1975.
54) „Der Spiegel", 43/1975, S. 26. — Nach einer neueren Meldung hat sich die STEAG vertraglich eine Quote von 20 % des in der RSA angereicherten Urans gesichert; „Der Spiegel", 12/1976, S. 73.
55) „Die Welt" v. 14. 11. 1975. Diesem Artikel zufolge soll über die Größe der Anlage erst 1978 entschieden werden.
56) „Südafrikanisches Panorama", Bern, 35/1971.
57) „Blick . . ." v. 14. 10. 1975.
58) ANC, a.a.O., S. 21. — Andere Vermutungen gingen dahin, daß es sich bei der südafrikanischen Methode

gende schwerwiegende Gründe sprechen dafür, daß die südafrikanische Darstellung nicht ganz der Wahrheit entspricht:

1. die technologische Ähnlichkeit,
2. die ständige Vermittlung von Know-how aus der BRD,
3. der vorhin genannte Antrag auf Sublizenz.

Zu den einzelnen Punkten läßt sich folgendes anführen:

Technologische Ähnlichkeit. Die Zeitschrift „Nuclear Engineering International" berichtete 1974, daß aufgrund von Photos und Augenzeugenberichten angenommen werden müsse, daß die südafrikanische Demonstrationsanlage, die gerade in Pelindaba errichtet wurde, auf dem Trenndüsenverfahren beruhe. Darauf wiesen insbesondere das Konstruktionsprinzip der Anlage, die Verwendung eines Gasgemisches mit Uranhexafluorid sowie ein ähnlich hoher Energieverbrauch hin [59]). Als dann südafrikanische Atomwissenschaftler im April 1975 erstmals technische Einzelheiten „ihres" Anreicherungsverfahrens bekanntgaben, wurde noch klarer, daß es sich um das Grundprinzip des Trenndüsenverfahrens handelte. Dr. Roux räumte z. B. ein, daß die südafrikanische Methode auf der Grundlage eines „vortex tube" („Wirbelrohr") entwickelt worden sei, auf dem auch das Beckersche Verfahren beruht [60]). Auf die Ähnlichkeiten angesprochen, erklärte Prof. Becker selbst: „Bestimmte Verfahrensmerkmale sind übereinstimmend." Deutlicher noch ist seine Beschuldigung, die Südafrikaner hätten „technische Details zur Wasserstoffnutzung unbefugterweise übernommen" [61]).

Ständige Vermittlung von Know-how aus der BRD. Sowohl *vor* als auch *nach* Vorsters Erklärung, daß die RSA über ein eigenes Anreicherungsverfahren verfüge, hat es so viele enge Kontakte zwischen südafrikanischen und westdeutschen Atomwissenschaftlern gegeben, daß man wohl kaum von einer eigenständigen und unabhängigen Nuklearforschung sprechen kann.

AEB-Präsident Dr. Roux besuchte schon 1962 Prof. Becker im Karlsruher Kernforschungszentrum und zeigte sich an der Anwendung des bis dahin nur theoretisch beschriebenen Trenndüsenverfahrens interessiert [62]).

Vermutlich haben Krupp und Siemens, die bei der Konstruktion des ersten südafrikanischen Versuchsreaktors (Fertigstellung 1965) mitwirkten, einiges nuklear-technische Wissen in die RSA gebracht [63]).

Im Jahre 1967 berichtete der offizielle „South African Digest", daß „südafrikanische Atomwissenschaftler und Techniker in Forschungsstätten in Westdeutschland ausgebildet worden sind und ausgebildet werden, während andere solchen Institutionen häufig bei Überseereisen Besuche abstatten" [64]).

Ab 1969 spielte der südafrikanische Botschafter in Bonn, Donald B. Sole, eine entschedende Rolle, indem er vielfältige Kontakte zu Wissenschaftlern, Politikern und Industriellen knüpfte. Zuvor hatte er als Repräsentant seiner Regierung bei der AEB fungiert. Außerdem vertrat er von 1959 bis 1972 sein Land bei der International Atomic Energy Agency (IAEA) in Wien [65]). Diese Qualifikation

um das sogenannte Ionen-Austauschverfahren handele, das eine den Südafrikanern vertraute Technologie (auch beim Abbau von Uran verwendet) einschließen würde; vgl. M. Muller, The enriching politics of South Africa's uranium, in: „New Scientist" v. 2. 5. 1974, S. 252 ff.

59) Stephan Salaff, The Three in Isotope 235, Multinational Corporations and the Anglo-Dutch-West German Consortium for the Enrichment of Uranium, unveröffentlichtes Manuskript, Toronto 1975, S. 39.
60) ANC, a.a.O., S. 6; „Der Spiegel", 18/1975, S. 161 f.
61) „Der Spiegel", 41/1975, S. 29, und 42/1975, S. 22.
62) „Der Spiegel", 43/1975, S. 25.
63) First/Steele/Gurney, a.a.O., S. 139.
64) „South African Digest" v. 23. 3. 1967, zit. nach ANC, a.a.O., S. 5.
65) „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 18. 10. 1975; „Die Welt" v. 24. 10. 1975.

scheint für die südafrikanische Regierung Grund genug gewesen zu sein, ihn in die BRD, dieses „Paradies" der Nuklearforschung, zu schicken. Seit seinem Amtsantritt hat sich der Wissenschaftleraustausch erheblich intensiviert [66]).

Nicht zuletzt war seit 1972 die gesamte STEAG-Prominenz zum Zwecke der technologischen Zusammenarbeit auf geschäftlicher Grundlage im Atomforschungszentrum Pelindaba, nämlich Dr. Schulte (Vorstandsvorsitzender), Dr. Bund (Vorstandsvorsitzender der Ruhrkohle AG und Aufsichtsratsvorsitzender der STEAG), Dr. Voelcker (Leiter der Abteilung Kernenergie) und H. Geppert (Leitender technischer Angestellter). Umgekehrt waren die Spitzen der südafrikanischen Atomforschung, Dr. Roux und Dr. Grant, gerngesehene Gäste des Essener Konzerns [67]).

Der Antrag auf Sublizenz — ein logischer Widerspruch. Wenn die Behauptung wahr wäre, daß die RSA schon 1970 ein völlig eigenständiges Anreicherungsverfahren habe, dann hätten es die südafrikanischen Verantwortlichen 1973 nicht mehr nötig gehabt, in Form eines Vertrages mit der STEAG eine Sublizenz für Beckers Verfahren anzustreben.

Zwischenfazit. Aus den genannten Gründen ist es extrem unwahrscheinlich, daß die RSA ohne fremde Hilfe ein ganz neuartiges Anreicherungsverfahren entwickelt hat. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß das „südafrikanische" Verfahren zwar nicht völlig identisch, aber doch grundlegend verwandt mit dem westdeutschen Trenndüsenverfahren ist [68]). Die südafrikanische Nuklearforschung profitierte sowohl vor als auch nach Vorsters Bekanntmachung von der Lieferung westdeutscher Technologien und hätte ohne sie den heutigen Stand vermutlich nicht erreicht. In diesem Sinne hat die STEAG allein schon durch die zugegebene sogenannte „Wirtschaftlichkeitsstudie" einen erheblichen Beitrag geleistet, der es der RSA erleichtern oder sogar erst ermöglichen wird, den Bau einer Urananreicherungsanlage durchzuführen. Mit dieser Anlage verfolgt die RSA zunächst das Ziel, große Mengen „veredelten" (angereicherten) Urans für den Bedarf eigener Kernkraftwerke und für den Export zu erzeugen. Reibungslose Energieversorgung und die zu erwartenden extrem hohen Deviseneinnahmen werden in der Nachfolge des „Goldzeitalters" zur wirtschaftlichen und damit gesellschaftlichen Stabilisierung des Apartheidregimes beitragen [69]). Aber auch eine militärische Stärkung wäre durch eine solche Anreicherungsanlage möglich: der Bau von Atomwaffen in der näheren Zukunft erscheint angesichts der anfangs aufgeführten Äußerungen und Fakten als nicht unwahrscheinlich. Selbst wenn Atombomben in der RSA noch nicht real vorhanden sind, so wird doch das fortgeschrittene nukleare Potential Südafrikas von den afrikanischen Nachbarn und Befreiungsbewegungen als militärische Drohung empfunden [70]).

---

66) In den Jahren 1969 und 1970 begannen mindestens vier Wissenschaftler vom AEB eine Sonderausbildung beim Kernforschungszentrum in Karlsruhe. Diesem Institut statteten in den folgenden Jahren zahlreiche weitere Wissenschaftler vom AEB Besuche ab. Aber es wurden auch deutsche Wissenschaftler in der RSA tätig. So ist bekannt, daß Prof. Becker und andere Forscher 1970 in der RSA gearbeitet haben. Ende 1973 sollen vier Wissenschaftler vom Kernforschungszentrum der GfK in Pelindaba/Valindaba beschäftigt gewesen sein. Vgl. ANC, a.a.O., passim.

67) Ebd., S. 20 f.

68) Eine endgültige Bestätigung aus Südafrika dürfte schwer zu erhalten sein, da nach dem Atomic Energy Act auf die Verbreitung von Informationen über Einzelheiten aus der Nuklearforschung Strafen von bis zu 20 Jahren Gefängnis oder bis zu 30 000 DM stehen. Vgl. ANC, a.a.O., S. 15.

69) „Vorsichtige Schätzungen sprechen von jährlichen Deviseneinnahmen in Höhe von über 500 Mio. DM bereits in der Anlaufphase dieses Projektes" („Blick . . ." v. 6. 7. 1974). Es wird bereits der Begriff „Uranscheich" geprägt („Die Welt" v. 10. 11. 1975).

70) So haben sich maßgebliche Politiker aus dem Sudan, Tansania, Ghana und Nigeria über die Nuklearkooperation stark beunruhigt gezeigt und die Möglichkeit einer eigenen Atombewaffnung angedeutet. Vgl. „Die Welt" v. 11. 10. 1975; „Observer" v. 12. 10. 1975; FR v. 13. 10. 1975.

Die politische Dimension des STEAG-Engagements

Es ist frappierend zu sehen, wie die an sich technologischen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen der BRD und der RSA auf dem Nuklearsektor durch zahlreiche politische Kontakte abgesichert wurden.

Auf der südafrikanischen Seite haben insbesondere Botschafter Sole und Minister Koornhof, unter anderem zuständig für das Ressort Bergbau, das nukleare Angelegenheiten einschließt, Verhandlungen geführt, und zwar sowohl mit den STEAG-Managern als auch mit hohen Regierungsstellen in Bonn.

Auf der Seite der Bundesregierung nehmen die Staatssekretäre Haunschild (Ministerium für Forschung und Technologie, auch für Atomfragen zuständig) und Rohwedder (Wirtschaftsministerium) Schlüsselstellungen ein. Schon im April 1972 war Haunschild zusammen mit mehreren Ministerialbeamten zu Gast bei Roux in Pelindaba [71]). Kurz vor der Reise hatte Roux an den Staatssekretär geschrieben, er stimme voll mit Haunschilds „Gefühlen überein, daß die Visite eine engere Zusammenarbeit besonders auf dem nuklearen Gebiet markieren werde" [72]). Im Juli 1972 gab der Staatssekretär dem AEB-Präsidenten Hinweise, „wie sichergestellt werden kann, daß Mitarbeiter einer Industriefirma (gemeint ist die STEAG, d. Verf.), die in der Explorationsphase — also vor dem Beschluß über eine Zusammenarbeit — Kenntnis von Einzelheiten des Anreicherungsverfahrens erhalten, diese Information geheim halten" [73]). Im Frühjahr 1975 traf sich Haunschild mit Koornhof und Sole; bei dem Gespräch mit letzterem äußerte er sich offenbar positiv zur deutsch-südafrikanischen Nuklearzusammenarbeit, denn Sole schrieb hinterher an ihn: „Für die südafrikanische Regierung ist es von Bedeutung, daß die deutsche Regierung mit den Aktionen des deutschen Privatsektors einverstanden ist" [74]).

Haunschilds Kollege Rohwedder schaltete sich offenbar erst 1975 intensiver in die Gespräche ein. Nachdem er im Februar in Bonn von Roux besucht worden war, reiste er im April nach Pelindaba, um dort mit AEB-Vertretern zu verhandeln, und nach Pretoria, wo er mit Minister Koornhof zusammentraf [75]). Im Mai schickte Rohwedder ein überschwengliches Dankschreiben an Roux, in dem er schrieb: „Es wäre schön, wenn es zu einer langfristigen und für beide Seiten fruchtbaren Zusammenarbeit auf Ihrem Gebiet oder überhaupt in der friedlichen Nutzung der Kernenergie kommen könnte" [76]).

Graf Lambsdorff, Wirtschaftsexperte der FDP, sprach sich am 24. April 1975 vor dem Bundestag indirekt für das STEAG-Projekt aus: „Voraussetzung für die Kernenergieentwicklung in der Bundesrepublik ist natürlich ... die gesicherte Belieferung mit Uran bzw. mit angereichertem Uran. ... In Kanada und Australien — das weiß jeder — ist die Lieferbereitschaft eingeschränkt. Hingegen ist sie in Brasilien und Südafrika besser. ... Wir können uns nach meiner Überzeugung nicht entscheidend daran stoßen, daß die politischen Verhältnisse und Gesellschaftsordnung in diesen Ländern nicht unserem Geschmack entsprechen, um es sehr milde auszudrücken. Wir müssen die Urananreicherung — nicht reine Lieferverträge — nach meiner Überzeugung in diesen Ländern mit deutschen Beteiligungen betreiben, um wirklich eine sichere Belieferungsbasis zu haben" [77]).

71) ANC, a.a.O., S. 20.
72) „Der Spiegel", 43/1975, S. 26.
73) Vgl. Briefabdruck in ANC, a.a.O., S. 8 f.
74) „Der Spiegel", 41/1975, S. 29.
75) ANC, a.a.O., S. 21 f.
76) FR v. 22. 10. 1975; „Der Spiegel", 41/1975, S. 29.
77) Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 7. Legislaturperiode, 167. Sitzung, S. 11 654 f. — Die hier angesprochene Lieferbereitschaft scheint allerdings besser gewesen zu sein, als Lambsdorff es hier darstellt.

Graf Lambsdorff war gerade von einer Reise durch Südafrika zurückgekehrt, die angeblich von der südafrikanischen Regierung bezahlt worden war [78]).

Auch der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Riemer und die CDU-Politiker Stoltenberg und v. Hassel statteten dem Atomzentrum Pelindaba Besuche ab. Von F. J. Strauß ist seit langem bekannt, daß er in regem Kontakt mit südafrikanischen Regierungsmitgliedern steht [79]).

Dementis: Die überraschenden Veröffentlichungen veranlaßten die Bundesregierung und verschiedene Ministerien zu etlichen Dementis, deren Inhalt zumindest teilweise zwischen Verzerrung und Unwahrheit angesiedelt werden kann. Am 6. Oktober 1975 erklärte Regierungssprecher Bölling, „daß die Bundesregierung weder direkt noch indirekt eine atomare Zusammenarbeit verabredet hat". Deutsche Stellen seien an der Entwicklung einer Urananreicherungsanlage in Südafrika nicht beteiligt [80]). Seit dem 15. Oktober verzichtet die Bundesregierung darauf, eine Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie kategorisch abzustreiten; dafür betont man nun, es sei absurd zu unterstellen, die Bundesrepublik verhelfe Südafrika zur Atombombe. Auch eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Urananreicherung wird weiterhin dementiert [81]).

Ausgesprochen unglaubwürdig ist auch das Dementi von Staatssekretär Haunschild, der behauptet, er habe sich nie positiv über irgendeine Form der Zusammenarbeit geäußert [82]). Sein Engagement in dieser Angelegenheit seit 1972 und speziell der Inhalt verschiedener Schreiben widerlegen dieses Dementi.

Die Aktivitäten weiterer westdeutscher Unternehmen auf dem südafrikanischen Nuklearsektor

Die STEAG ist keineswegs das einzige westdeutsche Unternehmen, das in der RSA (und auch in Namibia) auf nuklearrelevantem Gebiet tätig geworden ist oder noch werden will. Bei einer näheren Betrachtung werden die Umrisse des ineinander verwobenen Komplexes der westdeutschen Nuklearindustrie sichtbar.

Bei der Beschaffung von Uran hatte sich vor einiger Zeit die *Uranerzbergbau GmbH & Co. KG, Bonn,* in der RSA engagiert [83]). An dieser Gesellschaft ist maßgeblich das RWE beteiligt, dessen indirekte Teilhabe an der STEAG bereits oben erwähnt wurde. In diesem Zusammenhang sollte darauf hingewiesen werden, daß das Vorstandsmitglied von RWE, Prof. Mandel (gleichzeitig Präsident des Deutschen Atomforums), 1973 ebenfalls Pelindaba besichtigte [84]).

Der „Spiegel" berichtete im Oktober 1975, daß das Frankfurter Unternehmen *Urangesellschaft mbH & Co. KG* einen erheblichen Anteil seiner Uranimporte aus der Rössing-Mine in Namibia über einen Zehnjahresvertrag mit dem britischen Konzern Rio Tinto Zinc (RTZ) beziehe. Nach Notizen von Botschafter Sole soll die Urangesellschaft sogar Investitionskapital in die Mine gesteckt haben. Auffällig ist, daß die STEAG mit 33,2 % der Anteile direkt an der Urangesellschaft beteiligt ist. Die anderen Beteiligungsgesellschaften sind mit je 33,2 % die VEBA

Ministerpräsident Whitlam hatte der Bundesregierung im Januar 1975 langfristige Lieferverträge über angereichertes Uran angeboten. Vgl. Hans D. Laß, Warum Brasilien und Südafrika anstatt Australien? in: „Technologie und Politik", „aktuell-Magazin", Reinbek, v. 4. 2. 1976; Christiana Donat, Uran aus Südafrika statt aus Australien, in: „3. Welt Magazin", 1/2 1976, S. 63 f.

78) ANC, a.a.O., S. 22.
79) „Der Spiegel", 41/1975, S. 30; ANC, a.a.O., S. 19 ff.
80) FR v. 7. 10. 1975; „Die Welt" v. 7. 10. 1975.
81) „Der Spiegel", 43/1975, S. 25; FR v. 22. 10. 1975.
82) „Die Welt" v. 7. 10. 1975.
83) „Blick . . ." v. 10. 10. 1973.
84) ANC, a.a.O., S. 20.

und die Metallgesellschaft. Der Bund, der somit auch die Urangesellschaft kontrollieren kann, hat dieses Unternehmen finanziell stark unterstützt [85]).

Staatliche Unterstützung wurde auch der Firma *Nukleare Chemie und Metallurgie* (Nukem), Hanau, zuteil, die nach der Darstellung des ANC am Bau einer Extraktionsanlage in Rössing beteiligt ist [86]). Den Hauptanteil an Nukem trägt mit 45 % die Degussa. Die anderen Trägergesellschaften sind gute, alte Bekannte: RWE (25 %), RTZ (18 %) und die Metallgesellschaft (12 %).

Die Verbindung zum vorhin beschriebenen Anreicherungsprojekt wird durch die Tatsache deutlich, daß das in Pelindaba zu verarbeitende Uran zu 50 % aus der Rössing-Mine in Namibia bezogen werden soll [87]).

Dadurch, daß sich diese westdeutschen Unternehmen bei der Prospektion, Förderung und Verarbeitung von Uran beteiligen, verhelfen sie (mit Unterstützung der Bundesregierung) Südafrika zu einem umfassenden Instrumentarium im Kernenergiebereich. Und dennoch reicht dem Staatssekretär Rohwedder, der sich als Anwalt der westdeutschen Nuklearindustrie betätigt, das Engagement in der RSA noch nicht aus. Botschafter Sole gibt in einem Schreiben charakteristische Äußerungen von Rohwedder folgendermaßen wieder:

„... obwohl er (Rohwedder, d. Verf.) nichts gegen STEAG habe, sei es wichtig, daß wir STEAG unter Druck setzten, *einer Erweiterung der Zusammenarbeit auf der deutschen Seite* zuzustimmen und andere Unternehmen mit einem größeren Interesse auf diesem Gebiet in ein Konsortium einzubeziehen. Er erwähnte namentlich die *Kraftwerk Union*" [88]).

Und tatsächlich scheint sich nun auch bei der Verwertung des Urans, d. h. bei der Energiegewinnung, eine große westdeutsche Beteiligung abzuzeichnen:

Die südafrikanische Staatsgesellschaft Electricity Supply Commission (ESCOM) wird voraussichtlich bald den Auftrag für den Bau von zwei Kernkraftwerken bei Kapstadt vergeben. Unter den Bewerbern um den Auftrag ist auch die eben genannte Kraftwerk Union AG (KWU), die sich zu diesem Zweck mit der südafrikanischen Baufirma Murray & Roberts zu dem Nuclear Power Consortium zusammengeschlossen hat. Die anderen Bewerber sind die Framatome-Alsthom-Spie-Batagnolles-Gruppe aus Frankreich und ein Konsortium der amerikanischen General Electric Technical Services Company (Getsco) mit der Schweizer Brown, Boveri & Cie. (BBC). Gerüchten zufolge wird es zu einem Übereinkommen der KWU mit der Framatome kommen [89]).

Die KWU hat sich im Bundesgebiet praktisch eine Monopolstellung im Kernkraftwerkbau gesichert und beherrscht gleichermaßen Inlands- wie Exportmarkt [90]). Sie ist eine gemeinsame Tochtergesellschaft von Siemens und AEG-Telefunken, die z. Z. noch je 50 % der Anteile besitzen. Siemens wird jedoch vermutlich seine Beteiligung durch Aufkauf von AEG-Anteilen auf 75 % erhöhen [91]). Siemens partizipiert indirekt an der wichtigsten deutschen Rohstoffgesellschaft, der Metallgesellschaft AG, die wiederum an zwei der hier genannten Unternehmen beteiligt ist, nämlich an der Urangesellschaft und an der Nukem.

85) „Der Spiegel", 43/1975, S. 26 f., und 12/1976, S. 68; ANC, a.a.O., S. 16.
86) ANC, a.a.O., S. 16.
87) „Guardian" v. 23. 4. 1974.
88) FR v. 23. 10. 1975; Hervorhebung v. Verf.
89) „Blick ..." v. 12. 6. 1975 und v. 14. 10. 1975; „Der Spiegel", 41/1975, S. 100.
90) Vgl. Bernd Moldenhauer, Die Atomindustrie in der BRD, in: „Blätter", 10/1975, S. 1099 ff.
91) „Die Welt" v. 19. 3. 1976.

Es ist nicht schwer, eine Verbindung zwischen der Bewerbung der KWU und dem Engagement der STEAG in Südafrika zu sehen, wenn man einmal einen Vergleich mit der Situation in Brasilien anstellt. Der deutsch-brasilianische Nuklearvertrag besagt, daß die KWU mehrere Kernkraftwerke liefern soll, während die STEAG zusammen mit der Interatom (100%ige Tochter der KWU) eine für den Betrieb von Kernkraftwerken erforderliche Anreicherungsanlage nach dem Trenndüsenverfahren errichten soll [92]). Warum sollten sich KWU und STEAG nicht auch in der RSA in die Hände arbeiten?

Im Zusammenhang mit der KWU-Bewerbung ergibt sich eine sehr bedeutsame Problematik, die hier nur angedeutet werden kann: Wenn in einem Reaktor angereichertes Uran in Energie umgewandelt wird, fällt Plutonium 239 an, das zur Herstellung von Atomwaffen verwendet werden kann [93]).

Inzwischen hat die KWU ihre Bemühungen, den Auftrag zu erhalten, fortgesetzt. Unter den 31 Mitgliedern einer Delegation des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), die — geführt von ihrem Präsidenten Sohl — Anfang November 1975 in die RSA reiste, befanden sich auch Vertreter der KWU. Auf dem Programm standen u. a. ein Treffen mit Roux und eine Besichtigung des Atomforschungszentrums Pelindaba [94]).

Sollte die KWU den Auftrag zugesprochen bekommen, müßte die Bundesregierung entscheiden, ob sie bereit wäre, erstens die Lieferungen durch Hermes-Bürgschaften abzusichern und zweitens eine nach dem AWG erforderliche Exportgenehmigung zu erteilen.

Aber schon haben sich maßgebliche politische und wirtschaftliche Kreise für den Export von Kernkraftwerken in die RSA ausgesprochen. So äußerte Forschungsminister Matthöfer zu diesem Thema: „Grundsätzlich liefern wir an alle. Eine Unterscheidung zwischen gut und böse können wir dabei nicht vornehmen" [95]). Der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Grüner, versuchte Bedenken gegen den Export zu zerstreuen, indem er erklärte, daß Südafrika in jedem Falle ein Kernkraftwerk erhalten werde; denn wenn die Bundesregierung den Export nicht zuließe, wären andere ausländische Unternehmen bereit, das Projekt durchzuführen [96]).

Motive, Argumente, Hintergründe

Auf die Motive der Bundesregierung, mit der RSA auf nuklearem Gebiet zusammenzuarbeiten, gab der Parlamentarische Staatssekretär im Forschungsministerium, Hauff, einen wichtigen Hinweis: der Export großer kerntechnischer Anlagen sei unbedingt notwendig, wenn die Bundesrepublik ihre internationale Spitzenposition in der Skala des Wohlstandes halten wolle [97]). Auch Minister Matthöfer wies auf die besonders hohe Bedeutung der Kernenergieindustrie für den deutschen Export hin [98]). Von allen Seiten wird immer wieder die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem internationalen Markt be-

92) „Die Welt" v. 10. 11. 1975.
93) Vgl. „Der Spiegel", 26/1975, S. 63, und 49/1975, S. 100 ff.; „Observer" v. 19. 10. 1975. Bei 16 kg Plutonium 239 wird die „kritische Masse" erreicht, die zur Aufrechterhaltung einer fortlaufenden Kettenreaktion nötig ist; vgl. Encyclopedia Americana, Vol. 20, New York 1975, S. 521.
94) „Die Welt" v. 1. 11. 1975; FR v. 9. 10. 1975 und v. 1. 11. 1975. — Bereits am 8. 10. 1975 hatte der ANC auf einer Pressekonferenz das Reisevorhaben des BDI bekanntgegeben. Daraufhin wurde die Teilnahme eines Vertreters des Bundeswirtschaftsministeriums „aus Termingründen" abgesagt.
95) „Die Welt" v. 13. 10. 1975.
96) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 16. 10. 1975.
97) „Die Welt" v. 9. 10. 1975.
98) FR v. 14. 10. 1975.

schworen, die auf der Ausfuhr von Gütern mit hohem technologischen Standard beruhe. Regierungssprecher Grünewald argumentierte in diesem Sinne, daß die staatlichen Subventionen in Höhe von *17 Mrd. DM* auf dem Gebiet der Kernkraftwerke „nicht nur für den deutschen Markt gemacht wurden, sondern auch, damit die einschlägige deutsche Industrie auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig ist" [99]). Staatssekretär Rohwedder erklärte, der hohe Stand der Technologie in der deutschen Kernenergieindustrie könne nur auf einem weltweiten Markt weiterentwickelt werden [100]). Mit anderen Worten, nur durch die Ausfuhr von kerntechnischen Anlagen (Kernkraftwerke, Anreicherungsanlagen usw.) können die nötigen Aufwendungen für eine den Vorsprung sichernde Weiterentwicklung der deutschen Nukleartechnologie finanziert werden (Wechselwirkung Exportsicherung — technologische Weiterentwicklung).

Ein weiteres, sehr gern verwendetes Argument für den Verkauf kerntechnischer Anlagen ist das Argument der Arbeitsplatzsicherung. Graf Lambsdorff stellte für „Bild"-Leser folgende Rechnung auf: wenn die KWU den Auftrag erhalten würde, würde rund 13 000 Arbeitnehmern für die nächsten drei Jahre ein sicherer Arbeitsplatz garantiert [101]).

Mehrfach ist auf eine andere Begründung hingewiesen worden: die BRD bezieht 40 % des benötigten Natururans aus der RSA. Insofern ist der Export kerntechnischer Anlagen und der Transfer von Know-how für die BRD ein Mittel, um im Austausch den eigenen Bedarf an Uran zu sichern. Ohne ausreichende Versorgung mit Uran wäre die Energieerzeugung deutscher Kernkraftwerke und damit große Teile der industriellen Produktion überhaupt gefährdet.

Praktisch denselben Grund führt STEAG-Chef Schulte als Rechtfertigung des Engagements an:

„Aus der Sicht der Bundesrepublik bietet sich somit bei einem Export der Trenndüsentechnologie die Möglichkeit, durch geeignete Vereinbarungen langfristig die Versorgung unserer Kernkraftwerke nicht nur mit Anreicherungsarbeit, sondern — und dieses ist entscheidend — mit Uran sicherzustellen. Hierdurch kann das Trenndüsenverfahren einen bedeutenden Beitrag zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung unseres Landes leisten" [102]).

Hinter solchen vaterländischen Erklärungen steht natürlich auch das handfeste Interesse der deutschen Nuklearindustrie, deren Existenz schließlich von der Belieferung mit Uran abhängt. Weiterhin versprechen sich die Unternehmen im Kernenergiebereich von dem kommerziellen Export ihrer Produkte und Technologien zu Recht eine erhebliche Kostenersparnis, „die entweder zu einer Verbilligung der eigenen nationalen Energieinvestitionen führt oder aber dazu beiträgt, die Gewinne der Reaktorindustrie zu steigern" [103]).

Immer wieder tritt die Verflechtung von Staats- und Konzerninteressen auf dem gesamten Gebiet der Nuklearkooperation zwischen der BRD und der RSA zutage. Man kann sie etwa so zusammenfassen: Die Bundesregierung benutzt die STEAG und andere in der RSA auf nuklearem Gebiet tätige Unternehmen als Vehikel für ihre Politik der gesamtwirtschaftlichen Absicherung und Expansion (Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der Energieversorgung), während die jeweiligen Unternehmen die Politik der Bundesregierung als Vehikel für ihre

99) FR v. 13. 10. 1975.
100) FR v. 14. 10. 1975.
101) „Bild" v. 14. 10. 1975.
102) „Die Welt" v. 26. 11. 1974, Beilage „Energie" S. X.
103) Peter Lock, Scheinheilige Allianzen, a.a.O., Nr. 5/6 1975, S. XVI.

Kapitalverwertungsinteressen benutzen. Die RSA nutzt diese Interessenverzahnung zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung ihres auf Apartheid beruhenden Systems.

Eine neue Entwicklung scheint sich im Rahmen internationaler Dreiecksgeschäfte anzubahnen. Besonders starke Hinweise gibt es auf ein solches Geschäft zwischen Südafrika, dem Iran und der Bundesrepublik. Dabei würden Rohstoffe (Uran, Erdöl), Kapital und Technologie die Tauschmittel sein. Einem Brief Soles zufolge haben die beiden Staatssekretäre Haunschild und Rohwedder einen derartigen Plan unterstützt. Wenig später, im Januar 1976, wurde ein Kooperationsvertrag mit dem Iran für den Sektor der Kernenergie vom Bundeskabinett unter Geheimhaltung gebilligt. Die RSA und der Iran haben nach Informationen des „Spiegel" bereits ein Abkommen geschlossen: der Iran finanziert die Hälfte der Baukosten für die Anreicherungsanlage und erhält dafür später 14 000 Tonnen angereichertes Uran [104]).

Die Behauptung des ANC, bestimmte Kreise in der BRD verfolgten das Ziel, die RSA zur Atommacht zu machen, und zwar mit dem Hintergrund, daß die BRD in Umgehung der Bestimmungen der Westeuropäischen Union (WEU) selbst in die Verfügungsgewalt über Atomwaffen gelangen wolle [105]), diese Behauptung also läßt sich in dieser Form wohl nicht aufrechterhalten. Die eben genannten wirtschaftlichen Gründe sind Erklärung genug dafür, daß nukleartechnisches Gerät und Know-how nach Südafrika transferiert werden. Die atomare Bewaffnung der RSA ist unserer Meinung nach kein Primärziel der Bundesregierung, sie nimmt sie aber in Kauf, um den kapitalismusimmanenten ökonomischen Notwendigkeiten nachzukommen. Der Regierung müßte ebenso wie den beteiligten Unternehmen klar sein, daß die Hilfe, die sie der RSA zu „friedlichen Zwecken" gewähren, diesem Regime den Weg zur Atombombe wesentlich erleichtert.

Nachtrag

Der oben dargestellte Sachverhalt entsprach dem Kenntnisstand von Ende März 1976. Seitdem eingetretene Ereignisse und neue Recherchen unsererseits machen eine aktuelle Ergänzung erforderlich. Diese betrifft die mögliche militärische Nutzung des südafrikanischen Nuklearpotentials, die Zusammenarbeit zwischen der BRD und der RSA auf dem Gebiet der Unrananreicherung und die Bewerbung der Kraftwerk Union um den Bau des ersten Kernkraftwerk-Komplexes der RSA.

RSA-Ministerpräsident Vorster erklärte im Mai 1976 auf die Frage eines amerikanischen Journalisten, ob die Verteidigungsmaßnahmen Südafrikas eine „nuclear capability" (dieser Begriff erscheint ebenso diffus wie „Nuklearpotential") einschließen würden: „Wir sind nur an der friedlichen Nutzung von Kernkraft interessiert. Aber wir können Uran anreichern, und *wir haben das Potential (capability). Und wir haben den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet*" [106]).

Die „Neue Zürcher Zeitung" vom 13. Mai 1976 faßte Vorsters Äußerung als Warnung an Länder auf, „die versucht sein könnten, Südafrika anzugreifen".

Wenige Tage zuvor hatte ein Abgeordneter des südafrikanischen Parlaments die Regierung aufgefordert, die Möglichkeit einer „kleinen Force de frappe" ins

104) „Der Spiegel", 43/1975, S. 27, und 12/1976, S. 70; FR v. 23. 10. 1975.
105) Bei Gründung der WEU 1954 wurde festgelegt, daß die BRD keine eigenen atomaren, biologischen und chemischen Waffen herstellen darf.
106) „Newsweek" v. 17. 5. 1976, S. 23 (Hervorh. d. Verf.).

Auge zu fassen, eine Anregung, von der nicht bekannt geworden ist, daß Vorster sie zurückgewiesen hätte [107]).

Kürzlich gab die Bundesregierung bekannt, daß die BRD keine Urananreicherungsanlage nach Südafrika liefere [108]). — Die Behauptung in der ANC-Dokumentation, das Nürnberger Maschinenbau-Unternehmen MAN werde Kompressoren im Werte von 460 Mio. DM für die Anlage (zur Beschleunigung von Uranhexafluorid) zuliefern, wurde von der Firma mit dem Hinweis dementiert, die bestellten Kompressoren seien für südafrikanische Bergwerke bestimmt. Trotzdem halten sich weiterhin Behauptungen, daß das Unternehmen Lieferaufträge für Komponenten der Anreicherungsanlage erhalten habe; diese Zulieferungen sollen bereits in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr mit NATO-Codifizierungsnummern versehen werden [109]).

Für große Schlagzeilen sorgte die am 29. Mai 1976 bekanntgewordene Entscheidung der südafrikanischen ESCOM, den Auftrag für die Errichtung zweier Kernkraftwerke an die französische Framatome-Gruppe zu vergeben. Bis zuletzt hatte sich die KWU gute Chancen ausgerechnet und zeigte sich dementsprechend „völlig überrascht" [110]). Enttäuschung machte sich auch bei dem anderen Bewerber breit, dem Konsortium von General Electric und BBC, dem sich der niederländische Konzern Rijn-Schelde-Verolme angeschlossen hatte. Dieses amerikanisch-schweizerisch-holländische Konsortium hatte den Auftrag schon fast sicher, bis dann das französische Konsortium Ende Mai ein neues Angebot unterbreitete, das von Pretoria sofort akzeptiert wurde [111]).

Kaum war die Entscheidung bekanntgeworden, wurden — vermutlich angeregt durch „halb-offizielle" Ansichten, die südafrikanische Kreise in Umlauf brachten — sowohl in der westdeutschen wie in der französischen Presse *politische Gründe* für den südafrikanischen Beschluß verantwortlich gemacht. Hinsichtlich der BRD sollen kritische Äußerungen von Genscher und Schmidt bezüglich der Apartheidpolitik und der Situation in Namibia als Einmischung in innere Angelegenheiten Südafrikas aufgefaßt worden sein. Die Verärgerung der Südafrikaner habe dazu beigetragen, daß die KWU den Auftrag nicht erhalten habe. Stichhaltiger scheint das Argument zu sein, das Zögern der Bundesregierung bei der Erteilung der Exportgenehmigung habe die südafrikanische Entscheidung beeinflußt.

Ähnliche Schwierigkeiten werden als Grund dafür angeführt, daß sich der südafrikanische Auftraggeber auch nicht für das Angebot des amerikanisch-schweizerisch-niederländischen Konsortiums entschieden habe. In den Niederlanden führte die Auseinandersetzung um die Exportgenehmigung zu einer regelrechten Regierungskrise. Weiter war in der Presse zu lesen, die USA hätten die Lieferung von politischen Bedingungen abhängig gemacht, während der französische Bewerber „auf rein geschäftlicher Grundlage" verhandelt habe [112]). Außerdem genieße Frankreich in der RSA besonderes Vertrauen, da es sich als zuverlässiger Waffenlieferant erwiesen habe. Wenig später dementierten sowohl die südafrikanische als auch die französische Regierung jeglichen politischen

107) „Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) v. 13. 5. 1976.
108) FR v. 22. 6. 1976.
109) ANC, a.a.O., S. 4 f. und 21; „Die Welt" v. 9. 10. 1975; „Financial Times" v. 27. 9. 1975; „Sechaba" 11—12/1975, S. 4.
110) „Die Welt" v. 1. 6. 1976.
111) So jedenfalls die französische Darstellung; vgl. „Die Welt" v. 2. 6. 1976 und „Handelsblatt" v. 2. 6. 1976.
112) NZZ v. 1. 6. 1976.

Zusammenhang und erklärten, allein kommerzielle und technische Erwägungen hätten den Ausschlag gegeben [113]).

Bleibt festzustellen, daß das Geschäft der KWU mit der RSA in diesem Falle nicht deswegen scheiterte, weil die Bundesregierung eine solche Lieferung prinzipiell und kategorisch abgelehnt hätte, sondern vielmehr, weil Südafrika sich einen noch *besseren* Partner aussuchte.

Wenngleich die KWU-Bewerbung keine Berücksichtigung fand, läßt sich dennoch eine westdeutsche Mitwirkung an dem genannten Projekt nachweisen, und zwar eine Mitwirkung in der *Planungsphase*. Das „Jahrbuch der Atomwirtschaft 1976" (S. 189) schreibt dazu: „Die ... (ESCOM) erteilte dem deutschen *Institut für Reaktorsicherheit (IRS)* einen Auftrag für eine sicherheitstechnische Beratung für das erste geplante Kernkraftwerk bei Koeberg. In einer ersten, bereits abgeschlossenen Studie wurde eine vergleichende sicherheitstechnische Bewertung der verschiedenen Angebote der Reaktorlieferanten anhand der Sicherheitskriterien der USAEC (United States Atomic Energy Commission, d. Verf.) vorgenommen. In einer zweiten Arbeitsphase sollen ab Herbst 1975 quantitative Detailuntersuchungen durchgeführt werden."

Das IRS wurde 1965 gemeinsam von den 11 bundesstaatlichen Technischen Überwachungsvereinen (TÜV) und dem damaligen Bundesministerium für Wissenschaftliche Forschung gegründet zum Zwecke der Bearbeitung von Sicherheitsfragen der Kerntechnik. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß schon im Dezember 1971 der RSA-Botschafter in der Bundesrepublik, Sole, und ein Beauftragter des TÜV Rheinland den Sicherheitsaspekt nukleartechnischer Anlagen erörterten [114]).

Die KWU kann sich angesichts des entgangenen Südafrika-Geschäfts immerhin noch damit trösten, nur einen Monat später aus dem Iran einen 11-Mrd.-DM-Auftrag zum Bau zweier Kernkraftwerke erhalten zu haben [115]). Auch mit Südafrika könnte das Unternehmen möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt noch ins Geschäft kommen, wenn man sich die vorläufige Planung der RSA auf dem Gebiet der Energieversorgung vor Augen führt: Bis in das Jahr 2000 sollen acht Kernkraftwerke errichtet werden [116]). Die insgesamt zu vergebenden Aufträge sollen — einschließlich des bereits an die Franzosen vergebenen — einen Wert von „15 Mrd. DM und mehr" haben [117]). Wenngleich die Framatome-Gruppe dabei eine favorisierte Stellung innehat, scheint dennoch nicht ausgeschlossen, daß die KWU den einen oder anderen Auftrag einheimst. Denkbar scheint auch, daß es angesichts des enormen wertmäßigen Umfangs der südafrikanischen Planung zu einer Zusammenarbeit zwischen Framatome und KWU in der RSA kommen könnte [118]).

---

113) NZZ v. 3. 6. 1976. — Diese Erklärungen stehen im Widerspruch zur geäußerten Überzeugung der KWU, man habe im Vergleich mit den Franzosen die technisch überlegene Lösung angeboten (vgl. „Die Welt" v. 1. 6. 1976).

114) ANC, a.a.O., S. 20.

115) FR v. 3. 7. 1976.

116) „Nuclear Engeneering International" v. Februar 1975, S. 111 ff.

117) „Handelsblatt" v. 2. 6. 1976.

118) Bereits zum Bau des ersten Kernkraftwerkkomplexes in Südafrika war ein Übereinkommen zwischen der deutschen und der französischen Firma für möglich gehalten worden (vgl. „Blick . . ." v. 14. 10. 1975). Dazu ist es jedoch allem Anschein nach nicht gekommen. Die Spekulation über eine eventuelle künftige Zusammenarbeit zwischen Framatome und KWU gründet sich auf die Tatsache, daß beide Firmen über ihre Beteiligungsgesellschaften Novatome (Framatome) und Interatom (KWU) auf europäischer Ebene bereits eine Kooperation auf nukleartechnischem Teilgebiet („Schnelle Brüter") vereinbart haben (vgl. „Atomwirtschaft", April 1976, S. 169). Warum sollte sich diese Zusammenarbeit nicht ausweiten?

Medienkritik

KEINE ALTERNATIVE ZUM ERFOLG

Die Medien waren soeben voll von den Olympischen Spielen eingenommen; die Leistungen der Athleten, die in Montreal ihre Kräfte im sportlichen Wettkampf miteinander maßen, konnten im Fernsehen jeden Tag über 10 Stunden lang verfolgt werden. Der Spaß für die vielen Zuschauer an den Apparaten stellte sich her über die Identifikation mit den *Leistungen* der Aktiven; diese Identifikation lief dabei sowohl auf der Linie der Freude an den teilweise phantastischen Bewegungsabläufen, als auch auf der Linie unterschwelliger, kurzschlüssig-nationaler Empfindungen.

Ohne daß es den Zuschauern recht bewußt wurde, wurden die tatsächlichen Geschehnisse mehr und mehr aufgesogen durch die letztendliche Erfolgsskalierung: „Es gibt keine Alternative zum Erfolg, und ich meine, das gilt auch für Olympia!" (ZDF-Olympiaberichterstattung vom 24. Juli). — Was hier, mehr oder minder naiv, vom Fernsehmoderator festgestellt wurde, markiert tatsächlich eine wichtige Funktion der „Spiele": indem auf der Linie nationaler Empfindungen die Freude am Erfolg der Athleten tendenziell unabhängig von der Person des Athleten bzw. der sportlichen Disziplin nurmehr an die „Leistung überhaupt" gebunden wurde, wurden zugleich mit der „Unterhaltungsfunktion" bedenkliche ideologische Figuren transportiert. Die Struktur der Berichterstattung vermittelte neben dem Spaß am Sport zugleich wichtige ideologische Bedeutungsmomente von *„Leistung":*

1. Der *Erfolg erscheint immer irgendwie gebunden an Eigenschaften eines gewissermaßen mystifizierten, überhöhten kollektiven Subjekts „Nation"*, ohne daß die dabei bestehenden Widersprüchlichkeiten den Rezipienten bewußt würden: Daß die

Sportler der beiden deutschen Staaten zusammen mehr Medaillenerfolge als die USA oder die UdSSR erringen, zeugt für die „naturgegebene Leistungsfähigkeit" *der* Deutschen; daß die

Sportler der DDR mehr Erfolge als die Sportler der Bundesrepublik errangen, wurde hingegen mit dem Geldaufwand für Trainingsmöglichkeiten „erklärt".

Zugleich wird die „Leistung" selbst beliebig. Der auf der Linie nationaler Bestätigung laufende Erfolgszwang saugt die Tätigkeitsmerkmale der unterschiedlichen Disziplinen und die Sportlerpersönlichkeiten soweit auf, daß die Zuschauer selbst bei Sportarten noch gebannt folgen, die normalerweise nie sein Interesse erhielten.

2. *Der Zwang zum Erfolg erzeugt folgelogisch erhöhte Entfremdungsbedingungen auf seiten der Aktiven, welche in der Rezeption nie soweit realisiert werden, daß sie den Spaß am Zuschauen beeinträchtigen.*

Einerseits zeitigt sich diese Entfremdung im erhöhten *Konkurrenzdruck* unter den Sportlern; alle sind sich „Konkurrenten".

Gleichzeitig erscheint sie in physischen und psychischen Langzeitfolgeerscheinungen, die infolge der durch hochspezialisiertes Training bedingten Vereinseitigung der Lebensbedingungen der Sportler auftreten. —

Wenn diese Trainings-„leistungen" der Athleten gar noch als *„Arbeit"* (ZDF, s. o.) verkauft werden, dann zeigt das, daß auch die Sportberichterstatter von der benannten Vereinseitigung nicht verschont bleiben. Es deutet aber auch darauf hin, wieso der Rezipienten-Spaß ungebrochen bleiben kann: die aus der Arbeit und den alltäglichen Lebensbedingungen gewohnten Vereinseitigung verhindern auf seiten der Zuschauer die Erkenntnis, daß es phantastische Leistungen gibt, über die man sich eigentlich gar nicht freuen dürfte, weil der dahinterstehende Leistungsanspruch sozial unverantwortbar ist.

Henning Walter

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Zur Investitionstätigkeit der Industrie

Im Kernprozeß der zyklischen Bewegung der Wirtschaft steht die Investitionstätigkeit in der Industrie, der Investitionszyklus kann als Basis der konjunkturellen Entwicklung betrachtet werden. Bei der Beurteilung der Konjunkturlage muß der industriellen Investitionstätigkeit also besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, obwohl sie mit ungefähr 15 % einen vergleichsweise geringen Anteil an den gesamtwirtschaftlichen Investitionen hat.

Nun ist ein herausragendes Merkmal der gegenwärtigen Konjunkturphase, daß trotz einer deutlichen — in den letzten Monaten allerdings abgeschwächten — Produktionszunahme die Investitionstätigkeit insgesamt kaum zunimmt, wobei die industriellen Investitionen sich auf besonders niedrigem Niveau bewegen.

Am deutlichsten schlägt sich die Entwicklung der Investitionstätigkeit noch in den Indizes der Maschinenbauindustrie nieder.

1. Produktion und Auftragsbestand des Maschinenbaus

	Index der industriellen Nettoproduktion (1970 = 100)			*Index des Auftragsbestands (1970 = 100) [1]*		
	1975	*1976*	*Veränderung in %*	*1975*	*1976*	*Veränderung in %*
Januar	*84,8*	*90,1*	*+ 6,3*	*82,2*	*116,5*	*+ 41,7*
Februar	*89,0*	*92,0*	*+ 3,4*	*87,3*	*110,9*	*+ 27,0*
März	*100,9*	*89,6*	*— 11,2*	*83,0*	*114,3*	*+ 37,7*
April	*94,4*	*99,7*	*+ 5,6*	*88,2*	*114,6*	*+ 29,9*
Mai	*104,7*	*100,8*	*— 3,6*	*87,5*	*103,5*	*+ 18,2*

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 6/1976.
1) Wertindizes.

Die im Vorjahresvergleich relativ hohen Zuwachsraten des Auftragsbestands — die allerdings um Preissteigerungsraten von etwa 5 % bereinigt werden müßten — erklären sich aus der Wirkung der Investitionszulage. Da der Stichtag für die Auslieferung der bestellten Güter bei Beanspruchung der Prämie erst der 30. Juni war, verfügten die Maschinenbauer über einen Auftragsüberhang an vorgezogenen Bestellungen. Bei diesen Zahlen muß auch berücksichtigt werden, daß sie erhebliche methodische Unsicherheitsfaktoren enthalten. So waren z. B. die veröffentlichten Zahlen der Auftragseingänge beim Maschinenbau nach Mitteilung des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten (VDMA) in den ersten Monaten des Jahres beträchtlich überhöht und mußten später nach unten korrigiert werden. Die Inlandsauftragseingänge waren z. B. im Januar um 28 %, im Februar um 8 % und im März um 12 % überhöht ausgewiesen worden, die Folge einer Umstellung beim statistischen Bundesamt. Solche Fehler sind jedoch auch bei anderen Branchen durchaus die Regel, wenn die Abweichungen auch meist kleiner sind.

Inzwischen dürfte die Produktion der Investitionsgüterindustrien weiter zurückgegangen sein, da die Investitionszulage abgelaufen ist.

Eine Grundlage für kurzfristige Prognosen können die vorgeführten Zahlen natürlich nicht sein. Einen gewissen Hinweis erlaubt die in regelmäßigen Abständen vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung durchgeführte Unternehmensbefragung (vgl. auch „Blätter", 7/1975, S. 819 ff.).

Allerdings sind die Ergebnisse nur begrenzt zuverlässig: Nach der Befragung vom April 1975 hätte die Investitionstätigkeit 1975 zumindest leicht zunehmen müssen, war aber tatsächlich deutlich rückläufig.

2. *Investitionen der verarbeitenden Industrie* [1])

	1973	%	1974	%	1975	%	1976 [2])	%
Verarbeitende Industrie insgesamt	*34,1*	*— 1*	*33,4*	*— 3*	*32,2*	*— 3*	*33,5*	*+ 4*
Darunter								
Grundstoff- und Produktionsgüter	*12,8*	*— 5*	*12,6*	*— 3*	*12,9*	*+ 2*	*13,3*	*+ 3*
Investitionsgüter	*12,2*	*+ 3*	*12,5*	*+ 4*	*11,3*	*—10*	*11,6*	*+ 3*
Verbrauchsgüter	*5,6*	*+ 5*	*4,9*	*—16*	*4,5*	*— 7*	*4,8*	*+ 7*
Nahrungs- und Genußmittel	*3,5*	*— 7*	*3,4*	*— 4*	*3,5*	*+ 4*	*3,7*	*+ 6*

Quelle: „Ifo-Schnelldienst", 17/1976.
1) In Mrd. DM, Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr, in jeweiligen Preisen.
2) Planungen.

Da die Investitionsgüterpreise gegenwärtig um durchschnittlich gut 4 % über dem Vorjahresniveau liegen, werden die Investitionen demnach 1976 real knapp stagnieren.

Auch wenn alle diese Zahlen natürlich mit einigen Unsicherheiten behaftet sind, so bleibt als Tendenz doch festzuhalten, daß der „Aufschwung" ganz entgegen dem „normalen" Verlauf durch eine ausgeprägte Investitionsschwäche gekennzeichnet ist, also nicht von der Neuanlage fixen Kapitals getragen wird.

Diese Tatsache muß zunächst überraschen:

— Die Investitionstätigkeit der verarbeitenden Industrie ist seit 1972 real rückläufig.

— Die Krise war außerordentlich lang und tief und durch Rekordzahlen von Unternehmenszusammenbrüchen gekennzeichnet.

— In der Krise wurde verstärkt rationalisiert, d. h. es wurde lebendige Arbeitskraft durch Maschinen und Anlagen ersetzt. So lag die Industrieproduktion 1975 nur knapp unter der von 1972, die Zahl der Beschäftigten der Industrie aber lag um mehr als 700 000 oder 8,5 % unter der von 1972.

— Schließlich steigen die Unternehmergewinne seit mehr als einem Jahr steil an. Die „Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" lagen im ersten Halbjahr 1976 nach Schätzung des Ifo-Instituts um 26,5 % über dem Vorjahresstand, die Nettolohn- und -gehaltssumme ist nur noch um 2,5 % gewachsen.

Nun muß erklärend hinzugefügt werden, daß den Jahren der Stagnation bzw. der rückläufigen Investitionen 1969 und 1970 ein Investitionsboom vorangegangen war, der natürlich zum Aufbau von Überkapazitäten geführt hat.

Infolgedessen sank die Kapazitätsauslastung im Tiefpunkt der Krise auf unter 75 % und lag auch im April 1976 mit 80 % noch sehr niedrig. Der Auslastungsgrad nahm also nur um 5 % zu, obwohl die Industrieproduktion immerhin 11 % höher war.

Doch ist auch diese vergleichsweise niedrige Kapazitätsauslastung erklärungsbedürftig, zumal die rückläufige Investitionstätigkeit zu einem schon seit 1973 verlangsamten Potentialwachstum geführt hat.

Eine Erklärung dieser Entwicklung kann im steigenden Anteil der Rationalisierungsinvestitionen liegen. Nach der schon erwähnten Ifo-Befragung werden 1976 rund 53 % der Investitionen in erster Linie Rationalisierungszwecken dienen, in der Investitionsgüterindustrie sogar 57 %. Das sind die höchsten Werte seit langem (vgl. „Blätter", 7/1976, S. 819 ff.).

Auch hat sich in der Vergangenheit die Struktur der Anlageinvestitionen verändert. 1975 bestanden sie nur noch zu 18 % aus Bauinvestitionen, gegenüber 22 % in 1973. Das ist natürlich auch Resultat des verlangsamten Potentialwachstums, denn die Veränderung der Produktionsmethoden ohne wesentliche Erweiterung der Kapazitäten läßt sich in der Regel ohne eine Erweiterung der Gebäude bewerkstelligen.

3. Investitionen und neue Produktionsmethoden [1])

	1971	*1972*	*1973*	*1974*	*1975*	*1976* [2])
Verarbeitende Industrie	*31*	*38*	*39*	*33*	*42*	*42*
Darunter						
Grundstoff- und Produktionsgüter	*20*	*36*	*34*	*19*	*41*	*38*
Investitionsgüter	*48*	*51*	*58*	*55*	*53*	*54*
Verbrauchsgüter	*26*	*21*	*19*	*20*	*26*	*28*
Nahrungs- und Genußmittel	*24*	*27*	*27*	*23*	*32*	*36*

1) In % der Unternehmen, gewichtet mit dem Umsatz.
2) Planungen.

Ein insgesamt steigender Anteil der Investitionen dient also der Einführung neuer Produktionsmethoden.

Die Einführung neuer Produktionsmethoden hat in der Regel nicht nur einen Rationalisierungseffekt hinsichtlich der Einsparung lebendiger Arbeit. So gibt es Produktionsmethoden, die außer einer Einsparung an Arbeitskräften auch eine Einsparung an fixem Kapital beinhalten. Typisch ist z. B. die Entwicklung der Computerindustrie, die in den letzten Jahren nicht nur leistungsfähigere, sondern auch billigere Einrichtungen produziert hat: die Anschaffung einer neuen Anlage bedeutet für einen Betrieb daher häufig nicht nur eine Einsparung an Arbeitskräften, sondern gleichzeitig auch an fixem Kapital. Die Entwicklung auf dem Gebiet der Taschenrechner soll hier als Beispiel erwähnt werden, weil sie diesen Effekt in einer jedem Einzelnen einsehbaren Form demonstriert.

Außerdem kann diese „Ökonomisierung des fixen Kapitals" auch als eine besondere Folge der Krise eintreten. So ermöglicht z. B. die Schichtarbeit eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Anlagen. In der Situation der Arbeitskräfteknappheit war es in vielen Fällen kaum möglich, ausreichend Arbeitskräfte für diese schwere und auf die Dauer gesundheitsschädliche Tätigkeit zu bekommen. Unter Umständen war das nur bei hohen außertariflichen Schichtzulagen und sonstigen Vergünstigungen möglich, so daß der kostensparende Effekt der besseren Anlagennutzung durch die Zusatzkosten der Schichtarbeit wieder aufgefangen wurde. Die Existenz von Dauerarbeitslosigkeit verändert diese Situation wesentlich. Es wird nun eher möglich, auf Schichtarbeit überzugehen. Der Effekt ist eine Kapazitätserweiterung — z. B. bei Übergang von einer 16stündigen zu einer vollkontinuierlichen Produktionsweise — von 50 %, ohne eine Zusatzinvestition. Dabei ist hier natürlich von der Ausweitung der Reparaturen und dem schnelleren Verschleiß abgesehen.

Tatsächlich hat auch nach verschiedenen Aussagen — genauere Untersuchungen sind dem Autor nicht bekannt — der Umfang der Schichtarbeit in der Krise zugenommen. Da der Überschuß am Arbeitsmarkt stabil bleibt, dürfte das eine längerfristige Tendenz sein. Auch die hohe Zahl von Konkursen kann einen ähnlichen Effekt haben. Zwar wurden dadurch umfangreiche Kapazitäten vernichtet, doch dürfte es sich dabei in der Regel um ältere, weniger produktive Einheiten handeln, so daß die verbleibenden Anlagen im Durchschnitt der Industrie eine größere Produktivität besitzen.

Diese als „Ökonomisierung des fixen Kapitals" bezeichnete Entwicklung kann hier empirisch nicht nachgewiesen werden. Das würde umfangreiche Untersuchungen erfordern. Würde sich das für die letzten Jahre jedoch belegen lassen, dann wäre damit eine mögliche Erklärung für die langsame Entwicklung der Investitionstätigkeit und die hohen Überkapazitäten gegeben.

An dieser Stelle können nun weder Vermutungen darüber angestellt werden, ob es sich dabei um eine empirisch taugliche Erklärung handelt, noch kann festgestellt werden, ob dahinter eine langfristige Tendenz oder nur die geschilderten Effekte der Krise stecken. Immerhin scheinen doch genauere Überlegungen und Untersuchungen in dieser Richtung notwendig zu sein. So wurde z. B. für die USA eine solche langfristige Tendenz sinkender Fondsintensität registriert (vgl. Inosemzew, Der heutige Kapitalismus, Berlin [DDR] 1973). Würde sich das als gesamtgesellschaftliche Tendenz belegen lassen, so wäre es vor allem krisentheoretisch von großer Bedeutung. Jörg Goldberg

BRD-DDR-Systemvergleich, wirtschaftlich

Seit eine Million Arbeitslose fast schon als Normalität gilt und allenthalben wirtschaftliche Krisenerscheinungen spürbar werden, hat die früher beliebte Praxis, die Leistungsfähigkeit der BRD-„Marktwirtschaft" an den wirtschaftlichen Resultaten sozialistischer Politik in der DDR zu messen, viel von ihrer Eindruckskraft verloren. Interessant ist, wie sich die veränderte Perspektive in einem *nach* 1973 entstandenen bundesdeutschen Lehrbuch, Harald Winkels „Die Wirtschaft im geteilten Deutschland 1945—1970" *) darstellt.

Winkels Untersuchung soll in Schul- und Hochschulausbildung als einführender Grundlagentext benutzt werden. Sie bietet einen teilweise mit Zahlen und Daten gespickten Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung in beiden deutschen Staaten, vermeidet fachsprachliche Trockenheit und kommt bei einer abschließenden Beurteilung der Ergebnisse ökonomischer Systemkonkurrenz im Kontrast zu gängigen Vorstellungen zu der Aussage, „daß das reale Entwicklungstempo im Verlauf der letzten 20 Jahre in beiden Staaten in etwa gleich stark war" (S. 182). Winkel resümiert: „Im Vergleich zur BRD ... war die wirtschaftliche Entwicklung der DDR seit 1963 ununterbrochen erfolgreich, die Investitionen stiegen stärker als in der BRD, und der individuelle Konsum erhöhte sich in etwa dem gleichen Ausmaß ... Rein mengenmäßig hat die DDR in Produktion und Versorgung zu Beginn der 1970er Jahre den Anschluß an die BRD erreicht" (177).

Wie Winkel allerdings zu einer solchen Schlußfolgerung kommen kann, bleibt ein Rätsel. Die Grundlage seiner Analyse (die vor allem im Abschnitt über Reparationen und Demontagen nach 1945 eine Reihe nützlicher Daten enthält) ist eine platte neoliberale Konzeption, eine radikale Ausklammerung politischer und sozialtheoretischer (bzw. soziologischer) Fragestellungen und eine durch diesen Rahmen begrenzte Gegenüberstellung eines Einerlei statistischer Daten. Für Winkel verlängerte sich nach 1945 die nationalsozialistische Ökonomie bruchlos in sowjetzonale Wirtschaft, während in der BRD eine echte Wirtschaftsreform stattfand: „Dem in den drei Westzonen geglückten Versuch, eine neue Wirtschaftsordnung zu gestalten, stand in der sowjetischen Zone nichts vergleichbares gegenüber. Auseinandersetzungen um die Neuordnung des Wirtschaftslebens wurden hier nicht geführt ... Vielmehr wurden das überkommene System des staatlichen Lenkungsapparates sowie die kriegswirtschaftlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen voll übernommen und im Sinne einer sozialistischen Planwirtschaft weiter ausgebaut" (64); es „bedurfte ja nur weniger organisatorischer Veränderungen, um das 1945 vorgefundene planwirtschaftliche Modell für die eigenen Ziele nutzbar zu machen" (170). Auf der Grundlage dieses weder empirisch noch theoretisch haltbaren Konzepts setzt Winkel dem Leser eine ganze Menge gängiger Behauptungen vor, die sich in der konservativen bzw. antikommunistischen Wirtschaftsgeschichte seit jeher vorfinden.

Das beginnt mit der Rede von „der erzwungenen Vereinigung von SPD und KPD" (12), setzt sich fort in der Behauptung von der Zwangssowjetisierung und -bolschewisierung der SBZ (26, 170) — während andererseits in den Westzonen die „Marktwirtschaft" offenbar ganz von alleine entstand — und klammert daher konsequent die wirtschaftsgestaltenden und -aufbauenden Aktivitäten der deutschen Arbeiterbewegung in Deutschland aus. Die Entnazifizierung ist Winkel unangenehm: vornehm erwähnt er den „Einfluß einer Reihe von Prozessen, in denen das Verhalten der Großkonzerne und ihrer Führer untersucht wurde" (50), erwähnt aber vorsichtshalber nicht, warum und mit welchem Resultat. Das paßt in ein Konzept, das zwischen Faschismus und Sozialismus und nicht zwischen Kapitalismus und Faschismus einen Zusammenhang herstellen will. Natürlich findet sich die problematische These von der weitgehenden Auspowerung der SBZ/DDR durch die SU, die solange unverständlich bleibt, als nicht von der materiellen Lage der SU nach 1945 und der Änderung der Wirtschaftsbeziehungen im zweiten Drittel der 50er Jahre die Rede ist. Die Aktivität der USA nach 1945 zur Restauration der kapitalistischen Ökonomie erscheint als uneigennützige Hilfe aus humanen Motiven. Das planwirtschaftliche Sy-

*) Harald Winkel, Die Wirtschaft im geteilten Deutschland 1945—1970, Wiesbaden 1974, 217 S., Wiss. Paperbacks 4, Sozial und Wirtschaftsgeschichte.

stem ist für Winkel voller „Schwerfälligkeit, Kompetenzüberschneidung, Fehlplanung und Improvisation" (65) — empirische Beweise oder ein Bemühen, die strukturelle Bedingtheit solcher Eigenheiten der Planwirtschaft gründlich abzuleiten, erübrigen sich. Im Wirtschaftssystem der BRD dagegen waltet die „Unternehmerinitiative" (63) in „einer vom Zwang befreiten Wirtschaft" (63 f.), welche der „Eigeninitiative" und dem „Leistungswillen" (200) den ihnen zustehenden marktwirtschaftlichen Raum gibt. Daher gibt es hierzulande Südfrüchte, welche in der DDR „nach wie vor nur selten im Angebot" (194) sind. Rainer Rilling

Dokumente zum Zeitgeschehen

Stellungnahme des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg zur Ablehnung der Ernennung von Dr. Jürgen Harrer zum Dozenten im Beamtenverhältnis auf Zeit durch das hessische Kultusministerium

(Auszüge)

Die wachsenden Proteste des Auslands gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik haben mehrere Repräsentanten der SPD-Führung dazu veranlaßt, sich von dieser seit mehreren Jahren auch von ihnen mitgetragenen Politik teilweise zu distanzieren. Diese Wendung wird in der Regel mit der Behauptung verbunden, lediglich die Praxis der von CDU und CSU regierten Länder habe zur Diskreditierung der Bundesrepublik beigetragen. Auffallend ist aber schon seit längerer Zeit eine zunehmende Anpassung der Berufsverbotspolitik SPD/FDP-regierter Länder an die Gepflogenheiten von CDU/CSU-Verwaltungen.

Ein Beispiel dafür liefert die Ablehnung der Bewerbung des Politikwissenschaftlers Dr. Jürgen Harrer um eine zeitlich befristete Hochschullehrerstelle am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg. In seinem Ablehnungsbescheid verweist das hessische Kultusministerium darauf, es habe zur Beurteilung Harrers zusätzliche Gutachten von Fachkollegen außerhalb Hessens herangezogen. Diese Gutachten selbst werden ebenso wie die Namen ihrer Verfasser vom Ministerium geheimgehalten. Derartige Geheimgutachten waren bislang nur in von CDU und CSU regierten Ländern üblich. Weiterhin wird Harrer angelastet, sich marxistischer Methoden zu bedienen. Hieraus leitet das Ministerium die Behauptung ab, eine umfangreiche Untersuchung Harrers über die Geschichte der SPD besitze weder Originalität noch Selbständigkeit „und bringe kaum Erkenntnisfortschritt für die Wissenschaft". Darüber hinaus wird Harrer aber auch noch vorgehalten, eine seiner Arbeiten entspreche nicht den Fragestellungen des „Kritischen Rationalismus". Erstmals wird hier also nicht nur Distanz vom Marxismus, sondern sogar das Bekenntnis zu einer bestimmten bürgerlichen Doktrin erwartet. Dies ist eine absolut neue Variante in der Berufsverbotspraxis.

Kurt Bayertz hat in den „Blättern" 3 und 4/1976 nachgewiesen, wie sehr sich SPD-Politiker in Staatspositionen für eine Erhebung des „Kritischen Rationalismus" zur Parteidoktrin *einsetzen. In der Ablehnungsbegründung gegen Dr. Harrer gerät diese Lehre überdies zu einem Kriterium für Berufsverbote, also zur* Staatsdoktrin.

Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus einer Stellungnahme des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg zu diesem Fall. D. Red.

Autoren dieses Heftes

RUGEMER, Werner, geb. 1941, Studium der Erziehungswissenschaften, bis 1974 Tätigkeit in der internationalen Jugendarbeit (u. a. SCI), jetzt Redakteur der Zeitschrift „Demokratische Erziehung". *** *SCHILLING, Wilfrid*, geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als freier Journalist in Italien; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *AXT, Heinz-Jürgen*, geb. 1946 in Dillenburg, Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Bochum, promoviert z. Z. zu einem Thema der westeuropäischen Integration; Veröffentlichung: „Westeuropäische Integration, Nationalstaat und Arbeiterbewegung", in: F. Deppe (Hrsg.), EWG und westeuropäische Arbeiterbewegung, Köln 1975 (Pahl-Rugenstein Verlag). *** *PROKOPCZUK, Jerzy*, Professor für internationale Angelegenheiten an der Universität Warschau. *** *GREINER, Bernd*, geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA. *** *BASTEN, Doris* (Pseudonym). *** *KLOPP, Jens*, geb. 1954 in Hamburg, Studium der Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. *** *KÖRNER, Peter*, geb. 1952 in Hamburg, Studium der Politikwissenschaft, Romanistik und Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg. *** *SALOCH, Reinhard*, geb. 1943 in Neustadt/Holstein, Studium der Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. *** *WALDEN, Hans*, geb. 1952 in Hamburg, Studium der Mittleren und Neueren Geschichte und der Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. *** *HERVÉ, Dr. Florence*, geb. 1944 in Paris, Studium der Germanistik in Nanterre und Vincennes, lebt als freie Journalistin in Bonn; Buchveröffentlichung: Studentinnen in der BRD, Köln 1973. *** *WISBAR, Renate*, geb. 1948, Diplom-Soziologin; mehrere Veröffentlichungen zur Frauenfrage.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Vorgebirgstraße 183, 5000 Köln 51, Telefon 36 22 41.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard & Co. KG, Köln.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Einundzwanzigster Jahrgang · Heft 8/1976

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Juli 1976

1. 7. — B R D / U d S S R. Mit einer Veröffentlichung im Bulletin des Presse- und Informationsamtes (Text in „Blätter", 7/1976, S. 825 ff.) beantwortet die Bundesregierung eine Erklärung der sowjetischen Regierung zu den Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik vom 22. Mai 1976 (Text in „Blätter", 6/1976, S. 695 ff.).

— S p a n i e n. Ministerpräsident Arias Navarro tritt überraschend zurück. Zu seinem Nachfolger wird am 4. 7. Adolfo Suarez ernannt und von König Juan Carlos mit der Umbildung der Regierung beauftragt. Neuer Außenminister wird Marcelino Oreja. — Am 30. 7. verkündet der König eine Teilamnestie für politische Gefangene. Über die Zahl der betroffenen Personen werden unterschiedliche Angaben gemacht.

2. 7. — V i e t n a m. Die in Hanoi tagende Nationalversammlung (vgl. „Blätter", 7/1976, S. 73) faßt folgende Beschlüsse: 1. Das wiedervereinigte Vietnam erhält den Namen „Sozialistische Republik Vietnam"; 2. Staatsflagge ist die bisherige Flagge der Demokratischen Republik Vietnam (seit deren Proklamierung am 2. September 1945); 3. Das Emblem der Republik ist (mit veränderter Inschrift) das bisherige Emblem der DRV; 4. Hauptstadt ist Hanoi; 5. Saigon heißt künftig Ho-Chi-Minh-Stadt. Die Nationalversammlung beruft eine Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Präsident des wiedervereinigten Vietnam wird Ton Duc Thang (bisher Präsident der DRV), Ministerpräsident Phan Van Dong (bisher Ministerpräsident der DRV).

— *Sudan. Die Regierung gibt die Niederschlagung eines Putsches gegen Präsident Numeiri bekannt. In einem Schreiben an den UN-Sicherheitsrat und die Arabische Liga wird Libyen beschuldigt, „eine bewaffnete Invasion" gegen sudanesisches Territorium „vorbereitet und durchgeführt" zu haben. Die libysche Nachrichtenagentur weist diesen Vorwurf in einer Stellungnahme zurück.*

3.—4.7. — Uganda/Israel. In einer nächtlichen Aktion besetzen israelische Luftlandeeinheiten den Flughafen Entebbe in Uganda, wo sich rund 100 Passagiere (in der Mehrzahl israelische Staatsangehörige) eines entführten Airbus der französischen Fluggesellschaft Air France in der Gewalt mehrerer Entführer befinden. Nach der Zerstörung eines Teils des Flughafens und mehrerer Flugzeuge werden die Geiseln und die französische Airbusbesatzung an Bord der israelischen Maschinen genommen und (mit einer Zwischenlandung in der kenianischen Hauptstadt Nairobi) nach Tel Aviv gebracht. Vor der Knesseth begründet Ministerpräsident Rabin die Aktion und spricht von einer „doppelten Strategie"; Israel hatte sich zunächst bereiterklärt, mit den Entführern zu verhandeln. — Am 5.7. erklärt UN-Generalsekretär Waldheim während eines kurzen Aufenhalts in Kairo einer Korespondentin der Zeitung „Al-Ahram": „Ich bin noch nicht über alle Einzelheiten unterrichtet, es scheint jedoch festzustehen, daß israelische Flugzeuge in Entebbe gelandet sind, was eine ernste Verletzung (serious violation) der Souveränität eines Mitgliedsstaates der Vereinten Nationen darstellt." — Vom 9.—14.7. behandelt der UN-Sicherheitsrat das israelische Vorgehen. Ein Resolutionsentwurf der afrikanischen Mitglieder (Benin, Libyen und Tansania) wird noch vor der Abstimmung zurückgezogen; ein amerikanisch-britischer Entwurf erhält nur 6 von 15 Stimmen.

4.7. — Mexiko. Zum neuen Präsidenten wird José López Portillo, Kandidat der regierenden Institutionellen Revolutionspartei (PRI), gewählt. Portillo, der seine sechsjährige Amtszeit am 1. Dezember 1976 antritt, löst den bisherigen Präsidenten Luis Echeverria Alvarez (ebenfalls PRI) ab, der nach der Verfassung nicht mehr kandidieren konnte.

5.7. — Italien. Die beiden Kammern des neugewählten Parlaments (vgl. „Blätter", 7/1976, S. 723) treten in Rom zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Zu Präsidenten werden gewählt: Abgeordnetenkammer: Pietro Ingrao (Kommunist) mit 488 Stimmen bei 117 Enthaltungen; Senat: Amintore Fanfani (Christdemokrat) mit 270 Stimmen bei 43 Enthaltungen. — Am 13.7. beauftragt Präsident Leone nach vorangegangenen Konsultationen mit den Parteivorsitzenden den bisherigen Haushaltsminister Giulio Andreotti (DC) mit der Regierungsbildung. — Am 27.7. gibt der Parteivorstand der Democrazia Cristiana einstimmig seine Zustimmung zur Bildung eines Minderheitskabinetts unter Andreotti. — Am 30.7. vereidigt Präsident Leone das neue Kabinett, das aus 21 (bisher 22) Ministern besteht; sieben Minister treten neu in die Regierung ein. Außenminister wird Arnaldo Forlani.

5.—6.7. — BRD/Frankreich. Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing treffen in Hamburg zu ihrem regelmäßigen Konsultationsgespräch zusammen. Wichtigste Themen sind der „Nord-Süd-Dialog" und die Direktwahlen für das Europäische Parlament.

7.—9.7. — RGW. Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) hält in Berlin seine 30. Tagung ab, an der die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten teilnehmen. Der Rat vereinbart die Ausarbeitung von gemeinsamen Zielprogrammen für die Zusammenarbeit in wichtigen Zweigen der Produktion (vor allem auf dem Gebiet der Brenn- und Rohstoffe, des Maschinenbaus, der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Konsumgütern, sowie des Transportwesens) für einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren.

12.—13.7. — EG. Auf einer Zusammenkunft in Brüssel befaßt sich der Europäische Rat der Regierungschefs erneut mit der für Mai/Juni 1978 geplanten Direktwahl der Abgeordneten für das Europäische Parlament (vgl. „Blätter", 5/1976, S. 481) und einigt sich auf folgende Sitzverteilung: Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien je 81 (bisher je 36)), Niederlande 25 (14), Belgien 24 (14), Dänemark 16 (10), Irland 15 (10), Luxemburg 6 (6) Abgeordnete. Dem Parlament sollen insgesamt 410 (bisher 198) Abgeordnete angehören. Der Rat nimmt die Erklärung von Bundeskanzler Schmidt zur Kenntnis, der Rechtsakt über die Direktwahl werde auch auf Berlin (West) Anwendung finden. Für die Nachfolge des Präsidenten der EG-Kommission,

des Franzosen Francois-Xavier Ortoli, dessen Amtszeit Ende 1976 abläuft, wird der britische Innenminister Roy Jenkins nominiert. — Am 27. 7. beginnen in Brüssel offizielle Verhandlungen über einen Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemenschaften. Der griechische Koordinationsminister Papaligouras erklärt vor der Presse, seine Regierung strebe „Übergangsregelungen" für einen Zeitraum von mehreren Jahren an.

12.—15. 7. — U S A. Der Parteikonvent der Demokraten nominiert Jimmy Carter als Kandidat für die Präsidentenwahlen am 2. November 1976. Carter erhält 2468 von 3008 Delegiertenstimmen (notwendige Mehrheit 1505 Stimmen). Für die Vizepräsidentschaft wird Walter F. Mondale vorgeschlagen.

14. 7. — U S A / B R D. Bundeskanzler Schmidt tritt eine Reise in die Vereinigten Staaten an. Unmittelbarer Anlaß sind die Feiern zum 200. Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeit. Der Bundeskanzler besucht u. a. Williamsburg, Baltimore und Philadelphia und konferiert in Washington mit Präsident Ford und Außenminister Kissinger; an dem Meinungsaustausch in Washington ist auch Bundesaußenminister Genscher beteiligt. In einem vertraulichen Informationsgespräch mit Journalisten am 16. 7., über das später die „Washington Post" berichtet, erklärt Schmidt, auf der Konferenz von Puerto Rico Ende Juni d. J. (vgl. „Blätter", 7/1976, S. 723) habe zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik Übereinstimmung darüber bestanden, Italien im Falle einer kommunistischen Regierungsbeteiligung keine Wirtschaftshilfe mehr zu gewähren.

— U r u g u a y. Der „Rat der Nation" bestimmt auf einer Geheimsitzung den Rechtsanwalt Aparicio Méndez zum Nachfolger des abgesetzten Präsidenten Bordaberry (vgl. „Blätter", 7/1976, S. 722).

16. 7. — A b r ü s t u n g. Die Außenminister Sauvagnargues und Gromyko unterzeichnen in Moskau ein französisch-sowjetisches „Abkommen über die Verhütung eines zufälligen oder nicht sanktionierten Einsatzes von Kernwaffen" in der Form eines Briefwechsels. An der Unterzeichnung im Kreml nehmen auch KPdSU-Generalsekretär Breschnew, Staatspräsident Podgorny, Ministerpräsident Kossygin und der sowjetische Verteidigungsminister Ustinow teil. Eine entsprechende sowjetisch-amerikanische Vereinbarung war im September 1971 im Rahmen der „Strategic Arms Limitation Talks" (SALT) geschlossen worden (vgl. „Blätter", 10/1971, S. 999). — Am 21. 7. wird in Wien die 9. Verhandlungsrunde über einen Truppen- und Rüstungsabbau in Mitteleuropa beendet (vgl. „Blätter", 6/1976, S. 603).

23. 7. — P o r t u g a l. Der von Präsident Eanes berufene Ministerpräsident Mario Soares stellt sein Minderheitskabinett vor, dem ausschließlich Mitglieder der Sozialistischen Partei, Parteilose und Militärs angehören. Das Außenministerium übernimmt José Medeiros Ferreira.

28. 7. — G r o ß b r i t a n n i e n / U g a n d a. Die britische Regierung bricht die diplomatischen Beziehungen zu Uganda ab. Außenminister Crosland teilt diese Entscheidung vor dem Unterhaus mit. Frankreich sei gebeten worden, die Interessen Großbritanniens in Uganda wahrzunehmen.

30. 7. — U d S S R. Die „Prawda" veröffentlicht ein Interview mit KPdSU-Generalsekretär Breschnew aus Anlaß des Jahrestages der Unterzeichnung der „Schlußakte" von Helsinki am 1. August 1975. Breschnew vertritt die Ansicht, Europa stehe „dank der Konferenz über Sicherheit Zusammenarbeit nunmehr auf einer höheren Stufe" und habe „gelernt, beharrlicher und besser nach der Lösung brennender internationaler Probleme zu suchen". Auf eine Frage nach der „Vereinbarung der USA, der BRD, Frankreichs und Englands", im Hinblick auf eine mögliche Regierungsbeteiligung der Kommunisten in Italien „Maßnahmen des ökonomischen Drucks gegenüber diesem Land zu ergreifen", antwortet Breschnew, aus den Erklärungen von Bundeskanzler Schmidt (vgl. 14. 7.) und anderer Staatsmänner des Westens gehe hervor, „daß diese Tatsache als solche nicht dementiert wird". Allerdings gebe es „in den offiziellen Erklärungen und Pressemeldung bestimmte Nuancen". Die Italienische Kommunistische Partei habe ihre Meinung bereits geäußert. „Wir wissen auch, daß nicht nur in Italien eine Welle des Protestes ins Rollen kam. Überhaupt wuchs diese Frage über die Grenzen rein italienischer Angelegenheiten hinaus." Die Einmischung in den Prozeß der Regierungsbildung in Italien stehe „in schroffem Gegensatz zur Schlußakte von Helsinki".

stem ist für Winkel voller „Schwerfälligkeit, Kompetenzüberschneidung, Fehlplanung und Improvisation" (65) — empirische Beweise oder ein Bemühen, die strukturelle Bedingtheit solcher Eigenheiten der Planwirtschaft gründlich abzuleiten, erübrigen sich. Im Wirtschaftssystem der BRD dagegen waltet die „Unternehmerinitiative" (63) in „einer vom Zwang befreiten Wirtschaft" (63 f.), welche der „Eigeninitiative" und dem „Leistungswillen" (200) den ihnen zustehenden marktwirtschaftlichen Raum gibt. Daher gibt es hierzulande Südfrüchte, welche in der DDR „nach wie vor nur selten im Angebot" (194) sind. Rainer Rilling

Dokumente zum Zeitgeschehen

Stellungnahme des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg zur Ablehnung der Ernennung von Dr. Jürgen Harrer zum Dozenten im Beamtenverhältnis auf Zeit durch das hessische Kultusministerium

(Auszüge)

Die wachsenden Proteste des Auslands gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik haben mehrere Repräsentanten der SPD-Führung dazu veranlaßt, sich von dieser seit mehreren Jahren auch von ihnen mitgetragenen Politik teilweise zu distanzieren. Diese Wendung wird in der Regel mit der Behauptung verbunden, lediglich die Praxis der von CDU und CSU regierten Länder habe zur Diskreditierung der Bundesrepublik beigetragen. Auffallend ist aber schon seit längerer Zeit eine zunehmende Anpassung der Berufsverbotspolitik SPD/FDP-regierter Länder an die Gepflogenheiten von CDU/CSU-Verwaltungen.

Ein Beispiel dafür liefert die Ablehnung der Bewerbung des Politikwissenschaftlers Dr. Jürgen Harrer um eine zeitlich befristete Hochschullehrerstelle am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg. In seinem Ablehnungsbescheid verweist das hessische Kultusministerium darauf, es habe zur Beurteilung Harrers zusätzliche Gutachten von Fachkollegen außerhalb Hessens herangezogen. Diese Gutachten selbst werden ebenso wie die Namen ihrer Verfasser vom Ministerium geheimgehalten. Derartige Geheimgutachten waren bislang nur in von CDU und CSU regierten Ländern üblich. Weiterhin wird Harrer angelastet, sich marxistischer Methoden zu bedienen. Hieraus leitet das Ministerium die Behauptung ab, eine umfangreiche Untersuchung Harrers über die Geschichte der SPD besitze weder Originalität noch Selbständigkeit „und bringe kaum Erkenntnisfortschritt für die Wissenschaft". Darüber hinaus wird Harrer aber auch noch vorgehalten, eine seiner Arbeiten entspreche nicht den Fragestellungen des „Kritischen Rationalismus". Erstmals wird hier also nicht nur Distanz vom Marxismus, sondern sogar das Bekenntnis zu einer bestimmten bürgerlichen Doktrin erwartet. Dies ist eine absolut neue Variante in der Berufsverbotspraxis.

Kurt Bayertz hat in den „Blättern" 3 und 4/1976 nachgewiesen, wie sehr sich SPD-Politiker in Staatspositionen für eine Erhebung des „Kritischen Rationalismus" zur Parteidoktrin *einsetzen. In der Ablehnungsbegründung gegen Dr. Harrer gerät diese Lehre überdies zu einem Kriterium für Berufsverbote, also zur* Staatsdoktrin.

Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus einer Stellungnahme des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg zu diesem Fall. D. Red.

I.

Der hessische Kultusminister hat dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität am 15. April 1976 mitgeteilt, daß er nicht bereit sei, Herrn Dr. Jürgen Harrer zum Dozenten im Beamtenverhältnis auf Zeit zu ernennen.

Die Gründe, welche das Ministerium für diese Entscheidung nennt, vermag der Fachbereich Gesellschaftswissenschaften — ebenso wie im Fall der Ablehnung von Dr. Meyer und Dr. Rilling — nicht zu akzeptieren. Im Ablehnungsschreiben verbinden sich politische Willkür und fachliche Inkompetenz in so krasser Weise, daß der Fachbereich eine gesonderte Auseinandersetzung mit diesem Dokument für notwendig hält, um das wissenschaftliche Ansehen eines Fachbereichsangehörigen zu verteidigen und die Praktiken, welche das Ministerium bei der Behandlung der Überleitungsanträge des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften anwendet, exemplarisch zu beleuchten.

Das Ministerium teilt mit, es habe „von mehreren Professoren für Politologie an verschiedenen Universitäten außerhalb Hessens Gutachten eingeholt". Diese Gutachten sind dem Fachbereich bis heute nicht vorgelegt worden, die Namen ihrer Verfasser werden vom Ministerium nicht genannt. Eine solche Geheimpraxis widerspricht den auf Öffentlichkeit und Nachprüfbarkeit der Argumente begründeten Prinzipien wissenschaftlicher Diskussion und öffnet dem hinterhältigen wissenschaftlichen Rufmord Tor und Tür.

Herr Dr. Harrer hat sich seit 1974 mehrmals in Aufsätzen, Buchbeiträgen und Rezensionen kritisch mit den in der Bundesrepublik vorherrschenden Lehrmeinungen über die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie auseinandergesetzt. Keiner der von ihm Kritisierten hat sich bis heute öffentlich dazu geäußert. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß die vom Ministerium als Gutachter herangezogenen Professoren der von Herrn Harrer kritisierten Wissenschaftsrichtung angehören und nun im Schutz einer ihnen vom Hessischen Kultusministerium gewährten Anonymität eine Auseinandersetzung auf ihre Weise führen, die sie vorher unter Nennung ihres Namens aufzunehmen nicht bereit waren.

II.

Keine der für die Frage der Ernennung relevanten Sachbehauptungen, die das Ministerium über Herrn Dr. Harrer aufstellt, ist zutreffend ...

Nach alledem muß angenommen werden, daß die Gutachter des Ministeriums entweder das Veröffentlichungsverzeichnis von Herrn Harrer nicht sorgfältig gelesen haben oder daß das Ministerium diesen Gutachtern das Veröffentlichungsverzeichnis nicht zugeleitet hat. Im letzteren Fall fehlte den Gutachtern ein wesentlicher Teil der Argumentationsgrundlage, auf die sie sich selbst stützen ...

Das Ministerium behauptet: „Der Anteil Harrers an der Gemeinschaftsarbeit Fülberth-Harrer, ‚Die deutsche Sozialdemokratie 1890 bis 1933' besitze keine Originalität und bringe kaum Erkenntnisfortschritt für die Wissenschaft." ... „Das Buch erschließe und verwerte weder neues Quellenmaterial noch werden neue Gesichtspunkte und Perspektiven an den Stoff herangetragen." Gerade die umgekehrte Auffassung wird in einer Rezension vertreten, welche in der anerkannten Fachzeitschrift „International Affairs" im Juli 1975 veröffentlicht wurde. Der Rezensent Kenneth Dyson, bezieht sich explizit auf das von Herrn Harrer verfaßte Kapitel „Definitionen", vergleicht das Buch von Fülberth und Harrer mit der Arbeit „Kleine Geschichte der SPD" von Heinrich Potthoff und Susanne Miller und schließt seine Besprechung mit folgenden Worten: „Fülberth and Harrer's study of the development of the SPD's ‚double structure' between 1890 and 1933 is to be warmly recommended for its thoroughness. By contrast the books of Potthoff and Miller are rather traditional texts which offer little new, although they do include within them several useful documents." Harrers Anteil am Buch „Die deutsche Sozialdemokratie 1890—1933" ist eine politikwissenschaftliche, keine geschichtswissenschaftliche Arbeit. Es kann deshalb nicht zum Maßstab seiner Beurteilung gemacht werden, ob er neues Quellenmaterial erschließt. Was den Vorwurf angeblich fehlender „neuer Gesichtspunkte und Perspektiven" angeht, so hätte sich das Ministerium davon überzeugen können, daß gerade Harrers Typologisierungsversuch von späteren Autoren

unter ausdrücklicher Berufung auf ihn wieder aufgegriffen worden ist, wodurch seine Sichtweite als vorwärtsweisend anerkannt wurde.

Dies gilt zum Beispiel für das Buch „Die SPD in der Krise. Die deutsche Sozialdemokratie seit 1945", Frankfurt/M 1976. Seine Verfasser, Hans Jochen Brauns, Urs Jaeggi, Klaus Peter Kisker, Axel Zerdick und Burkhard Zimmermann, übernehmen ausdrücklich und unter Nennung der Quelle Harrers Typologisierungsversuch (S. 10 f.; S. 347). Das Ministerium behauptet, die Verfasser des Buches „Die deutsche Sozialdemokratie 1890—1933" vermieden es, „die Übereinstimmung mit der DDR-offiziellen ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' durch Verweise in den Anmerkungen sichtbar zu machen." Jeder Student in den Anfangssemestern, der einmal im dritten und vierten Band der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" geblättert hat, könnte den hessischen Kultusminister und seinen Geheimgutachter darüber belehren, daß die SPD in dem genannten DDR-Werk nur in einer so allgemeinen Weise behandelt wird, daß eine detaillierte Studie, wie sie Harrer vorlegte, nicht davon abhängig sein kann. Gerade die zentralen Gesichtspunkte der Untersuchung von Harrer: die Wandlungen in der Sozialstruktur der SPD, die Wechselbeziehungen zwischen Staatstätigkeit von SPD-Politikern und dem Wandel der Partei in dieser Zeit, sind in der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" noch nicht bzw. lediglich kursorisch aufgegriffen worden. Eine Übereinstimmung zwischen der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" und Herrn Harrer könnte allenfalls darin liegen, daß Harrer mit der Methode des Historischen Materialismus arbeitet und die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" die gleiche Methode anwendet. Diese Gemeinsamkeit ist zweifellos nicht größer, als sie zwischen Herrn Harrer und anderen Vertretern dieser Wissenschaftsrichtung besteht... Die Bemerkung, „die zentralen Kategorien der marxistisch-leninistischen Sozialdemokratie-Interpretation seien die Darstellungs- und Beurteilungskriterien der beiden Verfasser" entzieht sich jeder rationalen Argumentation, da sie eine pauschale, unbewiesene Behauptung bleibt und nicht erklärt wird, welche Aufschlüsse über die wissenschaftliche Qualifikation von Herrn Harrer aus ihr gewonnen werden können. Offensichtlich ist hier lediglich die Mobilisierung eines Vorurteils beabsichtigt...

Über Harrers Aufsatz „Zur wirtschaftspolitischen Entwicklung in der DDR nach 1969/70" vermerkt das Ministerium unter Berufung auf ein geheimes Gutachten: „Vom wirtschaftstheoretischen Standpunkt des kritischen Rationalismus her betrachtet habe die Arbeit überhaupt keinerlei Erkenntniswert hinsichtlich der Erfassung der Funktionsweise des in der DDR realisierten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, weil die Fragestellung sich auf ein Scheinproblem richte." Die Sachkenntnis des mit der Ablehnung von Herrn Harrer betrauten Beamten läßt sich schon daran ermessen, daß er hier offensichtlich einen „*wirtschafts*theoretischen Standpunkt" mit einem „*wissenschafts*theoretischen" verwechselt. Von seinem Inhalt her aber bedeutet dieser Satz eine Verschärfung politischer Disziplinierung von Wissenschaft. Herrn Harrer wird nicht nur vorgeworfen, daß er Marxist sei, nunmehr fordert das Ministerium von einem hessischen Dozenten auch noch das Bekenntnis zum von Karl Popper entwickelten Kritischen Rationalismus. Der Kritische Rationalismus ist nur eine Wissenschaftsrichtung unter anderen. Die Forderung des Ministers erhebt ihn in dogmatischer Weise zur Staatsideologie.

III.

Das Schreiben des hessischen Kultusministeriums vom 15. April 1976 an den Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität enthüllt in großer Klarheit die Absurdität staatlicher Fachaufsicht, die hier überdies in einer sachlich völig unwissenden und oberflächlichen Weise ausgeübt wird. Da die Argumente des Kultusministeriums gegen Herrn Dr. Harrer in keinem Punkt stichhaltig sind, sendet der Fachbereich Gesellschaftswissenschaften die Personalakte und die Kabinettsvorlagen an das Ministerium zurück und fordert dieses auf, Herrn Harrer seiner Qualifikation gemäß zum Dozenten auf Zeit zu ernennen.

Der Fachbereich Gesellschaftswissenschaften fordert das Ministerium überdies auf, die Namen der Geheimgutachter zu nennen sowie diese Gutachten dem Fachbereich zugäng-

lich zu machen. Unabhängig davon behält der Fachbereich sich vor, den hier behandelten Fall einer weiteren wissenschaftlichen Öffentlichkeit, insbesondere ausländischen Kollegen von Herrn Harrer, die ebenfalls über die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie gearbeitet haben, bekanntzumachen.

„Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa" — Dokument der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas am 29. und 30. Juni 1976 in Berlin (DDR) (II) *)

(Wortlaut)

Die an der Konferenz teilnehmenden kommunistischen und Arbeiterparteien wenden sich an die Arbeiter und Angestellten, die Bauern, die Mittelschichten, die wissenschaftlich-technische Intelligenz, die Kulturschaffenden, an alle politischen Parteien, Massenorganisationen und Vereinigungen, an alle Menschen, die am Fortschritt und an der friedlichen Zukunft Europas interessiert sind, mit dem Appell, aktiv für die folgenden Ziele einzutreten:

1. Für die Vertiefung des Entspannungsprozesses durch die Verwirklichung effektiver Maßnahmen zur Abrüstung und zur Stärkung der Sicherheit in Europa

Die Teilnehmer der Konferenz rufen auf, für die strikte Einhaltung und volle Verwirklichung der Prinzipien und Abmachungen einzutreten, die in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa enthalten sind, sowie aller Verträge und Abkommen, die der Sache des Friedens und der Sicherheit dienen.

Um die Entspannung dauerhaft zu gewährleisten, weiter zu vertiefen und auszudehnen, müssen die in Helsinki gefaßten Beschlüsse durch den Kampf der Volksmassen für ihre vollständige Verwirklichung, für die Zügelung und Zurückdrängung der reaktionären Kräfte, die die Ergebnisse der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ablehnen und den Kurs auf Entspannung und Sicherheit der Völker zu vereiteln versuchen, unterstützt und untermauert werden.

Die Konferenzteilnehmer sprechen sich für aktive Handlungen der Volksmassen und aller friedliebenden Kräfte aus, um — unter anderem durch ihre solidarischen Aktionen — entschieden alle Versuche der Einmischung in die inneren Angelegenheiten irgendeines Landes zurückzuweisen und jeder Handlung entgegenzutreten, die das unveräußerliche Recht jedes Volkes antastet, frei und souverän über sein Schicksal zu entscheiden.

Um die Entspannung zu festigen und zu vertiefen, ist es erforderlich, konkrete Maßnahmen zur Abrüstung, zur Gewährleistung der effektiven Sicherheit in Europa durch die Anstrengungen aller Länder, zur Überwindung der Teilung des Kontinents in Militärblöcke zu ergreifen. Europa kann und muß zu einem Beispiel für die praktische Verwirklichung von Maßnahmen zur militärischen Entspannung werden.

Um diese Ziele zu verwirklichen, sind Massenaktionen der Arbeiterklasse, der Werktätigen und aller Völker unseres Kontinents von entscheidender Bedeutung.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien Europas rufen nachdrücklich alle Völker und Regierungen auf, sich energisch einzusetzen:
— für die Einstellung des Wettrüstens aller Art, besonders der nuklearen Rüstung;
— für die Beschleunigung der Verhandlungen zu Abrüstungsfragen im Rahmen der UNO und wirksame Maßnahmen, die auf die Realisierung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle gerichtet sind;
— für die Beseitigung ausländischer Militärstützpunkte und den Abzug ausländischer Truppen und Rüstungen von fremden Territorien und die Auflösung dieser Truppen;

*) Vgl. Heft 7/1976, S. 832 ff.

— für eine systematische Reduzierung der Militärhaushalte aller Staaten, in erster Linie der kernwaffenbesitzenden Staaten sowie anderer Staaten, die über ein großes Militärpotential verfügen.
Es ist dringend notwendig, die Gefahr eines Kernwaffenkrieges zu beseitigen, dessen Entfesselung das größte Verbrechen gegen die Menschheit wäre.
Das erfordert:
— die Verpflichtung aller Staaten, auf Anwendung und die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen, überhaupt auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen unter beliebigen Umständen zu verzichten;
— das nukleare Wettrüsten unter Einschluß der Trägermittel für Kernwaffen einzustellen, alle Kernwaffenversuche in allen Medien zu verbieten;
— wirksame Maßnahmen zum Abzug von Kernwaffen vom Territorium fremder Staaten zu ergreifen und ihre Weiterverbreitung zu verhindern: atomwaffenfreie Zonen zu schaffen als Schritte auf dem Wege zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung;
— Kernwaffen und Trägermittel zu reduzieren, die Ächtung und Einstellung der Produktion sowie die Vernichtung von Kernwaffen aller Art.
Es ist erforderlich, daß alle Staaten, die es wünschen, die Möglichkeit erhalten, die Kernenergie zu friedlichen Zwecken zu nutzen, auf der Grundlage der Gleichberechtigung, ohne irgendwelche Diskriminierung.

Es ist notwendig, sich weiter dafür einzusetzen,
— daß alle Staaten die Konvention über das Verbot und die Vernichtung bakteriologischer Waffen ratifizieren;
— daß schnellstens ein Vertrag über das Verbot und die Vernichtung der chemischen Waffen und anderer Massenvernichtungsmittel sowie eine Konvention über das Verbot der Einwirkung auf die Umwelt und das Klima zu militärischen Zwecken abgeschlossen werden;
— daß die Entwicklung und Produktion neuer Arten von Massenvernichtungswaffen und neuer Systeme derartiger Waffen verboten wird;
— daß Maßnahmen ausgearbeitet werden, die ein zufälliges Entstehen bewaffneter Zwischenfälle und deren Hinüberwachsen in internationale Krisen verhindern;
— daß auf jegliche Machtdemonstrationen, die gegen irgendeinen Staat und irgendein Volk gerichtet sind, verzichtet wird.

Die Teilnehmer der Konferenz treten für die Durchführung zwischenstaatlicher Zusammenkünfte und Konferenzen zu Problemen der Abrüstung unter Gewährleistung von Bedingungen für die gleichberechtigte Teilnahme aller Staaten ein. Sie halten es für wünschenswert, für diese Ziele die Möglichkeiten der UNO umfassender zu nutzen.
Sie sprechen sich für die Umwandlung verschiedener Gebiete Europas und der Welt in Zonen des Friedens und der Zusammenarbeit ohne ausländische Truppen und Militärstützpunkte aus.
Ausgehend von dem engen Zusammenhang zwischen der gesamteuropäischen Sicherheit und der Gewährleistung der Sicherheit im Mittelmeerraum, treten die an der Konferenz teilnehmenden Parteien gegen die weitere Anhäufung von Waffen in diesem Gebiet, für den Abzug der mit Kernwaffen ausgerüsteten Schiffe aus dem Mittelmeer, für die Liquidierung aller ausländischen Militärstützpunkte ein und — im Prozeß der Überwindung der Teilung Europas in Militärblöcke — für den Abzug aller ausländischen Kriegsflotten und Truppen, was dazu dienen wird, das Mittelmeer in ein Meer des Friedens zu verwandeln.

Sie treten dafür ein,
— daß alle Verträge und Abkommen, die auf die Einschränkung und die Einstellung des Wettrüstens gerichtet sind, strikt eingehalten werden; daß die Streitkräfte und Rüstungen — vor allem in den Gebieten, in denen die militärische Konfrontation besonders gefährlich ist, aber auch in anderen Gebieten des Kontinents — reduziert werden, indem unter Beteiligung aller interessierten Staaten Abkommen abgeschlossen werden, die die Sicherheit keines der Länder beeinträchtigen;
— daß die Schaffung neuer Militärblöcke oder Militärgruppierungen verhindert wird.
Die kommunistischen und Arbeiterparteien Europas werden entschlossen gegen jegliche

Aktionen auftreten, die auf eine Intensivierung des Wettrüstens, auf eine Verstärkung der militärischen Konfrontation gerichtet sind.

Bei der Lösung der Probleme der Abrüstung und der Sicherheit, die für alle Staaten und Völker der Welt von lebenswichtigem Interesse sind, müssen die Sicherheitsinteressen aller Länder und die gleichberechtigte Teilnahme aller Staaten gewährleistet werden.

In der Überzeugung, daß die Überwindung der Teilung Europas in Blöcke ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung dauerhafter Sicherheit und des Friedens auf unserem Kontinent und in der ganzen Welt ist, treten die Teilnehmer der Konferenz für die gleichzeitige Auflösung der NATO und des Warschauer Vertrages — und als ersten Schritt ihrer Militärorganisationen — ein. Sie treten für konkrete Schritte ein, die zu diesem Ziel führen werden.

Die Teilnehmer der Konferenz halten es für dringend erforderlich, die Propagierung von Aggressionskriegen und von Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung in jeglicher Form einzustellen und zu verbieten.

Es ist ebenfalls erforderlich, die Öffentlichkeit, alle Völker umfassend und regelmäßig über den Verlauf der Verhandlungen und die Maßnahmen zu informieren, die zur Einstellung des Wettrüstens und zur Abrüstung unternommen werden.

2. Den Faschismus austilgen, die Demokratie und die nationale Unabhängigkeit verteidigen

Eine neue Situation hat sich in Spanien herausgebildet. Ein starker und vereinter Kampf, der sich immer offener im Land entwickelt, kündigt das baldige Ende des letzten in Europa bestehenden faschistischen Regimes an.

Die gegenwärtig in Spanien an der Macht befindliche Monarchie setzt den Franquismus fort, verwehrt die Amnestie für die politischen Gefangenen sowie die Anerkennung der gewerkschaftlichen und politischen Rechte, geht mit Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kräfte vor, die ihren Willen zur vollständigen und echten Demokratisierung des Landes immer tatkräftiger zum Ausdruck bringen. Die Konferenzteilnehmer fordern die unverzügliche Beendigung der Repression sowie eine Amnestie für alle politischen Gefangenen und Emigranten.

Sie wenden sich gegen jeden Versuch, die Politik des Franquismus, in welcher Form auch immer, fortzusetzen, und rufen die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte Europas auf, ihre aktive und konkrete Solidarität mit allen antifaschistischen Kräften Spaniens in ihrem Kampf für Demokratie und Freiheit zu verstärken. Ein demokratisches, endgültig von allen faschistischen Überresten befreites Spanien ist für die Sicherheit und den Fortschritt Europas eine Lebensnotwendigkeit.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien bringen ihre Solidarität mit den spanischen Kommunisten zum Ausdruck und begrüßen den Prozeß der wachsenden Einheit der demokratischen Opposition, der antifaschistischen und demokratischen Bewegung Spaniens. Die Einheit und das Zusammenwirken dieser Kräfte bilden die grundlegende Voraussetzung dafür, daß die Kämpfe der Volksmassen bald zur Erringung eines freien und demokratischen Spaniens führen.

Die Teilnehmer der Konferenz begrüßen die fortschrittliche Entwicklung des neuen Portugal, das am 25. April 1974 vom Faschismus befreit wurde. Sie unterstützen jeden Schritt zur Aktionseinheit der Kommunisten, der Sozialisten, der Bewegung der Streitkräfte, aller demokratischen Kräfte, die sich, wie heute in der Verfassung verankert, zum Ziel gesetzt haben, ein demokratisches und unabhängiges, auf den Sozialismus orientiertes Portugal aufzubauen. Sie bringen ihre Solidarität mit den Kommunisten und allen Demokraten Portugals zum Ausdruck, die Freiheit und Fortschritt gegen die Gefahr der Reaktion und des Faschismus verteidigen, und sprechen sich nachdrücklich gegen jede ausländische Einmischung in die Angelegenheiten des portugiesischen Volkes aus.

Die Teilnehmer der Konferenz bringen ihre Solidarität mit dem Volk Zyperns zum Ausdruck. Sie fordern die unverzügliche Durchsetzung der UNO-Resolutionen über Zypern, die die Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität, der territorialen Integri-

tät der nichtpaktgebundenen Republik Zypern, den unverzüglichen und bedingungslosen Rückzug aller ausländischen Truppen aus Zypern, die unverzügliche Rückführung aller Flüchtlinge in ihre Heimatorte unter sicheren Bedingungen sowie eine friedliche Lösung des Zypern-Problems durch sinnvolle und konstruktive Verhandlungen zwischen den beiden zyprischen Gemeinschaften unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen vorsehen, um in einer Atmosphäre der Freiheit und der Gleichberechtigung zu einer Regelung zu gelangen, die den Interessen der beiden Bevölkerungsgruppen Zyperns, der Griechen und Türken, entspricht.

Die Teilnehmer der Konferenz bringen ihre Solidarität mit dem Kampf zum Ausdruck, den die Kommunisten und alle demokratischen Kräfte Griechenlands nach dem Sturz der Diktatur für eine konsequente demokratische Entwicklung und Erneuerung des Landes, für die Festigung seiner nationalen Unabhängigkeit führen.

Die Konferenzteilnehmer bringen ihre Solidarität mit dem gerechten Kampf der demokratischen Kräfte Nordirlands für die Gewährleistung und Verwirklichung der demokratischen und Bürgerrechte zum Ausdruck.

Die Teilnehmer der Konferenz setzen sich entschieden für die Legalisierung der Kommunistischen Partei der Türkei ein und erklären sich mit den demokratischen Kräften in der Türkei solidarisch.

Die Teilnehmer der Konferenz wenden sich gegen jegliche Diskriminierung und Verfolgung von Kommunisten und anderen fortschrittlichen Kräften, gegen die antidemokratische Gesetzgebung der Berufsverbote für Kommunisten und andere Demokraten in der BRD.

Für die Demokratie und den sozialen Fortschritt, für die Aufrechterhaltung des Friedens und internationaler Beziehungen des gegenseitigen Vertrauens und der freundschaftlichen Zusammenarbeit ist es notwendig, den Faschismus auszurotten, sein Wiedererstehen in offener oder getarnter Form zu verhindern, die Organisierung und Aktivität faschistischer und neofaschistischer Terrororganisationen und Gruppen sowie rassistische Propaganda und Aktivitäten zu bekämpfen, die das Ziel haben, die Arbeiterklasse und andere fortschrittliche Kräfte zu spalten. Mit diesem Ziel muß auch jeder Versuch des äußeren Drucks und der Einmischung, gleich wo und in welcher Form auch immer, zurückgewiesen werden. Es ist heute notwendiger denn je, den Kampf für die Verteidigung und Entwicklung der demokratischen Rechte zu verstärken, um der wachsenden Tendenz des Monopolkapitals Einhalt zu gebieten, zu repressiven und autoritären Herrschaftsmethoden zu greifen, die die Errungenschaften der europäischen Völker und ihr Voranschreiten auf dem Wege des Friedens und des sozialen Fortschritts bedrohen.

Die Teilnehmer der Konferenz rufen dazu auf, die Massenaktionen zur Unterstützung des Kampfes der Völker für Demokratie, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt zu verstärken.

3. Für die Entfaltung einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit, für bessere Verständigung zwischen den Völkern

Die Teilnehmer der Konferenz gehen davon aus, daß die Entwicklung einer Zusammenarbeit in verschiedensten Bereichen menschlicher Tätigkeit zur Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker, zur Bereicherung der Persönlichkeit im Geiste der Ideale des Friedens, der Demokratie und des Humanismus beiträgt. Voraussetzung und unerläßliche Bedingung dafür ist die Achtung des Rechts des Volkes eines jeden Landes, ohne Einmischung von außen sein politisches, ökonomisches, gesellschaftliches und Rechtssystem selbständig zu bestimmen und zu entwickeln, seine historischen und kulturellen Werte zu schützen und zu mehren.

Die Teilnehmer der Konferenz wenden sich insbesondere an die Arbeiterklasse, die Bauern, die Intelligenz, an alle Werktätigen, für die Vertiefung des demokratischen Inhalts dieser Zusammenarbeit, für die lebendige und tatkräftige Teilnahme ihrer Organisationen an dieser Zusammenarbeit tätig zu werden.

Deshalb rufen die Teilnehmer der Konferenz auf, sich einzusetzen:
— für die Entwicklung und Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf

gesamteuropäischer Grundlage in Übereinstimmung mit den in der Schlußakte der Konferenz von Helsinki enthaltenen Prinzipien und Vereinbarungen;
— für die Entwicklung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Staaten, unabhängig von ihren ökonomischen und sozialen Systemen, auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Achtung der nationalen Souveränität eines jeden Staates und des gegenseitigen Vorteils, was die Anwendung des Regimes der Meistbegünstigung und die Beseitigung der Diskriminierungen und Beschränkungen voraussetzt, die die Entwicklung des gesamteuropäischen Handels behindern. Das würde voll und ganz sowohl den Interessen des Kampfes der Werktätigen gegen die Auswirkungen der Krise als auch den Interessen der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder Europas entsprechen;
— für die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft und Technik, der Bildung, der Information und der menschlichen Kontakte zwischen allen Völkern zwecks besseren gegenseitigen Kennenlernens und Festigung des Vertrauens, der weiteren Annäherung der europäischen Länder und Völker sowie der geistigen Bereicherung des menschlichen Lebens bei voller Achtung der Gleichberechtigung jedes Volkes und jedes Menschen unter Wahrung der Souvernänität und des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten jedes Landes;
— für die Ratifizierung und strikte Befolgung der von der UNO ausgearbeiteten internationalen Pakte über die Menschenrechte durch alle europäischen Staaten. Dies liegt im Interesse des Kampfes der Arbeiterklasse und aller Werktätigen für reale soziale und politische Rechte, so das Recht auf Arbeit, Bildung, Wohnung und die erforderlichen sozialen Dienstleistungen, auf ausreichende Unterstützung bei Krankheit, Invalidität und im Alter, für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen, für die tatsächliche Teilnahme der Werktätigen an den gesellschaftlichen und staatlichen Entscheidungen;
— für die Garantierung gleicher Arbeitsbedingungen und Löhne der einheimischen und ausländischen Arbeitskräfte. Die sozialen, kulturellen und politischen Rechte der ausländischen Arbeitskräfte und die ihrer Familien sollen auf den Prinzipien der Gleichberechtigung mit den Bürgern des Aufenthaltslandes beruhen. Die Wahrung ihrer staatsbürgerlichen Rechte im Heimatland ist zu sichern;
— für die strikte und volle Verwirklichung der Grundsätze der Schlußakte der Konferenz von Helsinki, die die nationalen Minderheiten betreffen, durch alle Staaten;
— für die Aktivierung und solidarische Unterstützung des Kampfes gegen die Politik der multinationalen Monopole, die sich negativ auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen auswirkt und die nationalen Interessen der Völker, die Souveränität der Staaten grob verletzt;
— für die Förderung von Städtepartnerschaften, Verbindungen zwischen Betriebskollektiven, Einrichtungen der Wissenschaft und Kultur, für die Erweiterung des Austausches von Studiendelegationen verschiedener Organisationen und Vereinigungen, für die Entwicklung des Tourismus;
— dafür, daß die Massenmedien auf der Grundlage objektiver Informationen überall dem gegenseitigen Kennenlernen, der Verbreitung von Ideen für eine bessere Verständigung, für die Vertiefung der Atmosphäre des Vertrauens und der Zusammenarbeit der Völker dienen;
— für eine Intensivierung des Austausches von Kulturgütern und Kunstschätzen, was der Verwirklichung der Ideale der Gerechtigkeit, Freiheit, Brüderlichkeit und Freundschaft zwischen den Völkern dient. Die Teilnehmer der Konferenz rufen die Wissenschaftler, Kultur- und Kunstschaffenden dazu auf, die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu erweitern.

4. Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt in der ganzen Welt

Die an der Konferenz teilnehmenden kommunistischen und Arbeiterparteien sind überzeugt, daß der Kampf für ein Europa des Friedens, der Zusammenarbeit und des sozialen Fortschritts ein wichtiger Beitrag ist zur Lösung der politischen, ökonomischen und sozialen Probleme der ganzen Welt, die die gleichberechtigte Teilnahme aller Län-

der erfordert. Die positiven Veränderungen auf unserem Kontinent schaffen günstige Bedingungen für den Befreiungskampf der Völker, für den Kampf gegen die Kriegsgefahr, für die Entspannung auch in anderen Teilen der Welt, für den Kampf der Völker gegen den Neokolonialismus und alle Formen nationaler Unterdrückung. Die kommunistischen und Arbeiterparteien Europas betonen die große Bedeutung der von den Teilnehmerländern der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa übernommenen Verpflichtung, ihre Beziehungen mit allen anderen Ländern im Geiste der in Helsinki vereinbarten Prinzipien zu gestalten.

Gleichzeitig hat der Kampf der Völker jener Länder, die vor kurzem ihre Unabhängigkeit erkämpften, gegen den Imperialismus und jegliche Herrschafts- und Ausbeutungsformen, für die Errichtung einer den Interessen der Völker entsprechenden neuen internationalen ökonomischen Ordnung große Bedeutung für die progressive Umgestaltung der Welt und ist eine machtvolle Unterstützung des Kampfes der europäischen Völker für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Forschritt.

Die Teilnehmer der Konferenz treten ein
— für die Beseitigung der Kriegsherde durch Verhandlungen und strikte Erfüllung getroffener Abkommen, insbesondere für die vollständige und gerechte Regelung des Nahostkonflikts, die den Abzug der israelischen Truppen von allen 1967 okkupierten arabischen Gebieten, die nationale Unabhängigkeit, die Sicherheit und territoriale Integrität aller Staaten dieses Raumes garantiert und das legitime Recht des palästinensischen Volkes auf seinen nationalen Staat gewährleistet; sie wenden sich gegen jegliche äußere Einmischung in die Angelegenheiten der Völker des Nahen Ostens;
— für die weitere Unterstützung der Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea in ihren Anstrengungen zur Überwindung der Schäden, die ihnen der Aggressionskrieg zufügte, in ihrem Kampf für die friedliche, demokratische Entwicklung ihrer Länder;
— für die Unterstützung der Regierung und des Volkes der Volksrepublik Angola und deren Anstrengungen, die auf die Festigung der nationalen Unabhängigkeit und die Entwicklung auf dem Wege des Fortschritts abzielen;
— für die Freilassung aller von der faschistischen Junta eingekerkerten chilenischen Patrioten und Demokraten, für verstärkte internationale Solidaritätskampagnen zur Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes um Wiederherstellung der Menschenrechte und demokratischen Freiheiten in Chile; für die unverzügliche Einstellung des Terrors und der Repressalien gegen Kommunisten und andere Demokraten in Uruguay, Paraguay, Guatemala und einigen anderen Ländern Lateinamerikas;
— für die allseitige Unterstützung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik in ihrem Kampf um die friedliche demokratische Vereinigung des Landes ohne jegliche Einmischung von außen;
— für die Unterstützung des antiimperialistischen Kampfes der arabischen Völker, der Völker Südafrikas, Namibias und Simbabwes und all derer, die gegen Kolonialismus und Rassismus kämpfen und die Opfer von Aggressionen sind;
— für die strikte Befolgung des durch UNO-Beschlüsse gegen die Rassistenregime verhängten Handelsembargos, den Abbruch der Beziehungen aller Staaten zur Regierung der Republik Südafrika und in erster Linie für die völlige Einstellung von Waffenlieferungen an diese Regierung.

Die Demokratisierung der internationalen Beziehungen und die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils für alle Völker sind Ziele von großer Bedeutung im Kampf für die Errichtung einer vom Imperialismus und vom Neokolonialismus freien internationalen Gemeinschaft, in der die tiefgreifenden Disproportionen zwischen entwickelten und Entwicklungsländern überwunden werden können und die auf der vollen Unabhängigkeit einer jeden Nation, auf ihrer aktiven Teilnahme an der Lösung der Probleme der Menschheit beruht.

Eine breite internationale Zusammenarbeit wird immer notwendiger, um den Frieden zu sichern, eine gerechte Regelung der internationalen Konflikte zu erreichen, die Sicherheit zu festigen und praktische Schritte zur Abrüstung zu verwirklichen. Diese Zusammenarbeit ist notwendig, um die Schaffung neuer, gerechter internationaler Wirtschafts-

beziehungen voranzubringen. Eine solche Zusammenarbeit würde auch beitragen, solche komplizierten und grundlegenden Probleme zu lösen wie die des Hungers in der Welt, des Analphabetentums, des Umweltschutzes, der Verschmutzung der Atmosphäre und der Meere, der Erschließung und Nutzung neuer Energiequellen, der Abwendung von Naturkatastrophen, der Vorbeugung und Heilung der gefährlichsten Krankheiten.

Das erfordert die Beseitigung des Kolonialismus und Neokolonialismus; die Schaffung einer neuen internationalen ökonomischen Ordnung; die Gewährleistung von Bedingungen für die soziale und ökonomische Entwicklung aller Länder, in erster Linie der am schwächsten entwickelten Länder; die Organisierung einer breiten internationalen Zusammenarbeit, die die eigenen Anstrengungen der Völker der Entwicklungsländer zur Beseitigung der Kluft zwischen diesen und den entwickelten Ländern unterstützen soll; die ungehinderte Ausübung des Rechtes eines jeden Volkes, souverän über seine nationalen Reichtümer zu verfügen; Zugang aller Staaten zu den Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technik; Herstellung eines gerechten Verhältnisses zwischen den Preisen für Rohstoffe sowie landwirtschaftliche Produkte und den Preisen für Industrieerzeugnisse; eine breite Entwicklung der Handelsbeziehungen ohne jedwede künstliche Schranken und Diskriminierung. Die europäischen Länder können zu diesen Zielsetzungen einen bedeutsamen Beitrag leisten.

Die sozialistischen Länder, die Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder, die revolutionären und fortschrittlichen Kräfte in den Entwicklungsländern, die Arbeiter- und die demokratischen Bewegungen kämpfen für die Durchsetzung neuer internationaler politischer und wirtschaftlicher Beziehungen auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung. Immer breitere politische und wirtschaftliche Kräfte in den kapitalistischen Ländern tragen auch zur Verwirklichung dieser Forderung unserer Zeit bei. Solche Beziehungen dienen der Sache des Friedens, der Entspannung und des sozialen Fortschritts in der ganzen Welt und entsprechen voll und ganz den Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen Europas.

Die an der Konferenz teilnehmenden kommunistischen und Arbeiterparteien messen der Rolle der Vereinten Nationen bei der Lösung internationaler Probleme unter gleichberechtigter Teilnahme aller Staaten, bei der Entwicklung der Zusammenarbeit und der Verständigung zwischen den Staaten, bei der Festigung der Sicherheit und bei der Gewährleistung eines dauerhaften Friedens in der ganzen Welt große Bedeutung bei.

Die Teilnehmer der Konferenz rufen die Werktätigen und alle demokratischen und friedliebenden Kräfte Europas auf, neue Anstrengungen zu unternehmen und neue Aktionen zu organisieren, um die Solidarität mit allen Völkern der Welt im Kampf für ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu verstärken. Dieser Kampf wird zum wichtigsten Faktor für die Festigung ihrer sozialen und nationalen Gleichberechtigung und ist zugleich ein wichtiger Beitrag für die Sache des Friedens, der Sicherheit und des sozialen Fortschritts in der ganzen Welt.

Die Teilnehmer der Konferenz sind der Meinung, daß die Durchsetzung der Ziele, für die sie eintreten, einen bedeutenden Fortschritt auf dem Wege zur Umgestaltung Europas zu einem Kontinent des Friedens, der Sicherheit, der Zusammenarbeit und des sozialen Fortschritts darstellen würde. Sie unterstreichen ihre Entschlossenheit, die mit der Entspannung geschaffenen Möglichkeiten zur Erreichung greifbarer Ergebnisse zu nutzen, die sowohl den Klasseninteressen der Werktätigen als auch den nationalen Interessen eines jeden Volkes und den Interessen des Fortschritts der gesamten Menschheit entsprechen.

Die auf der Konferenz vertretenen kommunistischen und Arbeiterparteien treten für einen konstruktiven Dialog mit allen demokratischen Kräften unter voller Wahrung der Eigenständigkeit und der Selbständigkeit aller dieser Kräfte ein, um zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit im Kampf für Frieden, Sicherheit und sozialen Fortschritt zu gelangen. Sie wenden sich an die Arbeiterklasse, die Bauern, die Mittelschichten, die Vertreter von Wissenschaft und Kultur, die Frauen, die Jugendlichen, an alle fortschrittlichen, demokratischen und friedliebenden Kräfte und Parteien, an die demokratischen

Massenorganisationen, ihre Anstrengungen im Interesse einer friedlichen Zukunft und des Aufblühens aller Nationen und Völker unseres Kontinents zu verstärken.

Es sind mehr als drei Jahrzehnte seit dem großen Sieg über den Faschismus vergangen. Die Umwandlung Europas in einen Kontinent dauerhaften Friedens wird zur höchsten Ehrung für alle diejenigen, die für diesen Sieg gekämpft haben und ihr Leben lassen mußten. Die an der Berliner Konferenz teilnehmenden kommunistischen und Arbeiterparteien sind überzeugt, daß die Verwirklichung der auf ihrem Treffen gewiesenen großen Ziele den Interessen aller Völker entspricht und ein wichtiger Beitrag für die Sache des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit, der Demokratie und des Sozialismus auf dem ganzen Erdball sein wird.

Erklärung der „Demokratischen Fraueninitiative" vom 12. Juni 1976 aus Anlaß der Bundestagswahlen 1976

(Wortlaut)

Die Demokratische Fraueninitiative — hervorgegangen aus der Initiative Internationales Jahr der Frau '75 — wendet sich aus Anlaß der bevorstehenden Bundestagswahlen mit folgender Erklärung an die Öffentlichkeit:

Frauen sind in Wahljahren immer besonders gefragt, stellen sie doch mehr als 54 Prozent aller Wählerstimmen. Deshalb sind die Parteien auch nicht sparsam mit gutklingenden Werbeslogans und schönen Versprechungen.

Wären all die gegebenen Wahlversprechungen erfüllt worden, hätten wir in unserem Land längst gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, gleiche Bildungs- und Berufschancen, wären Frauen gleichberechtigt im gesellschaftlichen und politischen Leben tätig, so wie es das Grundgesetz seit 27 Jahren verlangt.

Doch davon sind wir weit entfernt.

Bereits durchgesetzte Rechte in sozialen, gesundheitlichen und arbeitsrechtlichen Bereichen will man uns wieder streitig machen. So versuchen beispielsweise Unternehmer, die bestehenden Mutterschutzbestimmungen zu umgehen. Die schon beschlossene Reform des § 218 wurde vom Bundesverfassungsgericht zu Fall gebracht. Nach wie vor wird uns das Recht auf Selbstentscheidung verwehrt. Wir Frauen sind von Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, ständigen Verteuerungen der Lebenshaltungskosten mit ihren Auswirkungen auf die Familien besonders betroffen. Von gleichen Bildungs- und Aufstiegschancen kann keine Rede sein. In verstärktem Maße wird ein längst überholtes Frauenleitbild propagiert, das uns auf die Rolle der Hausfrau und Mutter beschränken und unser Recht auf Beruufsausübung in Frage stellen soll.

Dem steht das wachsende Engagement der Frauen und Mädchen gegenüber, ihre Beteiligung an Aktionen zur Durchsetzung ihrer Interessen, ihre Aktivität in Betriebsräten und Gewerkschaften, in Parteien, gesellschaftlichen Vereinigungen und Bürgerinitiativen. Die Frauen sind zunehmend bereit, für ihre Rechte einzutreten; nicht gegen die Männer, sondern gemeinsam mit ihnen.

Die Demokratische Fraueninitiative nimmt die bevorstehende Bundestagswahl 1976 zum Anlaß, Forderungen zur grundlegenden Verbesserung der Situation der Frauen zu erheben.

Wir fordern:
— Gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.
— Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, Maßnahmen gegen die Frauenarbeitslosigkeit und den Mißbrauch von Subventionen zum Abbau von Arbeitsplätzen.
— Bessere Bildungs- und Ausbildungschancen, weg von der Festlegung auf die typischen Frauenberufe.
— Ausreichende Lehrstellen, mehr Möglichkeiten zur Weiterbildung.

— Anerkennung der gesellschaftlichen Leistung der Frau für Kindererziehung und Familie, eigenständige soziale Sicherung.
— Familien- und kinderfreundliche Umwelt, preiswerte Wohnungen, mehr und bessere Spielplätze und sozialpädagogische Einrichtungen für Kinder und Jugendliche.
— Durchsetzung der Fristenregelung.
— Schluß mit dem Abbau demokratischer Rechte, weg mit den Berufsverboten, mehr Mitbestimmung in Staat und Gesellschaft.
— Senkung der Rüstungsausgaben um zehn Prozent zugunsten der notwendigen sozialen Aufgaben — gemäß dem Beschluß der UNO-Vollversammlung.

Wir rufen die Frauen auf, die Bundestagskandidaten aller Parteien mit unseren Forderungen zu konfrontieren.

Laßt Euch kein X für ein U vormachen!

Geht in Wahlversammlungen, fragt, was für die Rechte der Frauen *getan* werden soll! Nur Kandidaten — ob Frauen oder Männer —, die bereit sind, den Auftrag des Grundgesetzes zu erfüllen und sich im Bundestag aktiv für unsere Forderungen einzusetzen, sollten auf die Stimmen der Frauen und Mädchen rechnen dürfen.

Kontaktadresse: Demokratische Fraueninitiative, Postfach 300 665, 5000 Köln 30 (Ingeborg Küster).

Neuerscheinungen

Die Zerstörung der Demokratie durch Berufsverbote
Herausgegeben von Horst Bethge, Richard Bünemann, Hinrich Enderlein, Ingrid Kurz, Erich Rossmann, Theo Schiller, Helmut Stein und Gerhard Stuby
Kleine Bibliothek Bd. 71
396 Seiten, DM 7,80

Bernd Moldenhauer/Hans-Helmuth Wüstenhagen
Atomindustrie und Bürgerinitiativen gegen Umweltzerstörung
Hefte zu politischen Gegenwartsfragen 26
48 Seiten, DM 4,—

Peter Marwedel
Funktionalismus und Herrschaft
Die Entwicklung eines Theorie-Konzepts von Malinowski zu Luhmann
Sammlung Junge Wissenschaft
354 Seiten, DM 24,—

Waldemar Seidel
Gottfried Wilhelm Leibniz
Eine Bildbibliographie
108 Seiten, Ln., mit Schutzumschlag
DM 9,80

Franz Hofmann
Jan Amos Comenius
Eine Bildbiographie
109 Seiten, Ln., mit Schutzumschlag
DM 9,80

Heinz Wagner
Recht als Widerspiegelung und Handlungsinstrument
Kleine Bibliothek Bd. 70
195 Seiten, DM 12,80

Wörterbuch der Psychologie
Herausgegeben von Günter Clauß, Helmut Kulka, Joachim Lompscher, Hans-Dieter Rösler, Klaus-Peter Timpe und Gisela Vorwerg
Das erste lexikalische Werk in deutscher Sprache aus dialektisch-materialistischer Sicht
2500 Stichwörter, Großformat
596 Seiten, Ln. mit Schutzumschlag
DM 28,—

Pahl-Rugenstein